

Ländlicher Raum

AGRARSOZIALE GESELLSCHAFT E.V.

Dorf- und Regionalentwicklung

Politisch

Sozial

Kreativ

Die GAP nach 2020 – weiter so oder echter Neuanfang?

Herbsttagung 2018

Mittwoch, 14. November 2018

13.00 Uhr

**GAP nach 2020:
Einfacher, flexibler, zielgerichteter?**

Drei Landwirt*innen im Gespräch:

- Wie sehen Sie die Zukunft?
- Trauen Sie sich, zu investieren?
- Was wünschen Sie sich von der Politik?

Juliane Vees, Präsidentin LandFrauenverband
Württemberg-Hohenzollern

Philipp Schulze Esling, Vizepräsident DLG

Hauke Peters, Hessenburg

**GAP zukunftsfähig machen:
Herausforderungen und Lösungskonzepte**

Dr. Rudolf Mögele, Stellv. Generaldirektor
der GD AGRI, Europäische Kommission

**GAP nach 2020 – neue Elemente aus Sicht
Mecklenburg-Vorpommerns notwendig?**

StS Dr. Jürgen Buchwald, Ministerium für
Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern

**GAP nach 2020 – was wollen wir erreichen,
was ist uns wichtig?**

StS Dr. Hermann Onko Aeikens, Bundesministerium
für Ernährung und Landwirtschaft

**Eine gemeinwohlorientierte Agrarpolitik nach
2020: Was ist das und (wie) geht das?**

Prof. Dr. Dr. Christian Henning, Christian-Albrechts-
Universität zu Kiel, Institut für Agrarökonomie

Wieviel Geld bleibt für die GAP nach 2020?

Michael Hager (angefragt), Kabinettschef von
EU-Kommissar Günther Oettinger

Podiums- und Plenumsdiskussion

17.15 Uhr **ASG-Mitgliederversammlung**

18.45 Uhr **Abendessen**

19.45 Uhr **Das EU-Agrarbudget und der Steuerzahler:
Welche Gegenleistung erwartet die Gesellschaft
für milliardenschwere Subventionen?**

Dirk Fisser, Neue Osnabrücker Zeitung

Donnerstag, 15. November 2018

8.30 Uhr

**GAP nach 2020
aus Verbandssicht**

**Die GAP-Förderung effektiver und einfacher
gestalten**

Udo Hemmerling, Stellv. Generalsekretär
Deutscher Bauernverband

**Die GAP-Reform(en): rasantes Drehen im
Teufelskreis?**

Lutz Ribbe, Naturschutzpolitischer Direktor EuroNatur

GAP – die Arbeitnehmersicht

Harald Schaum, Stellv. Bundesvorsitzender IG BAU

Podiums- und Plenumsdiskussion

**Politik für
ländliche Entwicklung**

**Was brauchen wir für die ländliche Entwicklung
und wie müsste die 2. Säule dafür gestaltet werden?**

Ralf Wolkenhauer, Unterabteilungsleiter
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

So viel Bürokratie – geht's noch?

Hermann-Josef Thoben, Vorsitzender Akademie
für die ländlichen Räume Schleswig-Holsteins

Podiums- und Plenumsdiskussion

Moderation an beiden Tagen:

Dr. Tanja Busse, Autorin und Journalistin

12.45 Uhr **Ende der Veranstaltung**

Anmeldung und Zimmerbuchung

Agrarsoziale Gesellschaft e.V.
Kurze Geismarstr. 33, 37073 Göttingen
Tel. (0551) 49709-0, Fax 49709-16
ute.rittmeier@asg-goe.de
Online-Anmeldung: www.asg-goe.de

Tagungshaus und Tagungsbüro

Best Western Parkhotel Ropeter
Kasseler Landstr. 45
37081 Göttingen

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Ernährung
und Landwirtschaft

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Foto: A. Baum

„Chemnitz und die Folgen: Willkommen in Absurdistan“ und „Die vergangenen Wochen zeigen: Wir leben in einem orientierungslosen, verwirrten Land“. – Während ich dieses Editorial vorbereite, lese ich diese Schlagzeilen in einem Essay einer seriösen niedersächsischen Tageszeitung. Noch vor wenigen Jahren hätten wir gedacht: Das gilt aber nicht für Deutschland – niemals. Und heute: Viele von uns sind verstört und stellen immer wieder die Frage, wie es denn dazu kommen konnte. Als erstes fällt uns die Diskussion um Flüchtlinge und Migranten ein. Aber schauen wir ein wenig weiter zurück, haben wohl eher Börsencrashes und Bankenrettungen mit Steuergeldern dazu beigetragen, dass viele Menschen sich benachteiligt fühlen und sich fragen, wohin das führen soll.

Diese Sorgen sind sicher berechtigt. Insbesondere Menschen im ländlichen Raum haben Angst, von Gesellschaft und Politik nicht ausreichend wahrgenommen zu werden. Häufig fühlen sie sich nicht anerkannt und wertgeschätzt, manche sind orientierungslos und schauen mit Skepsis, manchmal mit Zorn, in die Zukunft. Zur Lösung der vielfältigen Probleme taugen keine Patentrezepte, aber diese Ausgabe unserer Zeitschrift mit dem Thema „Dorf- und Regionalentwicklung: politisch, sozial, kreativ“ weist in die richtige Richtung.

Die Agrarsoziale Gesellschaft hat bereits in den Nachkriegsjahren den Beschäftigten in der Landwirtschaft bei wesentlich schlechteren Rahmenbedingungen Mut gemacht und erreicht, dass sich ihre Lebens- und Arbeitsverhältnisse deutlich verbessert haben. Möglicherweise war es damals einfacher, den Menschen Orientierung für die Zukunft zu geben, weil es fast allen gleich schlecht ging. Heute ist es ein Teil der Bevölkerung, dem der Kompass für seine Zukunft abhandengekommen ist. Aber trotzdem sollten wir die Sorgen der Menschen ernst nehmen und das Ziel verfolgen, dass sich möglichst viele von denen, die sich abgehängt fühlen, wieder als bedeutsamer Teil der Gesellschaft empfinden können.

Wir benötigen einen gesellschaftlichen Diskurs, was wir als Person und Institution zur Erreichung dieses Zieles beitragen können. Die Beiträge und Erfahrungsberichte aus einzelnen Bundesländern zu aktuellen Dorfbewegungen und sozialen Entwicklungsprozessen – vom Dorfgespräch in Bayern über den Jugend-Demografie-Dialog in Niedersachsen bis zu Innovationsprozessen als Chance für die Regionalentwicklung peripherer ländlicher Räume – geben in diesem Kontext wertvolle Anregungen.

Ich bin sicher, dass insbesondere dieses Heft dafür geeignet ist, vielen Leserinnen und Lesern durch einen Blick über den Tellerrand wertvolle Anregungen dafür zu geben, was sie in ihrem beruflichen und ehrenamtlichen Umfeld tun können, um Mut zu machen für mehr Eigeninitiative und Engagement. Wenn es dadurch gelingt, das Gefühl für Heimat und Region zu stärken, ohne andere Menschen damit auszugrenzen, und bei einigen die Orientierungslosigkeit zu überwinden – ich würde mich freuen.

Hermann-Josef Thoben

Vorstandsmitglied der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. und Vorstandsvorsitzender der „Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.“

1 Editorial

Hermann-Josef Thoben, Vorstandsmitglied der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. und Vorstandsvorsitzender der „Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.“

Neue Ansätze für die Dorf- und Regionalentwicklung

- 4 Dörfer und Landgemeinden müssen gestärkt, statt weiter geschwächt werden**
Prof. Dr. Gerhard Henkel, Universität Duisburg-Essen
- 8 Mehr Rechte für die Dörfer – was die Politik tun muss**
Alexandra Tautz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg, Referentin für die Enquetekommission 6/1
Benjamin Raschke, MdL, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg, Mitglied der Enquetekommission 6/1
- 10 Bürgerwissenschaften in Mecklenburg-Vorpommern: Landinventur als kollektive Aufgabe**
Mathias Burke, Leon Jank, Steffen Klotz und Andreas Willisch, Thünen-Institut für Regionalentwicklung e.V.
- 14 Eine Stimme für die Dörfer – die Vereinigung der Dorfbewegungen in Europa (ERCA)**
Dr. Ulrike Schumacher, Vorstand ERCA
- 16 Brandenburg: Bürgerbudgets zur Stärkung einer lebendigen ländlichen Gesellschaft?**
Dr. Carsten Herzberg, nexus – Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH
- 18 Kommunen innovativ: Forschungsprojekte für Kommunen und Regionen im Wandel**
MinR Dr. Wolf Junker, Bundesministerium für Bildung und Forschung
- 19 Kommunen innovativ: Fokusthemen für einen zielorientierten Erfahrungsaustausch**
Dr. Michael Melzer, Raum & Energie, Institut für Planung, Kommunikation und Prozessmanagement GmbH
- 23 Warum wir ländliche Veränderungsprozesse und Regionalentwicklung neu denken müssen**
Dipl.-Geogr. Birgit Böhm, Dipl.-Geogr., M.A. Eng. Carsten Stimpel und M.A. Geogr. Linda-Katharina Böhm, mensch und region, Nachhaltige Prozess- und Regionalentwicklung
- 26 Leben in zukunftsfähigen Dörfern – ein Modellprojekt zur Unterstützung nachhaltiger ländlicher Entwicklung**
Dr. Stella Veciana und Christoph Strünke, GEN Deutschland e.V.
- 30 Rurbanes Rescaling – zur Maßstäblichkeit der Entwicklung von Stadt und Land**
Dr. Michael Mießner, Georg-August-Universität Göttingen
Dr. Matthias Naumann, Technische Universität Dresden
- 34 LEADER stärkt einer Region den Rücken: Sommerfrische Schwarzwald – mehr als ein Urlaubsgefühl**
Ines Kinsky, LEADER-Aktionsgruppe Saalfeld-Rudolstadt e.V.

Soziale Dorfentwicklung

- 38 Neue Wege für ein soziales Miteinander der Dorfgemeinschaft**
Lisa Kroggel, Referat 325 – Kompetenzzentrum Ländliche Entwicklung, Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE)
- 42 Qualifizierung Ehrenamtlicher in der Dorfentwicklung**
Dr. Andrea Soboth und Caroline Seibert, IfR Institut für Regionalmanagement
- 46 Dorfgespräch! Eine Anleitung zu Wertedialogen im ländlichen Raum**
Florian Wenzel, Erwachsenenbildung und Prozessbegleitung, peripharia.de – Bildung und Begegnung
Dr. Christian Boeser-Schnebel, Universität Augsburg
- 48 Alternssensible Stadt- und Regionalentwicklung mit generationenübergreifendem Mehrwert**
Steffen Dehning, M.A., Umweltplaner, EKS Montage GmbH
Fabian Leupold, M.A., Juniorberater, Dr. Schwerdtfeger Personalberatung
Dr. Oliver Klein, Universität Greifswald
apl. Prof. Dr. Karl Martin Born, Universität Vechta
- 52 Pilotstudie „WohnLokal“: Zusammen leben in resilienten Ortschaften**
Dr. Hartmut Wolter, Freie Altenarbeit Göttingen e.V.
Maria Kaiser, Georg-August-Universität Göttingen
- 56 Neues (gemeinschaftliches) Wohnen auf dem Land**
Dr. Eva Wonneberger, Regionalstelle Gemeinschaftliches Wohnen e.V.
- 60 Lesetipp: Über Land. Aktuelle literatur- und kulturwissenschaftliche Perspektiven auf Dorf und Ländlichkeit**
- 61 Jugendbeteiligung als Beitrag für die Dorf- und Regionalentwicklung**
Prof. Dr. Waldemar Stange, Dipl.-Soz.-Arb./Soz.-Päd. Claudia Brunsemann und Dipl.-Ing. Bernward Benedikt Jansen, Leuphana Universität Lüneburg

66 Ländliche Regionen als attraktive Lebensräume für Kinder und Jugendliche?

Sonja Döring M.A., instara – Institut für Stadt- und Raumplanung GmbH

Dr. Oliver Klein, Universität Greifswald

apl. Prof. Dr. Karl Martin Born, Universität Vechta

70 Dorfaktivierung nach dem Saarburger Modell – Gesundheitsförderung und Prävention als Aufgabe der Kommune

Bernd Gard, Ortsbürgermeister Mannebach, Dorfentwickler

74 Gesunde Dörfer

Karin Inama, Bildung|Beratung|Therapie

Potenziale sozialer und kreativer Innovator*innen

77 Förderprogramm für „Soziale Innovationen“

Interview mit Birgit Honé, Niedersächsische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung

79 Welche Auswirkungen haben Initiator*innen von Innovationsprozessen auf die Regionalentwicklung

peripherer ländlicher Räume? Das Beispiel Mecklenburgische Seenplatte

Sophia Müller, MSc, Radwegemanagerin, Regionalmarketing Günzburg GbR

Prof. Dr. Marius Mayer, Universität Greifswald

84 Die Kunst Neuland zu gewinnen

Siri Frech, Babette Scurrall und Andreas Willisch, Thünen-Institut für Regionalentwicklung eG

88 Coworking im ländlichen Raum: Moderne Arbeitsorte nicht nur für Kreative

Prof. Dr. Martin Engstler, Hochschule der Medien Stuttgart

91 Lesetipp: Kreative Pioniere in ländlichen Räumen. Innovation & Transformation zwischen Stadt & Land

92 „Schaltzentrale“ belebt den ländlichen Raum: Erstes Coworking-Projekt im Fichtelgebirge

Theo Abenstein, tpap-medienservice

Personalien

94 MinDir. a. D. Prof. Dr. Hermann Schlagheck 75 Jahre

94 MinDirig. Joachim Hauck 65 Jahre

94 Prof. Dr. Gerhard Henkel 75 Jahre

Termin

94 DAS LAND LEBT DOCH! Konferenz der Akteure – VI. Forum Neulandgewinner am 29. November 2018 in Berlin

Lesetipp

94 Regionale Resilienz – zukunftsfähigen Wohlstand schaffen

Aus der Forschung

95 Grenzüberschreitende Raumentwicklung Bayerns: Dynamik in der Kooperation – Potenziale der Verflechtung

95 Grenzüberschreitende Regionalentwicklung an der bayerisch-tschechischen Grenze – die Suche nach den

„richtigen“ Kooperationsformen

95 Grenzüberschreitende Regionalentwicklung an der bayerisch-tschechischen Grenze – die Suche nach den

95 Innovation – Raum – Governance

Tassilo Tröscher-Stiftung

96 Aufruf zum Wettbewerb 2019

Fotonachweise Titelbild: © darknightsky – Fotolia.com (oben), M. Busch (unten)

Sofern keine Nachweise an den Fotos und Abbildungen stehen, wurden diese der Redaktion von den Autor*innen, Fotograf*innen und Verlagen überlassen oder stammen aus dem Bildarchiv der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

Dörfer und Landgemeinden müssen gestärkt, statt weiter geschwächt werden

Prof. Dr. Gerhard Henkel



Wandel und Zustand der Dörfer

Der ökonomische, soziale und kulturelle Wandel der letzten Jahrzehnte hat auf dem Land zu vielfältigen Fortschritten wie auch Verlusten geführt. Hier ein sehr knappes Resümee:

Positive Bilanz: Mit den dramatischen Veränderungen hat das Land durchaus viel Wertvolles gewonnen. Die technische Infrastruktur mit Wasser-, Abwasser- und Energieversorgung ist auf einem guten Stand. Zu den positiven Entwicklungen gehören die Sport-, Musik-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen, deren Unterhaltung häufig von den lokalen Vereinen geleistet wird. Durch innovative Betriebe in allen Wirtschaftsbereichen, durch Bildung und Mobilisierung ist die Bevölkerung heute wohlhabender, liberaler

und weltoffener geworden. Die Moderne ist auf dem Land angekommen. Das Dorf wird grundsätzlich von seinen Bewohner*innen geliebt.

Negative Bilanz: Die meisten Dörfer sind leerer geworden: an Betrieben und Arbeitsplätzen, an Schulen, Gasthöfen, Läden, Post-, Sparkassen- und Bankfilialen und neuerdings auch an Kirchen. Jugendliche wandern ab, die Älteren bleiben zurück und oft auch leerstehende Gebäude. Ein Teufelskreis von realen Verlusten und schlechter Stimmung prägt 10 000-fach das innere Dorfleben. Resignation und Wut über fehlende Unterstützung machen sich breit. Für viele Bewohner*innen und Beobachter*innen befindet sich das gegenwärtige Dorf eindeutig in einer Abwärtsbewegung. Nicht wenige sprechen von einer Existenzkrise des Dorfes.

Kommunen als auch an die Entscheider*innen „oben“ in den Zentralen von Politik und Gesellschaft. Auf diesen beiden Ebenen entscheidet sich die Zukunft des Dorfes. Der doppelte Appell soll hier nun fortgeführt und ein wenig präzisiert werden.

Was die Kommunen und Bürger*innen tun können

Die Zukunft des Dorfes entscheidet sich zunächst vor allem durch die Arbeit der Kommunen und das Mitwirken ihrer Bürger*innen. Das Beschäftigen mit lokalen Leitbildern und Schwerpunkten ist wichtig. Jedes Dorf, jede Kleinstadt ist ein Unikat. Jedes Dorf, jede Gemeinde hat andere Werte und Potenziale, aber auch andere Defizite und Probleme. Dies bedeutet: Jedes Dorf, jede Gemeinde muss für sich herausfinden, was ihm bzw. ihr besonders wichtig ist. Die Hauptbotschaft für die Dorf- und Gemeindeebene lautet: Sowohl die Bürger*innen als auch die Kommunen müssen wachsam und engagiert sein. Sie müssen sich ganzheitlicher und intensiver dem Gemeinwohl des Dorfes zuwenden. Bürger*innen und Kommunen müssen sich klar machen:

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat dieses brennende Thema aufgegriffen und in seiner Neujahrsansprache 2018 mehrere Minuten den abgehangenen und resignierenden Dörfern und Landregionen gewidmet. Sein Appell richtete sich sowohl an die „untere“ Ebene der Bürger*innen und



Prof. Dr. Gerhard Henkel

Humangeograph,
Universität Duisburg-Essen,
Institut für Geographie
gerhard.henkel@uni-due.de

Jedes – eingemeindete oder selbstständige – Dorf, jede Gemeinde muss für seine/ihre Gegenwart und Zukunftsfähigkeit selbst sorgen, muss sich also (salopp gesagt) selbst retten! Im Idealfall sollten Bürger*innen und Kommunen auf Augenhöhe miteinander umgehen, um Erfolg zu haben.

Die Bürger*innen sind doppelt gefragt. Sie sollten sich möglichst zahlreich in der Kommunalpolitik engagieren. Sie müssen aber auch die Vereine aktiv gestalten und tragen, sowohl die traditionsreichen, wie Feuerwehren, Schützenvereine, Sport- und Musikvereine, als auch die neuen „Bürgervereine“, die den letzten Gasthof oder Laden „retten“ oder ein ehemals kommunales Freibad übernehmen.

Die Aufgabenschwerpunkte der ländlichen Kommunen haben sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert und erweitert. Früher ging es den Bürgermeister*innen und Gemeinderät*innen hier vorwiegend um neue Bau- und Gewerbegebiete, um Wasser- und Abwasserversorgung sowie um das kommunale Wegenetz. Heute steht immer mehr die Bekämpfung und Steuerung von Schrumpfungsprozessen – mit Themen wie Leerstand, Infrastrukturverlusten, demografischem Wandel – im Vordergrund. Ein Dorfbürgermeister aus Rheinland-Pfalz brachte es kürzlich auf den Punkt: „Ein Dorfladen ist genauso wichtig wie die Kanalisation!“ Zunehmend wird die innere und vor allem soziale Infrastruktur der Dörfer – wie Kinderbetreuung, Schule, Arzt, Pflege und Betreuung von Senior*innen, Kranken und Behinderten, Vereine, Einkaufs-, Gastronomie-, Kultur- und Freizeitangebote – zum harten und bestimmenden lokalen Standortfaktor. Und nach dem Sozialstaatsprinzip stehen Staat und Kommunen hier in der Verantwortung.

Ganz wichtig sind – vor allem in kleinen und mittelgroßen Dörfern – öffentliche Treffpunkte für Junge und Alte, wie z. B. im fränkischen Langenfeld in einer sanierten alten Scheune in der Ortsmitte („Dorflinde“). Neben den Treffpunkten sind die geschaffenen Möglichkeiten des betreuten Wohnens und Altwerdens im Dorf wichtig, dies entspricht einem Hauptwunsch der älteren Landbewohner*innen. Das kleine und nicht übermäßig reiche Bundesland Rheinland-Pfalz unterstützt und fördert z. B. diese Möglichkeiten in kleinen und mittleren Dörfern vorbildlich.

Entmündigung und Schwächung der Dörfer und Landgemeinden durch Bund und Länder

Der Staat – in Gestalt von Bund und Ländern – ist ein wesentlicher Mitverursacher der Ohnmachtsgefühle, der vom Bundespräsidenten zitierten gereizten Stimmung und Resignation auf dem Lande. Er gibt den Dörfern und Landgemeinden zu wenig Anerkennung, finanzielle Unterstützung

und gestalterische Freiräume. Das Subsidiaritätsprinzip im Staatsaufbau ist bereits weitgehend ausgehöhlt und dieser Trend setzt sich weiter fort. Dörfer und Kommunen leiden in mehrfacher Hinsicht unter der Fernsteuerung und Gängelung durch zentrale Institutionen in Politik und Gesellschaft, die der „Provinz“ nicht selten in einer Mischung aus Ignoranz und Arroganz gegenüberstehen.

Auf dem Lande hat in den letzten Jahrzehnten eine zweifache Entmündigung kommunaler Instanzen stattgefunden: auf der Ebene der Gemeinden und der Dörfer.

Ebene der Gemeinden: Spricht man mit Bürgermeister*innen, Gemeinderät*innen und Gemeindeverwaltungen oder liest kommunalpolitische Publikationen, taucht immer wieder die Klage auf: „Wir können kaum noch etwas selbst gestalten.“ In der ländlichen Kommunalpolitik dominiert das Gefühl der Geringschätzung und Bevormundung durch die hohe Politik. Tatsächlich be-





schneiden die rechtlichen, planerischen und finanziellen Reglementierungen der Landes- und Bundespolitik immer massiver das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden. Über 90 % der kommunalen Ausgaben sind durch staatliche Gesetze und Richtlinien festgelegt. Die fehlende „freie Spitze“ kommunaler Finanzplanung zwingt viele Kommunen zu verstärkter Schuldenaufnahme. Die in Sonntagsreden stets hochgelobte kommunale Selbstverwaltung steht nur noch auf dem Papier. Es gibt zu viele bürokratische Vorgaben, zu viele und immer neue Hürden, zu viel Töpfchenförderung (mit ihren labyrinthischen Antrags-, Bewilligungs-, Kofinanzierungs- und Evaluationshürden) durch Bund und Länder. Kommunalpolitik ist ein permanenter und zermürbender Abnutzungskampf gegenüber den Ländern und dem Bund. Die im Staatsaufbau vorgesehene und im Grundgesetz verankerte kommunale „Selbstverantwortung“ ist kaum noch eine solche, sie ist weitgehend eine Verwaltung von Aufgaben, die meist „von oben“ bestimmt werden.

Ebene der Dörfer: Ganz aufgelöst wurde eine bestehende demokratische Basis des Staates in über 20 000 deutschen Dörfern

und Kleinstädten: Von oben diktierte Gebietsreformen nach dem sog. Zentrale-Orte-Modell haben hier die in Jahrhunderten aufgebaute und bewährte lokale Selbstverantwortung mit Bürgermeister*in und Gemeinderat abgeschafft. Die Dörfer verloren ihre eigene demokratische Kraft und damit auch das Selbstwertgefühl, für ihr Dorf Kompetenz zu besitzen und verantwortlich zu sein. Sie wurden zu ohnmächtigen „Ortsteilen“ in oft riesigen, willkürlich zusammengefügt Großgemeinden. Deutschlandweit wurden auf dem Land mit den Gebietsreformen über 300 000 ehrenamtlich tätige Kommunalpolitiker*innen „entlassen“. Ihnen wurde vom „Staat“ signalisiert: „Wir brauchen eure lokale Kompetenz, euer Denken, Fühlen und Handeln für Euer Dorf nicht mehr!“ Dieses Signal war für mich der Beginn des „inneren Dorfsterbens“. Für den Neuzeithistoriker Wolfgang Reinhard war die Gebietsreform der 70er Jahre das Ende der Demokratie in Deutschland. Viele Dörfer und Kleinstädte sind bis heute durch den Verlust ihres lokalen Kraft-, Kompetenz- und Verantwortungszentrums traumatisiert.

Ein kleines Beispiel für die Entmündigung der Dörfer: Wo früher

die marode Friedhofsmauer durch Bürgermeister*in und Gemeinderat in Augenschein genommen und zeitnah und kostengünstig saniert wurde, beginnt heute ein langwieriger und kostspieliger Behörden- und Aktenmarathon mit mehrfachen Bereisungen von entfernten Kommissionen, in denen kein*e ortskundige*r Dorfbürger*in mehr gefragt und gebraucht wird.

Inzwischen ist durch zahlreiche Studien belegt worden, dass Gebietsreformen keine finanziellen Einsparungen, aber verheerende demokratische und soziale Verluste verursacht haben und weiter verursachen. Durch Langzeitstudien wissen wir, dass selbständig gebliebene 1 000-Einwohner-Dörfer sich in Bezug auf ihre Bevölkerungs-, Infrastruktur- und Immobilienwertentwicklung besser entwickelt haben als gleich große eingemeindete Dörfer. Wir wissen heute, dass Gebietsreformen nach dem Zentrale-Orte-Modell im Dritten Reich entwickelt und ab 1940 erstmals umgesetzt und mit dem Führerprinzip begründet worden sind. Sie atmen den Geist einer Diktatur. Und sie entsprechen nicht dem heutigen demokratischen Staatsaufbau von unten nach oben, dem immer wieder

geforderten Subsidiaritätsprinzip, dem Prinzip einer von den Bürger*innen mitgetragenen Demokratie, die direkt dem Gemeinwohl in den Dörfern und Kleinstädten zugutekommt. Trotz all dieser Erkenntnisse und gewandelten Leitbilder werden Gebietsreformen weiter betrieben, wie zuletzt in Thüringen und Brandenburg. Hier sehen die betroffenen Bürger*innen und Kommunalpolitiker*innen, dass lokales Denken und Handeln in Dörfern und Kleinstädten nicht mehr gefragt ist. Das Vertrauen gegenüber dem Staat schwindet, Ohnmachtsgefühle und Wut stellen sich ein. Nicht- und Protestwähler*innen sind die Folge.

Mein Fazit: Gebietsreformen haben der Mehrheit der deutschen Dörfer und Kleinstädte großen Schaden zugefügt und zugleich die demokratische Basis des Staates massiv beschädigt.

Das schlechte Ansehen der Kommunalpolitik

Die vom Staat reduzierten Befugnisse und Freiräume in den Gemeinden und Dörfern haben nicht nur dauerhaft die kommunalpolitische Arbeit erschwert. Sie haben auch generell zu einem schlechten Image der Kommunalpolitik geführt. So ist es in vielen Regionen der Republik oft schwierig, Nachwuchs für den Gemeinderat zu gewinnen, und vielerorts findet sich kein*e Bewerber*in bereit, für das Amt der Bürgermeisterin oder des Ortsvorstehers zu kandidieren. Der Trend geht dahin, dass viele für die Kommunalpolitik hochqualifizierte Bürger*innen bewusst nicht in die Kommunalpolitik gehen, sondern lieber Vorstandsämter in Schützen-, Karnevals-, Sport-, Musik- oder Kulturvereinen übernehmen, wo sie wirklich etwas bewegen können und die erfolgreiche Arbeit auch noch Spaß macht.

Die Geringschätzung der Kommunalpolitik durch die staatlichen oder überhaupt höher gelagerten Ebenen führt somit konsequent zu einer Geringschätzung bei den Bürger*innen. Gegen diese Missstände an der Basis des Staates muss dringend und nachhaltig angegangen werden. Dies erfordert ein gewaltiges Umdenken in den Zentralen der Macht in Bund und Ländern. Statt immer weiter seine zentralistischen Programme von oben nach unten durchzusetzen, sollte der Staat seine demokratische Basis „unten“ respektieren, stärken und wiederbeleben. Ist er dazu von sich aus in der Lage? Mit Heimatministerien versuchen Bund und Länder derzeit, den Dörfern und Landkommunen Zuwendung zu signalisieren. Skepsis ist jedoch angebracht, ob damit tatsächlich eine Kehrtwende in der Behandlung des Landes beginnt. In einzelnen Zuschriften an mich wird nüchtern konstatiert: „Diese wird erst dann besser, wenn wir eine ganz neue „Kommunalpartei“ oder „Freiherr vom Stein-Partei“ hätten“.

Wenn die Kommunalpolitik in den Dörfern und Kleinstädten wieder Gewicht und Befugnisse bekommt, wird auch ihr Ansehen steigen. Dann werden auch die Bürger*innen wieder mitmachen, den Staat tragen helfen und sich mit dem Gemeinwesen solidarisieren.

Warum das Dorf nicht sterben darf

Immer wieder werde ich von den Medien gebeten, zu Fragen und Thesen wie dieser Stellung zu beziehen: „Wie sinnvoll ist eine Wiederbelebung des ländlichen Raumes? Landleben ist Luxus – lasst das Dorf sterben!“

Hier eine sehr knappe Antwort: Das Land – das immerhin 90 % der Fläche Deutschlands aus-

macht und auf dem über 50 % der Bevölkerung leben – ist für Staat und Gesellschaft genauso wichtig wie die Großstadt. Schon ökonomisch ist das Land kein Armenhaus der Nation, über 50 % der Wertschöpfung Deutschlands erfolgen hier, viele Weltmarktführer haben ihren Sitz in Dörfern und Kleinstädten. Das Land versorgt die gesamte Gesellschaft mit Lebensmitteln, mit Rohstoffen wie Wasser und Holz und erneuerbarer Energie. Auf dem Land herrscht eine hohe Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld. Hier bieten sich bessere Chancen des gesunden Aufwachsens für Kinder und Jugendliche. Ländliche Lebensstile sind in. Es besteht eine hohe Kompetenz, lokale Aufgaben und Probleme ehrenamtlich oder genossenschaftlich anzugehen. Selbstverantwortung und „Anpackkultur“ sind im Dorf tief verwurzelt. Das Land bietet hochwertige Kulturlandschaften und auch eine alternative Lebensform, die durch Natur- und Menschennähe, durch fürsorgendes Denken und Handeln geprägt ist.

Daher lautet mein Appell an die Entscheider*innen in den Zentralen von Politik und Gesellschaft: Lasst das Dorf leben und seine bürgerschaftlichen Kräfte neu entfalten. Und gebt dem Staat damit zugleich seine demokratische Basis zurück! ■

Ausführlicher zum Thema:

Gerhard Henkel: **Rettet das Dorf!** Was jetzt zu tun ist, München, dtv Sachbuch, 2. Aufl. 2018, 320 Seiten, ISBN 978-3-423-28102-7, 22,00 € oder als E-Book: ISBN 978-3-423-43072-2, 19,99 €



Mehr Rechte für die Dörfer – was die Politik tun muss

Alexandra Tautz und Benjamin Raschke

Mit der letzten Gemeindegebietsreform 2003 sind viele Brandenburger Dörfer zu Gemeinden zusammengeslossen worden und existieren damit rechtlich nur noch als Ortsteile. Doch damit sind die Anliegen und Probleme der Dörfer nicht verschwunden, sie werden nur weniger gehört. Das muss sich ändern. Denn: Das Leben auf dem Dorf prägt das Leben im ländlichen Raum.

Gemeinsam für lebendige Dörfer

Für Brandenburg galt lange Zeit das Klischee: Alle Dörfer sterben – Schuld ist der demografische Wandel. Während der Speckgürtel rund um Berlin boomt, dünnen die ländlichen Regionen fernab der Städte aus. Die jüngeren Einwohner*innen ziehen weg, Kita und Dorfläden verschwinden und mit ihnen schwindet auch die Attraktivität der Wohnorte.

Die Wirklichkeit ist differenzierter: Es zieht die Menschen nicht nur in Großstädte, viele bleiben bewusst auch in ländlichen Räumen verwurzelt, ob dauerhaft oder als Pendler*innen. Mehr als die Hälfte der Einwohner*innen Deutschlands lebt in ländlichen Räumen, etwa ein Drittel davon auf dem Dorf. Auch Brandenburgs Siedlungsstruktur ist geprägt von Dörfern. Fakt ist: Dörfer erleben gerade ein Comeback – es gibt immer mehr Dörfer, in denen sich die Bewohner*innen für ihre Regionen engagieren und dazu beitragen, dass sich ländliche Lebensverhältnisse nicht ausschließlich negativ entwickeln und sogar Zuzug wieder möglich wird.

Im Sommer 2015 wurde auch deshalb auf Initiative der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN durch einen gemeinsamen Antrag mit den Fraktionen von CDU, SPD, DIE LINKE und BVB Freie Wähler im Landtag Brandenburg die Enquetekommission „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“ ins Leben gerufen.¹ Sie setzt sich für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Entwicklung der ländlichen Regionen in Brandenburg ein und erarbeitet Handlungsempfehlungen für die Landespolitik. Zudem ist sie Plattform für alle Akteure in den ländlichen Regionen, die sonst kein Gehör finden.

Es lebe das Dorf – mehr Mitwirkungsrechte für die Dörfer

Das ist offenbar auch dringend notwendig: Viele Bürger*innen in den ländlichen Räumen wünschen sich

mehr Aufmerksamkeit und mehr Mitbestimmung. Dies belegten Anhörungen von Expert*innen, Ortsbesuche und eine Umfrage der Enquetekommission eindrücklich: Demnach finden die Dörfer in der Kommunal- und Landespolitik kaum Gehör und haben nur wenige Gestaltungsmöglichkeiten. Nur ein Drittel der Brandenburger*innen vertraut der Gemeinde- oder Stadtverwaltung vor Ort voll. 21 % der Befragten betonten ausdrücklich, dass sie der Verwaltung misstrauen. Nur 25 % der Befragten können der Aussage zustimmen „Den politischen Akteuren an meinem Wohnort kann man voll vertrauen.“ 27 % der Befragten lehnten dies sogar ab. Ein Fünftel hat demnach kein Vertrauen mehr in die kommunale Verwaltung. Auch bei der Einschätzung, dass die örtlichen Interessen von den Landes- und Kommunalpolitiker*innen berücksichtigt werden, überwiegen die negativen Zustimmungswerte (s. Abb.).

Eine Ursache hierfür ist die letzte Gemeindegebietsreform im Land Brandenburg, bei der viele Dörfer zu größeren Gemeinden zusammengelegt wurden. Dies brachte in vielen Fällen Synergieeffekte – die Einwohner*innen profitieren von einer stärkeren Verwaltung. Mit der Eingemeindung der Gemeindevertretungen gingen aber auch die Entscheidung über eigene Haushaltsmittel – und damit politische und ehrenamtliche Beteiligungsmöglichkeiten – verloren. Vor der Reform waren es rund 13 500 Ehrenamtliche, die sich im Gemeinderat für ihr Dorf eingesetzt haben, danach nur noch etwas mehr als 6 000. Ihre Anliegen in den Rat der nun größeren Gemeinde einzubringen, geht nicht in allen Fällen gut. Überall im Land treffen wir auf Beispiele, in denen die Kernstadt die Dörfer dominiert oder ganze Ortsteile im Gemeinderat „vergessen“ werden. Um die Dörfer in Brandenburg zu stärken, empfiehlt die Kommission in ihrem Zwischenbericht daher eine Reihe von Maßnahmen: Etwa selbstverwaltete Ortsteilbudgets, die Einbeziehung von Ortsvorsteher*innen in die Gemeindevertretungen, ein aufschiebendes Veto-Recht für Ortsbeiräte und eine bessere Vernetzung und gegenseitige Unterstützung im Rahmen eines sog. „Parlaments“ der



Alexandra Tautz

Referentin für die Enquetekommission „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“ in der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag

alexandra.tautz@gruene-fraktion.brandenburg.de

Benjamin Raschke

MdL, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Brandenburg, Sprecher für ländliche Entwicklung, Umwelt- und Landwirtschaftspolitik, Tierschutz, Rechtspolitische Sprecher und Mitglied der Enquetekommission 6/1

benjamin.raschke@gruene-fraktion.brandenburg.de



¹ www.ek-laendliche-regionen.landtag.brandenburg.de

Dörfer im Sinne der Vorschläge der brandenburgischen und europäischen Dorfbewegung.

Mehr Geld!

Bürgerschaftliche und politische Beteiligung als „kommunale Selbstgestaltungsaufgaben“ sind jedoch ohne ausreichende Finanzen nicht denkbar. Daher ist mehr finanzieller Spielraum für die kommunale Ebene nötig, damit Gemeinden und Dörfer nicht nur gerade so ihre Pflichtaufgaben erfüllen können und die Bewohner*innen sich an Lösungen vor Ort beteiligen können. Alle Kommunen in Haushaltssicherung im Land Brandenburg befinden sich in den ländlichen Regionen, ebenso nahezu alle Kommunen mit Kassenkrediten! Da ist bei der kommunalen Finanzierung etwas faul im System, der derzeitige kommunale Finanzausgleich in Brandenburg etwa begünstigt größere Städte und blendet Sonderfaktoren aus.

Die Enquetekommission als Testfeld für mehr politische Beteiligung

In vielen ländlichen Regionen muss sich die Landespolitik das Vertrauen der Menschen neu verdienen. Die Literatur empfiehlt dafür lokale Präsenz vor Ort sowie Anerkennung und Lösung der vorliegenden Probleme.² Die Enquete selbst wurde daher bewusst als Testfeld für mehr Bürgerbeteiligung gestaltet: Viele der Sitzungen finden nicht in Potsdam, sondern im ländlichen Raum statt. Hier wird auch eine Sprechstunde für Bürger*innen

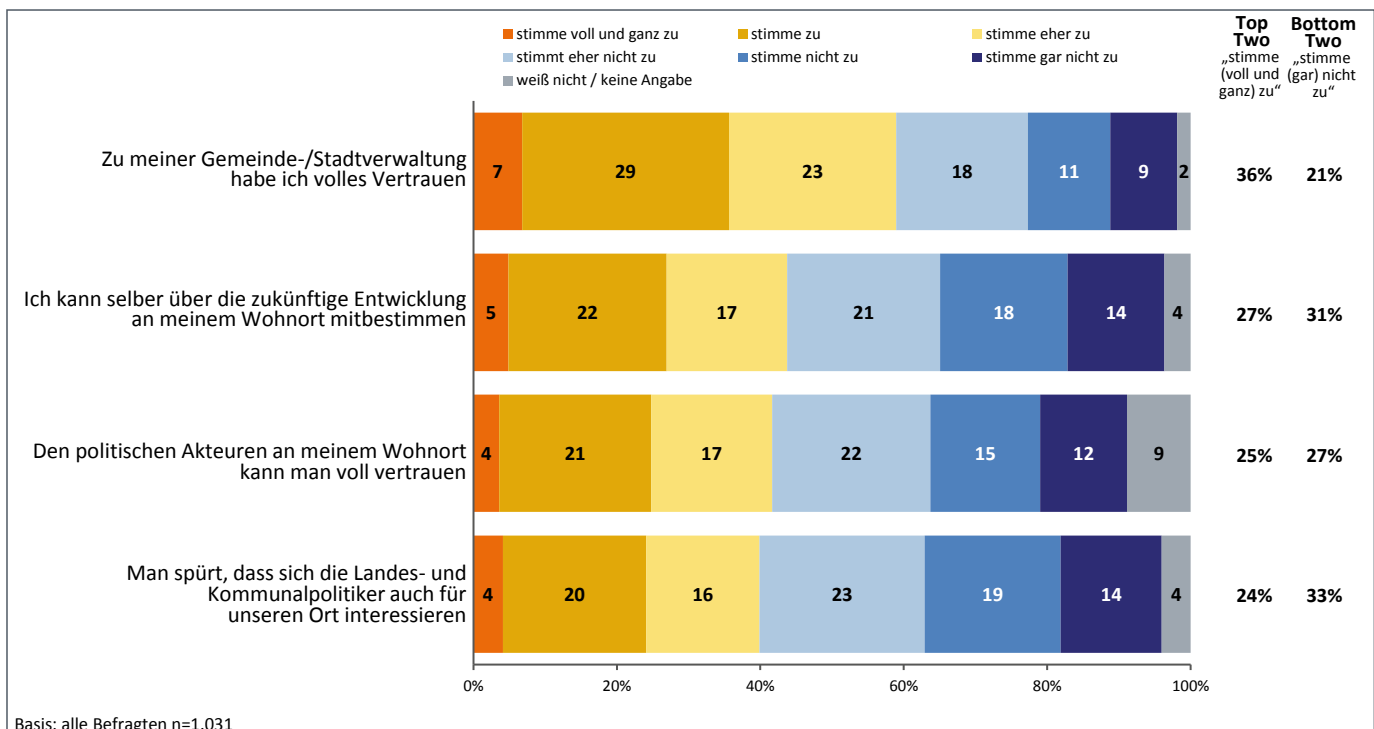
angeboten. Bei Sitzungen in Potsdam werden die Sitzungen im Livestream übertragen. Zudem bearbeitet die Kommission viele Zuschriften von Bürger*innen – ein oder mehrere Kommissionsmitglieder machen sich dann vor Ort ein Bild, versuchen zu vermitteln und Lösungen zu finden. Schließlich gibt es ein Dialogportal, in dem Bürger*innen ihre Anliegen online vorbringen und an den Beschlüssen der Enquetekommission mitarbeiten können.³ Bisher läuft der Test zufriedenstellend: Nach den Erfahrungen der Enquetekommission übertragen nun auch weitere Landtagsausschüsse ihre Sitzungen im Internet. Die Sprechstunde wird von den Bürger*innen (in unterschiedlichem Maße) genutzt, das Dialogportal hat wertvolle Hinweise gebracht – hier sind die Klickzahlen aber noch zu gering.

Endspurt bis März 2019

Der Zwischenbericht ist auf der Homepage der Kommission veröffentlicht. Hinweise dazu und was die Kommission bis zum Endbericht noch ändern und berücksichtigen sollte, können jederzeit an die Enquetekommission gesendet werden.

Der Abschlussbericht der Enquetekommission wird im Frühjahr 2019 vorliegen und auch Handlungsempfehlungen für eine moderne Infrastruktur enthalten. Bis dahin beschäftigt sich die Enquete noch damit, was bürgerschaftliches Engagement im Zusammenhang mit der Sicherung der regionalen Daseinsvorsorge leisten kann und was nicht. ■

Abbildung: Beurteilung der politischen Mitbestimmung, Politik und Verwaltung vor Ort



Quelle: INFO GmbH Markt und Meinungsforschung

² Hillje, J.: Rückkehr zu den politisch Verlassenen. Gespräche in rechtspopulistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich. Berlin: Das Progressive Zentrum e.V. 2018.

³ www.dialog.landtag.brandenburg.de

Bürgerwissenschaften in Mecklenburg-Vorpommern:

Landinventur als kollektive Aufgabe

Mathias Burke, Leon Jank, Steffen Klotz, Andreas Willisch

Das Thünen-Institut für Regionalentwicklung e.V. möchte Daten, Bilder und Geschichten vom Leben auf dem Land im 21. Jahrhundert zusammentragen, um damit die Situation ländlicher Räume alltagsnäher darstellen zu können. Dazu entwickeln wir eine Methode kollektiver Raumbewachung, bei der die Bewohner*innen der Dörfer selbst die Daten ihres Dorfes erheben. In vielen Workshops diskutieren wir gemeinsam mit interessierten Bürger*innen die relevanten Themenbereiche, nach denen gefragt werden soll und entwickeln gemeinsam die zu beantwortenden Fragen. Dazu suchen wir Dorfbotschafter*innen, um mit ihnen gemeinsam im Frühjahr 2019 die große Landinventur MV durchführen zu können. Ziel des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projektes ist es, eine digitale Landkarte zu erstellen, die es Bürger*innen, Wissenschaftler*innen, Menschen aus Verwaltung oder Politik ermöglicht, sich ein differenziertes Bild machen zu können.

Von Landlüssen und Dörfersterben

Ländliche Räume sind in aller Munde. Sie sind sterbende Räume, Innovationsräume und Zukunftsräume, sind Versorgungsräume, rechte Räume und Sehnsuchtsräume. Ob man nun eine Infobroschüre des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) oder das Magazin Landlust liest – in ganz unterschiedlichen Kanälen werden starke Bilder ländlicher Räume erzeugt. Dabei sind die ländlichen Räume historisch, sozial, wirtschaftlich und kulturell sehr unterschiedlich geprägt. Den ländlichen Raum gibt es nicht. Darüber hinaus sind ländliche Räume offene Projektionsflächen für die unterschiedlichsten Wünsche und Erwartungen. Wir haben versucht, die Vielfalt dieser Sichtweisen auf das Land vier verschiedenen Diskursen zuzuordnen: Träumen, Abwickeln, Verwalten und Leben.

Geselliges Beisammensein im teilsanierten Vierseithof in der Abendsonne, eine Kiste mit krumm gewachsenem Gemüse, der Körper in einen einsamen, spiegelglatten See, irgendwo, scheinbar weit weg vom Alltagsstress – das sind einige der Bildphantasien, die den Strang Träumen beschreiben. Es sind lokale Momentaufnahmen, die vor allem Sehnsüchte einer städtischen Gesellschaft bedienen, aber einen ganzen Raum beschreiben wollen. Nicht immer werden dabei ausschließlich positive Bebilderungen transportiert. In der Vielzahl der neuen Dorfromane dominieren eher Bilder der Enge und der Unfreiheit.

Aber ob nun Naturromantik oder soziale Beklommenheit: beide sind emotional aufgeladen.

Dagegen beansprucht die Perspektive Abwickeln, die harten Fakten von Schrumpfung und Niedergang in den Blick zu nehmen. Wenn immer weniger Menschen vor Ort sind, setzt sich demnach ein Prozess der Abwicklung in Gang. Auf dem Land hat man es dann mit sich „verengenden Handlungsspielräumen“ (Neu 2006) zu tun. Nach und nach brechen Infrastrukturen weg und die territoriale Ungleichheit zwischen Stadt und Land nimmt zu. Bilder von verlassenen Landstrichen, Videos menschenleerer Dorfstraßen illustrieren diese Vorstellungen eines todkranken Patienten. Gleichzeitig wird der Diskurs eines fundamentalen Wandels jedoch durch Bilder einer technologischen Fetischisierung beflügelt, die eine völlig digitalisierte, smarte Landwirtschaft zeigen. Diese funktioniert in großem Maßstab ohne die Anwesenheit von Menschen sehr gut.

Für den Landkreis Ludwigslust-Parchim weist der Landatlas des BMEL 2016 einen Anteil der unter 6-Jährigen von 4,8 % aus. Wir wissen aber aus unseren eigenen Forschungen, dass die Anzahl der Kinder von Gemeinde zu Gemeinde, oftmals von Dorf zu Dorf sehr unterschiedlich sein kann. Im Landkreis werden somit sehr unterschiedliche Entwicklungen in über 1 000 Dörfern mit ein und derselben Zahl beschrieben. Gleichzeitig enthält der Landatlas die Forderung: „Politik für ländliche Räume kann nur gelingen, wenn sie möglichst passgenau auf die Gegebenheiten vor Ort zugeschnitten ist“ (BMEL 2016). Darin besteht ein Widerspruch, der bezeichnend für die Sichtweisen auf ländliche Räume ist, die sich unter dem Bild Verwalten finden. Ländliche Räume werden flächenweise erfasst, der eigentliche Lebensraum der Menschen vor Ort fällt aus der Betrachtung.

Mathias Burke, Leon Jank, Steffen Klotz, Andreas Willisch

Thünen-Institut für Regionalentwicklung e.V.,
Projektteam Landinventur

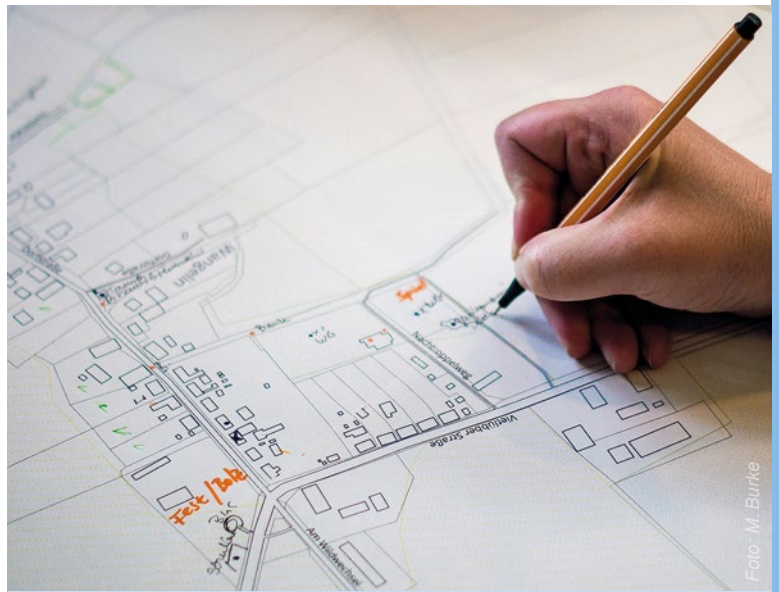
info@landinventur.de, www.landinventur.de

Was in diesen drei Perspektiven auf ländliche Räume fehlt, ist ein differenzierter Blick auf dörfliche Realitäten und kleinräumliche Disparitäten, die Folge tiefgreifender Transformationsprozesse sind. Die meisten der zuvor beschriebenen Bilder sind emotionale, punktuelle Wahrnehmungen, die unreflektiert auf ländliche Räume im Allgemeinen projiziert werden. Dagegen geht in den statistischen Erhebungen der Bundes- und Landesämter und grobgerasterten Karten, beispielsweise des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) oder im Landatlas die kleinräumliche Dimension ländlicher Räume verloren. Es fehlt also eine Darstellung ländlicher Räume, die wissenschaftlich fundierte Daten generiert, aber dennoch auf die Lebenswirklichkeit der Menschen auf dem Dorf fokussiert. Unter dem Strang Leben nimmt das Projekt Landinventur diese Perspektive auf.

Das Land durch die Menschen beschreiben

Mecklenburg-Vorpommern setzt sich aus ca. 6 000 Dörfern zusammen. Diese werden in 748 Gemeinden und sechs Landkreisen verwaltet. Die Größe der Landkreise liegt zwischen 2 000 und 5 500 km². Die Vielfalt der Dörfer geht in dieser groben Betrachtung verloren und politische und planerische Entscheidungen können nicht angemessen auf den Lebensraum Dorf zugeschnitten werden. Daher haben wir uns mit der Landinventur zum Ziel gesetzt, die Dörfer zurück auf die Landkarte zu bringen. Dazu folgen wir dem bürgerwissenschaftlichen Ansatz. Bürgerwissenschaften ermächtigen fachfremde Menschen und Menschen ohne wissenschaftlichen Hintergrund dazu, Teil von Wissenschaftsproduktion zu werden. Dabei gehen wir von folgender Grundannahme aus: Ohne die Beteiligung der Bewohnerschaft Mecklenburg-Vorpommerns ist die genaue Erfassung der Dörfer nicht möglich. Gleichzeitig erwarten wir, dass die Bürgerwissenschaftler*innen selbst, durch ihre Beobachtungsarbeit einen womöglich neuen Blick auf ihr Dorf, ihren Alltag und die Schwierigkeiten und Möglichkeiten zukünftiger Entwicklung erhalten.

Die eingangs vorgestellte Aufschlüsselung der Sichtweisen auf ländliche Räume haben wir in öffentlichen Veranstaltungen in Mecklenburg-Vorpommern diskutiert und damit den kollaborativen Teil des Projekts eingeläutet. In einem ersten Versuch kollektiver Dorfkartierung in dem Dorf Diemitz wurden gemeinsam Kriterien für die Erfassung der Lebenswelt Dorf entwickelt. Grundlegende Frage dafür ist: Wer wohnt im Dorf? So banal diese Frage klingt, so komplex und essenziell ist sie. Denn über die bloße, numerische Angabe der gemeldeten Einwohner*innen hin-



Gemeinsames Kartieren in Wangelin

aus, ist es viel wichtiger zu erfassen: Wer wird von der Dorfgemeinschaft als zugehörig empfunden? Ist das Berliner Paar genauso Teil des Dorfs wie der Tischlermeister und Vorsitzende des Heimatvereins oder der Wehrführer der freiwilligen Feuerwehr? Daran schließen weitere Fragen an: Wie viel Zeit verbringen die Menschen im Dorf? Sind sie nur zum Wochenende dort, weil sie werktags auf Montage sind oder leben und arbeiten sie im Dorf? In welchen Lebenssituationen befinden sich die Menschen? Sind es Familien mit Kindern oder aktive Vorruheständler*innen? Die qualitative Erfassung der Dorfbewohnerschaft ist wesentlich aussagekräftiger als die Angabe der Meldestatistik. Daran schließen weitere Fragen an, die zu einem klareren Bild der Dorfbevölkerung führen. Wie sehr ist das Dorf mit dem Boden verbunden? Werden die Gärten zum Anbau und zur Selbstversorgung genutzt? Wie autark wird geheizt? Wer betreibt Landwirtschaft im Nebenerwerb? Die meisten dieser Fragen tauchen nicht in den amtlichen Statistiken auf, sind aber eigentlich Teil einer unterrepräsentierten Ökonomie. Aber auch gängige Fragen des Wirtschaftens müssen vor Ort beantwortet und festgehalten werden. So ist beispielsweise das Wissen über ansässige Unternehmen, im Dorf Beschäftigte und gepflegtes Traditionshandwerk ein wichtiger Faktor für die Einschätzung der Entwicklungspotenziale eines Dorfs. All diese Fragen wiederum sind wichtig, um den Grad und die Art des ehrenamtlichen Engagements zu verstehen. Ist das Engagement eine Reaktion auf einen Wegfall, ein Protest gegen geplante Entwicklungen oder setzt sich darin Traditionspflege fort? Wird das Engagement von Alteingesessenen getragen oder bringen neue Leute frischen Wind in die Dorfgemeinschaft?

In diesen Fragen sehen wir einen Schlüssel zur Erfassung der Lebenswelt Dorf. Sie sind essenziell, um das Gefüge zu verstehen und zu beschreiben. Die Herausforderung liegt darin, diese Themen erfassbar und vergleichbar zu machen.

Wie beteiligt man ein Bundesland?

Das Vorhaben zur Durchführung des Projekts ist aus mehreren Gründen voraussetzungsreich. Bürgerwissenschaften sind erst kürzlich im Wissenschaftsbetrieb angekommen. 2016 hat das BMBF die Förderlinie gestartet, nachdem es seit einigen Jahren die Webplattform Bürger schaffen Wissen gefördert hatte. Hier präsentieren sich viele Projekte aus der Bürgerwissenschafts-Community. Vor allem Projekte aus einem naturwissenschaftlichen Kontext haben sich hier platziert. Viel geringer ist die Anzahl von kultur-, geistes- oder sozialwissenschaftlichen Projekten. Mit einem sozialwissenschaftlichen Projekt betritt man nahezu Neuland. Methoden der Einbindung von Bürgerwissenschaftler*innen sind quasi nicht vorhanden. Überhaupt müssen interessierte Bürger*innen erst noch gefunden werden. In anderen Disziplinen, etwa in der Stadtentwicklung oder im Transformationsdesign, sind dagegen Partizipationsansätze erprobt und bieten z. T. geeignete Anknüpfungspunkte. Der Maßstab des Projekts – das gesamte Bundesland Mecklenburg-Vorpommern – ist eine weitere Herausforderung, die entscheidend für den Aufbau des Projekts ist. Eine aufsuchende Beteiligung, so wie sie im Wissens-

generierungsprozess bei bisherigen Beteiligungsverfahren gängig ist, kann nicht flächendeckend durchgeführt werden, sondern nur einen sehr geringen Teil des Projektgebiets abdecken. An diese punktuelle Beteiligung sind besondere Anforderungen geknüpft. Der direkte Kontakt mit Bürgerwissenschaftler*innen in dieser Phase dient dem Diskussionsprozess, um mit ihnen die Fragestellungen zunächst einmal gemeinsam zu entwickeln. Das hilft, die Relevanz des Fragegegenstands zu verdeutlichen und schafft ein gleiches Verständnis von dem, was die Frage meint.

Eine mobile Forschungsstation ermöglicht uns, das Format der aufsuchenden Beteiligung flexibel und ohne auf Infrastrukturen vor Ort angewiesen zu sein, durchzuführen. Gleichzeitig sind damit weitere Vorteile verbunden: Sichtbarkeit und niedrigschwellige Kontaktaufnahme. Ein langer Arbeitstisch mit Bänken unter heruntergelassener Markise und bei Bedarf der Innenraum der Forschungsstation dienen als Arbeitssetting. In wechselnden Versuchsanordnungen werden Abfrageinhalte und Methode immer komplexer und gleichzeitig in ihrer Durchführbarkeit „vereinfacht“, um die bundeslandweite Landinventur im nächsten Jahr eigenständig mit Hilfe einer digitalen Anwendung durchführen zu können. Diskussionsgrundlage der Stationen in der ersten Phase sind im Wesentlichen Fragebögen zu den Teilfragen des Projekts, kartographische Darstellungen sowie bei öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen ein Dorfindex zu verschiedenen, zählbaren Ausstattungen im Dorf.



Vor-Ort-Besuch in Qualitz



Gemeinsame Ortsbegehung in Diemitz

Der Anspruch an die Einbindung in ein bürgerwissenschaftliches Projekt ist hoch. Es muss um mehr als das Abfragen von Information gehen – das gemeinsame Schaffen von Wissen steht im Vordergrund, denn am Arbeitstisch sitzen sich lokale Expert*innen gegenüber. Im Projekt Landinventur liegt die Expertise einerseits im Wissen um das Leben auf dem Dorf, zugleich gibt es Menschen, die vertieftes Wissen in Teilfragen des Projekts haben. Dahingehend wird das Format auf der Reise mit der Station immer wieder angepasst. Als wichtige Denk- und Diskussionshilfe hat sich eine große Karte des jeweiligen Ortes erwiesen, denn sie führt von spekulativen Annahmen hin zu quantifizierbaren Aussagen im Abgleich mit den Kartierungsformularen. Jedoch spielt die Größe des Dorfes sowie seine Zusammensetzung hier eine entscheidende Rolle. In kleinen Siedlungen lassen sich Bewohner*innen zuordnen, schon bei über 200 Einwohner*innen trifft dies meist nur für einen Teilbereich des Ortes präzise zu. Eine Begehung des Ortes als Format eignet sich vor allem für räumliche Fragen. Jedoch sind der Informationsgewinnung durch aktives Begehen mitunter Grenzen gesetzt, denn das Beet auf der Hausrückseite bleibt oft verborgen.

Eine Landinventur ist ein kollektives Ereignis. Das gilt auf allen Maßstabsebenen. Die Beschäftigung mit der eigenen Lebenswirklichkeit vor Ort und die

Reflektion des Vorhandenen als Grundlage für das, was einmal sein könnte, sind Ziel und Anspruch der Landinventur. Deshalb bietet eine digitale Plattform die Möglichkeit, ab Frühling 2019 eine Inventur für das eigene Dorf in Mecklenburg-Vorpommern durchzuführen und so zu einem alltagsnahen Bild des Lebens abseits der Städte beizutragen. Dazu braucht es Dorfbotschafter*innen, die Lust auf eigene Beobachtung haben, ihr Interesse in die Dorfgemeinschaft weitertragen und zusammen durchführen, um vom gemeinsamen Wissensschatz zu profitieren. ■



Wangelin: Bürger*innen und Projektmitarbeiter*innen bei der Landinventur

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Thünen-Institut
für Regionalentwicklung e.V.
www.thuenen-institut.de

und Du!

Literatur

BMEL (Hrsg., 2016): „Landatlas 2016“. 2. Auflage. Berlin, <https://www.landatlas.de/>
Neu, C. (2006): Territoriale Ungleichheit – Eine Erkundung. In: APuZ 37/2006, S. 8–15.

Eine Stimme für die Dörfer – die Vereinigung der Dorfbewegungen in Europa (ERCA)

Dr. Ulrike Schumacher

Die European Rural Community Alliance (ERCA) ist ein ehrenamtlich getragenes Netzwerk von nationalen und regionalen Dorfbewegungen in Europa. Die zivilgesellschaftliche Vereinigung unterstützt ländliche Dorfgemeinschaften und Dorfbewegungen darin, sich zu vernetzen und voneinander zu lernen. Durch gemeinsame Aktionen wie das Europäische Ländliche Parlament sollen die aktuellen Herausforderungen ländlicher Räume auch auf der europäischen politischen Bühne artikuliert und vertreten werden.

Die Keimzellen der europäischen Dorfbewegungen liegen in Schweden, Finnland und den Niederlanden: Bereits in den 1980er Jahren vernetzten sich dort ländliche Initiativen und Gemeinschaften zu nationalen Vereinigungen, um sich durch Wissenstransfer gegenseitig zu stärken und Themen der Dörfer auf der politischen Agenda zu platzieren. Nationale „Ländliche Parlamente“ wurden zu einem wichtigen Veranstaltungsformat, bei dem sich alle zwei Jahre Dorfakteure mit Politiker*innen auf Augenhöhe treffen und bei denen Wissenstransfer und Weiterbildung kompakt organisiert werden. Im Unterschied zu den staatlichen Parlamenten tragen sie einen zivilgesellschaftlichen Charakter.

Seit jeher konnten an diesen ersten ländlichen Parlamenten auch internationale Gäste aus weiteren europäischen Ländern teilnehmen. Idee und Konzept verbreiteten sich und so sind mittlerweile Bewegungen in rund 20 europäischen Ländern entstanden. 2004 schlossen sich Vertreter*innen aus den Dorfbewegungen

Schwedens, Finnlands, Estlands, der Niederlande sowie Interessierte aus anderen Ländern informell zusammen, um der entstandenen Vernetzung eine organisatorische Form zu verleihen. 2009 organisierte sich diese Vereinigung schließlich in der Rechtsform eines Vereins und wurde zur Vereinigung europäischer Dorfbewegungen.

Die Ziele von ERCA sind:

- eine integrierte, sektorübergreifende, ortsbezogene und lokale ländliche Entwicklung auf europäischer Ebene zu fördern,
- eine informierte Debatte über die Zukunft des ländlichen Raums und der ländlichen Entwicklung zu ermöglichen und die Politik für den ländlichen Raum zu beeinflussen, sowohl in der Europäischen Union als auch in den europäischen Staaten,
- die nationalen und regionalen ländlichen Bewegungen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene zu vernetzen und zu stärken sowie die Bildung nationaler und regionaler ländlicher Bewegungen in Gebieten zu unterstützen, in denen diese nicht existieren,
- Wissensaustausch und gegenseitige Unterstützung zwischen den Mitgliedsorganisationen zu ermöglichen
- und somit die „Stimme der Dörfer“ auf allen Ebenen bis zur EU zu

entwickeln und selbst als „Stimme“, als politische Lobby der Dörfer und Dorfbewegungen zu wirken.

Beispiele für das Wirken von ERCA

Internationale Dorfkonferenz

Um die Idee und Praxis der Dorfbewegung in Deutschland bekannt zu machen, organisierte die Vereinigung 2011 in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung die zweitägige Internationale Dorfkonferenz mit über 120 Teilnehmer*innen. Vertreter*innen aus den europäischen Mitgliedsorganisationen berichteten von ihren Erfahrungen und erläuterten auch, wie hilfreich die Verknüpfung mit LEADER für die Entwicklung war und immer noch ist. Im Nachgang der Konferenz widmete sich eine Initiativgruppe der Frage, inwieweit sich eine Dorfbewegung in Deutschland implementieren ließe. Dabei wurden die unterschiedlichen Ausgangssituationen in den einzelnen Bundesländern deutlich – bisher konnte das Konzept im Wesentlichen im Land Brandenburg Fuß fassen.¹

Unterstützung bei der Gründung des Schottischen Ländlichen Parlaments

In Schottland hat ERCA dazu beigetragen, ein nationales Ländliches Parlament ins Leben zu rufen. Ein solches wurde von Regierungsseite gewünscht, um einen unmittelbaren Kontakt zu



Dr. Ulrike Schumacher

Vorstand ERCA
www.ruralcommunities.eu
mail@ulrikeschumacher.de
 MITREDEN – Befragungen
 & Beteiligung, Görlitz
www.ulrikeschumacher.de

¹ www.lebendige-doerfer.de, <https://de-de.facebook.com/doerferBrandenburg/>



Von rechts: Staffan Bond, damals Hauptmanager der schwedischen Dorfbewegung und Vorstandsmitglied von ERCA, Prof. Dr. Bert Broekhuis, damals Präsident von ERCA, Dr. Evelin Wittich, damals Direktorin der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS), Prof. Dr. Kurt Krambach, damals Vorstandsmitglied von ERCA und Koordinator des Gesprächskreises Ländlicher Raum der RLS

den Dörfern zu haben. 2012 organisierte das Landwirtschaftsministerium eine landesweite Konferenz mit ländlichen Akteuren und lud dazu ERCA und Vertreter*innen von fünf erfolgreichen Dorfbewegungen ein. Während dieser Konferenz wurde beschlossen, ein Ländliches Parlament zu gründen – auch als Ausgangspunkt, um eine dauerhafte Dorfbewegung zu entwickeln. Die Verantwortung für die Durchführung ging auf die zivilgesellschaftliche Organisation „Scottish Rural Action“ über, die 2014 mit finanzieller staatlicher Unterstützung das erste Ländliche Parlament Schottlands abhielt.²

Initiierung und kooperative Koordinierung des Europäischen Ländlichen Parlaments

Auf Initiative von ERCA wurde 2013 erstmals, gemeinsam mit den Partnern ELARD³ und PREPARE⁴, das Europäische Ländliche Parlament (European Rural Parliament, ERP) durchgeführt, um der Stimme des ländlichen Europas Gehör zu verschaffen und die Selbsthilfe der Landbevölkerung in Partnerschaft mit den Regierungen zu fördern. Alle zwei Jahre treffen sich nun

Akteure des ländlichen Raums – lokale, regionale und nationale Dorfbewegungen – mit politisch Verantwortlichen auf europäischer Ebene.⁵ In Vorbereitung des zweiten und dritten ERP wurden Wünsche, Probleme und Forderungen der Dorfbewohner*innen dezentral in vielen Ländern untersucht. Die Ergebnisse bildeten die Grundlage des 2015 erarbeiteten und 2017 präzisierten „European Rural Manifesto“.⁶ Die Vorbereitungen für das ERP 2019 laufen bereits, unter Beteiligung der deutschen Netzwerkpartner BAG LAG e.V. (Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen) und Dorfbewegung Brandenburg e.V. Beim dritten ERP wurde als Ziel gesetzt, die Bildung von Ländlichen Parlamenten zu unterstützen, so dass bis 2019 in möglichst allen europäischen Ländern solche entstehen mögen.

Fazit

Die erfolgreichen Dorfbewegungen in Europa haben dazu beigetragen zu beweisen, dass Dörfer – neben der Stadt – eine zukunftsfähige Siedlungsform sind. Sie sind eine zivilgesellschaftliche Kraft, die staatlich und mittels LEADER



Quelle: Venhorst, 2017

gefördert werden. Im Hinblick auf die EU-Politik wurde erreicht, dass alle drei Netzwerke, die das ERP tragen (ERCA, PREPARE und ELARD), einen Sitz in der „Civil Dialogue Group for Rural Development“ der Europäischen Kommission haben. Das Europäische Ländliche Parlament selbst hat sich als eine europaweite Stimme der Dörfer und der Landbevölkerung etabliert. Es ermöglicht eine innereuropäische Verständigung über vergleichbare Anliegen und Problemlagen, die im „European Rural Manifesto“ ihren Ausdruck finden. ■

² www.scottishruralparliament.org.uk

³ www.elard.eu

⁴ www.preparenetwork.org

⁵ Beim 3. ERP 2017 nahmen Vertreter*innen aus 40 europäischen Ländern, darunter auch solchen ohne Dorfbewegung sowie aus Nicht-EU-Ländern teil.

⁶ www.europeanruralparliament.com

Brandenburg:

Bürgerbudgets zur Stärkung einer lebendigen ländlichen Gesellschaft?

Dr. Carsten Herzberg

Das Leben auf dem Land ist vielfältig und geprägt von zahlreichen Organisationen und Menschen, die sich für das Gemeinwohl engagieren. Neben engagierten Personen gehört dazu allerdings auch Geld. Oft sind es nur kleine Beträge, allerdings können die bürokratischen Hürden dafür hoch liegen. Hier setzt die Idee der Bürgerbudgets an: Die Gemeinde stellt einen Geldbetrag zur Förderung kleinerer Projekte und Ideen zur Verfügung. Alle können Vorschläge unterbreiten und diskutieren. Entschieden wird vor Ort, auf einem Fest, per Briefwahl oder durch einen Klick im Internet – der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt.¹

In Brandenburg boomt diese Idee derzeit. Im Moment gibt es mehr als 14 Bürgerbudgets, wobei sich die Zahl in den letzten drei Jahren verdreifacht hat und weitere hinzukommen. Bürgerbudgets entstanden aus sog. Bürgerhaushalten, bei denen zwar die Bevölkerung die Finanzen der Gemeinde diskutiert, sich die Umsetzung am Ende jedoch oft als langwierig erwiesen hat. Aus diesen Fehlern haben die Bürgerbudgets gelernt. Statt Frustration über nicht umgesetzte Vorschläge zu erzeugen, wird im Vorhinein ein Gesamtbetrag festgelegt. Dieser liegt in Brandenburg zwischen 25 000 und 100 000 € pro Gemeinde. Da die Einwohnerzahl unterschiedlich hoch ist, können die pro Kopf bereitgestellten Beträge zwischen 1,20 € und 8,20 € schwanken (s. Abb. 1). Damit nicht ein Vorschlag das gesamte Budget aufbraucht, gibt es eine Deckelung. Diese liegt je nach Gemeinde zwischen 5 000 € und 20 000 €.

Chance für Mittelzentren

Auf den ersten Blick scheint in Brandenburg diese Form der Beteiligung vor allem von Gemeinden im Berliner Speckgürtel, also im hauptstadtnahen Siedlungsraum, angenommen zu werden. Bei genauerer Betrachtung wurde diese Idee aber auch von entlegeneren Mittelzentren wie Prenzlau, Schwedt, Bad Freienwalde oder Senftenberg umgesetzt. Diese Zentren treten durch die Bereitstellung verschieden-

ster öffentlicher Dienstleistungen hervor. Sie gelten als Ankerpunkte und ein Bürgerbudget kann – neben guter Versorgung und anderen Faktoren – zur Attraktivität des Ortes beitragen. In Eberswalde wird die Idee besonders gut angenommen. Während sich im ersten Jahr um die 300 Menschen beteiligt haben, sind es inzwischen um die 2 700.

Partizipation der Dörfer

Möglicherweise profitieren Bürgerbudgets gerade von kleinteiligen Gemeinden, wo sich neue Ideen schnell herumsprechen. Die Herausforderung besteht hier darin, dass – anders als in den Mittelzentren – mitunter keine Verwaltungsangestellten bereitstehen, die einen solchen Prozess organisieren könnten. Die Frage lautet also, wie vor allem Dörfer mit einbezogen werden können:

- Zum einen können sich bei einem Bürgerbudget immer auch die Ortsteile einer Gemeinde beteiligen. In Ketzin/Havel (6 531 Einwohner*innen), wo 50 000 € bereitgestellt werden, sind die Bewohner*innen der Ortsteile explizit aufgerufen mitzumachen. So ist im Bürgerhaushalt 2018 auf Platz 3 ein Vorschlag aus Tremmen (750 Einwohner*innen) zu finden: Die Terrasse eines Vereinsgebäudes wird hier eine Überdachung bekommen, wofür 21 000 € veranschlagt sind.
- Um potenzielle Benachteiligungen wegen geringer Einwohnerzahl zu umgehen, kann für jeden Ortsteil ein fester Betrag reserviert werden. Dies geschieht z. B. im sächsischen Görlitz, wo zu den acht definierten Beteiligungsräumen auch ländliche Ortsteile gehören. Pro Einwohner*in steht 1 € zur Verfügung. Über die Bürgervorschläge entscheidet hier ein Bürgerbeirat, der aus Personen des betreffenden Beteiligungsraumes besteht.



Dr. Carsten Herzberg

nexus – Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH, Berlin

herzberg@nexusinstitut.de
www.nexusinstitut.de

¹ Bei dem Beitrag handelt es sich um eine Weiterentwicklung des Vortrages „Bürgerhaushalte. Eine Perspektive für ländliche Regionen“, den der Autor am 8. Juni 2018 in der Enquetekommission 6/1 „Zukunft der ländlichen Regionen“ des Brandenburgischen Landtages gehalten hat. Siehe auch: www.landtag.brandenburg.de/media_fast/5701/TOP%202.2%20TB%201%20Dr.%20Herzberg.pdf (aufgerufen am 8.9.2018)

- Dies führt zum dritten Ansatzpunkt: Bürgerbudgets könnten auch einem Ortsbeirat zur Verfügung gestellt werden. Dies geschieht z. T. unter der Bezeichnung Ortsteilbudget. Die brandenburgische Kommunalverfassung sieht in § 46 Abs. 4 explizit vor, dem Ortsbeirat „zur Förderung von Vereinen und Verbänden, zur Förderung und für die Durchführung von Veranstaltungen der Heimatpflege, des Brauchtums und der Fremdenverkehrsentwicklung [...] Mittel zur Verfügung [zu] stellen“. Es wäre dann also der Ortsbeirat, der den Prozess der Beteiligung organisiert und selbst oder unter Beteiligung der Bewohner*innen entscheidet.

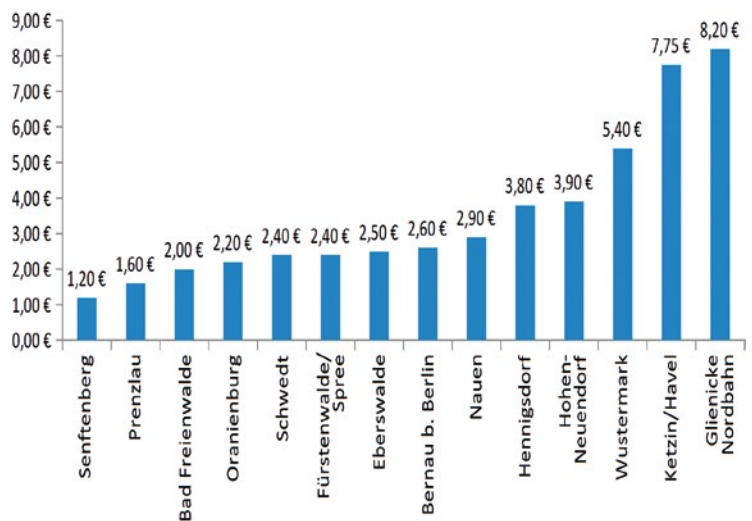
Demokratie erfahren

Die Bürgerbudgets haben neben der unmittelbaren Umsetzung und Förderung bürgerschaftlicher Ideen eine weitere Dimension. Auch wenn das bisher bei vielen Verfahren noch zu kurz kommt, geht es idealerweise darum, Vorschläge mit anderen zu diskutieren, Mitstreiter*innen (bei der Abstimmung) zu gewinnen und zu sehen, dass eigene Ideen umgesetzt werden. Hier findet ein Erleben von Demokratie statt, die Bürgerbudgets könnten somit auch einen Beitrag leisten, jenen Stimmen entgegenzuwirken, die der Meinung sind, „dass man eh nichts ändern kann“ und „dass die da oben eh machen, was sie wollen“. Freilich geht es bei den Bürgerbudgets um kleinteilige Fragen, sie könnten aber vielleicht ein Sprungbrett sein, sich auch in die Diskussion über Fragen größerer Dimension durch konstruktive Vorschläge einzubringen. Der Aspekt der Demokratieförderung könnte somit ebenfalls in die Diskussion der Haltefaktoren einbezogen werden, die gerade junge Menschen bewegen, im ländlichen Raum ansässig zu bleiben.

Beispiel Polen: Verstärkung durch einen Landesfonds

Um jedoch tatsächlich eine Wirkung zu entfalten – sei es bei der Förderung von Ehrenamt oder im Demokratieerleben –, bedarf es nicht nur einer Handvoll Beispiele, sondern einer umfassenden Verbreitung. Dem steht entgegen, dass viele Gemeinden nicht über die notwendigen Mittel zur Finanzierung von Bürgerbudgets verfügen. Hier lohnt ein Blick nach Polen, wo es mit dem Fundusz Sołecki ein von der Regierung gefördertes Programm gibt. Dort können die Gemeinden des ländlichen Raums Gelder beantragen (s. Abb. 2). Bedingung ist, dass die darüber finanzierten Projekte zusammen mit der Bevölkerung bestimmt werden. Die Höhe des Betra-

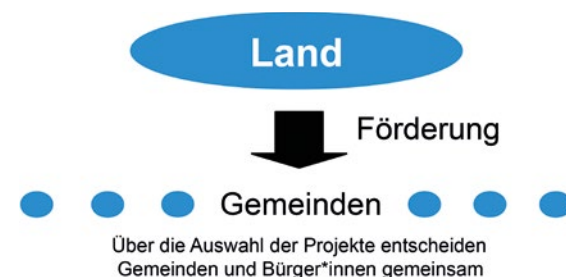
Abbildung 1: Budget pro Einwohner*in



Quelle: Eigene Darstellung

ges beruht auf einer Formel, welche die Einwohnerzahl berücksichtigt. Gefördert werden kleine Projekte wie z. B. in der Gemeinde Tomice, die 37 km entfernt von Krakau in der Woiwodschaft Kleinpolen liegt. Deren Ortsteil Zygodowice (451 Einwohner*innen) erhielt im Jahr 2017 ca. 4 047 € (17 453 PLN). Der Betrag erscheint klein, aber es sind 9 € pro Einwohner*in und damit mehr als bei den Brandenburger Beispielen. Damit werden vier Projekte umgesetzt, darunter Ausrüstung für die Feuerwehr, Finanzierung eines Ausflugs, Mittel für öffentliche Grünflächen etc.

Abbildung 2: Demokratie in der Offensive: Partizipationsfonds für Gemeinden in ländlichen Regionen



Quelle: Eigene Darstellung

In Deutschland wird derzeit viel über den ländlichen Raum diskutiert und es wird auch eine große Bereitschaft signalisiert, hier Fördermittel einzubringen. Das Interessante am polnischen Beispiel ist, dass die kleinen Projekte nicht isoliert von anderen stehen. Der Fundusz Sołecki versteht sich als Verstärker einer Regionalentwicklung, zu der auch andere, große Projekte und andere Geldmittel, z. B. aus der EU, gehören. ■

Kommunen innovativ:

Forschungsprojekte für Kommunen und Regionen im Wandel

Dr. Wolf Junker

Demografische, wirtschaftliche und strukturelle Veränderungen stellen viele Regionen und Kommunen Deutschlands vor große Herausforderungen. Gute Ideen und Kreativität sind gefragt, wenn es darum geht, unter schwierigen Bedingungen neue Perspektiven für die Zukunft zu gewinnen und diese aktiv und dauerhaft zu gestalten. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat daher im August 2014 die Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ ins Leben gerufen. Kommunen können so im Schulterschluss mit der Wissenschaft ihre Ideen für die Zukunft ausarbeiten und erproben.

In „Kommunen innovativ“ werden vor allem die Auswirkungen des demografischen Wandels in den Blick genommen und mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung von Regionen und Kommunen verknüpft. Dabei geht es etwa um schrumpfende und wachsende Kommunen, die Anpassung der sozialen und technischen Infrastrukturen, den Umbau zu nachhaltigen und demografieangepassten Wohn- und Siedlungsstrukturen sowie neue Konzepte für Mobilität. Die Kommunen in Deutschland sind aufgefordert, neue praxistaugliche Instrumente wie z. B. Organisations-, Finanzierungs- oder Prognosemodelle zu entwickeln. Ferner bildet die Ausarbeitung geeigneter Formate für die Kommunikation, Motivation und Beteiligung in Städten und Gemeinden einen Schwerpunkt der Förderung.

Neu an dieser Fördermaßnahme ist, dass Kommunen als Initiatoren, Partner und Adressaten der Forschung eine deutlich stärkere Rolle in den Forschungsprojekten übernehmen. Kommunen sind

nicht mehr allein Forschungsobjekt und Datenlieferanten, sondern sie sind Partner auf Augenhöhe mit der Wissenschaft. Teilweise haben sie die Projektkoordination in den Verbundprojekten übernommen und steuern das Projekt so, dass am Ende praktikable Lösungen herauskommen.

Die Bekanntmachung von „Kommunen innovativ“ ist bundesweit auf sehr große Resonanz gestoßen. 275 Projektvorschläge wurden insgesamt eingereicht. 30 Forschungsverbünde fördert das BMBF von 2016 bis 2020 mit rund 20 Mio. Euro.

Hinzu kommt ein wissenschaftliches Begleitvorhaben: Das Deutsche Institut für Urbanistik sorgt gemeinsam mit dem Institut Raum und Energie für Vernetzung und Erfahrungsaustausch zwischen den Forschungsprojekten. Dies geschieht u. a. in Workshops zu Themen, die für mehrere Projekte gleichermaßen von Bedeutung sind. Dazu gehören z. B. Finanzierungsinstrumente, Formate der Bürgerbeteiligung oder erfolgreiche Ansätze für eine dauerhafte Verstetigung der Forschungsergebnisse. In insgesamt 102 geförderten Einrichtungen mit vielen weiteren Partnern steckt ein enormes Potenzial an Kompetenzen und Erfahrungen, die gezielt zusammengeführt werden. Darüber hinaus bindet das wissenschaftliche Begleitvorha-

ben Fachexpert*innen und Multiplikator*innen ein und sorgt für den Ergebnistransfer in die Praxis. So können nicht nur die 42 geförderten Städte, Gemeinden, Landkreise und Regionalverbände, sondern auch andere Kommunen und Regionen von den Ergebnissen profitieren.

Informationen zu den beteiligten Kommunen, Veranstaltungen und Details zu den Forschungsprojekten können der Internetseite **www.kommunen-innovativ.de** entnommen werden. Dort kann auch ein Newsletter bestellt werden, der regelmäßig über Neuigkeiten aus der Fördermaßnahme informiert.

„Kommunen innovativ“ ist Teil der „Leitinitiative Zukunftsstadt“ im BMBF-Rahmenprogramm „Forschung für Nachhaltige Entwicklung – FONA³“. Zu dieser Leitinitiative gehört auch die Fördermaßnahme „Stadt-Land-Plus“ vom Januar 2017. Die Projektförderung läuft gerade an und zielt auf eine Stärkung der Stadt-Land-Beziehungen und ein effizientes, ressourcenschonendes Landmanagement auf regionaler Ebene. ■

MinR Dr. Wolf Junker

Bundesministerium für Bildung und Forschung,
Leiter Referat Ressourcen
und Nachhaltigkeit



Foto: BMBF/VDI Technologiezentrum GmbH - Jörg Carlsens

Kommunen innovativ



Kommunen innovativ:

Fokusthemen für einen zielorientierten Erfahrungsaustausch

Dr. Michael Melzer

Die 30 Verbundvorhaben der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ setzen sehr unterschiedliche Schwerpunkte, bei welchen Herausforderungen sie ansetzen wollen, um ihre Kommunen zukunfts-fähig zu machen. Ebenso vielfältig sind die methodischen Ansätze, über die innovative Lösungen entwickelt werden sollen. Dies liegt zum einen an den verschiedenen Rahmenbedingungen und Erfahrungen der mitwirkenden Kommunen, zum anderen an unterschiedlichen Profilen der in den Verbänden engagierten Wissenschaftler*innen. Im Ergebnis ergibt dies eine sehr große Bandbreite von Forschungserkenntnissen und ist ein besonderer Vorteil dieser auf konkrete Probleme der Kommunen fokussierten Forschung.

Für die Vernetzung und den Erfahrungsaustausch zwischen den Projekten, die wesentliche Elemente der Forschungsphilosophie der Fördermaßnahme sind, stellt diese Vielfalt eine erhebliche Herausforderung dar. Deshalb wurden in einer intensiven Diskussion von BMBF, Projektträger und Begleitvorhaben vier Fokusthemen identifiziert, denen die Verbundvorhaben zugeordnet wurden:

1. Infrastruktur und Daseinsvorsorge
2. Innenentwicklung mit neuen Instrumenten
3. Partizipation und Innovation in Reallaboren
4. Datenmanagement und Entscheidungstools

Diese Einteilung ist keine feste Schublade, sondern zunächst eine Arbeitshilfe für das Begleitvorhaben und für die Projektverbünde, um den Austausch zwischen den Projekten zu strukturieren und effizient zu gestalten. Die Einteilung soll Hinweise geben, welche Projekte plausibel inhaltliche und/oder methodische Überschneidungen aufweisen, bei denen sich durch den Erfahrungsaustausch besondere Synergien erzielen lassen. Dabei ist unstrittig, dass die vier Fokusthemen letztlich bei allen Verbänden Relevanz haben, dass noch eine Vielzahl von weiteren wichtigen Themen in den Projekten bearbeitet wird und bedingt durch die übergeordnete gemeinsame Zielsetzung Überschneidungen zwischen nahezu allen Projekten erkennbar sind.

Nachfolgend werden Projekte vorgestellt, bei denen die vielfältigen Überschneidungen und Querverbindungen sowie die übergeordnete Zielsetzung, neue Lösungsansätze für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen zu finden, deutlich werden. Dies gilt vor allem für Fragen der Finanzierung, der interkommunalen Zusammenarbeit und der Beteiligung der Zivilgesellschaft, mit denen sich letztlich alle Projekte auseinandersetzen müssen.

Das Verbundvorhaben „KIF“

Fokusthema Innenentwicklung mit neuen Instrumenten

Im Verbundvorhaben „KIF“ (Kommunaler Innenentwicklungsfonds) steht die Entwicklung eines freiwilligen und selbstverwalteten Fonds zur Innenentwicklung im Fokus. Über einen solchen Fonds wollen die niedersächsischen Landkreise Nienburg/Weser und Gifhorn mit ihren 47 Gemeinden zusätzliche finanzielle Spielräume für die Innenentwicklung und damit für die Zukunftsfähigkeit ihrer Ortszentren schaffen. Ziel ist es, die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen für ein funktionierendes Fondsmodell zu erforschen und zu erproben. Wissenschaftlicher Partner ist bei diesem Projekt die Georg-August-Universität Göttingen.

Die Einzahlung in den Fonds erfolgt u. a. aus Mitteln der Kreisumlage. Für die Auszahlung aus dem Fonds werden Förderrichtlinien mit Prioritäten erarbeitet, die einen klaren Fokus auf Innenentwicklung legen. Entscheidendes Hemmnis für den Fonds ist, eine Mitwirkung aller Kommunen zu erreichen. Hierfür muss der gemeinsame, regionale Nutzen des Fonds in den Vordergrund gestellt werden. Dies erfordert eine sehr starke Gewichtung der interkommunalen Kooperation und der projektinternen Kommunikation. Daneben gibt es rechtliche Hemmnisse, die die Innenentwicklung und damit auch die Argumentation für eine Fondslösung erschweren

Dr. Michael Melzer

Raum & Energie, Institut für Planung, Kommunikation und Prozessmanagement GmbH, Wedel

melzer@raum-energie.de
www.raum-energie.de



(bspw. § 13b BauGB). Erforderlich ist hier eine bessere Unterstützung durch die Gesetzgebung. Bedarf und Interesse an diesem Modell sind bundesweit hoch. Noch sind nicht alle Hürden überwunden und ein weiterer Erfahrungsaustausch notwendig.

Einen ähnlichen Ansatz verfolgt das

Verbundvorhaben „Bürgerfonds“

Fokusthema Innenentwicklung mit neuen Instrumenten

Das Verbundvorhaben „Bürgerfonds“ strebt die Entwicklung eines komplementären Finanzierungsfonds für Maßnahmen der Innenentwicklung und des Stadtumbaus an, der sich als revolving Fonds teilweise selbst finanzieren kann. Für das Vorhaben arbeiten die Bürgergruppen der Städte Hannoversch Münden, Bleicherode, Felsberg und Helmstedt unter Federführung der Arbeitsgemeinschaft Deutsche Fachwerkstädte mit der Stiftung trias zusammen. Den Verbund unterstützen das Institut der Deutschen Wirtschaft durch immobilienwissenschaftliche Expertise und das Planungsbüro StadtLand UG in Leipzig im Bereich der kommunalen Steuerung der Stadtentwicklung. Die Wirtschafts-

wissenschaftler*innen des Instituts der Deutschen Wirtschaft analysieren die Wirkung des Fonds. Zentraler Baustein des Bürgerfonds ist ein Sondervermögen, das die Stiftung Trias bereitstellt und verwaltet. Mit diesem kann der Grunderwerb bzw. der Kauf von historischen Immobilien gewährleistet werden. Die lokalen Initiativen sichern dadurch die Gebäude, organisieren Zwischennutzungen und erhalten für diese Sicherung der Gebäude Mittel aus dem Sondervermögen.

Auch andere Verbundvorhaben wie KoDa eG¹ oder KuDeQua² gehen der Frage nach, wie zivilgesellschaftliches Engagement, z. B. für in Eigeninitiative gestaltete neue Angebote in den Kommunen, finanziell durch Verfügungsfonds untersetzt werden können. Die Idee ist, innovative Formen von Bürgergenossenschaften zu organisieren und zu finanzieren. In der Diskussion dazu steht vornehmlich die Frage im Vordergrund, wie ein solcher Fonds – jenseits der Kulissen der Städtebauförderung – „gefüllt“ werden kann. Ein Fonds kann nur dann wirkungsvoll arbeiten, wenn er auf Langfristigkeit angelegt ist und er über Jahre kontinuierlich neu aufgelegt wird. Nur dann ist es möglich, dass sich Verstärkungsstrukturen und Netzwerke ausbilden. Alternative Finanzierungsquellen für einen solch langfristig

¹ „KoDa eG“ in Baden-Württemberg gründet Bürgergenossenschaften für soziale, kulturelle und wirtschaftliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in Kommunen.

² „KuDeQua“ in NRW (Dortmund und Wuppertal) baut kommunale Dienstleistungen in Stadtquartieren zukunftsfähig auf und setzt dafür auf bürgerschaftliches Engagement und neue Finanzierungsmodelle für Nahversorgung, Mobilität und soziale Fürsorge.

angelegten Fonds sind allerdings schwer zu finden. Eine Finanzierung durch lokale Mittelgeber scheitert häufig an der Kontinuität. So sind z. B. lokale Unternehmer*innen vielfach bereit, für konkrete und einmalige Projekte einen finanziellen Beitrag zu leisten, scheuen sich aber vor langfristigen Verpflichtungen. Dass bei einem Fonds die spätere Projektauswahl zudem außerhalb des Einflussbereichs des Mittelgebers liegt, erschwert es zusätzlich, hierfür privates Kapital einzuwerben. Weitere Finanzierungsquellen wie Stiftungen und Erbschaften sind kaum für ein Fondsmodell zu erschließen.

Deutlich wird, dass angesichts sehr unterschiedlicher Rahmenbedingungen der Fondslösungen auch unterschiedliche Organisationsmodelle erforderlich sind. Kirchen treten häufiger als Unterstützer für zivilgesellschaftliches Engagement auf, allerdings meist ohne direkte finanzielle Mitwirkung. Die Bereitstellung von Räumlichkeiten durch kirchliche Einrichtungen ist an vielen Stellen jedoch ebenfalls ein wirkungsvolles Unterstützungsangebot für Initiativen. Starke „Dritte“ sind häufig im Bereich der ohnungswirtschaft zu finden: Wohnungsunternehmen öffnen sich immer stärker für die Quartiere, in denen sie ihre Bestände haben und unterstützen das soziale Leben und das Engagement vor Ort. Für die Kommunen innerhalb der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ ist jedoch festzustellen, dass solche starken Partner im ländlichen Raum häufig fehlen. Letztendlich wird Ehrenamtsunterstützung damit vor allem eine kommunale Aufgabe, da andere Partner nur selten in der Lage sind, die dauerhafte finanzielle und organisatorische Unterstützung zu leisten. Dies erfordert ein Umdenken vor Ort und die Einsicht, dass Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement nicht „kostenlos“ zu haben ist und notwendige Mittel nicht

von „außen“ kommen. Das Engagement und die Mitarbeit der zivilgesellschaftlichen Akteure, der Bürger*innen, werden so immer wichtigere Faktoren der kommunalen Innovation. Dies erfordert neue, intensive Formen der Beteiligung, der internen Kommunikation und Organisation von Entwicklungsprozessen.

Diese Fragenkreise prägen die Arbeit der Verbundvorhaben beim Fokusthema „Partizipation und Innovation in Reallaboren“.

Das Verbundvorhaben „Wat Nu?“

Fokusthema Partizipation und Innovation in Reallaboren

Die beiden Nordsee-Inseln Spiekeroog und Juist sowie die Festlandgemeinden Wangerland und Norden im niedersächsischen Wattenmeer wollen die Lebensqualität ihrer Kommunen ganzjährig gestalten – für Einheimische und Touristen gleichermaßen; während der Touristensaison und auch danach. Für die Kommunen ist vor allem der Bereich Wohnraum wesentlich. Welche Wohnmodelle sind möglich und finanzierbar, damit Einheimische und Feriengäste gleichermaßen gute Voraussetzungen für Lebensqualität vorfinden? Wangerland und Norden suchen darüber hinaus nach Lösungen für Infrastruktur und soziale Dienstleistungen: Wie lassen sich z. B. Straßen und öffentliche Einrichtungen ganzjährig betreiben und finanzieren?

Mit der wissenschaftlichen Methode der Reallabore nutzen die Gemeinden in Zusammenarbeit mit Wissenschaftler*innen der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und der Arbeitsgruppe für regionale Struktur- und Umweltforschung GmbH Oldenburg ein Instrument der Entscheidungsfindung, das Infor-



Wat Nu – 3 generations



Innenentwicklung durch interaktive Visualisierung im Verbundvorhaben „AktVis“

mationen bündelt und Lösungen exemplarisch erprobt und durchspielt. Für das „Wat-Nu?“-Projekt etablieren die Umwelt- und Raumwissenschaftler*innen zwei Formate von Reallaboren. Das eine ist der persönliche Austausch aller Beteiligten vor Ort. Mit einem zweiten medialen Reallabor nutzen die Forschenden die digitalen Chancen einer Webplattform: Im gegenseitigen Austausch von lokalen und überregionalen Akteuren und im Experiment realer Bedingungen entstehen Antworten, die in sachgerechten Handlungsoptionen münden.

Im Projektverlauf zeigte es sich, dass – wie bei vielen anderen Projekten – eine Hauptschwierigkeit darin besteht, engagierte Bürgerinnen und Bürger zu erreichen und zu einer dauerhaften Mitarbeit zu motivieren. Interne Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit ist deshalb auch ein Schwerpunkt des Erfahrungsaustausches bei Kommunen innovativ. Bei „Wat Nu?“ wurden dazu die Reallabore mit dem Instrument der „aufsuchenden Beteiligung“ unteretzt. Mit sehr kleinteiligen Informations- und Diskussionsrunden wurden die Bürger*innen für die Mitarbeit interessiert.

Das Verbundvorhaben „AktVis“

Fokusthema Partizipation und Innovation in Reallaboren

Im Projekt „AktVis“ arbeiten die südhessischen Gemeinden Bensheim, Münster und Otzberg gemeinsam mit Bürger*innen und Wissenschaftler*innen der Technischen Universität Darmstadt und des

Fraunhofer-Instituts für Graphische Datenverarbeitung daran, innerstädtische Brachflächen, Baulücken und Leerstände zu beleben. Auch wenn der Fokus auf Instrumenten für die Innenentwicklung liegt, spielen neue Formen der Beteiligung und insbesondere auch die Nutzung digitaler Informationstools eine zentrale Rolle bei der Projektarbeit.

„AktVis“ vermittelt anschaulich die Potenziale an Bauflächen innerhalb der Gemeinden. Dies geschieht mit 3D-Visualisierungen, die Bewohner*innen interaktiv nutzen können. Mit einem gestuften Diskussionsprozess, unterstützt durch Visualisierungstechniken, wird ein sensibler Umgang mit Flächen zum Thema. Er reicht von der kommunalen bis hin zur Ebene einzelner Gebäude. Auf kommunaler Ebene werden zukünftig zu erwartende Leerstände und Potenzialflächen erkennbar gemacht. Auf Ebene der Quartiere können mit Hilfe der Visualisierung die städtebaulichen Rahmenbedingungen von zukünftigen Baumaßnahmen festgelegt werden. Die Ebene der Einzelobjekte unterstützt Eigentümer*innen bei der Planung und neuen Nutzung ihrer Grundstücke. Insgesamt soll damit in diesen Diskursen ein breiter Konsens für eine gemeinsame Gemeindeentwicklung erreicht werden.

Die Herbeiführung eines möglichst dauerhaften Konsenses und gemeinsamen Engagements von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft für die Gemeindeentwicklung ist unabhängig von allen instrumentellen und methodischen Neuerungen ein Leitgedanke letztlich aller Projekte bei Kommunen innovativ. ■

Warum wir ländliche Veränderungsprozesse und Regionalentwicklung neu denken müssen

Birgit Böhm, Carsten Stimpel, Linda-Katharina Böhm

Wir hätten so viel Zeit gehabt

Mit dem Brundtlandbericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ entstand Ende der 80er Jahre ein mutiges Experiment mit dem Ziel herauszufinden, wie es um den Zustand unserer Welt bestellt ist. Schon damals waren Klimawandel, Umweltverschmutzung, Armut, aber auch Beteiligung der Menschen an Entwicklungsprozessen, Demokratisierung sowie Fluchtbewegungen Themen, die die Menschen bewegt haben. Die Kommission führte u. a. viele Gespräche mit der Zivilgesellschaft. Auf Basis dieser Ergebnisse und der Erkenntnis, dass es weltweit viele Lösungsansätze gab, erarbeitete die UN-Konferenz 1992 in Rio de Janeiro die Agenda 21. Sie bildete die Basis für die Entwicklung der heutigen 17 nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs): die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (vgl. Bundesregierung).

Auch medizinischer Fortschritt, Digitalisierung und technologische Entwicklungen verändern unsere Gesellschaft stark. Damit sind das Überleben und die Entwicklung von Regionen abhängig von ihrer Fähigkeit sich anzupassen. Auch viele ländliche Regionen in Deutschland unterliegen starken Veränderungsprozessen und damit auch einer Veränderung des „dörflichen“ Lebens. Doch obwohl es weltweit und in Deutschland zahlreiche zukunftsweisende Beispiele für einen breiten Bewusstseinswandel gibt und wissenschaftliche Erkenntnisse über Initiierung, Methoden und Anforderungen wachsen, ist dieser dennoch nicht im notwendigen Maße erkennbar.

Was haben wir als Gesellschaft seitdem gelernt?

Die ländlichen Räume, wie jede Lebenswelt, sind in ihren Beziehungen komplex. Sie weisen eigene äußere und innere Beziehungen auf. Soziale Systeme werden in ihrer Funktions- und Verhaltensweise wie lebende Systeme verstanden (vgl. Luhmann 2017). Sie bestehen aus vielerlei Teilsystemen, die ihre eigenen Funktionsweisen und ihre eigene Zugehörigkeit oder Abgrenzung aufgrund eigener Wahrnehmungs- und Deutungsmuster sowie aufgrund ihrer eigenen Kommunikation konstruieren.

Aus dieser Vielzahl miteinander vernetzter Teilsysteme entsteht die Entwicklungsrichtung, die wiederum die Teilsysteme beeinflusst.

Für den Umgang mit diesen sozialen Systemen werden passende Methoden benötigt. Auch wenn es erste Beispiele für deren Anwendung gibt, liegt vielen Strategien und Ansätzen der Regionalentwicklung nach wie vor ein Verständnis des ländlichen Raumes als (hoch-) kompliziertes Gebilde zugrunde, das sich aber bei ausreichender Erforschung in seinem Zusammenwirken in Gänze verstehen und steuern ließe¹. Diese Sichtweise führt jedoch vielerorts zu Überforderungen bei der Anpassung an neue Herausforderungen. Gleichzeitig bleiben viele Potenziale für eine zukunftsfähige erfolgreiche Entwicklung in Zeiten des notwendigen Wandels unentdeckt und somit ungenutzt.

Regionen sollten sich so aufstellen, dass sie in der Lage sind, schnell und flexibel auf „Unvorhergesehenes“ zu reagieren und mit Unsicherheiten umzugehen. Am Anfang steht also eine neue Haltung und die Bereitschaft, von alten Gewohnheiten abzulassen und neue Handlungsmuster zu entwickeln. Ziel muss es trotz der Unsicherheiten sein, ein hohes Maß an Resilienz² oder Antifragilität³ zu erreichen. Werden Aufgaben und Entscheidungen auf möglichst viele Schultern verteilt und entsprechende Fähigkeiten einfach und flexibel organisiert sowie ein entsprechendes Systemverständnis entwickelt, können Regionen diesen Ansprüchen eher gerecht werden als hierarchische und zentralistische Systeme. Dies erfordert eine breite Unterstützung zur Umsetzung der Veränderung sowohl von „unten“ als auch von „oben“ sowie eine Idee von der Zukunft und den Willen, diese Zukunft wirklich erreichen und sich dafür gemeinsam mit anderen einsetzen zu wollen.

**Dipl.-Geogr. Birgit Böhm, Dipl.-Geogr., M.A. Eng.
Carsten Stimpel und M.A. Geogr. Linda-Katharina Böhm**

mensch und region, Nachhaltige Prozess-
und Regionalentwicklung, Hannover

boehm@mensch-und-region.de
www.mensch-und-region.de

¹ Komplizierte Systeme sind in allen Bestandteilen verstehbar und nachvollziehbar und reagieren immer gleich, z. B. Maschinen.

² „Potenzial eines Systems, in einem bestimmten Zustand zu verbleiben, inklusive Reorganisation nach Störungen“, (Winkel 2013).

³ Im Gegensatz zur Resilienz profitiert ein antifragiles System von Unbeständigkeit und Unordnung und von unvorhergesehenen Erschütterungen. Das Gegenteil davon ist fragil = zerbrechlich (Taleb 2013).

Benötigt werden dazu weniger neue Technologien, Infrastrukturen oder neue Lösungen für einzelne thematische Herausforderungen, sondern vielmehr neue methodische Kenntnisse. Es gilt, die Menschen zu befähigen, diesen Wandel zu gestalten.

Systemisches Changemanagement mit Methoden aus der systemischen Organisationsentwicklung ist eine der frühen Antworten auf den Umgang mit komplexen Systemen. Es wurde weiterentwickelt und durch neue Ansätze – wie z. B. die Theorie U von Otto Scharmer (2015) – weitergedacht. Scharmer geht davon aus, dass es auf die intuitiven Fähigkeiten ankommt und auf Einfachheit.

Neue Methoden, neues Wissen

Ein methodischer Ansatz besteht darin, agile Ansätze⁴ in kommunale Entwicklungsprozesse zu integrieren und das Wissen der Akteure und gleichsam die Fähigkeit der gesamten Region zu aktivieren, einen solchen neuen Veränderungsprozess gemeinsam zu gestalten. Bei der Übertragung agilen Vorgehens auf die Regionalentwicklung geht es vor allem um die Werte des agilen Prozessmanagements (z. B. sich dem Ziel verpflichten, Einfachheit, Feedback, Fokus auf das Wesentliche, Kommunikation, Mut, Offenheit und Respekt) und dessen Prinzipien und weniger um die Verfahrensmodelle. Die Haltung der Akteure ist dabei von grundlegender Bedeutung. Veränderung wird nicht mehr als die Veränderung von einem Zustand in einen anderen verstanden, sondern wird als andauernde Anpassung an die Herausforderungen der Lebenswelt betrachtet. Wie kann eine Region sich andauernd anpassen, wie kann sie so flexibel werden, dass die Flexibilität und die Fähigkeit zur Entwicklung gleichsam Kompetenz werden? Auch ein schrittweises (iteratives) Vorgehen kann in agilen Verfahren somit als nicht endender Prozess verstanden werden, der stetig reflektiert und angepasst werden muss.

Die Theorie U nutzt die tiefen Erfahrungsebenen und hat „zum Ziel, Bewusstsein für die tiefere Ebene von Veränderungs- und Führungsarbeit in allen Bereichen von gesellschaftlicher Entwicklung zu schaffen“ (Scharmer 2015: 11) und eine Sprache zu entwickeln, die es ermöglicht, sich auf Basis der tieferen Ebenen der Erfahrung von Praktiker*innen und Akteuren auszutauschen. Ihm ist dabei wichtig, dass die zukünftige Gestalt der regionalen Zukunft intuitiv erahnt wird und dass sich die Akteure selbst in dieser Zukunft erleben sollen. Es werden intuitive Ideen genutzt, um Neues auszuprobieren und die Aufmerksamkeit der anderen auf das gemeinsame Ziel zu lenken. So entstehen erste Vorstellungen davon, was in Zukunft sein soll.

Ein weiteres methodisches Vorgehen im Rahmen eines neuen Veränderungsprozesses bietet der Papiercomputer von Frederic Vester (2000). Er gibt wichtige Hinweise auf das implizite Wissen einer Region und hilft dabei, dieses methodisch zu nutzen, indem er starke Hebel für Veränderungswirkungen, Indikatoren oder schwache Hebel sowie Themenbereiche identifiziert, die lange keine Veränderung zeigen und dann plötzlich zu starken Veränderungen neigen. Dabei ist es keine Methode, die Wissen von außen in die Region trägt, sondern eine, die das innere Wissen der Akteure zusammenträgt und auswertet. Vester bietet zudem Hilfen an, um herauszufinden, ob das System mit den gefundenen Entwicklungsfaktoren so beschrieben ist, dass alle relevanten Systembausteine betrachtet werden. So lassen sich ggf. noch fehlende Entwicklungsfaktoren identifizieren und die Wirkungsweise der Aktivitäten optimieren.

Eine Region wagt den Schritt – verstehen, verändern, lernen – wie ein ländlicher Veränderungsprozess gestaltet werden kann

Im Rahmen der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft ARGE Landentwicklung entstand Anfang 2016 das „Positionspapier zur nachhaltigen Integration von Migrantinnen und Migranten in ländlichen Räumen, Landentwicklung im Lichte der Flüchtlingssituation“. Zum Zweck einer nachhaltigen Integration sollen Lokale Veränderungsprozesse einen „Wandel in den Köpfen“ für buntere Kommunen mit integrierter ländlicher Entwicklung und dem dazugehörigen Regionalmanagement verbinden (ASG 2016).

Das für die Landentwicklung in Niedersachsen zuständige Landwirtschaftsministerium hat eine Region gesucht, die bereit ist, sich auf das Experiment zur Durchführung eines Ländlichen Veränderungsprozesses (LVP) einzulassen. Gemeinden im nördlichen Emsland suchten ihrerseits Mittel und Wege, die es ihnen ermöglichen, eine Zuwanderungsregion zu werden. Damit möchten sie Herausforderungen des demografischen Wandels, des Arbeitskräftemangels sowie der Integration und des Erhalts von „Dorfgemeinschaft“ begegnen. Als Region Nördliches Emstal haben die Samtgemeinde Lathen, Samtgemeinde Dörpen, Gemeinde Rhede (Ems), Stadt Haren (Ems) und die Stadt Papenburg zusammen mit dem Land u. a. unter Anwendung der Theorie U ein Modellvorhaben entwickelt, das die Kommunen der Region befähigen soll, neue Wege zu gehen und so die bestehenden Regionalentwicklungsformate durch neue Methoden für ländliche Entwicklung zu ergänzen oder in Teilen auch abzulösen. Erfolgreiche Methoden sollen in den Methodenkoffer anderer Regionalentwicklungsverfahren integriert und verbindlich angewendet werden können.

⁴ AGIL: A = Antizipieren von Veränderungen, G = Generieren von Zuversicht, I = Initiieren von Handlungen, L = Liberalisieren des Denkens (vgl. Novotny 2018). Basis für agiles Management und agile Prozessentwicklung ist das agile Manifest von 2001. Es stammt aus der Softwareentwicklung.

Dieser Ländliche Veränderungsprozess wird als Modellvorhaben drei Jahre lang durch das Niedersächsische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gefördert und durch das Amt für regionale Landesentwicklung begleitet.

Schritt für Schritt gehen die Akteure in eine gemeinsame Richtung

Das Nördliche Emstal möchte Antworten auf die Fragen finden, wie eine Region intuitiv und mit einfachen Strukturen verändert werden kann und welche Rolle dabei Führung spielt, wie Identitätsbildung gestärkt und auf Menschen, die zuwandern, ausgedehnt werden kann und welche Instrumente verwendet werden können. Welche Methoden und welches Know-how sind notwendig, um einen Veränderungsprozess so zu gestalten, damit er zukunftsfähig, resilient, agil aber vor allem antifragil ist? Dabei greift sie u. a. auf Methoden des Changemanagements zurück, passt diese an oder entwickelt sie neu.

Zu Beginn des Prozesses im Nördlichen Emstal wurde eine Steuerungsgruppe initiiert, die sich aus Ermöglicher*innen und einer „very important person“ mit besonderem Bekanntheitsgrad und einer starken regionalen Vernetzung zusammensetzt. Aus deren Kreis wurde zudem eine Kernsteuerungsgruppe gebildet, um schneller und flexibler reagieren und zusammentreten zu können. Darüber hinaus wird es einen Beirat geben, der den Blick von außen gewährleistet, denn jede Region hat auch „blinde Flecken“. Diese Steuerungseinheit achtet auf das übergeordnete Ziel einer nachhaltigen, zukunftsicheren und antifragilen Entwicklung und darauf, dass neue Herausforderungen kontinuierlich in den Prozess aufgenommen werden können.

Methodisch orientiert sich der Prozess stark an der Theorie U, indem diejenigen Teile des Systems wahrgenommen und eingebunden werden sollen, die, oft kaum sichtbar, für die Veränderung aktiv sein könnten, es aber bisher nicht sind. Dabei wurde in Interviews und Gesprächen über das empathische Zuhören herausgearbeitet, welche Vorgehensweisen in der Region diejenigen sind, die zu den „üblichen“ gehören, zu dem, was man schon immer so gemacht und gewusst hat, denn die Gegenwart wird häufig als Verlängerung der Vergangenheit interpretiert und daraus werden Schlussfolgerungen gezogen. Mit diesen Informationen wird ein Austausch der Akteure angeregt werden, welcher die Veränderung initiiert.



Internationales Büfett – Dialogveranstaltung mit Ortsbürgermeister*innen

Über die Auseinandersetzung mit der eigenen Region entwickeln sich – so die Annahme – auch regionale Identitäten, die z. B. zusammengefasst in Geschichten (Storytelling) die Emotionen der Menschen erreichen und somit die inneren Überzeugungen.⁵ Erste Projektideen, die diesen regionalen „Multilog“⁶ initiieren sollen, wurden entwickelt. So soll ein agiles Netzwerk entstehen, welches die Akteure zusammenführt, die mittels neuer digitaler Kommunikationsformen innovative Ideen und Initiativen entwickeln und umsetzen. Sie sollen den ländlichen Veränderungsprozess eigeninitiativ befördern sowie das Thema Zuwanderung kreativ bearbeiten. Weitere Projektideen sollen den Austausch der Einwohner*innen über Zukunftsbilder anregen, z. B. über Landschaftskunstwerke zu agilen Werten, interkulturelle Gärten als Basis für Kommunikation, internationale Beteiligungsfeste oder auch die Aufbereitung guter Beispiele aus der Region und aus anderen Regionen. Ziel ist es, eine neue Haltung zu entwickeln und eine „leere Leinwand“ (Scharmer 2015: 33), die ganz offen ist für das Neue.

Ausblick

Auch wenn die Region noch am Anfang steht, zeigt sich schon, dass es harte Arbeit ist, „das Neue in die Welt“ zu bringen. Die erste Herausforderung ist schon die Frage, woran das Neue erkannt werden kann? Woran merkt man, dass sich Veränderung einstellt, dass die Methoden die richtigen sind? Diese Fragen können vor allem rückwirkend betrachtet werden. Es zeigt sich jedoch, dass eines als Grundbedingung unbedingt Berücksichtigung finden muss: Das offene Aufeinanderzugehen, das „genaue Hinhören“ und die Bereitschaft, „sich für die neuen Lösungen zu verbinden und Irrtümer zuzulassen“. Weitere Informationen zur Region unter www.noerdliches-emstal.de ■

Die Literaturangaben finden Sie unter: www.asg-goe.de/LR0318-Literatur-Böhm-Stimpel-Böhm.pdf

⁵ siehe auch www.regiobranding.de

⁶ Dialog entsteht durch die Kommunikation von zwei Personen, Multilog durch die Kommunikation von vielen Personen. Eigene Wortschöpfung.

Leben in zukunftsfähigen Dörfern

Ein Modellprojekt zur Unterstützung nachhaltiger ländlicher Entwicklung

Dr. Stella Veciana, Christoph Strünke

Zwischen 2017 und 2018 führte das Ökodorf-Netzwerk GEN (Global Ecovillage Network) das vom Umweltbundesamt geförderte Modellprojekt „Leben in zukunftsfähigen Dörfern“ durch. In diesem wurden die seit Jahrzehnten weltweit gesammelten Erfahrungen von GEN in fünf partnerschaftlichen Kooperationen zwischen jeweils einem Ökodorf und einem gewachsenen Dorf über einen ganzheitlichen Nachhaltigkeitsansatz und einen praxisnahen Methoden-Werkzeugkasten verfügbar gemacht. Die Initiative unterstützt Möglichkeiten einer konkreten nachhaltigkeitsorientierten Trendwende etwa in Form eines Dorfgemeinschaftshauses, eines Bio-Dorfladens, einer Mitfahrbank oder ortsteileigener Pflanzenkläranlagen.

Im Zentrum des Projekts stand die Frage, wie das ganzheitlich orientierte Nachhaltigkeitsverständnis der Ökodörfer, das die ökologischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Dimensionen der Nachhaltigkeit umfasst, in den Kontext ländlicher Gemeinden für eine nachhaltige Dorf- und Regionalentwicklung übertragen werden kann. Zielgruppe des Projekts waren insbesondere ländliche Gemeinden, in welchen Abwanderung und Überalterung, Verlust an Kulturlandschaft und ökologischer Vielfalt sowie soziale und kulturelle Stagnation zu einer schleichenden Not der Bevölkerung sowie ihrer natürlichen Lebensgrundlagen führen.

Nach einem öffentlich ausgeschriebenen Bewerbungsverfahren des Projektträgers GEN Deutschland e.V. haben sich dieser komplexen und herausfordernden Aufgabe folgende Dorf-Kooperationen gestellt:

- in Niedersachsen: Lebensgarten Steyerberg und die Dörfer

Flegessen, Klein Süntel und Hasperde

- in Südniedersachsen/Nordhessen: gASTWERKe Escherode und Ziegenhagen
- in Sachsen-Anhalt: Ökodorf Sieben Linden und die Region Lindstedt
- in Thüringen: Schloss Tonndorf/LebensGut Cobstädt und Seebbergen
- in Baden-Württemberg: Schloss Tempelhof und Hülen

In der ersten Projektphase wurde in interaktiv gestalteten Workshops eine Bestandsaufnahme der zehn teilnehmenden Dörfer vorgenommen. Diese „Nachhaltigkeitsevaluation“ ging der Kernfrage nach: Wie nachhaltig sind wir eigentlich auf der ökologischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Ebene in unserem Dorf aufgestellt? Ziel war es, in den Dörfern ein Bewusstsein für die wechselseitige Abhängigkeit der vier Dimensionen voneinander zu schaffen und dadurch die Motivation bei

den Dorfbewohner*innen zu wecken, einen ganzheitlichen nachhaltigen Transformationsansatz zu verfolgen. Bei diesem Pilotversuch der Nachhaltigkeitsevaluation ging es außerdem darum, ein neues Werkzeug in der Form einer partizipativen Befragung zu entwickeln, das die Wirkung von nachhaltigen Lebensstilen in Dörfern im deutschsprachigen Raum untersucht. Dabei wurden insbesondere die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) und die Indikatoren der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie mit berücksichtigt.

Die Struktur der Nachhaltigkeits-evaluation beruht auf dem Nachhaltigkeitsdiagramm¹ von GEN: den vier Dimensionen der Nachhaltigkeit, die jeweils in sechs Nachhaltigkeitskriterien unterteilt sind (s. Abb. 1). Zu jedem Nachhaltigkeitskriterium, beispielsweise „lokales Wirtschaften“ oder „nachhaltige Mobilität“, wurden die jeweiligen Herausforderungen, Stärken und Ideen im Dorf ermittelt, um



Dr. Stella Veciana

GEN Deutschland e.V. und
Leuphana Universität Lüneburg
Stella.Veciana@leuphana.de

Christoph Strünke

GEN Deutschland e.V.
christoph.struenke@siebenlinden.org



¹ Mehr Information zum Nachhaltigkeitsdiagramm von GEN unter: <https://ecovillage.org/projects/dimensions-of-sustainability/> (aufgerufen am 18.9.2018).

den dringendsten Handlungsbedarf im ökologischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Bereich festzustellen und aus diesem Gesamtbild einfallsreiche Projektideen für eine nachhaltige Dorfentwicklung zu gestalten.

In der zweiten Projektphase wurden unter Einbeziehung lokaler Akteur*innen und regionaler Partner*innen konkrete Umsetzungsideen für Projekte in Form von Dorf-Nachhaltigkeitsplänen entwickelt. Auch die Entwicklung eines Dorf-Nachhaltigkeitsplans in der Form eines „partizipativen, kontinuierlichen Dorf-Aktionsplans“ ist ein neuartiges Werkzeug und dient dem Aufbau langfristiger, befruchtender, persönlicher und institutioneller Kooperationsbeziehungen. Die Struktur des partizipativen Dorf-Nachhaltigkeitsplans führt ins Thema „Zukunftsfähiges Dorf und nachhaltige Entwicklung“ aus der Ökodorf-Netzwerk-Perspektive und in die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) ein. Er beruht auf den Ergebnissen der Nachhaltigkeitsevaluation und selbst entwickelten (Teil-)Leitzielen. Der Kern des Dorf-Nachhaltigkeitsplans sind die Projektideen und Modellprojekte in den vier Dimensionen der Nachhaltigkeit nach folgenden Gesichtspunkten:

- Zielbestimmung, Nachhaltigkeitswirkung, Bezug aller Dimensionen zueinander, Evaluationskriterien,
- Maßnahmen und Aktivitäten,
- Akteursanalyse,
- Zeitplan/Ressourcen & Finanzen,
- Prozesse der Projektentwicklung und
- Inspirationsquellen.

GEN Deutschland e.V. vereint unter dem Dach des globalen Ökodorf-Netzwerkes GEN insbesondere die in Deutschland ansässigen Ökodörfer, Kommunen sowie Wohn- und Lebensprojekte und versteht sich als Netzwerk von Forschungs- und Trainingsorten mit nachhaltigem Modellcharakter für die Gesellschaft als Ganzes.² Die Mitglieder-Gemeinschaften charakterisiert eine sehr lebendige Selbstorganisation, die von allen Dorfbewohner*innen mitgestaltet wird.

Ergebnisse der Nachhaltigkeitsevaluationen

In ihrer Zusammenstellung geben die Evaluationen einen Einblick in die verschiedenen Wege der Umsetzung von zukunftsfähigen Lebensstilen in Dörfern und Ökodörfern, auf deren Grundlage die beteiligten Akteure, Entschei-

dungsträger*innen aus Politik und Forschung sowie weitere Interessierte zu nachhaltigen Lebenswegen weiter lernen, reflektieren, forschen und gestalten können.

Als größter Handlungsbedarf der gewachsenen Dörfer ergab sich im Bereich Ökologie die „nachhaltige Mobilität“, bei Öko-

Abbildung 1: Nachhaltigkeitsdiagramm des Ökodorf-Netzwerkes GEN mit den Kriterien der vier Dimensionen der Nachhaltigkeit



² Siehe: http://gen-deutschland.de/wp_gen (aufgerufen am 18.9.2018)

nomie „lokales Wirtschaften“, im Sozialen „transparente und inklusive Entscheidungsprozesse“ und bei Kultur „Gemeinsame Ausrichtung“. Diese Ergebnisse, wie beispielsweise der Wunsch nach einer gemeinsamen Ausrichtung, spiegeln sich nicht nur in den ausgefüllten Fragebögen, sondern auch in wiederholten Aussagen von Bürger*innen: „Durch das Projekt haben wir endlich wieder einen Raum gefunden, um gemeinsam über die Zukunft unseres Dorfes, das uns allen so am Herzen liegt, ins Gespräch zu kommen.“

Eine weitere, entscheidende Erkenntnis der Kooperationen war, dass es für eine nachhaltige Dorfentwicklung unabdingbar ist, eine dauerhafte Grundlage gemeinschaftlichen Handelns zu schaffen. Hintergrund ist die Auswirkung der Eingemeindungen, durch die Dörfer zu Ortsteilen „degradiert“ werden. Ortsteilbewohner*innen können sich immer weniger für ihr Dorf einsetzen, da die Entscheidungen in der Gemeindeverwaltung teilweise viele Kilometer entfernt getroffen werden. Ein Beispiel dafür ist Gardelegen, flächenmäßig die drittgrößte Stadtgemeinde Deutschlands mit ca. 40 eingemeindeten Dörfern, in der sich u. a. auch die Ortschaft Lindstedt befindet. Es fehlt zum einen an Räumen wie Dorfgemeinschaftshäusern, wo Menschen wieder zusammenkommen können, aber auch am Glauben an die eigene Selbstwirksamkeit, dass es möglich ist, gemeinsam die Zukunft des Dorfes in die Hand zu nehmen. In diesem Sinne erhält die fünfte Nachhaltigkeitsdimension „das integrierte partizipative Design“ eine besondere Bedeutung, denn es fordert u. a., alle Beteiligten in zukunftsfähige Gestaltungsprozesse einzubinden.

Die Ergebnisse der Nachhaltigkeitspläne

In den Nachhaltigkeitsplänen der fünf gewachsenen Dörfer wurden insgesamt 41 Projektideen und fünf Modellprojekte beschrieben und die Wirkung jedes Projektes auf die vier Dimensionen der Nachhaltigkeit ausgewertet. Dadurch wurden die Projekte mit der stärksten ganzheitlichen Hebelwirkung erkennbar:

In Lindstedt wurden u. a. mit Jugendlichen Sitzbänke kreativ neu gestaltet bzw. repariert und als Modellprojekt ein „öffentliches Wohnzimmer“ für informelle Treffen oder kulturelle Begegnungen geplant.

In Ziegenhagen hat sich die „Arbeitsgemeinschaft Nachhaltiges Ziegenhagen“ gegründet, deren 20 Mitwirkende vielfältige Projektideen entwickelt haben, die teilweise schon umgesetzt wurden. Diese reichen von dem Bau einer Mitfahrbank über die Einführung einer Dorfzeitung bis zum Bestreben, ein stillgelegtes Hallenbad wieder zu eröffnen.

In Hülen liegt der Schwerpunkt auf der Umnutzung eines Gebäudes zu einem Dorfgemeinschaftshaus. Dieses Projekt soll im Rahmen eines zukünftigen LEADER-Kooperationsprojektes umgesetzt werden. Weitere Ideen sind u. a. das Mitfahr-Bänkle, ein Repair-Café und die Erweiterung des Produktsortiments des „Hülener Lädle“ um lokale Produkte, v. a. regionales Obst und Gemüse.

In Seebergen lag der Fokus auf der Wiederbelebung der ehemals sehr reichhaltigen Streuobstwiesen. Plan für die Zukunft ist, die Gemeindeschenke vor Ort wieder mit mehr Leben zu füllen, auch über das zukünftige LEADER-Kooperationsprojekt.

In Flegessen, Hasperde und Klein Süntel gibt es bereits seit 2012 ein sehr aktives, partizipatives, basisdemokratisch geprägtes Miteinander, in dem diverse Projektideen entwickelt und realisiert wurden, darunter eine eigene Zeitung, ein Dorfkino, ein Regio-/Bio-Laden, ein Leerstandsmanagement, eine gemeinwohlorientierte Gesellschaft für den Erwerb und die Umwandlung alter Gebäude in Gemeinschaftswohnraum, ein Repair-Café, mehrere Mitfahrangebote etc. Ziel des Nachhaltigkeitsplans war es hier, das breit gefächerte Wirken ganzheitlich zusammenzufassen.

Insgesamt fanden in den Dörfern im Rahmen des Projekts „Leben in zukunftsfähigen Dörfern“ 77 lokale Veranstaltungen mit ca. 1 600 Teilnehmer*innen sowie sechs bundesweite Veranstaltungen mit ca. 150 Teilnehmer*innen statt. Darüber hinaus wurden eine Master- und eine Hausarbeit sowie zwei Bachelorarbeiten zum Projekt geschrieben.

Auswertung und Erkenntnisse

In einem Expert*innen-Workshop wurden aus den im Projekt gemachten Erfahrungen fünf Thesen bzw. Kernfragen für eine nachhaltige Dorf- und Regionalentwicklung erarbeitet (s. Abb. 2).

Im Rahmen einer Abschlusskonferenz im September 2018 stellten die Projektträger sowie Dorfbewohner*innen aus den fünf Kooperationsdörfern ihre im Laufe des Projektes gesammelten Erkenntnisse und die in den Dörfern angestoßenen Vorhaben einem größeren Kreis von Teilnehmer*innen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft vor.

Darüber hinaus wurden die oben genannten fünf Thesen/Kernfragen in Workshops diskutiert. Hervorgehoben wurde hier-

Abbildung 2: Fünf Thesen/Kernfragen für eine nachhaltige Dorf- und Regionalentwicklung

1. Bewusstsein schärfen für eine nachhaltige Dorfentwicklung: Welche Argumente und Botschaften haben Dorfbewohner*innen für eine nachhaltige Dorfentwicklung? Die Balance zwischen „ganzheitlichem Überblick“ und „einfach Anpacken wollen“ finden.
2. Dorfbewohner*innen stärken und mitnehmen: Wie lassen sich nachhaltige (Dorf-)Innovationen in Dörfern in einen größeren Maßstab transferieren? Herausforderungen der Eigenverantwortung und Verbindlichkeit von Engagierten.
3. Nachhaltiges Dorfleben im Alltag: Was braucht es, um die Attraktivität des Dorflebens zu fördern und mehr nachhaltige Räume zu gestalten? Neue Perspektiven für Jung und Alt schaffen!
4. Die Zukunft gemeinschaftlichen Handelns im Dorf: Was haben bisherige Förderprogramme für eine nachhaltige Dorf- und Regionalentwicklung unterstützt und was fehlt noch? Was schaffen Dörfer aus eigener Kraft?
5. Netzwerke bilden und nutzen: Für eine größere gesellschaftspolitische Wirksamkeit braucht es den Schulterschluss der vielen nachhaltigkeitsorientierten Initiativen: Mögliche Partnerschaften und Ressourcen.

Quelle: Global Ecovillage Network Deutschland

bei u. a., dass es in vielen Dörfern ratsam ist, zuerst Projekte anzugehen, die auf Zustimmung bei der ganzen Dorfbevölkerung stoßen, wie z. B. eine „Mitfahrbank“, und kostspieligere Projekte wie die Gestaltung eines Dorfgemeinschaftshauses in einem zweiten Schritt umzusetzen. Einen Raum zu schaffen, in dem die Dorfbewohner*innen sich über ihre gemeinsame Zukunft austauschen können, wurde als essenziell betrachtet, um gemeinsame, nachhaltigkeitsorientierte Projekte wie z. B. einen Bio-Dorfladen oder eine solidarische Landwirtschaft gut planen und umsetzen zu können.

Dass die soziale Infrastruktur eines Dorfes genauso wichtig ist wie die technische oder wirtschaftliche, kam auch im Rahmen der Podiumsdiskussion zur Sprache. Simone Strähle, Referentin im Leitungsbereich des Thüringer Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft, wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass ihr Ministerium „Ortsgespräche – Leben im ländlichen Raum“ initiiert habe. Auf der Grundlage der daraus gewonnenen Erkenntnisse plane das Ministerium, für die Zukunft Förderprogramme für soziale Infrastruktur zu entwickeln.

Die Konferenz hat auch die Relevanz einer bundesweiten Netzworkebildung durch einen Schulterschluss der Initiativen für eine zukunftsfähige Dorfeentwicklung betont. In diesem Zusammenhang plant das

Projektleitungsteam (S. Veciana, T. Meier, C. Strünke) von „Leben in zukunftsfähigen Dörfern“ weitere Veranstaltungen, wie z. B. eine Begleitveranstaltung beim 12. Zukunftsforum für Ländliche Entwicklung am 23./24.1.2019 in Berlin. ■



Prof. Dr. Claudia Dalbert, Landesministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie des Landes Sachsen-Anhalt, benannte in ihrem Impulsvortrag Kriterien für zukunftsfeste Dörfer und Rahmenbedingungen, mit denen die Politik den Strukturerhalt im ländlichen Raum fördern kann.

Alle Ergebnisse sowie ein Film über das Projekt „Leben in zukunftsfähigen Dörfern“ und die Arbeit in den Dörfern (siehe auch: <https://vimeo.com/289645911>) sind auf der Website des Projektes zum Download verfügbar: http://gen-deutschland.de/wp_gen/projekte/uba-projekt/. Die Projektleitung steht Ihnen gerne für weitere Fragen zur Verfügung unter: uba@gen-deutschland.de.

Rurbanes Rescaling

Zur Maßstäblichkeit der Entwicklung von Stadt und Land¹

Dr. Michael Mießner und Dr. Matthias Naumann

Die Bestimmung von ländlichen Räumen ist immer auch eine Frage des Maßstabs. Je nach Skalierung der Betrachtungsweise erscheinen Orte und Regionen urbaner oder ruraler. Mit dem Begriff der rurbanen Landschaften wird betont, dass Räume ein Produkt unterschiedlicher, sich verändernder und auch umstrittener räumlicher Maßstäbe sind. Anhand von Metropolregionen und Energieregionen wird gezeigt, wie sowohl urbane als auch rurale Landschaften durch unterschiedliche räumliche Maßstabsebenen und deren Veränderungen geprägt sind. Beide Beispiele bestimmen die aktuellen wissenschaftlichen wie auch anwendungsorientierten Debatten um eine nachhaltige Raumentwicklung in der Bundesrepublik.

Die Scale-Debatte in der Humangeographie

Für die Debatte um räumliche Maßstäbe (Scale), deren Entstehung und Veränderung auf die anglo-amerikanische Kritische Geographie zurückgeht, sind drei Annahmen grundlegend: Erstens, dass Raum konstruiert, d. h. Resultat gesellschaftlicher Prozesse ist. Zweitens, dass räumliche Strukturen nicht von gesellschaftlichen Entwicklungen und Machtverhältnissen zu trennen sind. Raum ist somit kontinuierlich im Wandel begriffen, durch Ungleichheiten geprägt, umkämpft und veränderbar. Die kritisch-geographische Forschung möchte diese Widersprüche jedoch nicht nur thematisieren, sondern auch zu deren Überwindung beitragen. Die Veränderung räumlicher Verhältnisse hin zu mehr Gerechtigkeit und Demokratie bildet somit das dritte fundamentale Anliegen einer Kritischen Geographie (für einen Überblick vgl. Belina und Michel 2007).

Die „Scale“-Debatte geht davon aus, dass räumliche Maßstabsebenen nicht „einfach da“ sind. Die kritische Humangeographie plädiert unter dem Stichwort „Politics of Scale“ dafür, räumliche Maßstabsebenen nicht als gegeben, sondern als Ergebnis gesellschaftlicher Aushandlungen zu verstehen. Räumliche Maßstäbe sozialen Handelns werden demnach kontinuierlich geschaffen, reproduziert und verändert.

Die folgenden Begriffe werden in zahlreichen Arbeiten der „Scale“-Debatte verwendet und stehen für die Dynamik räumlicher Maßstäbe:

Unter „**Rescaling**“ bzw. „**Reskalierung**“ wird die Neuordnung skalarer Verhältnisse verstanden. So können neue Maßstabsebenen, beispielsweise von staatlicher Politik durch die Schaffung supranationaler Organisationen, entstehen, während bestehende Ebenen an Bedeutung verlieren oder gewinnen (Brenner 2004).

Das immer nur vorübergehende Ergebnis des „Rescalings“ wird als „**Scalar Fix**“ bezeichnet. Ein Beispiel ist hierfür die räumliche Organisation der Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, die auf unterschiedlichen Ebenen erfolgen kann (Cohen und Bakker 2014).

„**Scale Jumping**“ bezeichnet die Strategie von Akteuren, gezielt unterschiedliche Maßstabsebenen zu nutzen, um ihren politischen Einfluss zu vergrößern.

Die gegenseitige Verschränkung und enge Wechselwirkung verschiedener räumlicher Maßstabsebenen beschreibt der Begriff der „**skalaren Dialektik**“. Ein Beispiel stellt der Begriff „Glokalisierung“ dar, der den Bedeutungsgewinn des Globalen, bei gleichbleibender Wichtigkeit der lokalen Ebene beschreibt.



Dr. Michael Mießner

Georg-August-Universität Göttingen,
Geographisches Institut

michael.miessner
@geo.uni-goettingen.de

Dr. Matthias Naumann

Technische Universität Dresden,
Institut für Geographie

matthias.naumann
@tu-dresden.de



¹ Dieser Aufsatz ist eine gekürzte und leicht überarbeitete Fassung des Beitrags von Michael Mießner und Matthias Naumann: Maßstäbe des Rurbanen. Überlegungen zum Rescaling von Stadt und Land, in: Sigrun Langner, Maria Frölich-Kulik (Hrsg.): Rurbane Landschaften. Perspektiven des Ruralen in einer urbanisierten Welt, S. 101-117, Bielefeld: transcript Verlag 2018, 978-3-8376-4428-9, PDF: 978-3-8394-4428-3. <http://doi.org/10.14361/9783837644289>. Wiederverwendung mit Genehmigung durch den transcript Verlag.

Diese Begriffe sollen im Folgenden auf die skalaren Dimensionen von Metropol- und Energieregionen angewendet werden.

Zum „Rescaling“ der bundesdeutschen Raumordnungspolitik mittels Metropolregionen

Die Entwicklung des Konzeptes der Metropolregionen ist eine Reaktion auf die Krise des Fordismus und die zunehmende internationale Konkurrenz um Kapitalinvestitionen (Brenner 2004). Die damit einhergehende „neue Geographie Europas“ (Blotevogel 2010: 6) führte in der deutschen Raumordnung Anfang der 1990er Jahre zu der Erkenntnis, dass eine gesellschaftliche „Maßstabs- und Reichweitenvergrößerung“ stattfindet, „der auch das raumordnerische Zentralsystem Rechnung tragen muss“ (Sinz 2005: I). Aus diesem Grund wurde bereits im „Raumordnungspolitischen Orientierungsrahmen“ von 1993 betont, dass ein System von Agglomerationen internationaler und großräumiger Ausstrahlungen gefördert werden müsse, welches oberhalb der Oberzentren raumbedeutsame Funktionen erfüllt (BMRBS 1993). Diese werden als europäische Metropolregionen bezeichnet und gelten seither als „Motoren der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung“ (MKRO 1996: 87). Die urbanen Metropolen vereinen hierbei Entscheidungs- und Kontrollfunktionen, Innovations- und Wettbewerbsfunktionen sowie Gateway-Funktionen (Adam et al. 2005). Außerdem wird den europäischen Metropolregionen eine räumlich integrierende Wirkung zugeschrieben, da kleine und mittlere Zentren, sowie ländliche Räume an die Metropolregionen angebunden sind und in die internationalen Wertschöpfungsketten eingebunden werden können. Dementsprechend sind die elf ausgewiesenen Metropolregionen großräumig und flächendeckend angelegt: Ihre weiten Verflechtungsräume bedecken nahezu die gesamte Bundesrepublik Deutschland. Lediglich einzelne Räume, die besonders weit von den Metropolräumen entfernt liegen, haben besondere Handlungsbedarfe und werden als „Stabilisierungsräume“ bezeichnet.

Außerdem sollen Metropolregionen, z. B. mittels physischer Infrastrukturen wie Flughäfen, Autobahnen oder Hochgeschwindigkeitsbahntrassen, miteinander vernetzt werden. Weiterhin ist die Kooperation zwischen den Metropolregionen, im „Initiativkreis Europäische Metropolregionen in Deutschland“ institutionalisiert.

Metropolregionen gelten häufig als „polyzentrische Kooperationsräume“ (BMVBS 2007: 32), in denen Stadt und Land zusammenarbeiten. Demnach pro-

duzieren und überformen die raumordnungspolitischen Konzepte der Metropolregionen urbane Landschaften. Ländlich geprägte Räume sollen von der Kooperation und Vernetzung mit den Metropolkernen profitieren, während sie gleichzeitig wichtige ergänzende Funktionen, wie den Freizeit- und Freiraumwert oder die Produktion von Nahrungsmitteln für urbane Räume, innehaben. Die Stadt-Land-Beziehungen sind in diesem Sinne in eine globalisierte Welt eingebunden und ebenso regional verortet. Hinzu kommt, dass sich die Metropolregionen vielfach als international wettbewerbsfähige und vielfältige Regionen vermarkten, in denen urbane und rurale Entwicklungen gleichzeitig stattfinden. Die mit der Einführung von Metropolregionen verbundenen skalaren Verschiebungen werden anhand der vier Dimensionen der „Scale“-Debatte verdeutlicht:

„Rescaling“: Mit der Herausbildung von Metropolregionen wird eine neue Dimension in der Hierarchie des deutschen Städtesystems eingerichtet (Heeg 2001). Diese neue Hierarchiestufe soll das Zentrale-Orte-System „ergänzen“ und liegt über den Oberzentren (MKRO 1996: 87). Somit werden die bisherigen Hierarchiestufen des Zentrale-Orte-Systems abgewertet. Einige Oberzentren sind zu Metropolkernen aufgewertet worden, während andere zwar den Status Oberzentrum erhalten haben, den Metropolen jedoch nachgelagert sind. Ein solcher Bedeutungsverlust trifft auch auf die zentralen Orte der übrigen Hierarchiestufen im Zentrale-Orte-System zu.

„Scalar Fix“: Bis Mitte der 1970er Jahre wurde die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland auf nationaler Maßstabsebene gesichert. Mit der Einführung der Metropolregionen ist es jedoch diese Maßstabsebene, auf der die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands vorangetrieben werden soll (Brenner 2004). Ein großräumiger Ausgleich zwischen ruralen und urbanen Räumen wurde zumindest proklamiert (Mießner 2017), während mit der Herausbildung der metropolitenen Reforminitiativen der Fokus auf die Wettbewerbsfähigkeit urbaner Räume verlagert wurde (Brenner 2004).

„Scale Jumping“: Für Metropolkerne, die als Oberzentren hauptsächlich im nationalen Maßstab sichtbar waren, ergibt sich die Möglichkeit, sich im internationalen Wettbewerb zu profilieren. Sie geraten wesentlich stärker in den Fokus von Politik und Raumplanung und können ihr Interesse an einer besseren überregionalen infrastrukturellen Einbindung leichter artikulieren und durchsetzen. Zusätzlich dürfte es dieser Bedeutungsgewinn den Metro-

polen erleichtern, Großprojekte zu finanzieren und politisch durchzusetzen, die notwendig sind, um im (inter-)nationalen Wettbewerb mit anderen Metropolregionen zu bestehen (vgl. Dudek/Kallert 2017).

„skalare Dialektik“: Gerade aus Sicht der ländlichen Regionen innerhalb der Metropolregionen bedeuten die Reskalierungsprozesse einige Widersprüche. Einerseits werden sie Teil international wettbewerbsfähiger Regionen, was den ansässigen Firmen die Möglichkeit bietet, die eigenen Absatzmärkte auszuweiten. Außerdem können die Bewohnerinnen und Bewohner der ländlichen Räume von den hochwertigen Versorgungs- und Kultureinrichtungen der Metropolenkerne profitieren. Andererseits findet jedoch ein intraregionaler Konzentrationsprozess (vgl. Mießner 2015) statt, der hauptsächlich für die Metropolenkerne und eventuell auch für die Zentren ländlicher Räume vorteilhaft ist, während die übrigen ländlichen Regionen häufig mit Bevölkerungs- und Wirtschaftskraftverlusten kämpfen (vgl. Mießner 2017).

Mit der Einführung von Metropolregionen in Deutschland ist das Verhältnis von Urbanem und Ruralem auf vielfältige Weise reskaliert und verändert worden. Diese Rekonfiguration der Beziehungen zwischen Stadt und Land in Metropolregionen trägt zur Produktion von rurbanen Landschaften bei. Neben der Gefahr, dass ländliche Räume den Metropolräumen subsumiert werden, deutet sich an, dass die Spezifika ländlicher Entwicklungen zugunsten metropolitaner Dynamiken aus dem Blick geraten.

Im Zuge der Wirtschaftskrise nach 2007 werden raumordnungspolitisch weitere Reskalierungsprozesse innerhalb der Metropolregionen vorangetrieben (Mießner 2017). Zwar sind die Metropolregionen noch immer großflächig angelegt, dennoch wird die regionale Wettbewerbsfähigkeit auf immer kleinräumigerer Maßstabsebene innerhalb der Metropolregionen vorangetrieben. Es findet ein „downscaling“ der staatlichen Verantwortung für die regionale urbane und rurale Entwicklung statt. Auch mit der 2007 gegründeten „Initiative zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik“ (Bundesregierung 2008) wird der Fokus nochmals stärker auf die (Groß-)Städte gelegt, wobei die Zentren der Metropolregionen am meisten profitieren.

Reskalierungen der Energieversorgung durch Energieregionen

Die Beschlüsse zur Energiewende in der Bundesrepublik sind mit einer umfassenden Transformation der Energieversorgung verbunden, die weit über

technologische Fragen hinausgeht. Die zunehmende Bedeutung erneuerbarer Energieträger mit stärker dezentralen Versorgungsstrukturen führt auch zur Entstehung neuer Handlungsräume und Maßstabsebenen im Energiesektor (vgl. Gailing und Röhling 2015). Ein Beispiel für diese neu entstandenen Maßstabsebenen sind Energieregionen, worunter räumliche Einheiten mit unterschiedlichem räumlichen Zuschnitt verstanden werden. Sie können sowohl nur Teile von Kreisen als auch einen oder mehrere Landkreise umfassen. Trotz unterschiedlicher Ziele und konkreter Maßnahmen, organisatorischer Struktur bzw. Trägerschaft der verschiedenen Energieregionen, lassen sich einige gemeinsame Merkmale von Energieregionen bestimmen: Als zentraler Ausgangspunkt von Energieregionen gilt die interkommunale Zusammenarbeit und Abstimmung von Maßnahmen im Rahmen der Energiewende (Kölsche 2015: 140), wobei gerade in den kollaborativen Formen von Governance ein Erfolgsfaktor für Energieregionen gesehen wird. Zu weiteren Eigenschaften zählen die Regionalisierung von Versorgungsstrukturen und Wertschöpfungsketten, die Stärkung der Region als Handlungsraum für Koordination und Kooperation im Energiesektor und die Schaffung bzw. Veränderung regionaler Identitäten (Becker und Naumann 2017: 335).

Für rurbane Landschaften sind Energieregionen bedeutsam, da sie eine nachhaltige Transformation der Energieversorgung sowohl in urbanen als auch in ruralen Räumen anstreben. Außerdem verfolgen Projekte von Energieregionen häufig das Ziel, die Stadt-Umland-Beziehungen nachhaltiger zu gestalten. Städte als Orte des Verbrauchs von Strom und Wärme sowie ländliche Räume als Orte der Strom- und Wärmeerzeugung sollen stärker miteinander vernetzt werden. Diese skalare Dimension von Energieregionen wird anhand der vier Begriffe aus der „Scale“-Debatte illustriert:

„Rescaling“: Mit der verstärkt dezentralen Versorgungsstruktur, die mit der Nutzung erneuerbarer Energieträger verbunden ist, gewinnt ein regionaler Zugang an Bedeutung (George et al. 2009: 13). Während die überregionalen Energieversorgungsunternehmen der Bundesrepublik, die sogenannten Big-4², eine Krise erleben, kommt es zur Neugründung kommunaler Unternehmen mit regionaler Ausrichtung in Erzeugung und Versorgung. Es gibt erste Versuche für „Regionalwerke“, die sich explizit an Städte und deren ländliches Umland richten.

„Scalar Fix“: Regionale Strukturen der Versorgung und der politischen Steuerung der Energieversorgung werden wichtiger, gleichwohl bleiben auch überregio-

² Darunter werden die großen deutschen Energieversorgungsunternehmen EnBW, E.ON, RWE und Vattenfall verstanden.

nale Instanzen, wie etwa die Förderinstrumente für die Nutzung erneuerbarer Energieträger oder wettbewerbliche Vorgaben der Europäischen Union, weiter bedeutsam. Ebenso werden die Kommune, der Stadtteil oder der eigene Haushalt zu wichtigen Einheiten der Energieversorgung (Becker und Naumann 2017). Sie werden zu „Prosumenten“ (Matthes 2011); zu Orten der Produktion von Strom und Wärme. Ländliche Regionen können zu Standorten von Kraftwerken werden, die für die städtische Versorgung verantwortlich sind.

„Scale Jumping“: Energieregionen schließen sich in Netzwerken wie den „100% Erneuerbare-Energie-Regionen“ oder „Bioenergie-Regionen“ zusammen, die vom Bund gefördert werden und überregional für eine nachhaltige regionale Energieversorgung werben (Gailing und Röhring 2016). Außerdem umfassen Projekte von Energieregionen zahlreiche kleinteilige Maßnahmen, die auf einer lokalen bzw. sublokalen Ebene angesiedelt sind. Webseiten von Energieregionen verweisen auf lokale Unternehmen, die bei entsprechenden Vorhaben beauftragt werden können (Kölsche 2015: 140).

„skalare Dialektik“: Energieregionen sind geprägt von globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel, aber ebenso von Fördermaßnahmen des Bundes abhängig. Gleichzeitig entwickeln zahlreiche regionale Initiativen für eine nachhaltige Energieversorgung eine nationale bzw. internationale Strahlkraft. In Energieregionen stehen die regionale und lokale Ebene in einem dialektischen Verhältnis: lokale Initiativen werden regional gebündelt und dadurch sowohl verbreitert als auch unterstützt.

Das Beispiel Energieregionen zeigt, wie bei der nachhaltigen Transformation der Energieversorgung Städte und ländliche Räume zusammengedacht werden müssen. Hierbei ist die Neuausrichtung des Energieverbrauchs in den Städten nicht von der Nutzung von Flächen in ländlichen Räumen zu trennen. Gleichwohl veranschaulichen aktuelle Entwicklungen im deutschen Energiesektor, dass die vermeintlich klaren Abgrenzungen zwischen Stadt und Land zunehmend verschwimmen.

Es bleibt kritisch zu hinterfragen, was die Grenzen einer regionalen Energieversorgung sind. So sind für Fragen der Mobilität überregionale Maßstabsebenen von entscheidender Bedeutung. Auch bleibt abzuwarten, ob Energieregionen tatsächlich zu einer Demokratisierung der Energieversorgung, wie es von vielen Initiativen postuliert wird (George et al. 2009: 14), beitragen können. Zahlreiche lokale Konflikte um die Nutzung erneuerbarer Energieträger

zeigen auch, dass Energieregionen heftig umstritten sein können.

Eine stärkere Vernetzung nicht nur zwischen verschiedenen Infrastruktursektoren, sondern auch zwischen deren Elementen auf unterschiedlichen Ebenen – etwa die regionale oder bundesweite Koordination dezentraler Versorgungsstrukturen – dürfte wesentlich den Erfolg nachhaltiger Transformationen bestimmen. Dies schließt eine rurbane Perspektive auf die Energieversorgung ein, die institutionelle wie auch technische Grenzen zwischen Stadt und Land überwindet.

Fazit: Rescaling rurbaner Landschaften

Die Betrachtung der Entstehung und des Wandels skalarer Ordnungen ist ein Schlüssel für das Verständnis von Stadt-Land-Beziehungen. Die Beispiele Metropol- und Energieregionen machen deutlich, dass die Verhältnisse zwischen urbanen und ruralen Räumen durch Reskalierungen verändert werden. Metropol- und Energieregionen lassen sich nur aus einer rurbanen Perspektive erklären, in der sowohl das Urbane als auch das RURale eine wesentliche Rolle spielen. Die Auslöser der beiden dargestellten Reskalierungen sind durchaus unterschiedlich: Während Metropolregionen aufgrund von (raumordnungs-) politischen Beweggründen ins Leben gerufen wurden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu unterstützen, gehen Energieregionen zwar auch auf politische Beschlüsse – die der bundesdeutschen Energiewende – zurück, sie haben allerdings keine explizit räumliche Intention. Dennoch hatten die auf die Beschlüsse der Energiewende folgenden grundlegenden Transformationen indirekt räumliche Konsequenzen. Der Begriff des Rurbanen ist in der Lage, die Verknüpfungen von Stadt und Land aufzuzeigen. Zum einen ist es diese Perspektive, die die Frage nach der Rolle von Ländlichkeit und ländlicher Entwicklung im Rahmen der Institutionalisierung von Metropolregionen aufwirft. Zum anderen bleibt bislang noch offen, ob urbane Räume im Zuge der Energieregionen in eine strukturelle Abhängigkeit von ländlicher Strom- und Wärmeproduktion geraten.

„Rurbanes Rescaling“ kann daher dazu beitragen, die Komplexität von Stadt-Land-Beziehungen zu erfassen und gleichzeitig die Entstehung räumlicher Maßstäbe an konkreten Beispielen nachzuvollziehen. ■



Hotel zur Linde in Sitzendorf zum Aktionstag Sommerfrische 2017



Urlauber-Abendprogramm in den 1960er Jahren in der „Linde“, Kulturprogramm auf dem legendären Glastanzboden im Saal des Hotels

LEADER stärkt einer Region den Rücken:

Sommerfrische Schwarzatal – mehr als ein Urlaubsgefühl

Ines Kinsky

Selber machen! lautet der Titel der Regionalen Entwicklungsstrategie in der LEADER-Region Saalfeld-Rudolstadt in Thüringen. Die Teilregion Schwarzatal hat den Aufruf wörtlich genommen und sich auf den Weg gemacht, Regionalentwicklung aktiv mitzubestimmen. Die Menschen bewegt u. a. die Zukunft der Ortsbildprägenden Sommerfrische-Architektur. Demografischer Wandel und ein starker Rückgang der Gästezahlen seit 1990 haben dazu geführt, dass viele der traditionellen Häuser in der ehemals florierenden Tourismusregion heute leerstehen. Mit Unterstützung der LEADER-Aktionsgruppe hat sich die Zukunftswerkstatt Schwarzatal erfolgreich an einem Projektanruf der Internationalen Bauausstellung Thüringen beteiligt und einen Prozess in Gang gesetzt, der für die Menschen vor Ort den Umbruch nicht als beklagenswertes Schicksal, sondern als Chance für den Aufbruch in eine neue Zeit begreifen lässt.

Wie alles begann

Im Jahr 2011 hatte sich eine Gruppe Engagierter zu einem Treffen unter dem Namen „Zukunftswerkstatt Schwarzatal“ zusammengefunden. Anlass war ein allumfassendes Gefühl der Niederlagen, ein Beklagen des Rückgangs der Einwohnerzahlen, des Wegzugs junger Leute und des Verlustes von Einrichtungen der sozialen Infrastruktur in den

Orten. Die Menschen erleben bis heute den Niedergang einer bis zur Wende begehrten Urlaubsregion. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gehörte das Schwarzatal in Thüringen zu den ersten Urlaubsadressen Deutschlands und war später Hochburg des zentral gesteuerten Urlaubs in der DDR. In dieser ersten Zukunftswerkstatt wurde deutlich, dass die Menschen tief mit ihren Dörfern verbunden sind und dass sie das Schwarzatal mit seinen Tälern und Höhen als Heimat verstehen. Es kam zu einer Vereinbarung, die bis heute eine ganze Menge in Gang gesetzt hat: Wir hören auf zu jammern, sondern sehen das, was geblieben ist und versuchen, die Zukunft im Schwarzatal mitzugestalten. In der Folge hat sich gezeigt, dass

es nicht der Mangel ist, der die Region prägt, sondern Reichtum. Das Schwarzatal ist reich an intakter Natur, an beeindruckender Landschaft, an architektonischen Schätzen und vor allem an aktivem Dorfleben. Genau an diesen Punkten setzt Förderung an. Beispielhaft am Schwarzatal ist, dass Partner und Förderprogramme sektorübergreifend unterstützen. Den administrativen Rahmen bilden die Verwaltungsgemeinschaften „Mittleres Schwarzatal“ und „Bergbahnregion Schwarzatal“.

Erster Schritt – Bestandsaufnahme Sommerfrische

Sommerfrische-Architektur findet sich im Schwarzatal in fast allen Orten. Die wunderschönen Gebäude stammen aus dem 19./20.



Ines Kinsky

LEADER-Aktionsgruppe
Saalfeld-Rudolstadt e.V.,
Rudolstadt

kinsky_leader@yahoo.de
www.leader-saalfeld-
rudolstadt.de



Gäste im unteren Ort Schwarzburg zu Beginn des 20. Jahrhunderts – Schwarzburg war über viele Jahrzehnte ein Hot Spot der Sommerfrische und wurde auch von Prominenten wie Henry van de Velde und Friedrich Ebert aufgesucht.



Foto: D. Hagenguth

Sommerfrische-Objekte wie hier die Pension Bockschmiede stehen leer und suchen dringend neue Nutzer.

Jahrhundert oder sind sogar älter. Sie wurden z. T. bis in die 1990er Jahre als Gasthaus oder Hotel betrieben. Einige der Häuser, wie die Alte Post in Mellenbach, befinden sich im Eigentum der Kommunen und haben öffentliche Nutzungen beherbergt. Die das Leben in den Dörfern heute prägende Generation der über 50-Jährigen verbindet mit Sommerfrische-Architektur Erinnerungen an die Jugendzeit in Orten, die in der Urlaubszeit mehr Gäste als Einwohner*innen hatten. Es wurde schnell klar, dass es um mehr als leerstehende Immobilien geht. Sommerfrische beschreibt das Lebensgefühl einer Region, das es gilt, zu bewahren und durch aktuelle Blickwinkel neu zu interpretieren. Der Kern dessen, was Sommerfrische

war, ist allerdings heute aktuell wie nie zuvor: ein Begriff, der in den Menschen ohne viel Erklärung Bilder und Emotionen auslöst.

Die Zukunftswerkstatt hat damit begonnen, Objekte zu erfassen. Über bisher zwei EU-Förderperioden hinweg unterstützt die LEADER-Aktionsgruppe die Akteure vor Ort mit Sachkosten und durch Personalleistungen des Regionalmanagements. Um die Dinge voranzubringen, bedurfte es ab einem bestimmten Punkt professioneller Hilfe und weiterer Finanzierung. Über eine LEADER-Projektförderung hat die Zukunftswerkstatt Schwarzatal in den Jahren 2017 und 2018 eine umfassende Sammlung an alten und aktuellen Fotos, Zeitzeugen-

berichten und Daten zusammengetragen, die nun dank der im Rahmen des Projektes geklärten Verfasser- und Nutzungsrechte in vielerlei Art verwendet und aufbereitet werden können. Das Gefühl Sommerfrische hat Gesicht und Stimme bekommen. Auszüge der erfassten Daten wurden in einer Ausstellung und in Filmen mit Zeitzeugenberichten aufgearbeitet. Die Filmauskopplung – Sommerfrische Schwarzatal in Lichtenhain/ Bergbahn – wurde mit großem Erfolg im Rahmen des Aktionstages Sommerfrische 2017 präsentiert. Fotos und Geschichten stehen nicht zuletzt dem regionalen Tourismusverein Rennsteig-Schwarzatal als Grundlage für ein „Storytelling“ zu Marketingzwecken zur Verfügung.



Foto: D. Hagenguth

Die im Rahmen des LEADER-Projektes entstandene Ausstellung „Sommerfrische Schwarzatal“ wandert in der Region. Auskopplungen der Ausstellung wurden an wichtigen Objekten und besucherintensiven Orten der Region, wie z. B. auf der Schlossterrasse Schwarzburg oder an der Oberweißbacher Bergbahn, fest installiert.



Eine Postkartenserie der IBA Thüringen macht die Sommerfrische Schwarzatal über die Grenzen Thüringens hinaus bekannt.



Erzählcafé im Hotel Linde, Aktionstag Sommerfrische 2017

Internationale Bauausstellung Thüringen – Glücksfall für das Schwarzatal

Die Zukunftswerkstatt Schwarzatal, die mittlerweile ein eingetragener Verein ist, hat das Thema Sommerfrische-Architektur im Schwarzatal im Rahmen eines umfassenden Antrags unter dem Titel „Resilientes Schwarzatal“ in das Blickfeld der Internationalen Bauausstellung IBA Thüringen gerückt. LEADER hat die Antragstellung finanziell und personell unterstützt. Gemeinsam mit den

Akteuren im Schwarzatal hat der Verein LEADER-Aktionsgruppe Saalfeld-Rudolstadt e.V. (Slf-Ru) eine Qualifizierungsvereinbarung mit der IBA Thüringen unterzeichnet. Die LEADER-Aktionsgruppe hat die Themen der IBA-Projekte in die Entwicklungsstrategie übernommen, mit der sich die Region für die neue LEADER-Förderperiode beworben hat. Die Region wurde im Herbst 2015 als Förderregion anerkannt und damit war die Grundlage für die weitere Unterstützung der Akteure im Schwarzatal gegeben. Die Begleitung der Qualifizierung der IBA-Projekte im Schwarzatal wurde als Aufgabe des LEADER-Regionalmanagements definiert.

Die IBA Thüringen ist in der Reihe der vorangegangenen Internationalen Bauausstellungen etwas Besonderes. Nicht allein Bauwerke, sondern Architektur als Teil der Kulturlandschaft und damit Stadt und Land in Thüringen stehen im Fokus.¹ Aus dem umfassenden Projektantrag „Resilientes Schwarzatal“ haben sich konkrete IBA-Projekte herauskristallisiert, darunter: Sommerfrische Schwarzatal. IBA-Umsetzungsprojekte erweitern den Horizont der Akteure vor Ort. Mit professioneller Hilfe der IBA werden insbesondere alternative Nutzungskonzepte und Betreiberstrukturen für Sommerfrische Architektur untersucht.

Konkrete Umsetzungsprojekte

Wichtig ist vor allem, was an Neuem im Werden begriffen ist. Die Lösung des Problems ist wahrscheinlich nicht die Nachnutzung durch das klassische Hotel. Neue, alternative Nutzungen und Betreiberkonzepte – auch neben dem Tourismus – sind für die leerstehenden Häuser gesucht. Im Heimatmuseum Döschnitz ist z. B. ein außergewöhnliches und mittlerweile gut gebuchtes, alternatives Angebot entstanden. Unter dem Titel – Probewohnen auf dem Land – können Gäste unter ganz einfachen Bedingungen Landleben erfahren und die Abgeschiedenheit des Tals als Chance zum Rückzug aus dem hektischen Alltag nutzen. Die Region ist für Menschen, die Ruhe im Einklang mit der Natur suchen, im Kommen. Rückzugsbereiche solcherart werden die wahren Hot Spots der Zukunft sein.

Weitere Projekte mit interessanten Nutzungs- und Betreiberkonstellationen zeichnen sich ab.²

Zu beobachten ist außerdem die Tendenz, dass seit einigen Jahren Investoren aus Deutschland und dem Ausland Objekte im Schwarzatal erwerben. In Anbetracht der aktuellen Entwicklung wäre es wünschenswert, dass mehr Objekte in den Besitz von Interessierten aus der Region übergehen, die sich vor Ort engagieren.



Probewohnen auf dem Land im Heimatmuseum Döschnitz; ein Architekturbüro hat die Trägerschaft für das Objekt übernommen.

¹ Mehr Infos unter: www.iba-thueringen.de

² Mehr Infos unter: www.iba-thueringen.de/projekte/schwarzatal-sommerfrische

Verbindung zum Thema Demokratie stärken

Schwarzburg ist im Zusammenhang mit der Sommerfrische einer besonderen Erwähnung wert. Reichspräsident Friedrich Ebert hat im Jahr 1919 während seines Sommerfrische-Urlaubs in Schwarzburg seine Unterschrift unter das Dekret zur ersten deutschen demokratischen Verfassung gesetzt, die damit am 11. August 1919 in Kraft trat. Artikel der Verfassung sind in Form von Bodenplatten auf der Schlossterrasse Schwarzburg nachzulesen – eine Steilvorlage für das Thema „Demokratie-Stärkung“, das, angesichts der speziellen Situation in Ostdeutschland, als Schwerpunkt durch die LEADER-Aktionsgruppe Sif-Ru aufgegriffen wurde.³ Für das Schwarzatal bedeutsam: Das Auffangen negativer Stimmungen und das Umwandeln in positive Energie des Tuns ist ein wichtiger Beitrag, Demokratie zu stärken. Die Menschen vor Ort wollen gehört, wahrgenommen und unterstützt werden. LEADER ermöglicht wie kaum ein anderes Förderprogramm den Bottom-up-Zugang und bringt Europa zu den Menschen vor Ort.

Hürden der Bürokratie

Das Projekt „Sommerfrische Schwarzatal“ hat einen Status erreicht, in dem konkrete Vorhaben in Form von Förderanträgen für investive Maßnahmen formuliert werden können. Umsetzungsprojekte könnten nun idealerweise und folgerichtig als LEADER-Projekt gefördert werden. Für IBA Projekte stehen in Thüringen Ergänzungsmittel für kommunale Vorhaben zur Verfügung. Während in den Förderprogrammen der Städtebauförderung IBA-Ergänzungsmittel zur Absenkung des kommunalen Eigenanteils genutzt werden können, ist das

allerdings bei LEADER ausgeschlossen. Während LEADER in der gesamten Region agiert, gibt es nur wenige ausgewiesene Städtebaufördergebiete. Die Nutzung von Synergieeffekten einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit ist damit von den Akteuren auf den Weg gebracht, aber durch verwaltungstechnische Vorschriften in der Umsetzung erschwert.

Aktionstag Sommerfrische Schwarzatal – 2018 in der vierten Auflage

Zu den konkreten Projekten der Zukunftswerkstatt Schwarzatal gehört die Organisation und Durchführung eines „Aktionstags Sommerfrische“. Hier werden sehr erfolgreich Aktionen der Gemeinden und Vereine vor Ort gebündelt. In den Jahren 2017 und 2018 hat die IBA-Geschäftsstelle im Sinn der Qualifizierung des IBA-Projektes „Sommerfrische Schwarzatal“ den Aktionstag maßgeblich mitgestaltet und finanziell unterstützt. Außerordentlich wertvoll sind in diesem Zusammenhang die überregionalen Kanäle, die über IBA beteiligt werden. Und so ist es kein Zufall,



Alte Post in Mellenbach

dass viele Gäste zum Aktionstag aus den Thüringer Zentren Erfurt, Jena, Weimar und darüber hinaus aus Berlin, Leipzig usw. kamen. Der Raum Berlin/Leipzig ist übrigens klassisches Quellgebiet der Gäste, die früher im Schwarzatal Urlaub gemacht haben. Daran anknüpfend – heute kommen die Großeltern mit ihren Enkeln – unterstützt die LEADER-Aktionsgruppe die Präsentation der Urlaubsregion Schwarzatal zur Grünen Woche in Berlin. ■



Einladung zur „Auszeit im Schwarzatal“

³ Die sektorübergreifende und fruchtbringende Zusammenarbeit von LEADER mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ sowie das Engagement der LEADER-Aktionsgruppe in der lokalen Partnerschaft für Demokratie wären einen eigenen Artikel wert.

Neue Wege für ein soziales Miteinander der Dorfgemeinschaft

Lisa Kroggel

Das Förderprogramm „Soziale Dorfentwicklung“ aus dem Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE) unterstützt Dorfgemeinschaften dabei, neue Wege für ein aktives soziales Miteinander zu gestalten. Drei Projektbeispiele zeigen exemplarisch, was die Menschen vor Ort mit den Fördermitteln des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) umsetzen.

Mit dem 2015 initiierten BULE setzt sich das BMEL dafür ein, ländliche Regionen als attraktive Lebensräume zu erhalten und zu stärken.¹ Hierzu werden besonders modellhafte Ideen und Ansätze der ländlichen Entwicklung als „Modell- und Demonstrationsvorhaben“ gefördert, deren Erkenntnisse übertragbar sein sollen und bundesweit genutzt werden können. Neben der Aufgabe, Ideenschmiede für die ländliche Entwicklung zu sein, gehören zum Bundesprogramm auch Wettbewerbe, die Förderung von 13 strukturschwachen ländlichen Regionen im Modellvorhaben Land(auf)Schwung sowie ein fachlich fundierter Wissenstransfer und die Forschungsförderung.

Die aus dem BULE gewonnenen Erkenntnisse dienen der Politikgestaltung des BMEL im Bereich der ländlichen Entwicklung. Aus den Erfahrungen der Projekte werden Handlungsempfehlungen für die weitere Förderung ländlicher Räume und insbesondere für die Regelförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur

Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) abgeleitet. Seit 2017 ist z. B. das im Bundesprogramm erprobte Konzept der Mehrfunktionshäuser über die GAK regulär förderfähig. Die Erkenntnisse aller BULE-Projekte werden Akteuren im ländlichen Raum, u. a. durch Wissenstransfer und Öffentlichkeitsarbeit, zugänglich gemacht. Ziel ist es, dass Projektnehmer, Politik und all jene Menschen im ländlichen Raum profitieren, die ihre Region weiterentwickeln wollen.

Mittlerweile wurden bzw. werden bereits bundesweit insgesamt über 1 000 Projekte über das BULE gefördert. Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) ist als zentrale Dienstleisterin im Geschäftsbereich des BMEL u. a. mit der Umsetzung dieses vielfältigen Bundesprogramms beauftragt.

Modell- und Demonstrationsvorhaben Soziale Dorfentwicklung

Als einer der ersten Förderaufrufe des Bundesprogramms

wurde im Jahr 2015 die Bekanntmachung „Soziale Dorfentwicklung“ veröffentlicht. Aktuell erhalten 36 Projekte im gesamten Bundesgebiet eine Förderung von bis zu 125 000 €. Im Zentrum der geförderten Projekte stehen Erhalt und Weiterentwicklung von Dörfern als eigenständige Wohn-, Arbeits-, Sozial- und Kulturräume, der Erhalt des Charakters der ländlichen Gemeinden sowie die Ansprache und aktive Teilhabe verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen und Generationen. Dahinter steht der Gedanke, dass für eine erfolgreiche soziale Dorfentwicklung das aktive Mitwirken der vor Ort lebenden Menschen unverzichtbar ist. Die Vielfalt der Projekte im BULE zeugt vom starken Gestaltungswillen der Menschen auf dem Land.

Die drei im Folgenden vorgestellten Projektbeispiele der sozialen Dorfentwicklung zeigen exemplarisch, welche neuen Wege die Dorfgemeinschaften für die Zukunftsfähigkeit ihres Dorfes und das soziale Miteinander entwickelt haben und ausprobieren.

Lisa Kroggel

Referat 325 – Kompetenzzentrum Ländliche Entwicklung,
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), Bonn

oeffentlichkeit.bule@ble.de
www.ble.de

Bundesprogramm
**Ländliche
Entwicklung**

¹ www.bmel.de/bule

„Gemeinsam Aktiv“ – Tagespflege und Kindergarten unter einem Dach

Die Menschen der Gemeinde Nüsttal in der hessischen Rhön begegnen dem demografischen Wandel mit viel positiver Energie und Kreativität. Als dem Kindergarten in dem 375-Seelen-Ort Nüsttal-Silges die Schließung drohte, entwickelten die Silgeser eine Idee: Kindergartenkinder und pflegebedürftige ältere Menschen könnten gemeinsam in dem Gebäudekomplex betreut werden, in dem der Kindergarten bisher schon untergebracht war und in dem sich auch das Dorfgemeinschaftshaus befindet. Gesagt, getan: Nach dem Umbau ist ein weitläufiger, freundlicher Gebäudekomplex als Treffpunkt für alle Generationen entstanden.

Insgesamt besteht das Projekt aus drei Säulen: Dem Kindergarten „Naturhüpfer“, der Tagespflege „RhönStern“ und dem ehrenamtlichen Angebot für alle im Ort. In Zukunftswerkstätten haben die Bewohner*innen die Weiterentwicklung der ehrenamtlichen Angebote gemeinsam mit den Kooperationspartnern geplant. Partner sind lokale Vereine und das Biosphärenreservat Rhön.

Die rund 22 Kindergartenkinder und 15 Senior*innen der ambulanten Tagesbetreuung teilen sich seit Januar 2017 die Räumlichkeiten und das tägliche Miteinander. Acht Pflegekräfte und zwei Erzieherinnen kümmern sich um die zwei Gruppen. Für Kinder aus den Nachbardörfern steht ein Kindergartenbus zur Verfügung, der täglich nach Silges fährt. Und wie funktioniert der gemeinsame Alltag? Die Tagesstrukturen sind aufeinander abgestimmt und geben insbesondere am Vormittag bei Aktivitäten wie Tanzen und Vorlesen Gelegenheit, sich auf individuelle Weise kennenzulernen. Die ältere Generation gewinnt beim Kontakt mit den Kleinen deutlich an Lebensfreude und die Kindergartenkinder profitieren von einer/einem Zweit- oder Ersatz-Oma bzw. Opa und damit vom regelmäßigen Kontakt zur älteren Generation.



Foto: Gemeinde Nüsttal

Was ist das Erfolgsgeheimnis? Es sei zum einen die positive Einstellung der Menschen im Ort, die eine Herausforderung als Gemeinschaft meistern, indem sie zusammen eine Lösung finden und umsetzen sowie zum anderen eine frühzeitige und offene Kommunikation der Projektverantwortlichen, so die Bürgermeisterin von Silges, Marion Frohnäpfel.

Insgesamt zeigt „Gemeinsam Aktiv“, wie gemeinschaftliche Projekte das bürgerschaftliche Engagement im Ort stärken und die Menschen an die Region binden.

„Dorf-Lokalmanagement“ bündelt ehrenamtliche Aktivitäten

Das Ziel des Projektes „Dorf-Lokalmanagement“ in Bitburg-Mötsch (Rheinland-Pfalz) ist die Einrichtung eines Managements, das ehrenamtliche Strukturen und professionelle Angebote vor Ort vernetzt, koordiniert und begleitet. Die im Dorf vorhandenen Ideen sollen für den weiteren Ausbau zu einem lebenswerten und attraktiven Stadtteil koordiniert und zielgerichtet verfolgt werden. Diese Aufgabe soll das Dorf-Lokalmanagement – angesiedelt in einem festen Koordinierungsbüro – übernehmen.

In den kommenden Monaten wird das örtliche Dorfgemeinschaftshaus zu einem multifunktionalen Dorfzentrum umgebaut. Den Geschäftsbetrieb soll dann

eine neu zu gründende Bürgergenossenschaft übernehmen. Die Zielvorstellung ist, dass die Bürgergenossenschaft Erlöse u. a. aus „Unternehmensbereichen“ wie der Gastronomie und Sportangeboten erzielt, die zur Deckung der Personalkosten für das Lokalmanagement sowie zur Erfüllung sozialer Aufgaben im Dorf dienen.

„Markt-Treff“: Online-Shopping für regionale Produkte und Begegnungsort

Die Menschen in Bitburg-Mötsch haben einen Weg gefunden, regional erzeugte Produkte vor Ort verfügbar zu haben, obwohl es keinen klassischen Einkaufsladen mehr im Ort gibt. Der „Markt-Treff“ ist eine Art regionales

„Uni vor Ort“: Studierende und Gemeinde profitieren voneinander

Das Projekt „Uni vor Ort“ der Universität Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern verbindet die universitäre Ausbildung im Lehramtsstudium und in der Politikwissenschaft mit spezifischen ländlichen Bildungsprojekten in einer dörflichen Gemeinde. Studierende lernen ländliche Räume exemplarisch kennen, insbesondere die Kommune als lokale Bildungslandschaft.

Befördert und angeregt werden das Gemeindeleben (intergenerationeller Ansatz), die Präsenz und regionale Verankerung der Uni im ländlichen Raum, Praxisbezüge im Studium für angehende Lehrer*innen, Politik- und Kommunikationswissenschaftler*innen sowie das Kennenlernen von Methoden sozialräumlichen Arbeitens.

In Interviews mit den Bewohnerinnen und Bewohnern von Weitenhagen haben die Studierenden herausgefunden, wer die wichtigsten „Player“ oder Akteure im Ort sind, die Projekte langfristig unterstützen können. Die verschiedenen Projekte im Dorf entwickeln die Studierenden in den meisten Fällen gemeinsam mit den Menschen in der Gemeinde.

Naturerlebnispfad, Chor, Fotografielkurs und vieles mehr umgesetzt

Bisher wurden unterschiedliche Angebote in Weitenhagen umgesetzt, z. B. intergenerationelles Kochen, die Errichtung eines Naturerlebnispfades, Naturfotografiekurse und ein Chorprojekt. Eine Publikation der Geschichten der Gemeinde wird aktuell erstellt. Die Ideen kommen sowohl von Einwohner*innen als auch von den Studierenden sowie im Austausch miteinander. In diesen Situationen lernen die Studierenden auch die Herausforderungen kennen, vor denen viele Engagierte stehen: Wie schaffe ich es, auch die weniger Engagierten in den Dörfern zur aktiven Teilnahme zu bewegen?



Foto: Universität Greifswald

In einem Teilprojekt brachten Studierende Jung und Alt beim gemeinsamen Backen zusammen.

Online-Shopping: Nach einer Vorbestellung über die Online-Plattform www.markt-treff.net werden an den „Markttagen“ Produkte der regionalen Erzeuger wie Wurst, verschiedenes Gebäck oder Milchprodukte ins Mehrfunktionshaus geliefert. Dort geben Ehrenamtliche die Waren an die Kunden aus. Eine Auswahl haltbarer Erzeugnisse kann auch ohne Vorbestellung gekauft werden. Am Tag des Markt-Treffs werden morgens eine Krabbel-Gruppe, mittags ein Mittagstisch und nachmittags Kuchen und Spiele angeboten. So wird die „Markthalle“ als Treffpunkt für Jung und Alt gestärkt. Teil der Maßnahme ist auch eine Schulung für ältere Menschen, damit es mit der Online-Bestellung auch reibungslos klappt. So können alle davon profitieren und sich bei der Abholung im „Markt“ austauschen.



Das Format des Modellprojektes bietet die Möglichkeit, sich hier auszutesten und neue Wege zu wagen.

Zusammenarbeit mit der Gemeinde als Erfolgsfaktor

Die Bürgermeisterin, die Vorsitzende des Kulturausschusses und Gemeindemitarbeiter*innen sind als zentrale Akteure angesprochen worden. Die Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung und der Politik funktioniert gut. Es besteht regelmäßiger Kontakt, u. a. über den Besuch von Gemeinderatssitzungen. Dies ist aus Sicht der Projektleitung auch der entscheidende Erfolgsfaktor für das Vorhaben: die angesprochenen Stakeholder und deren Offenheit und Unterstützungsbereitschaft.

Das Engagement bleibt

Im Dorf ist mit dem Vorhaben ein gestärktes Gemeinschaftsgefühl und mehr Bereitschaft entstanden, sich zu engagieren. Auf der neuen Internetseite www.weitenhagen.info werden die Aktivitäten kommuniziert. Die Projektleitung hat die Hoffnung, dass sich einige Projekte selber tragen (auch durch infrastrukturelle Verbesserungen im Dorf, z. B. ein neues Dorfgemeinschaftshaus usw.). Durch den Aufbau neuer Strukturen kann erwartet werden, dass das Engagement auch außerhalb von etablierten Vereinsstrukturen weiterlebt.

Bei den Studierenden bzw. an der Uni entstehen unmittelbare Erfahrungen vor Ort, die sie auf Berufe im ländlichen Umfeld vorbereiten.



Studierende der Uni Greifswald auf Exkursion im ländlichen Raum vor einem „Multiplen Haus“.

Qualifizierung Ehrenamtlicher in der Dorfentwicklung

Dr. Andrea Soboth und Caroline Seibert

In der Dorfentwicklung ist es schon lange kein Geheimnis mehr: Erfolgreiche Entwicklungsprozesse benötigen Menschen, die sich für ihr Dorf einsetzen, Initiativen und Projekte voranbringen und sich um die Belange ihres Lebensumfeldes kümmern. Um dieses Engagement wertzuschätzen und zu unterstützen, werden in den letzten Jahren in der ländlichen Entwicklung verstärkt Qualifizierungsmaßnahmen für sog. Dorfkümmerner angeboten.

Kümmerner – oder Dorfaktivierer, Dorfberater, Botschafter ...

2011 wurde der Ansatz der Kümmerner in den Leitlinien der Landentwicklung verankert und steht somit als Instrument zur Unterstützung der ländlichen Räume zur Verfügung. Grundsätzlich versteht man unter Kümmernern ehrenamtlich Tätige, die längerfristig für ein Engagement in der ländlichen Entwicklung aktiviert

werden können und vor Ort konkrete Aktivitäten anstoßen. Qualifizierungsmaßnahmen sollen den Interessierten begleitete Lern-, Austausch- und Erfahrungsräume bieten und sie in ihren Potenzialen zur Umsetzung eigener Entwicklungsimpulse stärken. Nach Soboth (2016) können verschiedene Varianten unterschieden werden. Ein Blick in bestehende Praxisbeispiele aus dem Erfahrungshintergrund der Autorinnen konkretisiert die verschiedenen Spielarten:

Variante 1 – Kümmerner in laufenden Entwicklungsprozessen, die den Gesamtprozess in die Fläche bringen

Praxisbeispiel: WEGE-Botschafter

Die sog. WEGE-Botschafter (s. Abb. 1) der Verbandsgemeinde Daun, Rheinland-Pfalz, arbeiten seit 2011 ehrenamtlich im WEGE-Prozess¹, einem gestalteten lokalen Veränderungsprozess. Sie verstehen sich als Kümmerner vor Ort, besuchen die einzelnen Dörfer, diskutieren mit Ortsgemeinderäten und Bevölkerung, initiieren und unterstützen konkrete Aktivitäten vor Ort. Damit treiben sie die Bewusstseinsbildung in den Dörfern voran und werben vor Ort für die konkrete Umsetzung der Vision der gesunden Verbandsgemeinde Daun. Sie sind vor allem Ansprechpartner*innen für die Dörfer, beispielsweise bei Projektideen, und greifen bei Bedarf auf die Unterstützung der Verwaltung zurück. Die zwei ehrenamtlich arbeitenden WEGE-Botschafter*innen wurden kontinuierlich durch die Einbindung in den Gesamtprozess und somit über die laufende Arbeit qualifiziert, hatten und haben jedoch immer bedarfsbezogen die Möglichkeit, kostenfrei an Qualifizierungsangeboten, Tagungen etc. teilzunehmen.

Abbildung 1: Flyer der WEGE-Botschafter*innen in der VG Daun



Quelle: Dieter Klas, VGV Daun, 2014



Foto: Richard Stephan Fotografie

Dr. Andrea Soboth und Caroline Seibert

IfR Institut für Regionalmanagement, Gießen

soboth@ifr-regional.de
www.ifr-regional.de



Foto: Richard Stephan Fotografie

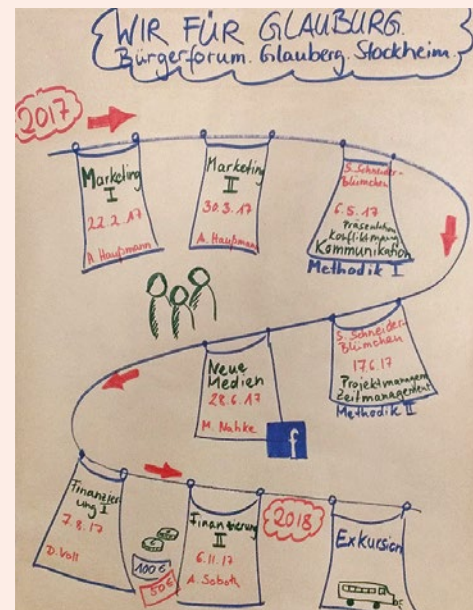
¹ www.daun.de/wege, zuletzt geprüft am 24.01.2018.

Variante 2 – Kümmerer zur umfassenden Unterstützung der Lokalentwicklung

Praxisbeispiel: Bürgerforen Glauberg und Stockheim

Die Mitglieder der beiden Bürgerforen Glauberg und Stockheim haben sich unter dem Dach „Wir für Glauburg. Bürgerforum. Glauberg. Stockheim“ kommunikativ zusammengeschlossen. Sie setzen sich für die Entwicklung ihres Dorfes ein, führen Projekte und Aktionen durch und aktivieren weitere Bürger*innen zu punktuellen Aktivitäten wie der Verschönerung des Spielplatzes. Da die Gemeinde Glauburg² keine Ortsbeiräte besitzt, übernehmen die Bürgerforen zum Teil diese Aufgaben. Den Mitgliedern der Bürgerforen wurde 2017 im Rahmen des Modell- und Demonstrationsvorhabens „Soziale Dorfentwicklung“ des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung eine auf den zuvor abgefragten Bedarf bezogene Qualifizierung angeboten (s. Abb. 2). Ziel war es, die beiden Bürgerforen zu stärken und nachhaltiger aufzustellen.

Abbildung 2: Übersicht über die Schulungsmodule in Glauburg



Quelle: eigene Darstellung

Variante 3 – Kümmerer, die sich für einen bestimmten Bereich oder für ein bestimmtes Projekt in der ländlichen Entwicklung einsetzen wollen

Praxisbeispiel: „Gemeinsam fürs Dorf“

Ein Beispiel für Variante 3 sind die Teilnehmenden der Qualifizierungsmaßnahme „Gemeinsam fürs Dorf“³ in der LEADER-Region Wetterau/Oberhessen (eine Maßnahme im Rahmen des BMBF-geförderten Vorhabens „DORF UND DU“). In diesem Beispiel haben sich die Teilnehmenden das Ziel gesetzt, sich für die Innenentwicklung zu engagieren und in ihrem Dorf konkrete Impulse auszulösen. Die inhaltlichen Bausteine der Qualifizierungsmaßnahme beschäftigen sich daher vor allem mit Fragen der Innenentwicklung wie der Identifizierung von Innenentwicklungspotenzialen, Möglichkeiten der Vitalisierung und Umnutzung von alter Bausubstanz, der Belebung und Attraktivierung von Ortskernen etc. Hinzu kamen methodische Bausteine, beispielsweise zu Formaten der Bürgerbeteiligung.



Teilnehmende der Qualifizierungsmaßnahme „Gemeinsam fürs Dorf“ beim Ortsrundgang. Projektleiter Otfried Herling, DORF UND DU, erläutert Ansatzpunkte im Umgang mit Problemgebäuden an der Ortsdurchfahrt.

² Die Gemeinde Glauburg besteht aus den beiden Ortsteilen Glauberg und Stockheim.

³ Langfassung „Ortsinnenentwicklung. Regionalstrategie Ortsinnenentwicklung in der LEADER-Region Wetterau/Oberhessen“. Es wird gefördert im Rahmen der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), 2016 bis 2018. S. hierzu: www.dorfunddu.de/gemeinsam-fuers-dorf/, zuletzt geprüft am 24.01.2018.

Variante 4 – Kümmerer als kommunalpolitisch Tätige

Praxisbeispiel: Dorfberater*innen

Auch kommunalpolitisch Tätige wie Ortsvorsteher*innen, Ortsbeirat*innen, Ortsbürgermeister*innen, Ortsgemeinderat*innen etc. können als „Kümmerer“ bezeichnet werden. Da sich das Aufgabenverständnis des kommunalpolitischen Engagements über die Jahre immer weiter verändert hat, sind auch hier Qualifizierungsangebote hilfreich. Neue Leitbilder der Dorfentwicklung müssen vermittelt werden. Außerdem sind kommunalpolitisch Tätige in viel stärkerem Maße noch als früher als Moderatoren und Motivatoren der Dorfgemeinschaften gefordert. Als Dorfberater*in oder Dorfentwickler*in⁴ wurden daher Ortsbürgermeister*innen (aber auch Verwaltungsmitarbeiter*innen und Bürger*innen) im Qualifizierungsangebot der Kommunal-Akademie Rheinland-Pfalz geschult.

Qualifizierungsmaßnahme: bedarfsbezogen, dezentral, hochwertig

Wie der Blick auf die Praxisbeispiele zeigt, können und sollten die einzelnen Qualifizierungsmaßnahmen unterschiedlich ausgerichtet sein, um den Bedarf der Interessierten zu decken. Am besten ist, wenn zuvor möglichst genau geklärt wird, was mit der Qualifizierungsmaßnahme erreicht werden soll, wer die Zielgruppe der Teilnehmenden ist und welches Aufgabenspektrum in der Anwendung des erworbenen Wissens angestrebt werden soll. So lassen sich methodische und inhaltliche Bausteine gut konzipieren. Ebenso wichtig ist, dass solche Maßnahmen auch so angeboten werden, dass Interessierte daran leicht teilnehmen können. Dies kann durch ein dezentrales Angebot von einzelnen Tagen in der Region bzw. vor Ort erfolgen. Möglich ist aber auch, dies im Sinne von Schulen der Landentwicklung als kompaktes Seminarangebot in einem größeren regionalen Umfeld vorzusehen.

Darüber hinaus zeigen aber alle dargelegten Praxisbeispiele, dass der Umfang der Qualifizierungsmaßnahme an die Zielgruppe ehrenamtlich Tätiger auszurichten ist. Viele Teilnehmende der Maßnahmen sind bereits in ihren Dörfern aktiv, wirkliche „Neueinsteiger*innen“ (= vorher noch nicht Engagierte) sind selten. Damit ist das zeitliche Budget für die Teilnahme an einer solchen Maßnahme häufig begrenzt. Ein kompaktes Programm trifft daher den Wunsch potenzieller Teilnehmer*innen. Zugleich soll dies jedoch auch inhaltlich dicht und qualitativ hochwertig sein, beispielsweise durch verschiedene externe Fachimpulse. Denn dies zeigen die Rückmeldungen aus den Qualifizierungsmaßnahmen auch: Wenn man sich die Zeit nimmt, dann soll auch inhaltlich viel passieren.

Bewährt hat sich also ein buntes Programm, das mit unterschiedlichen Referierenden arbeitet und trotzdem Raum für den gemeinsamen Austausch und Arbeitsphasen lässt. Dies kann auch durch eine eigene Projektarbeit unterstützt werden. Mehrere Referent*innen (durchaus in einem Schulungsmodul) sorgen dafür, dass unterschiedliche fachliche Sichtweisen und aber auch unterschiedliche Qualifizierungsansätze eingebunden werden. So bleibt es für die Teilnehmenden im Verlauf der Maßnahme spannend.

Qualifizierungsmaßnahmen sollten zudem Exkursionen vorsehen. Exkursionen sind für die Teilnehmenden in der Regel sehr motivierend, da sie den Blick über den Tellerrand ermöglichen. Der Austausch mit Akteur*innen, die in der praktischen Dorfentwicklung bereits Vorzeigeprojekte umgesetzt haben, beflügelt in der Regel die Exkursionsgruppe. Außerdem tragen Exkursionen wesentlich zur Teambildung und Vernetzung bei, dies unterstützt im Nachgang die Arbeit der Kümmerer.

In der Qualifizierungsmaßnahme „Gemeinsam fürs Dorf“ wurde dies wie folgt umgesetzt: An vier Freitagnachmittagen wurde ein Mix aus fachlichen Impulsen und Präsentationen, Vor-Ort-Besichtigungen und gemeinsamen Arbeitsphasen angeboten. Als Referierende wurden Regionalentwickler*innen, ein Pfarrer als Visionär der Dorfentwicklung, ein Architekt, eine Innenarchitektin mit Expertise für die Umnutzung von Hofreiten, Geodät*innen aus dem Amt für Bodenmanagement, Expert*innen aus der Bauverwaltung, Projektleitung und Steuerung des Vorhabens DORF UND DU sowie LEADER-Manager und Wirtschaftsförderung eingebunden. Auch wurden die Veranstaltungsorte so gewählt, dass vor Ort jeweils eine Facette der Innenentwicklung konkret besichtigt werden konnte. Eine Exkursion an einem Samstag zu guten Beispielen der Innenentwicklung in der Region fand ebenso statt. Der zeitliche Umfang (4 Nachmittage, 1 Samstag) wie auch die inhaltliche und methodische Gestaltung wurden im Feedback der Teilnehmenden als sehr stimmig empfunden. „Der Nachmittag hat mir wirklich gut gefallen, das war praktisch, konkret und umsetzbar. Ich habe mir ganz viele Ideen aufgeschrieben, über die ich weiter nachdenken möchte. Ich freue mich schon auf den nächsten Nachmittag“, so ein Teilnehmer nach einem Schulungsmodul.

Das Qualifizierungsprogramm für die Mitglieder der Bürgerforen Glauberg und Stockheim setzte ebenfalls auf ein kompaktes Programm. Dies konnte zudem passgenau auf die Bedarfe der Teilnehmenden ausgerichtet werden, da es sich hier um feste Gruppen in einer Gemeinde handelt, die auch weiterhin vor Ort tätig sein werden. In einer ersten Veranstaltung wurde daher besprochen, in welchen Bereichen für die Teilnehmenden Schulungsbedarf besteht. Für diesen

⁴ Dorfberater (2016) bzw. Dorfentwickler (2017) für Gesundheit und Demografie, Lehrgang der Kommunal-Akademie Rheinland-Pfalz in Zusammenarbeit mit der IKK Südwest, Koblenz, der St. Leonhards-Akademie, Grabenstätt, und dem Berufsverband der Präventologen, Berlin.

spezifischen Bedarf wurden im Nachgang in der Detailkonzeption der Maßnahme dann Referent*innen gesucht. In dieser Qualifizierungsmaßnahme wurde deutlich, dass neben Inhalten auch methodische Schulungen für Kümmerer hilfreich sind. Besonders gut fanden die Teilnehmenden die Module, die sich mit Kommunikation, Konfliktmanagement, Präsentation, Zeitmanagement und Projektmanagement beschäftigten. Neben dem Nutzen für ihr ehrenamtliches Engagement empfanden die Teilnehmenden diese Schulungsinhalte auch als einen persönlichen Gewinn.

Auf die Anwendung kommt es an

Qualifizierungsmaßnahmen zur Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement sind hilfreich, der eigentliche Erfolg eines solchen Ansatzes liegt aber in der Anwendung des erworbenen Wissens in der Dorfentwicklung. Denn Ziel ist es ja, weitere Impulse vor Ort auszulösen. Damit darf nicht nur den Schulungsmodulen selbst Aufmerksamkeit gezollt werden, vielmehr gilt es, auch die anschließende Zeit, beispielsweise durch den Aufbau eines Netzwerkes, sinnvoll zu begleiten. Hier haben die Kümmerer dann die Möglichkeit sich weiterhin in einer Gruppe Gleichgesinnter auszutauschen, um im Sinne der kollegialen Beratung neue Ansatzpunkte und Herausforderungen in der Dorfentwicklung zu diskutieren. Zudem können an solche Erfahrungsaustausche auch Weiterqualifizierungsangebote angedockt werden, indem hierzu bedarfsbezogen erneut externe Referent*innen eingeladen werden.

Damit solch ein dauerhaftes Engagement gelingt, sind die Verstetigung und die Anbindung der ehrenamtlich Tätigen an professionelle Strukturen wichtig. Das bedeutet, dass je nach Spielart der Kümmerer vor Ort eine Anbindung an eine Verwaltung (Kommune oder Region) oder auch an einen Bildungsträger gewährleistet sein sollte. So gelingt es den Ehrenamtlichen, sich in übergreifende Entwicklungsprozesse einzubinden, abgestimmt vor Ort zu arbeiten und Rückhalt bei auftretenden Problemen zu erfahren.

Ein Blick in die Praxisbeispiele zeigt hier sehr unterschiedliche Ausprägungen dieser beiden Erfolgsfaktoren. Die WEGE-Botschafter*innen der VG Daun sind beispielsweise seit Jahren fest in den kommunalen Veränderungsprozess eingebunden, sie sind Teil der Steuerungsgruppe und entscheiden damit bei allen strategischen und operativen Entscheidungen mit. Sie arbeiten eng mit der VG-Verwaltung (dem sog. WEGE-Büro) zusammen. Eine

WEGE-Botschafterin beschreibt das WEGE-Büro als „Koordinierungsstelle, als impulsgebende Stelle aber auch als Kommunikationsstelle“, in der die „Fäden zusammen laufen“. Die gute Koordination liegt also in der engen operativen Zusammenarbeit begründet.

Auch die Bürgerforen Glauberg und Stockheim werden eng in ihrer Arbeit durch die Mitarbeiter*innen der Gemeindeverwaltung begleitet. Kurze Dienstwege erleichtern hier die ehrenamtliche Arbeit. Die Verwaltung unterstützt Aktionen wo immer nötig und nimmt auch an den Treffen der Bürgerforen teil. Die Qualifizierungsmaßnahme wurde von der Gemeinde angeboten und von Anfang bis Ende personell begleitet. Die Qualifizierung hat hier im Falle einer festen Gruppe von Aktiven das Ziel, die Zusammenarbeit zu intensivieren und neue Mitstreiter*innen zu gewinnen. Inwieweit Letzteres im Weiteren gelingt, muss die Zeit zeigen. „Die Qualifizierungsmaßnahme hat aus meiner Sicht zu einer Stabilisierung der Bürgerforen beigetragen und ist ein gutes Mittel, unsere Wertschätzung für das Ehrenamt auszudrücken“ – so Carsten Krätschmer, Bürgermeister der Gemeinde Glauburg.

Fazit

Insgesamt lässt sich festhalten, dass es vielfältige Spielarten von Kümmerern in der Dorfentwicklung gibt, die durch Qualifizierungsmaßnahmen und Netzwerke in ihrem Engagement unterstützt werden können. Der Ansatz ist somit praxisrelevant und praxistauglich, wenngleich mancherorts noch diskutiert wird, ob und wie eine finanzielle Unterstützung der Arbeit der Kümmerer aussehen kann. Für das Angebot von Qualifizierungsmaßnahmen gilt, dass attraktive, bunte Angebote mit einer anschließenden Begleitung des Netzwerkes sinnvoll sind und auf einen Bedarf in den Dörfern treffen. Nicht überall sind bereits in den Bundesländern Strukturen vorhanden, die einem solchem Bedarf gerecht werden können. Daher ist es notwendig, stärker Ressourcen für eine solche Art der Unterstützung von Mitwirkung zur Verfügung zu stellen. ■

Literatur

Soboth, A. (2016): *Gestaltete lokale Veränderungsprozesse (LVP) – Change Management als neues Instrument der Landentwicklung. Dissertation.* Download unter: www.unibw.de/geodaesie/bau-9-1-ingenieurgeodaesie/downloads/dissertationen/heft-92.pdf

Dorfgespräch!

Eine Anleitung zu Wertedialogen im ländlichen Raum

Florian Wenzel und Dr. Christian Boeser-Schnebel

Eine „Dorferneuerung in den Köpfen“ ist Leitidee der „Dorfgespräche“. Alteingesessene und Neuzugezogene, Nachbarn und „Fremde“ begegnen sich in einem nicht nur rationalen, sondern vor allem auch emotionalen und wertorientierten Dialogprozess. Ziel ist u. a. die Auseinandersetzung mit folgenden Fragen: Wie gehen wir mit „Anderen“ um, die sich nicht in eigene Denk- und Handlungsschemata einordnen lassen? Wer sind „wir“ im Dorf? Definieren wir uns in der Abgrenzung zu anderen innerhalb und außerhalb? Ist „wir“ ein integrativer Begriff, der auch Vielfalt und Spannungen einschließt?

Der Ansatz des „Dorfgesprächs“ wurde 2017-2018 im Rahmen eines Modellprojekts der Bundeszentrale für politische Bildung im ländlichen Raum in Oberbayern entwickelt, in drei unterschiedlichen Kommunen erprobt und evaluiert¹. In einer zweimonatigen Vorbereitungsphase wurden ca. 40 ganz unterschiedliche „Schlüsselpersonen“ des jeweiligen Dorfs kontaktiert. Sie wurden zu ihren Assoziationen zum Dorf befragt, teilten ihre Einschätzung der Ressourcen im Dorf mit, diskutierten mit den Initiatoren, wie sie den Erfolg des Dialogprojekts definieren würden und wie sie als Motoren und Brückenbauer*innen die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen des Dorfs ansprechen können. „Person statt Institution“, „Beziehung statt Problem“ sowie „Wertschätzung statt Defizit“ war die handlungsleitende Haltung für dieses Vorgehen. Eine Auswahl von Statements bildete die Grundlage für einen 10-minütigen Imagefilm, der bereits vor den eigentlichen Dialogveranstaltungen die Vielschichtig-

keit des Dorfes und die möglichen neuen Begegnungen und Ideen verdeutlichte. Auf dieser Basis wurden drei Dialogabende mit jeweils drei Stunden geplant, die möglichst viele, sehr unterschiedliche Dorfbewohner*innen in einen intensiven Dialog mit persönlichen Begegnungen und temporeicher Interaktion brachten.

Die eigenen Denk- und Handlungsmuster hinterfragen

In einer der Modellgemeinden fand der erste Dialogabend in einem Bierzelt mit 180 Dorfbewohner*innen statt. Damit wurde die klassische Form des „Stammtischs“ aufgegriffen und auch der politische Aspekt des Konzepts mitgeführt. Die Aussage: „Ich bin doch hier geboren und kenne aber ein Drittel der Leute heute Abend nicht!“ verdeutlichte die Notwendigkeit, durch umfassende Aktivierung und einen interessanten Ort Dialoge innerhalb der dörflichen Gesamtgesellschaft zu führen.

Der Themenkomplex Alteingesessene („Kommt doch zu unserem Verein!“) / Neuzugezogene („Auf mich geht keiner zu, das ist ja eh nur ein geschlossener Club!“) zeigte, wie wichtig eine Verständigung zwischen verschiedenen Werteperspektiven und die Auseinandersetzung darüber ist, wer ‚wir‘ eigentlich sind und wie das Dorf gemeinsam gedacht und gestaltet werden kann.

Am zweiten Dialogabend wurden in kleineren Gruppen spannende und spannungsreiche Fragen an die Dorfgemeinschaft formuliert. Fragen wie „Wie offen gehe ich auf Fremde zu?“, „Was sind wir – jeder von uns – bereit, an Veränderung herbeizuführen?“, „Warum scheuen wir uns so sehr davor, mit Traditionen zu brechen und Neues zu beginnen?“, „Warum ist es so schwer, Personen in die Gemeinschaft aufzunehmen, die nicht zugleich in einem Verein mitmachen?“, „Gehen wir so respektvoll mit den „Randgruppen“ um, wie wir es für uns erwarten?“ zeigen, was das



Florian Wenzel

Erwachsenenbildung und Prozessbegleitung,
peripheria.de – Bildung und Begegnung

florian.wenzel@peripheria.de

Dr. Christian Boeser-Schnebel

Lehrstuhl für Pädagogik,
Universität Augsburg

christian.boeser@phil.uni-augsburg.de

Beide Autoren sind im Vorstand des Gesellschaftswissenschaftlichen Instituts München (GIM) für Zukunftsfragen tätig. www.gimuenchen.de



¹ Das detaillierte Vorgehen, sämtliche Dokumentationen und visuelle Eindrücke sind auf der Projektwebseite www.dorfgespraeche.net zu finden. Filmische Einblicke können unter vimeo.com/dorfgespraeche abgerufen werden.

Dorf insgesamt bewegt und wo alle aufgefordert sind, eigene Perspektiven, Haltungen und vielleicht auch eigene Antworten zu finden. Sie verdeutlichen die Notwendigkeit neuer Formen des Wertedialogs in einem umfassenden Sinne. Ziel ist es, eine Haltung zu entwickeln, die sich nicht in einer Methodik themenbasierter Kommunikation erschöpft, sondern das Potenzial für reale Veränderungen in der Gestaltung des gesellschaftlichen Miteinanders hat.

Am dritten Dialogabend schließlich wurden auf der Basis der Begegnungen und herausfordernden Fragen an das Dorf konkrete Projekte benannt und geplant, die von einzelnen Gruppen weiter umgesetzt werden. Es wurde darauf geachtet, dass Ideen formuliert wurden, die aus der eigenen Motivation und dem Zusammenwirken ganz unterschiedlicher Wertvorstellungen entstanden und nicht Projekte, die die Defizite des Dorfes „abarbeiten“ sollten. Im Fokus stand das, was Menschen im Dorf gerne selber in die Hand nehmen können und wollen, ohne an Andere Forderungskataloge zu stellen. Gleichzeitig wurden die politischen Verantwortlichen der jeweiligen Gemeinde aufgefordert, Wege der Unterstützung bei der Umsetzung der Ideen zu definieren und damit die Schnittstelle zwischen Bürger*innen und Politik neu zu definieren.

Verstetigung des Austausch und Engagements

Für die Verstetigung der entstandenen Projekte wurde in den Modellkommunen jeweils ein zentrales Projekt entwickelt, das als Kristallisationspunkt die Stabilität des Engagements garantierte. So wurde in der einen Ge-

meinde ein monatlicher „Dorfgespräch-Stammtisch“ eingerichtet, an dem in lockerer Form Informationen ausgetauscht werden und sich Interessierte informieren und auch beteiligen können; in der anderen diente ein neues „Dorfblatt“, das zweimonatlich an alle Haushalte verteilt wird, als Informations- und Austauschplattform der Beteiligten des Dorfgesprächs, in dem regelmäßig über den Stand aktueller Entwicklungen berichtet wird. In der dritten Ge-



meinde hat sich ein bestehendes Kind- und Familienzentrum dazu entschlossen, verschiedene Anliegen und Themen des Dorfgesprächs für Kinder, Jugendliche und Familien durch offene Treffs und halbjährliche Veranstaltungsprogramme mit dem Titel „Dorfmitte“ aufzunehmen und sich als zentraler Begegnungsort zu etablieren.

Parallel zur Konzeptetablierung wurde eine umfassende Praxisanleitung entwickelt, die Anfang 2019 veröffentlicht wird; gleichzeitig wurden und werden zwei- bis dreitägige Fortbildungen für „Dialogmoderator*innen“ angeboten, die einen ähnlichen Prozess mit diesem Ansatz vor Ort anstoßen wollen.

Raus aus der Komfortzone

Das beschriebene Vorgehen stellt als intensiver demokratischer Beteiligungsprozess durchaus auch die Machtfrage vor Ort: Es irritiert und hinterfragt örtliche Hierarchien insofern, als diese eine Wiederholung bestehender Denk- und Handlungsmuster bedeuten und damit keine schöpferische Weiterentwicklung vor Ort ermöglichen (Als Beispiel sei folgende Aussage genannt: „Das entscheidet der Gemeinderat, da habt ihr nichts zu sagen!“). Damit soll nicht für Ignoranz gegenüber Gewordenem und den Leistungen gesellschaftlich oder politisch Aktiver im Dorf plädiert werden – wenn jedoch Weiterentwicklung immer auch mit dem Verlassen der eigenen Komfortzone zu tun hat, so müssen offene Prozesse und Experimente jenseits gefestigter Verfahren Bestehendes auch hinterfragen. Die in solchen Prozessen gestellten Fragen wie „Braucht es das denn auch noch? Dürfen wir das überhaupt?“ sollten nicht beantwortet, sondern als Hinweise verstanden werden, dass im „Dorfgespräch“ das Potenzial zu ganz Neuem besteht und damit im besten Sinne zu demokratischem Handeln von Menschen vor Ort, die ihre eigenen Belange organisieren und gestalten. Vor allem in der konflikthaften Auseinandersetzung um unterschiedliche Wertvorstellungen zur Gestaltung von Zukunft ist diese Haltung wichtig, um die Motivation zur gemeinsamen Gestaltung von Zukunft zu erhalten. Dies alles bündelt sich in dem augenzwinkernden Satz, der Motto des Konzepts ist: „Wir haben uns ja gerade noch gefühlt.“ ■

Alternssensible Stadt- und Regionalentwicklung mit generationenübergreifendem Mehrwert

Steffen Dehning, Fabian Leupold, Dr. Oliver Klein, Prof. Dr. Karl Martin Born

Die demografischen Veränderungen, die Überalterung und das Schrumpfen der Bevölkerung Deutschlands, insbesondere in ländlichen Räumen, sind längst keine bestreitbaren Phänomene der Wissenschaft mehr, sondern in der Praxis und dem Bewusstsein der Gesellschaft angekommen. Vor diesem Hintergrund analysiert der vorliegende Beitrag die Potenziale und Perspektiven einer alternssensiblen Stadt- und Regionalentwicklung, wobei sich die empirischen Arbeiten auf zwei Kleinstädte im südlichen Niedersachsen konzentrieren: Bad Harzburg und Bad Pyrmont.

Nach aktuellen Prognosen des Statistischen Bundesamtes wird die Bevölkerung Deutschlands im Jahr 2060 je nach Zuwanderungsszenario nur noch zwischen 67,5 Mio. und 73,0 Mio. Einwohner*innen liegen (Statistisches Bundesamt 2015). Parallel dazu kommt der Effekt des dreifachen Alterns zur Geltung. Dieser beschreibt die gleichzeitige Zunahme der absoluten Zahl älterer Menschen¹, ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung und die überdurchschnittliche Zunahme des Phänomens der Hochaltrigkeit. Während diese Alterungsprozesse in Deutschland überwiegend als finanzielle Belastung der Gesellschaft thematisiert werden und einzelne Medien vor einem „Krieg der Generationen“ oder einer „Seniorenlawine“ warnen (Zeckra et al. 2015), plädiert Naegele (2008) für eine demografiesensiblere Ausrichtung der Kommunalpolitik, um die bisher ungenutzten Potenziale Älterer umfassend zu aktivieren. Dafür müssten sich die Städte und Kommunen ihrer gestalterischen

und städtebaulichen Verantwortung bewusst werden und „den Prozess einer älter werdenden Gesellschaft räumlich [kreativ und konstruktiv] gestalten“ (Kreuzer et al. 2008: 7).

Während die Ergebnisse für Bad Harzburg auf standardisierten Befragungen von Senior*innen („65+“) und Einzelhändlern sowie einem leitfadengestützten Expert*inneninterview mit Vertreter*innen der Stadtverwaltung basieren, liegt dem Fallbeispiel Bad Pyrmont ein rein qualitatives Forschungsdesign zugrunde. Dieses umfasst sieben leitfadengestützte Expert*inneninterviews mit Akteuren, die in ihrem Arbeitsalltag mit alternssensiblen Stadtentwicklungsprozessen befasst sind. Insgesamt weist die ländlich geprägte Region Südniedersachsen sowohl in wirtschaftlicher als auch demografischer Hinsicht deutliche Entwicklungsschwächen auf (Schiller et al. 2014). In einem solchen Umfeld können alternssensible Ansätze der Kommunalpolitik eine vielversprechende

Alternative zur Überwindung der angesprochenen Defizite darstellen.

Grundzüge einer alternssensiblen Stadt- und Regionalentwicklung

Wesentliche Ziele einer zukunftsorientierten Stadt- und Regionalentwicklung bestehen darin, die Wohn-, Arbeits- und Lebenswünsche einer sich zunehmend pluralisierenden Bevölkerung zu bedienen und die (Teil-)Räume so zu gestalten, dass Menschen sich begegnen, entfalten und ihre Lebensentwürfe realisieren können. Das Konzept der Alternssensibilität erkennt diesbezüglich ausdrücklich an, dass sich die Bedingungen vor Ort bzw. das räumliche Umfeld maßgeblich auf die individuellen Alterungsprozesse der dort lebenden Menschen auswirken. In diesem Zusammenhang betonen sowohl Beetz et al. (2009) als auch Kiziak et al. (2014) die Wechselwirkungen zwischen der kommunalen Entwicklung und den Aktivitäten älterer Einwohner*innen, die das Rentenalter größtenteils in guter gesundheitlicher Verfassung und mit einem gewissen Wohlstand erreicht haben. Insofern bietet diese Bevölkerungsgruppe ein nicht unerhebliches Potenzial für die Kommunen, um die Aufgaben und Herausforderungen des demografischen Wandels erfolgreich zu bewältigen. Einerseits gewinnt die Nachfrage nach seniorengerechten Waren und Dienstleistungen zunehmend

Steffen Dehning, M.A., Umweltplaner, EKS Montage GmbH, Leipzig, steffen.dehning@web.de

Fabian Leupold, M.A., Juniorberater, Dr. Schwerdtfeger Personalberatung, Emstek, leupold@personal-schwerdtfeger.de, www.personal-schwerdtfeger.de

Dr. Oliver Klein, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Universität Greifswald, Institut für Geographie und Geologie, oliver.klein@uni-greifswald.de, www.geo.uni-greifswald.de

apl. Prof. Dr. Karl Martin Born, Lehrkraft für besondere Aufgaben, Universität Vechta, Institut für Strukturforchung und Planung in agrarischen Intensivgebieten (ISPA), karl-martin.born@uni-vechta.de, www.ispa.uni-vechta.de

¹ Wenn im Beitrag von „älteren Menschen“ oder „Senior*innen“ gesprochen wird, so bezieht sich dies auf Personen, die 65 Jahre oder älter sind.

an Bedeutung. Andererseits „drücken sich die kognitiven, emotionalen und sozialkommunikativen Ressourcen älterer Menschen in den verschiedenen Formen der Partizipation und des Engagements innerhalb einer Kommune aus“ (Deutscher Bundestag 2016: 53).

Gleichwohl bedarf es einer querschnittsorientierten und integrativen Perspektive, damit Aufgaben der Stadt- und Regionalentwicklung, die sich auf die Belange der „Generation 65+“ beziehen, ressortübergreifend geplant und organisiert werden können. Die alternssensible Stadt- und Regionalentwicklung setzt hier zunächst auf Sensibilisierung und Aufklärung hinsichtlich der Bedürfnisse älterer Menschen. Dabei werden die Chancen und Risiken des Alterns gleichermaßen in den Blick genommen und ein Bewusstsein für die Nutzung generationenübergreifender Synergien geschaffen. So lässt sich im Idealfall eine Schnittmenge an Entwicklungspotenzialen identifizieren, die allen Bevölkerungs- bzw. Altersgruppen zugutekommt, um langfristig „eine menschengerechte Stadt (einschließlich junger Menschen, Menschen mit Behinderungen sowie Familien mit Kindern) als Ziel der Stadtentwicklung“ zu realisieren (Beetz et al. 2009: 22).

Fallbeispiel 1: Bad Harzburg

Die Stadt Bad Harzburg liegt im Landkreis Goslar in Südniedersachsen und ist als Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums ausgewiesen. 2015 lebten 23 048 Einwohnern*innen in der Kleinstadt, die sich durch ihre nördliche Harzrandlage und ihren Status als Sole-Heilbad auszeichnet (Bad Harzburg 2016). Nach Angaben der Bertelsmann-Stiftung zählt Bad Harzburg zu den stark schrumpfenden Kommunen mit Anpassungsdruck („Demografie-

typ 9“). Das Durchschnittsalter in Bad Harzburg liegt bei 51,4 Jahren, womit die Stadt den Durchschnittswert der bundesdeutschen Bevölkerung (44,2 Jahre) deutlich übertrifft (Bertelsmann-Stiftung 2016a, Statistisches Bundesamt 2016). Trotz des hohen Durchschnittsalters ist die Einwohnerzahl von Bad Harzburg im Zeitverlauf relativ stabil geblieben und zwischen 2010 und 2015 sogar um knapp 6 % gestiegen (vgl. Tab. 1, Abb. 1).

Ein wesentlicher Grund für die beschriebene Entwicklung liegt in der gezielten Ausrichtung auf Senior*innen – eine Strategie, die von der Stadtverwaltung seit den 1990er Jahren konsequent verfolgt wird. Im Zuge dieser Strategie ist die Stadt insbesondere darum bemüht, die Zugänglichkeit der innerstädtischen Bereiche möglichst optimal zu gestalten. So ist die Haupteinkaufsstraße mittlerweile nahezu barrierefrei, indem Bordsteine abgesenkt, Bussteige angepasst und Über-

querungshilfen für die Kopfsteinpflasterpassagen angelegt wurden. Wenngleich diese Maßnahmen in erster Linie auf die Lebensqualität Älterer abzielen, so können gleichzeitig auch jüngere Bevölkerungsgruppen, wie z. B. junge Familien (mit Kinderwagen), von einer barrierefreien Innenstadt profitieren. Darüber hinaus hat die Stadt damit begonnen, neue Informations- und Werbemaßnahmen einzuleiten. Als vielversprechender Ansatz gilt die Organisation kostenloser Tagesausflüge nach Bad Harzburg, die sich an Senior*innen aus dem erweiterten Einzugsgebiet richten und u. a. eine Stadtführung beinhalten. Dieses seit 2015 existierende Angebot trifft bislang auf eine sehr positive Resonanz, so dass die überregionale Reputation Bad Harzburgs als möglicher Altersruhesitz nachhaltig gestärkt werden könnte.

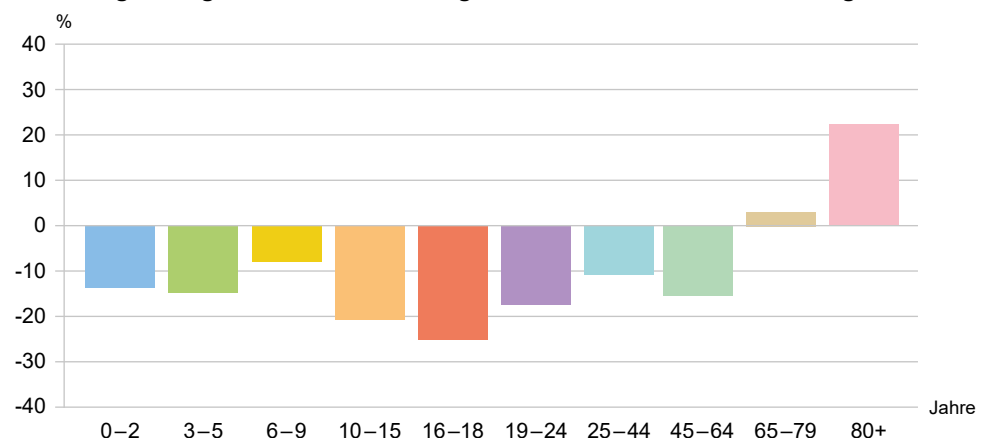
Die sozioökonomische Bedeutung älterer Menschen für Bad Harzburg lässt sich am ehesten

Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung von Bad Harzburg 1970–2015

1970	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2015
25.334	25.780	24.924	23.662	23.882	23.599	23.100	22.734	21.891	23.048

Datenbasis: Landesamt für Statistik Niedersachsen (LSN)

Abbildung 1: Prognostizierte Entwicklung der Altersstruktur in Bad Harzburg 2012–2030



Quelle: Bertelsmann-Stiftung 2016a

auf ihr Nachfrageverhalten zurückführen, denn für die befragten Einzelhändler in der Bad Harzburger Innenstadt stellen Senior*innen die wichtigste Käufergruppe dar. Auf der anderen Seite hat die Seniorenbefragung gezeigt, dass die befragten Personen u. a. aufgrund ihrer eingeschränkten Mobilität bevorzugt in unmittelbarer Wohnraumnähe einkaufen. Dadurch hält sich der Kaufkraftabfluss (z. B. in die benachbarte Kreisstadt Goslar) in Grenzen. Zudem hat sich in Bad Harzburg ein wirtschaftlich bedeutsamer Dienstleistungssektor für Senior*innen entwickelt. Dazu zählen insbesondere haushaltsnahe Dienstleistungen und Pflegeangebote. Hinzu kommen die zahlreichen Senioren-, Pflege- und Gesundheitseinrichtungen, die nicht nur als Arbeitgeber eine wichtige Funktion erfüllen, sondern zugleich als Nachfrager spezifischer Dienste (z. B. Verpflegung, Instandhaltung) zur Weiterentwicklung der lokalen Wirtschaft beitragen. Auf diese Weise lassen sich vielfältige Multiplikatoreffekte erzielen, womit die recht stabile Entwicklung Bad Harzburgs in einer schrumpfenden Region erklärt werden kann.

Um sich gezielter mit den Bedürfnissen der älteren Einwohner*innen zu befassen, gibt es seit 2015 einen sog. „Senioren Gipfel“. Dieser wurde als Austausch-Plattform für „seniorenbezogene“ Dienstleister konzipiert und zielt darauf ab, die jeweiligen Angebote bzw. Leistungen besser zu verknüpfen und neue Synergiepotenziale zu identifizieren. Zudem soll mittelfristig ein innovatives Stadtmarketing-Konzept entstehen, welches unter Mitwirkung der Gesundheits- und Pflegewirtschaft speziell die Zielgruppe der Senior*innen umwirbt. Der Status als Sole-Heilbad und die bereits vorhandenen seniorengerechten Kultur- und Freizeitangebote (z. B. Sole-Therme,

Harzburger Musiktage) sprechen ebenfalls für die Initiierung eines solchen Konzeptes.

Fallbeispiel 2: Bad Pyrmont

Die Stadt Bad Pyrmont liegt ca. 70 km südwestlich von Hannover am Rand des Weserberglandes und ist mit 20 637 Einwohnern*innen (Stand: 2015) in einer ähnlichen Größenordnung anzusiedeln wie Bad Harzburg. Ein weiteres gemeinsames Merkmal ist die prekäre demografische Entwicklung, die sich in der Bertelsmann-Klassifizierung als „Demografiertyp 9“ widerspiegelt. So ist das Durchschnittsalter in Bad Pyrmont mit 49,7 Jahren nur etwas niedriger als jenes in Bad Harzburg (Bertelsmann-Stiftung 2016b). Aufgrund von Wandergewinnen speziell in den älteren Bevölkerungsgruppen konnte die Einwohnerzahl von Bad Pyrmont zuletzt auf einem recht konstanten Niveau gehalten werden (vgl. Tab. 2, Abb. 1).

Die besonderen geologischen Strukturen bei Bad Pyrmont sind ursächlich für das Vorkommen von Mineral- und Heilquellen, die für die historische Entwicklung der Stadt eine zentrale Rolle gespielt haben. Als Kurort und Staatsbad ist Bad Pyrmont traditionell sehr stark auf Erholung, Gesundheit und medizinische Versorgung ausgerichtet, was die Attraktivität der Stadt vor allem für ältere Menschen deutlich erhöht. Um diese günstigen Standortbedingungen zu ergänzen bzw. weiter auszubauen, setzt die Stadt – unter Federführung der Kurverwaltung – auf die Schaffung eines hochwertigen kulturellen Angebotes. Dazu zählen vielfältige Musikaufführungen, die nahezu täglich entweder im Kurpark oder in der Wandelhalle stattfinden, sowie Theaterstücke, Varietédarbietungen und Symphoniekonzerte. Nach Einschätzung der interviewten

Expert*innen stellen die mehr als 1 000 Kulturveranstaltungen pro Jahr einen gewichtigen Grund für den Zuzug zahlreicher älterer Menschen nach Bad Pyrmont dar.

Als weiterer Schwerpunkt ist die Verbesserung der Mobilitätsinfrastruktur zu nennen. So hat Bad Pyrmont zu Beginn des Jahres 2017 die ÖPNV-Strukturen maßgeblich vereinfacht und zusammengeführt. Nach einer Fusion der Nahverkehrsbetriebe im Landkreis Hameln-Pyrmont konnten die Tarifzonen optimiert und die Fahrpreise reduziert werden, was nicht nur der älteren Bevölkerung zugutekommt. Daneben hat die Stadt über den Seniorenbeirat die Aktion „Fit am Steuer“ ins Leben gerufen. Diese Maßnahme, die in Kooperation mit der Verkehrswacht, der Polizei und einer Fahrschule durchgeführt wird, spricht Senior*innen an, die lange nicht mehr Auto gefahren sind und wieder am Straßenverkehr teilnehmen möchten. Insgesamt wird die Erhöhung der Mobilität älterer Menschen von den Interviewpartner*innen als wesentliche Chance für eine vitale und partizipative Gesellschaft vor Ort angesehen.

Ähnlich wie Bad Harzburg verspricht sich auch Bad Pyrmont positive Multiplikatoreffekte durch die Zielgruppe der Senior*innen. Neben Kaufkraft und Nachfragepotenzial ist die Stabilisierungswirkung auf bestehende Infrastrukturen ein wichtiger Vorteil aus Sicht der Stadtverantwortlichen. Auch das zunehmende Interesse von Investoren am städtischen Immobilienmarkt und die daraus resultierende Aufwertung von Wohnraum, beispielsweise unter dem Aspekt der Barrierefreiheit, sind ein Beispiel für diese dynamischen Impulse, die sich somit unmittelbar im Stadtbild widerspiegeln.

Im Sinne der Idee einer alternsensiblen Stadtentwicklung wird die strategische Ausrichtung auf ältere Menschen in Bad Pyrmont als Querschnittsthema betrachtet, wobei der bereits genannte Seniorenbeirat eine wichtige Funktion als Mittler zwischen den älteren Einwohnern*innen, der Stadtverwaltung und weiteren relevanten Institutionen einnimmt. Einen Knotenpunkt der ressortübergreifenden Vernetzung bildet das Projekt „Sozialraum AG“, welches sämtliche Akteure der Stadt- und Regionalentwicklung beteiligt, um Probleme zu erörtern und Zielvorstellungen für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels zu erarbeiten.

Fazit: Nischenmodell alternssensible Stadtentwicklung funktioniert, aber Gefahr der sozialen Spaltung

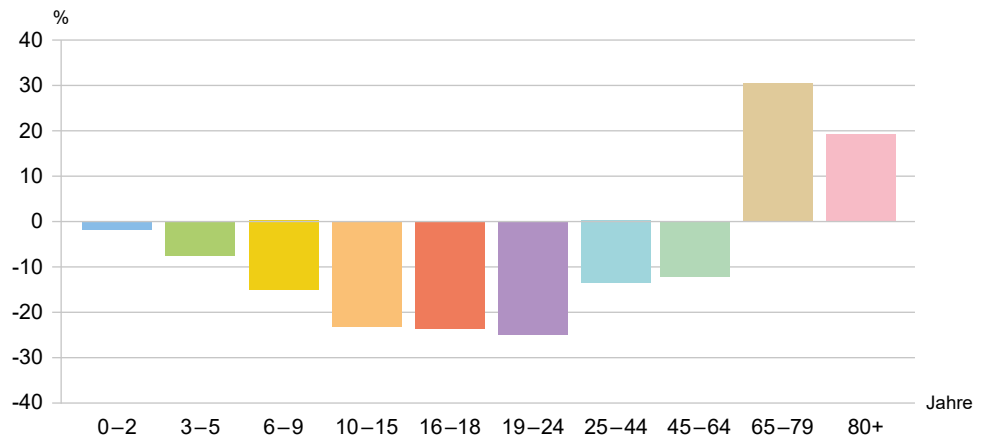
Die empirischen Ergebnisse machen deutlich, dass das „Nischenmodell“ der alternsensiblen Stadtentwicklung in den untersuchten Kleinstädten Bad Harzburg und Bad Pyrmont bislang offenbar gut funktioniert hat. Eine solche Strategie setzt voraus, dass der demografische Wandel nicht als Problem, sondern als Chance wahrgenommen wird. Damit einher geht eine positive Inszenierung von „Altenbildern“, welche auf der Überzeugung gründen, dass ältere Menschen einen wichtigen Beitrag für die kommunale Entwicklung leisten und den jeweiligen Standort in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht voranbringen können. Allerdings gibt es nicht nur solvente Senior*innen, die sich in guter gesundheitlicher Verfassung befinden, sondern auch das Phänomen der Altersarmut, welches bereits heute zu beobachten ist und sich in Zukunft noch verschärfen

Tabelle 2: Bevölkerungsentwicklung von Bad Pyrmont 1970–2015

1970	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2015
20.340	21.896	21.847	21.328	22.012	23.180	22.067	21.492	20.770	20.637

Datenbasis: Landesamt für Statistik Niedersachsen (LSN)

Abbildung 2: Prognostizierte Entwicklung der Altersstruktur in Bad Pyrmont 2012–2030



Quelle: Bertelsmann-Stiftung 2016a

wird. Vor diesem Hintergrund warnen einzelne Interviewpartner*innen vor der Gefahr einer sozialen Spaltung, wenn weiterhin die Zielgruppe der wohlhabenden Älteren umworben wird (z. B. durch den Ausbau des Angebotes werthaltiger Immobilien bei gleichzeitiger Verknappung bezahlbaren Wohnraums).

Weiterhin ist festzustellen, dass die beiden untersuchten Städte durch ihren Status als Kurort eine traditionell hohe Anziehungskraft auf die „Generation 65+“ ausüben. Hier stellt sich einerseits die Frage, inwieweit Strategien der alternsensiblen Stadtentwicklung auch in Städten ohne Kur- bzw. Bäderstatus funktionieren. Andererseits haben die empirischen Arbeiten durchaus Bedenken in Bezug auf das „etwas verstaubte“ Image des Kur-Begriffs offengelegt. Dieser würde eine einseitige Fokussierung auf ältere Menschen implizieren und könnte sich infolgedessen negativ auf die Attraktivität für

jüngere Bevölkerungsgruppen auswirken. Zumindest für Bad Harzburg lässt sich diese Hypothese jedoch nicht bestätigen, da die Stadt in der jüngsten Vergangenheit auch zunehmend junge Familien akquirieren konnte, um dem angestrebten Ziel eines resilienten Mehrgenerationenortes somit deutlich näher zu kommen.² Diesbezüglich sind weitere Forschungsarbeiten notwendig, um die aufgeworfenen Fragen zu beantworten. Eindeutig ist hingegen der besondere Wert, der in der Sensibilisierung aller Beteiligten für die Bedürfnisse und Potenziale Älterer liegt. Erst das bewusste Überdenken tradiert „Altenbilder“ und der eigenen Bezüge zu älteren Menschen schafft die Voraussetzung für die Entwicklung alternativer Handlungsansätze, die im Idealfall einen generationenübergreifenden Mehrwert bringen. Anderenfalls verliert das Konzept der Alternssensibilität schnell seine Wirksamkeit und verkommt im Zweifel zu einer hohlen Entwicklungsphrase. ■

Die Literaturangaben finden Sie unter: www.asg-goe.de/LR0318-Literatur-Dehning-Leupold-Klein-Born.pdf

² Vor diesem Hintergrund sind die Prognosen zur Altersstruktur für Bad Harzburg möglicherweise zu korrigieren bzw. zu modifizieren (vgl. Abb. 1).

Pilotstudie „WohnLokal“:

Zusammen leben in resilienten Ortschaften

Dr. Hartmut Wolter und Maria Kaiser

Aus einem alten Hof wird ein Mehrgenerationenhaus. Auf einem landwirtschaftlichen Betrieb finden Senior*innen Wohn- und Betätigungsmöglichkeiten. Als neuen Dorftreffpunkt gestalten Bürger*innen ein „offenes Haus für alle“. Dies sind Beispiele dafür, wie die Bevölkerung im ländlichen Raum auf kreative Weise dafür sorgt, die Lebensqualität in ihrem Dorf zu erhöhen. Das Wohnen und Leben auf dem Land steht aufgrund der demografischen Entwicklungen vor großen Herausforderungen. Vielerorts beschäftigen Themen wie schlechte Versorgungsstrukturen und Bevölkerungsschwund die Bürger*innen und Akteur*innen aus Politik und Regionalplanung. Die entmutigenden Veränderungsprozesse haben jedoch nicht nur negative Konsequenzen, sondern führen auch zum Entstehen innovativer Lösungsansätze und zukunftsfähiger Ideen, wie der folgende Bericht mit einem Fokus auf den Bereich Wohnen zeigt.

Im Mittelpunkt der Untersuchungen standen Faktoren, die zum Gelingen der Projekte und zur Resilienz der Ortschaften beitrugen. Resilienz bedeutet in diesem Zusammenhang „die Fähigkeit einer Gemeinde, sich an demografisch bedingte Beeinträchtigungen und Störungen ihres sozial-räumlichen Zusammenhalts anpassen zu können“ (Kersten et al. 2017: 55). Als „resilient“ gelten somit Dörfer, die widerstandsfähig gegenüber negativen Einflüssen sind und dem demografischen Wandel mit „neuen Ideen, verblüffenden Konzepten und funktionierenden Prozessen“ (Wolter et al. 2018: 6) begegnen. Hierbei orientiert sich die Studie am Konzept der Sozialen Orte, das riskante, robuste und resiliente Zusammenhalte in Kommunen beschreibt (vgl. Kersten et al. 2017). Resilienz ist eine Schlüsseleigenschaft von zukunftsfähigen Dörfern. Die Pilotstudie „WohnLokal“ ermittelte und präsentiert Positivbeispiele, um durch die Vorstellung gelungener Projekte Anregungen und Ermutigung zu bieten.

Zusammen wohnen und einander begegnen

In **Wilnsdorf** in Nordrhein-Westfalen verbringen auf dem Birkenhof bis zu zwölf Menschen ihren Ruhestand in einem generationsübergreifenden Wohnprojekt. Acht barrierefreie Wohneinheiten und zwei Gästeapartements bieten Platz für aktive

Senior*innen, die sich auf dem landwirtschaftlichen Betrieb nach eigenem Ermessen sinnvoll einbringen können. Organisiert wird das Projekt vom 1992 gegründeten Verein Landwirtschaftliche Gemeinschaft Siegerland e.V. Das Hofprojekt stellt eine Alternative zur traditionellen Altenteil-Regelung dar und kann beispielsweise als Vorbild für Betriebe dienen, die nicht als Familienbetrieb bewirtschaftet werden.

Dieses Altenwohnprojekt ist nur ein Beispiel für neue Wohnformen im ländlichen Raum. Dörfer bieten die Möglichkeit zu einer hohen Wohnqualität beispielsweise durch Naturnähe, günstige Immobilienpreise und größere Gärten. Jedoch stellen gerade für ältere Menschen mangelnde Versorgungsinfrastruktur und soziale Isolation große Probleme dar, die es ihnen erschweren, den Lebensabend im bisherigen Wohnort zu verbringen. Alternative Wohnkonzepte wie gemeinschaftliches Wohnen, Service-Wohnen oder Senior*innen-Wohnen auf landwirtschaftlichen Betrieben können hier ansetzen und Lösungen anbieten. Solche Wohnformen bieten außerfamiliäre Netzwerke, gemeinschaftlich genutzte Räume und die Möglichkeit der gegenseitigen Unterstützung im Alltag.

Doch während in Städten innovative Wohnprojekte weit verbreitet sind, herrscht im ländlichen Raum gegenüber alternativen Wohnformen tendenziell

**Dr. Hartmut Wolter**

Freie Altenarbeit Göttingen e.V.
info@f-a-g.de
www.freiealtenarbeitgoettingen.de

Maria Kaiser

Göttingen, Studiengang Geographie:
 Ressourcenanalyse und -management,
 Georg-August-Universität Göttingen





Foto: G. Ulber

Generationsübergreifendes Wohnprojekt in einem Niedrigenergiehaus in Wilnsdorf



Foto: H. H. H.

Wohn- und Gemeinschaftshaus Oelfkenhof in Schafwinkel

noch eher Skepsis vor, was u. a. im hohen Anteil an privatem Wohneigentum begründet sein könnte. Dennoch liegt ein großes Potenzial in solchen Wohnformen. Im Rahmen der demografischen Entwicklungen können sie einen Beitrag dazu leisten, Menschen das Älterwerden im Dorf auch ohne familiäre Unterstützung zu ermöglichen.

Einige Regionen zeigen ein positives Wachstums-saldo, Menschen ziehen aus den Städten wieder aufs Land und bringen Vorstellungen von Zusammenleben mit. Der gesellschaftliche Wandel zeigt sich auch im Wohnen: Es entstehen neue soziale Netzwerke, isoliertes individuelles Wohnen verliert an Bedeutung. Geteilte Bereiche schaffen halb-öffentliche Räume, deren Funktionen über das reine Wohnen hinausgehen. Dies hat nachweislich positive Auswirkungen auf das Sozialleben und sogar den Gesundheitszustand der Bewohner*innen (vgl. Zibell und Kietzke 2016).

In **Schafwinkel**, Landkreis Verden, Niedersachsen, finden bereits seit 1993 Menschen mit Unterstützungsbedarf einen Lebens- und Arbeitsort auf zwei zusammenliegenden Hofstellen. Neben den Wohnbereichen existieren dort Werkstätten für Handwerk und Kunsttherapie sowie Angebote für musische, sportliche und gärtnerische Freizeitbeschäftigung. Inzwischen leben 46 Menschen zwischen 21 und 79 Jahren dort, betreut von 56 Personen in Voll- oder Teilzeit. Getragen wird die Einrichtung vom gemeinnützigen Verein Tragende Gemeinschaft e.V. (TG). Den Kontakt mit der Umgebung pflegt die TG

durch die Teilnahme an regionalen Veranstaltungen und Angeboten der TG zum Kennenlernen des Hofprojektes. Im Laufe der Jahrzehnte hatte der Verein immer wieder mit Schwierigkeiten zu kämpfen, insbesondere bei Finanzierungsfragen. Durch den Einsatz engagierter Mitarbeiter*innen, Angehöriger und Einzelpersonen konnte das Projekt jedoch immer weiter fortgesetzt werden. Bevorstehende Veränderungen wie die Aufnahme einer größeren Anzahl unterstützungsbedürftiger älterer Menschen verlangen inzwischen jedoch nach neuen, kreativen Wohn- und Arbeitskonzepten. Mehrgenerationen-Wohnen könnte eines davon sein.

Gemeinschaftliches Wohnen ist allerdings nur eine Möglichkeit, wie das soziale Leben in dörflichen Strukturen und der Austausch zwischen den Generationen gefördert werden können. Einen weiteren wichtigen Teil des Dorflebens stellen Begegnungsorte dar, die zum Erhalt lebendiger Ortskerne beitragen können. Früher waren Dorfkerne oft für das Gemeinschaftsleben zentral und übernahmen wichtige Funktionen für die Daseinsvorsorge und Nahversorgung. Inzwischen gehen diese Funktionen vielerorts durch zunehmenden Leerstand und den Sanierungsbedarf alter Gebäude verloren. Es kann jedoch gelingen, das Dorfleben wiederzubeleben, indem unter Beteiligung der Bürger*innen neue Begegnungsorte geschaffen und das Umfeld des Ortskerns aufgewertet werden. Hierbei kann auch die kreative Umnutzung von Gebäuden eine Rolle spielen.



Das Alten- und Pflegeheim St. Franziskushaus in Goldenstedt

Eingang des Mehrgenerationenhauses in Waffensen

In **Goldenstedt**, Landkreis Vechta, Niedersachsen, wurde der Gebäudekomplex eines alten Krankenhauses in ein Mehrgenerationenprojekt mit multiplen Nutzungsformen verwandelt. Hier sind nun ein Kindergarten, eine Kapelle, zehn barrierefreie Wohnungen sowie das Mehrgenerationenhaus angesiedelt, außerdem ein Altenheim, das bereits seit den 1960er Jahren besteht. Angrenzend befindet sich seit 2013 der Mehrgenerationenpark Goldenstedt, ein Gelände mit Spiel- und Sportgeräten, einer Veranstaltungsbühne und Platz zum Zusammensitzen und Picknicken. Die Angebote im Mehrgenerationenhaus sind vielfältig, es gibt Laptop-Treffs, Handarbeitsgruppen, interkulturelle Veranstaltungen wie das internationale Kochen, Familienfeste, Stillgruppen, die Vermittlung mobiler Hilfen und haushaltsnaher Dienstleistungen sowie musische Projekte. Zielgruppen sind sowohl Alteingesessene als auch neue Bürger*innen wie Zugezogene oder Geflüchtete, Kinder, junge Eltern und Senior*innen; es gibt auch Kooperationen mit Vereinen, Schulen, Kindergärten und der Volkshochschule. Auch wenn die Angebote oft von den gleichen Personen wahrgenommen werden, ist der Kontakt zur Ortsbevölkerung gut und zeigt sich beispielsweise darin, dass sich Bürger*innen bereits bei der Planung des Projekts und im Umsetzungsprozess durch Sachspenden und ehrenamtliche Mitarbeit beteiligt haben.

In **Waffensen**, Landkreis Rotenburg/Wümme, gibt es eines der ersten Mehrgenerationenhäuser in Niedersachsen. Es entstand aus einem Bauernhof ohne Nachfolge, dem „Worthmanns Hoff“. 2000 wurde das Gelände an die Stadt Rotenburg/Wümme

verkauft, anschließend saniert und für verschiedene Nutzungen geöffnet. Gefördert wurde das Projekt mit Mitteln der Europäischen Union und Landes- sowie Bundesfördermitteln. Inzwischen bietet das Mehrgenerationenhaus drei Teilzeitstellen, vier Minijobs und wird zusätzlich durch das aktive Engagement von ca. 50 Ehrenamtlichen unterstützt. Diese Menschen tragen dazu bei, dass das Anwesen Worthmanns Hoff in Waffensen ein soziales und kulturelles Zentrum darstellt, in dem es einen Kindergarten, eine Töpferwerkstatt, Räume für Veranstaltungen und Sport, eine Küche und einen Speiseraum gibt. Ein Angebot ist der Mittagstisch, der hauptsächlich von Kindern genutzt wird. Daneben gibt es Kooperationen mit der Grund- und der Volkshochschule und mit Vereinen. Eine angestrebte, aber noch nicht umgesetzte Weiterentwicklung wäre eine Ergänzung des Projekts durch Mehrgenerationen-Wohnprojekte auf ehemaligen Hofstellen im Ort.

Resilienzfaktoren und Ausblick

Die Pilotstudie zielte darauf ab, Gelingensfaktoren zu identifizieren und daraus Handlungsstrategien abzuleiten sowie Ressourcen und Potenziale im ländlichen Raum sichtbar zu machen. Im Rückblick zeigte sich, dass die einzelnen Funktionsbereiche („Wohnen“, „Mobilität“, „Nahversorgung“ usw.) noch deutlichen Forschungsbedarf aufweisen, der im Rahmen der Studie noch nicht abgedeckt werden konnte. Besonders auch das Scheitern von Projekten müsste analysiert werden, um hemmende und fördernde Faktoren besser herauszuarbeiten.

Dennoch konnte die Studie einige Best-Practice-Beispiele präsentieren und Ergebnisse akkumulieren. Das zentrale Fazit ist, dass im Grunde alle Dörfer sowohl riskante als auch robuste und resiliente Potenziale haben, die lediglich jeweils unterschiedlich stark aktiviert sind. Wesentlich für den Erfolg war projektübergreifend der Aufbau von Identität und „Wir-Gefühl“ durch gemeinsame Aktivitäten und Eigenleistung sowie eine Offenheit für alle Generationen. Außerdem wurden oft gewinnbringend Netzwerke vor Ort genutzt, unterschiedliche Akteur*innen mit verschiedenen Kompetenzen eingebunden, Prozesse transparent gesteuert und Handlungsstrategien von Bürger*innen, Politik und Wirtschaft gemeinsam erarbeitet. Die Ausgestaltung eines Projektes hängt auch von den räumlichen und baulichen Rahmenbedingungen vor Ort ab. Als besonders positiv hat es sich herausgestellt, vertraute Orte wiederzubeleben, Bausubstanz durch neue Nutzungen zu erhalten und neue Wohnoptionen durch barrierefreie Umbauten zu kreieren.

In vielen Projekten gab es Schwierigkeiten und kritische Stimmen während der Planungs- und Umsetzungsprozesse. Teilweise wurde der Einsatz hoher Fördersummen bemängelt, weil nach Ansicht der Kritiker*innen die Gelder an anderen Stellen dringender benötigt worden wären. Generell zeigt sich, dass der nachhaltige Erfolg der Projekte – und damit die Resilienz der Orte – oft maßgeblich von der Bereitschaft der Bevölkerung, sich (auch langfristig) zu engagieren, beeinflusst wird, was durch eine durchgängige Beteiligung der Bürger*innen unterstützt werden kann.

Der Fokus auf die Resilienz von Orten soll den Blick auf eine proaktive Herangehensweise lenken, die sich an den neuen Möglichkeiten und nicht an den Schwierigkeiten orientiert, welche sich aus den demografischen Entwicklungen ergeben. Resilienz ist ein Ergebnis sozialer Prozesse und wird in den Möglichkeiten der Mitbestimmung, Selbstermächtigung und Einflussnahme sichtbar. In den Dörfern können kreative Projekte zu einer Belebung der lokalen Demokratie führen und neue Kulturen der gesellschaftlichen Mitverantwortung schaffen. Die Erforschung resilienter Ansätze und Strategien soll die Lust auf Veränderung fördern, anstatt krisenhafte Szenarien zu reproduzieren. In den untersuchten Projekten waren resiliente Haltungen wie Optimismus, Akzeptanz und Lösungsorientierung erfahrbar, Bürger*innen übernahmen Verantwortung, schufen Netzwerke und nahmen die Zukunft ihres Ortes aktiv in die Hand. Dadurch können sie anderen Dörfern durchaus als Vorbild dienen. Es gilt also, solche Projekte noch genauer unter die Lupe zu nehmen und die Erkenntnisse weiterzutragen. ■

Säulen der Resilienz

- Optimismus
- Akzeptanz
- Lösungsorientierung
- Selbstwirksamkeit
- Verantwortung
- Netzwerkorientierung
- Zukunftsplanung

Die Pilotstudie „WohnLokal – beispielhafte Wohn- und Versorgungsformen im ländlichen Raum in Niedersachsen“ wurde durch das Referat Demografie und Sozialplanung des Landkreises Göttingen beauftragt und von der Freien Altenarbeit Göttingen e.V. im Zeitraum von August 2015 bis November 2016 durchgeführt. In vielen Orten gibt es herausragende Projekte, die beispielgebend für andere Regionen wirken können. Um diese in den Blick zu nehmen, wurde im Rahmen der Studie eine Bestandsaufnahme von Projekten in unterschiedlichen Bereichen des Wohnens und der Versorgung vorgenommen. Im Anschluss wurden mit Hilfe von Expert*innen-Gesprächen, leitfadengestützten Telefoninterviews und Vor-Ort-Besuchen 19 Projekte genauer untersucht. Die ausführlichen Ergebnisse können in der gedruckten Publikation oder auf der Internetseite des Landkreises nachgelesen werden:

https://www.landkreisgoettingen.de/pics/medien/1_1517824727/2018-01-09_wohnlokal_final.pdf



Literatur

Kersten, J., Neu, C. und Vogel, B. (2017): *Das Soziale-Orte-Konzept. Ein Beitrag zur Politik des sozialen Zusammenhalts. Umwelt und Planungsrecht (UPR) – Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis* 2/2017, S. 50–56.

Wolter, H., Eberhardt, W. und Sprinke, S. (2018): *WohnLokal. Beispielhafte Wohn- und Versorgungsformen im ländlichen Raum in Niedersachsen. Landkreis Göttingen, Referat Demografie und Sozialplanung (Hrsg.).*

Zibell, B. und Kietzke, L. (2016): *Gemeinschaftliches Wohnen gegen die Angst, allein zu sein? Nachrichten – Magazin der Akademie für Raumforschung und Landesplanung* Jg. 46, 1/2016, S. 13–17.

Neues (gemeinschaftliches) Wohnen auf dem Land

Dr. Eva Wonneberger

Gemeinschaft ist das besondere Angebot, mit dem der ländliche Raum immer gegenüber den Städten punkten konnte. Daher könnten gemeinschaftliche Wohnformen gerade hier Fuß fassen. Der ländliche Raum hat jedoch mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen. Für viele kleine Gemeinden ist die Anforderung, zusammen mit ihren Bewohner*innen und im bürgerschaftlichen Miteinander ein Vorhaben zu stemmen, bei dem alle mitreden können und das allen zugutekommt – möglichst auch gemeinsam finanziert – etwas Ungewohntes. Leider denken Gemeindevorsteher*innen bisher beim Neubau oft an Einfamilienhäuser und bei der Versorgung von älteren Menschen an Altenpflegeheime.

Tatsächlich macht sich in Dörfern und kleinen Gemeinden im ländlichen Raum der demografische Wandel bemerkbar:

- Die Zahl der alleinlebenden Menschen steigt in allen Altersgruppen.
- Die Zahl der jungen Familien geht zurück, denn die jüngeren, gut ausgebildeten Menschen ziehen weg. Es fehlen Arbeitsplätze und Infrastruktur für junge Familien.
- Die Versorgung in den Dörfern mit Schulen, Ärzt*innen und Dienstleistungen wird schlechter. Damit steigt die Notwendigkeit von Fahrdiensten und Nachbarschaftshilfen.
- Immer mehr Menschen – und hier gerade die zunehmende Gruppe jener, die nicht im traditionellen Familienverbund leben – erleben einen Mangel an sozialer Eingebundenheit.

Die Suche nach sozialen Alternativlösungen ist die Folge. Es stellt sich die Frage: Was kann die Familie ersetzen? Bisher wollen die meisten Bewohner*innen in ihrer Heimatgemeinde alt werden. Sie schätzen die „Naturnähe“ das Gefühl von „Sicherheit“ und die „Verbundenheit mit der Wohngegend“ (Nowosadeck 2016). Was für jeden Menschen zunächst positiv ist, eine hohe Lebenserwartung, findet keine selbstverständlichen Bedingungen mehr vor, um diese auch gut zu gestalten. Die Möglichkeiten, sich im Alter nach dem Wegzug von Kindern neu zu orientieren, fehlen auf dem Land. Traditionell hat

man in größeren Häusern gewohnt, meist im Eigentum. Kleine barrierefreie Wohnungen in der Dorfmitte müssten neu konzipiert werden. Mietwohnungen gibt es wenige auf dem lokalen Wohnungsmarkt. Vielen wird bewusst, dass die sozialen Sicherungssysteme in der Zukunft wohl nur noch einen minimalen Lebensstandard und beschränkte Gesundheits- und Pflegeleistungen werden sichern können. Der familiäre Zusammenhang (jung hilft alt) funktioniert aus vielerlei Gründen immer seltener. Dadurch steht die Gruppe alleinlebende Ältere ohne Kinder vor neuen Herausforderungen. Als Folge wächst die Angst vor Alterseinsamkeit und ebenso ein Bedarf nach anderen sozialen Bindungen – etwa der verbindlichen Nachbarschaft oder der kümmernden Gemeinschaft jenseits von Altenheimen.

Auch für junge Leute, die gerne auf dem Land wohnen wollen, fehlen derzeit die nötigen Rahmenbedingungen. Die lokalen kleinen Schulen nehmen ab, weiter entfernt liegende Schulzentren sind nur mit dem Schulbus zu erreichen und die Kinderbetreuungsmöglichkeiten brechen weg. Für die Familien heißt das lang dauernde Fahrten zum Arzt, in den Musikunterricht, zu Freunden usw. Dabei wünschen sich viele Eltern für ihre Kinder ein Aufwachsen in der Natur mit Möglichkeiten, draußen zu spielen und ihre kleinen Ausflüge in die Selbständigkeit gefahrenfrei zu erleben. In Afrika gibt es das Sprichwort: Um ein Kind zu erziehen, braucht es ein ganzes Dorf. Das gilt auch bei uns. Junge Familien freunden sich inzwischen mit dem Gedanken an selbst gewählte Arrangements in der Nachbarschaft an – siehe der Boom bei Mehrgenerationen-Projekten in größeren Städten – und hier liegt die Chance für gemeinschaftliches Wohnen.



Dr. Eva Wonneberger

Regionalstelle Gemeinschaftliches Wohnen e.V.,
VIA-Institut für Alltagsbezogene Sozialforschung,
Ravensburg

ew@viainstitut.de
www.viainstitut.de

Zunahme von gemeinschaftlichem, Generationen verbindendem Wohnen

Es gibt gemeinschaftliche Wohnprojekte zur Miete, im Eigentum oder in neuen Genossenschaften: Immer mehr Menschen suchen diese neuen Formen



Quartiersfest auf dem Bauplatz einer neugegründeten Wohngenossenschaft in Wangen im Allgäu

der verbindlichen Nachbarschaft, Gemeinschaft jenseits von familiären Bindungen, mit Unterstützung im Alltag und einem tragfähigen sozialen Netz. In vielen Städten kann man solche Projekte schon besichtigen.

Gemeinschaftliche Wohnprojekte bestehen sowohl aus abgeschlossenen Wohnungen (Miete und Eigentum), als auch aus Räumen, die gemeinschaftlich genutzt werden. Meist gibt es einen Gemeinschaftsraum mit Küchenzeile, in dem sich die Hausgemeinschaft trifft, der aber auch für Familienfeiern geeignet ist. Je nach Platzangebot und finanziellen Möglichkeiten können auch ein Spielzimmer für Kinder, ein Gästeapartment, ein Garten, eine Terrasse, eine Werkstatt oder Sauna zu den Gemeinschaftseinrichtungen gehören. Das richtet sich nach den persönlichen Voraussetzungen der Nutzer.

Wer in einem gemeinschaftlichen Wohnprojekt leben möchte, sollte sich für andere Menschen interessieren. Soziales Engagement, Toleranz sowie Kompromissbereitschaft sind weitere wichtige Eigenschaften. Auch die Fähigkeit, eine Balance zu finden zwischen dem Miteinander und dem Alleinsein sollte bestehen. Dazu gehört Selbstorganisation und Solidarität. Die Hausgemeinschaft entwickelt gemeinsam Leitgedanken, welche die Vorstellungen der Mitglieder über das Zusammenleben konkretisieren. Darüber hinaus entscheidet die Gemeinschaft über die Verwaltung und die Organisation des Hauses. Die Mitglieder übernehmen – je nach persönlichen Fähigkeiten – notwendige Aufgaben, z. B. im Garten. Über die Aufnahme von neuen

Mitgliedern in die Hausgemeinschaft entscheidet die Gruppe gemeinsam.

Die Hausgemeinschaft unterstützt und hilft sich gegenseitig im Alltag je nach persönlichen Möglichkeiten. Dazu kann Kinderbetreuung ebenso gehören wie Besorgungen etc. In die Wohnprojekte sind häufig benachteiligte Gruppen wie behinderte und alte Menschen, Migrant*innen sowie Großfamilien integriert. Eine Ausnahme bildet die dauerhafte Pflege von kranken Mitgliedern der Hausgemeinschaft. Diese ist nicht automatisch gegeben, sondern findet nur statt, wenn die Gruppe dies wünscht. Die Gruppenmitglieder verpflichten sich, freiwillig übernommene

Vorteile für kleine Gemeinden:

- Bauliche Quartiere und dörfliche Strukturen werden räumlich neu gestaltet;
- Lebensqualität im Dorf steigt, Infrastruktur wird verbessert;
- Klares Plus für junge Familien durch Angebote an verbindlicher Nachbarschaft;
- Belebung von Hilfe-Netzwerken und Nachbarschaften;
- Mit dem bürgerschaftlichen Engagement, das die Initiativen in der Regel mitbringen, gelingt es, die Identifizierung der Bewohner*innen mit ihrem Ort zu stärken;
- Alles zusammen erhöht die Attraktivität des Ortes, fördert weiteren Zuzug und gibt den Ausschlag im Wettbewerb der Dörfer.

Aufgaben zuverlässig zu erfüllen. Wichtige Belange, z. B. das Belegrecht, werden vertraglich geregelt. Im Sinne von ökologischer Nachhaltigkeit werden die Häuser oft in Niedrig-Energiebauweise sowie mit umweltfreundlichen Baustoffen erstellt. Die Nachfrage besteht vor allem bei zwei Personengruppen: bei jungen Familien und älteren Menschen. Für junge Familien in der Großstadt besteht der ökonomische Druck, dass beide Elternteile sich am Erwerbsleben beteiligen, es gibt aber wenig Einbindung in selbstverständliche Netzwerke.

Was können neue Wohnformen für kleine Gemeinden leisten?

Wenn kleine Gemeinden in neue Wohnformen investieren, hat dies wesentliche Auswirkungen auf die Lebensqualität im Dorf: Es gibt Angebote an verbindlicher Nachbarschaft, die es gerade jungen Familien attraktiv erscheinen lassen, sich dort zu beteiligen. Die Gemeinde Burgrieden bei Laupheim in Baden-Württemberg kann aufgrund ihres neuen Wohnprojektes jetzt einen Zuwachs von über 100 neuen Einwohner*innen im Kernort verzeichnen (s. u. das Beispiel Burgrieden). Kein Wunder, denn das Wohnen in der möglichst kompakten Form einer gemeinschaftlichen Wohnanlage beinhaltet auch Angebote an Gemeinschaftsräumen, Gästewohnungen und Nachbarschaftshilfen, die von allen anderen Bewohner*innen des Dorfes genutzt werden können. Darüber hinaus sieht das Wohnkonzept vor, dass auch Einkaufskooperativen, Fahrgemeinschaften zum Arzt und gesellige Zusammenkünfte in Wohnungsnähe angeboten werden.

Gemeinschaftliche, generationenübergreifende Wohnformen bringen daher auch kleinen Gemeinden vielfach Vorteile. Das ist in Gemeinden, die bereits Erfahrung damit haben, anschaulich belegt (Stiftung trias 2013). Wenn kleine Gemeinden für Initiativen offen sind, kann dort an alte Traditionen angeknüpft werden und durch die Neu-Installation von Modellen des Miteinanders, etwa einem Mix an professionellen und ehrenamtlichen Dienstleistungen, etwas geschaffen werden, das wegweisend ist. Viele ältere Menschen wollen zwar möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung bleiben, sind aber durchaus bereit umzuziehen, wenn die Möglichkeit besteht, in eine kleinere Wohnung zu ziehen. Da bieten sich gemeinschaftliche Wohnprojekte an, denn sie bieten barrierefreie Wohnungen und Möglichkeiten einer selbstbestimmten Hausgemeinschaft. Laut einer aktuellen Untersuchung in Argenbühl, Oberschwaben, könnte sich ein Viertel der Befragten einen Umzug und 44 % könnten sich

sogar ein gemeinschaftliches Wohnen vorstellen, wenn es sich um Wohnungen in der Gemeinde Argenbühl handeln würde (AGP Sozialforschung 2018).

Vorteile für Wohnprojekte im ländlichen Raum

Das wichtigste Potenzial kleiner Gemeinden und die entscheidende Ressource für eine Gestaltung ihrer eigenen Zukunft sind die Menschen vor Ort. Die hohe Identifikation der Bewohner*innen mit dem Ort und ihr ausgeprägtes ehrenamtliches Engagement sowie die selbstverständliche Hilfsbereitschaft werden immer wieder festgestellt (vgl. AGP Sozialforschung 2018).

Es ist festzustellen, dass sich in Deutschland vermehrt kleine Gemeinden aufmachen, um mit der Neueröffnung von Nachbarschaftsläden, Nachbarschaftshilfen, Kleiderbasaren, Tauschbörsen und Begegnungsstätten den lähmenden Stillstand zu überwinden.

Ein weiterer großer Pluspunkt für ländliche Ansiedlungen ist der Leerstand an Gebäuden und Platz für Neubauten; teilweise gibt es die Möglichkeit, sich auf unbebauten Brachflächen in der Dorfmitte anzusiedeln. Auch werden meist geringere finanzielle Mittel als in Städten oder Stadtnähe benötigt und Menschen, die bisher in ihrem eigenen Haus wohnen, hätten die (pekuniäre) Möglichkeit, in eine Eigentumswohnung umzuziehen, die ihren Bedürfnissen mehr entspräche. Positiv für die regionale Wirtschaft und Wertschöpfung ist bei solchen Bauvorhaben, dass meist lokale Handwerker zum Einsatz kommen und die einheimischen Betriebe davon profitieren.

Zusammenfassend kann gesagt werden:

- Wohnprojekte zu lancieren fällt leichter, wenn sich die Gruppe kennt. Hier gehen die zukünftigen Nutzer*innen selten ohne eigenes Geld an das Vorhaben.
- Die Gruppe kann im persönlichen Umfeld zunächst Akzeptanz für ihre Ideen schaffen, indem sie die Möglichkeiten von gemeinschaftlichem Wohnen, zu gemeinschaftlichen Aktivitäten im direkten Wohnumfeld und zu nachbarschaftlicher Hilfe erläutert.
- Die Unterstützung der Gemeindeverwaltung, von Kirchengemeinden, Nachbarschafts-Hilfevereinen oder möglichen Pflegediensten kann in persönlichen Gesprächen gesucht werden. Dadurch werden die notwendigen Rahmenbedingungen



Foto: E. Wörneberger

Das ehemalige Hotel in Enzklösterle im Schwarzwald stand leer, wurde von einer privaten Baugruppe umgebaut und für gemeinschaftliches Wohnen eingerichtet.

geschaffen, etwa im Baurecht oder bei den Bauplanungen, die oft durch Unkenntnis erschwert werden.

- Den Verantwortungsträgern in den Gemeinden leuchtet die Finanzierbarkeit von selbstorganisiertem Bauen leichter ein, wenn diesen die finanzielle Bonität der Beteiligten bekannt ist. Die architektonische Umsetzbarkeit neuer Wohnkonzepte stößt bei Gemeinden oft auf offene Ohren und die energetischen Möglichkeiten in pfiffigen Selbstnutzer-Vorhaben auch.

Erschwernisse für gemeinschaftliche Wohnvorhaben im ländlichen Raum

Bisher entstand die Dorfgemeinschaft vor dem Hintergrund familiärer Zusammenhänge in der Gemeinde. Das Vertrauen in arrangierte Gemeinschaften, die auf gleichen Interessen beruhen, ist zunächst ungewohnt. Oft begegnen Initiativgruppen für gemeinschaftliches Wohnen einer ablehnenden Verwaltung und misstrauischen Öffentlichkeit. Auch sind Instrumente der Bürgerbeteiligung wie Bürgerstammtische, moderierte Zukunftswerkstätten oder Bürgerversammlungen in diesem Zusammenhang noch nicht ganz so verbreitet. Allerdings gibt es inzwischen viele beratende Institutionen in räumlicher Nähe und bundesweite Organisationen, die vernetzen und Know-how in Form von Broschüren und Internet-Plattformen anbieten. Diese können dabei unterstützen, in kleineren Gemeinden die jeweiligen Rahmenbedingungen möglichst optimal zu gestalten.

Am besten ist es, wenn Bürgermeister*innen selbst initiativ werden. Das nimmt zweifelnden Menschen, die sich oft solche gemeinschaftlichen Wohnformen nicht vorstellen können, den Wind aus den Segeln.

Positives Beispiel Burgrieden bei Laupheim

Daher sei hier abschließend das Beispiel einer Gemeinde dargestellt, die selbst in Vorleistung getreten ist. Der sehr aktive Bürgermeister Josef Pfaff hat zusammen mit der gemeindeeigenen Bürgerstiftung innerhalb weniger Jahre ein gemeinschaftliches Wohnprojekt („Allengerechtes Wohnen Burgrieden“) auf die Beine gestellt. Das Vorhaben wurde zusammen mit der WohnBau-Beratung in Karlsruhe geplant, mit einem regionalen Bau-Dienstleister gebaut und mit Unterstützung der Bürgerstiftung von 2014 – 2017 vorfinanziert. Vorgeschaltet war eine Befragung, die schon vor Jahren das große Interesse der einheimischen Bevölkerung deutlich gemacht hatte.

Mit diesem Wohnprojekt wurde eine neue „Dorfmitte“ geschaffen, die in die ganze Gemeinde ausstrahlt. Die übrigen Dorfbewohner*innen von Burgrieden werden insbesondere über Angebote für Kinder und ältere Menschen angesprochen und einbezogen, die je nach Genre öffentlich sind. Da die Wohnungen meist ohne Gästezimmer gebaut wurden, gibt es zentral für die ganze Anlage eine von allen belegbare Gäste-/Ferienwohnung. Wenn



„Allengerechtes Wohnen“ in Burgrieden

der Bedarf an Gästezimmern das in der Anlage vorhandene Raumangebot übersteigt, kooperiert das Wohnprojekt mit Anbietern im Ort.

Durch den Verkauf und die Vermietung von Wohnraum kam nach und nach das vorgelegte Geld wieder in die Kasse der Bürgerstiftung zurück, so dass es sich für die Gemeinde nicht als Fehler erwiesen hat, das Risiko der Finanzierung eingegangen zu sein. Weiterhin wurde auch eine ambulant betreute Senioren-Wohngemeinschaft auf die Beine gestellt, die von einem eigens gegründeten Verein betreut wird.

Inzwischen sind alle 47 Wohnungen bezogen und erstrecken sich über vier Gebäude mit Grünflächen dazwischen und einem Atrium in der Mitte der Anlage. Burgrieden zeigt, dass Erfolge möglich sind und zwar im Zusammenspiel von beratender Einrichtung, aktiver Gemeinde und interessierter Bewohnerschaft.

In dem Buch „Neues Wohnen auf dem Land“ sind acht solcher Projekte zusammengefasst. Damit soll darauf aufmerksam gemacht werden, dass es verschiedenste Herangehensweisen gibt, sei es durch private Initiativen, durch bürgerschaftliche Vereine oder durch die Gemeinde selbst. Gerade die Fülle unterschiedlicher Organisationsmöglichkeiten gibt Anlass zur Hoffnung, dass der Funke für solche Wohnprojekte überspringt. ■

Eva Wonneberger: Neues Wohnen auf dem Land. Demografischer Wandel und gemeinschaftliche Wohnformen im ländlichen Raum, Wiesbaden, Springer VS 2018, 76 S., ISBN: 978-3-658-21362-6, 19,99 € oder als E-Book: ISBN: 978-3-658-21363-3, 14,99 €.



Die Literaturangaben finden Sie unter: www.asg-goe.de/LR0318-Literatur-Wonneberger.pdf

LESETIPP!

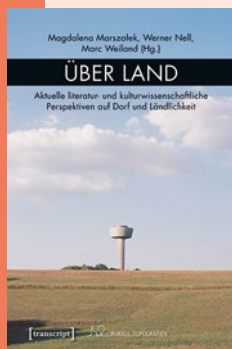
Über Land

Aktuelle literatur- und kulturwissenschaftliche Perspektiven auf Dorf und Ländlichkeit

Magdalena Marszalek, Werner Nell, Marc Weiland (Hrsg.). transcript Verlag, Bielefeld 2018, 400 S., ISBN 978-3-8376-4050-2, 39,99 €, auch als eBook.

Landleben hat wieder Konjunktur; jedenfalls wenn der Markt für Bücher und Zeitschriften betrachtet wird. Aber auch bei ökonomischen Kalkulationen und demografischen Untersuchungen werden Bilder von ländlichen Lebenswelten reproduziert oder neu erzeugt. Von romantischen Vorstellungen bis zu Untergangsszenarien ist

alles vertreten. Der in der Reihe „Rurale Topografien“ erschienene Sammelband „Über Land“ vereint literaturwissenschaftliche Texte – etwa zu Juli Zehs „Unterleuten“, Beschreibungen des dörflichen Lebens im Europa des 19. Jahrhunderts, mit Texten und Gesprächen zur Renaissance des Ländlichen in Literatur und Film. Wer sich für ethnografische Forschung, Freiheit und Religion in Kafkas Dorfgeschichten oder das Heimatbuch als Gedächtnisort interessiert, wird in „Über Land“ bestimmt etwas Spannendes finden. ■ ba



Jugendbeteiligung als Beitrag für die Dorf- und Regionalentwicklung

Prof. Dr. Waldemar Stange, Claudia Brunseman, Bernward Benedikt Jansen

Jugendbeteiligung ist in der Bundesrepublik Deutschland eine mittlerweile seit über 25 Jahren praktizierte Strategie, um Interessen und Ideen von Jugendlichen zu sie betreffenden Vorhaben, Planungen und Themenstellungen zu erheben und in kommunale Entwicklungsprozesse einfließen zu lassen. In mehreren Bundesländern ist diese Form der Teilhabe von Jugendlichen – genauso wie für Kinder – fest in den Kommunalverfassungen (Gemeinde- und Landkreisordnungen) verankert und im alltäglichen Handeln – insbesondere auf der Gemeindeebene – angekommen. Für die Ebene der Landkreise ist die Beteiligungspraxis aber bisher weniger hoch entwickelt. Deshalb war die Aufmerksamkeit groß, als in den Jahren 2015 bis 2018 innerhalb der Demografiestrategie der Bundesregierung ein Forschungs- und Entwicklungsprojekt mit dem Titel „Jugend-Demografie-Dialog“ auch auf dieser Ebene – für die Jugendliche angeblich wenig Kompetenzen und an der sie vor allem wenig Interesse haben sollen – in vier Modell-Landkreisen neue Veranstaltungsformate zur Jugendpartizipation bei der Gestaltung des demografischen Wandels im ländlichen Raum entwickelte, die nicht vor der großen Komplexität dieses Themas der Regionalentwicklung kapitulierten.

Das Forschungs- und Entwicklungsprojekt „Jugend-Demografie-Dialog“

Schon im Demografie-Bericht vom Oktober 2011 gab die Bundesregierung einen Überblick über die demografische Entwicklung und ihre Zusammenhänge sowie über Maßnahmen der Bundesregierung zur Gestaltung des demografischen Wandels. Um mit den prognostizierten Entwicklungen umzugehen, legte die Bundesregierung dann im April 2012 die sog. „Demografiestrategie“ vor und richtete, unter Federführung des Bundesministeriums des Inneren, Arbeitsgruppen in allen Ministerien ein. Im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) wurde deshalb die Arbeitsgruppe „Jugend gestaltet Zukunft“ eingerichtet. Das Projekt „Jugend-Demografie-Dialog“ der Leuphana Universität Lüneburg wurde eng an diese Arbeitsgruppe angebunden. Hierfür wurden vier Referenzlandkreise ausgewählt: Friesland (Niedersachsen), Kyffhäuserkreis (Thüringen), Lichtenfels (Bayern) und Vorpommern-Rügen (Mecklenburg-Vorpommern). In diesen Landkreisen entwickelten verschiedene Jugendgruppen (nicht Jugendfunktionäre!) ihre Ideen

und Vorschläge zur nachhaltigen Regionalentwicklung im Zeichen des demografischen Wandels – dies immer mit dem für Jugendliche zentralen Fokus „Dableiben – Weggehen – Wiederkommen?“.

Das Verfahren des Jugend-Demografie-Dialoges (vgl. Abb. 1) unterscheidet sich von anderen Partizipationsverfahren dadurch, dass nicht nur punktuell ein einzelnes Veranstaltungsformat (eine bestimmte Methode, ein Projekt usw.) zum Einsatz kommt, sondern dass jeweils eine komplexe Gesamt-Partizipationsstrategie für einen ganzen Landkreis realisiert wird, an dem möglichst alle Schulen, Jugendzentren und Jugendverbände teilnehmen. Der Jugend-Demografie-Dialog ist also nicht einfach eine singuläre Methode, sondern ein Metaverfahren, das viele verschiedene Elemente, Methoden und systematische Phasenabläufe zusammenfasst und an die realen Strukturen von Politik und Verwaltung im jeweiligen Landkreis andockt (z. B. mit einem Verwaltungsdialog). Dadurch soll sichergestellt werden, dass die Jugendlichen nicht auf Spielwiesen und Politikreservate verwiesen werden, sondern dass man sie ernst nimmt und nicht unterfordert, mit

dem Ziel, mit Jugendvorschlägen ganz konkrete und reale planerische und politische Veränderungen in ihrer jeweiligen Region einzuleiten und – darüber hinaus – auch verallgemeinerbare Vorschläge und Lösungen für andere Landkreise zu generieren.

Der Jugend-Demografie-Dialog auf der Ebene des Landkreises: Arbeitsschritte und Ablaufstruktur

1. Vorlaufphase: vorbereitende Aktivitäten

Eine Planungsgruppe oder Steuerungsgruppe mit den relevanten Prozessverantwortlichen (z. B. Verwaltung, Jugendpflege, Schulen) trifft sich vor Ort, ggf. zusammen mit einer externen Moderation, um die Ziele zu definieren und eine Arbeitsstruktur

Prof. Dr. Waldemar Stange

Leuphana Universität Lüneburg, Forschungsprojekt „Jugend-Demografie-Dialog“
stange@uni.leuphana.de

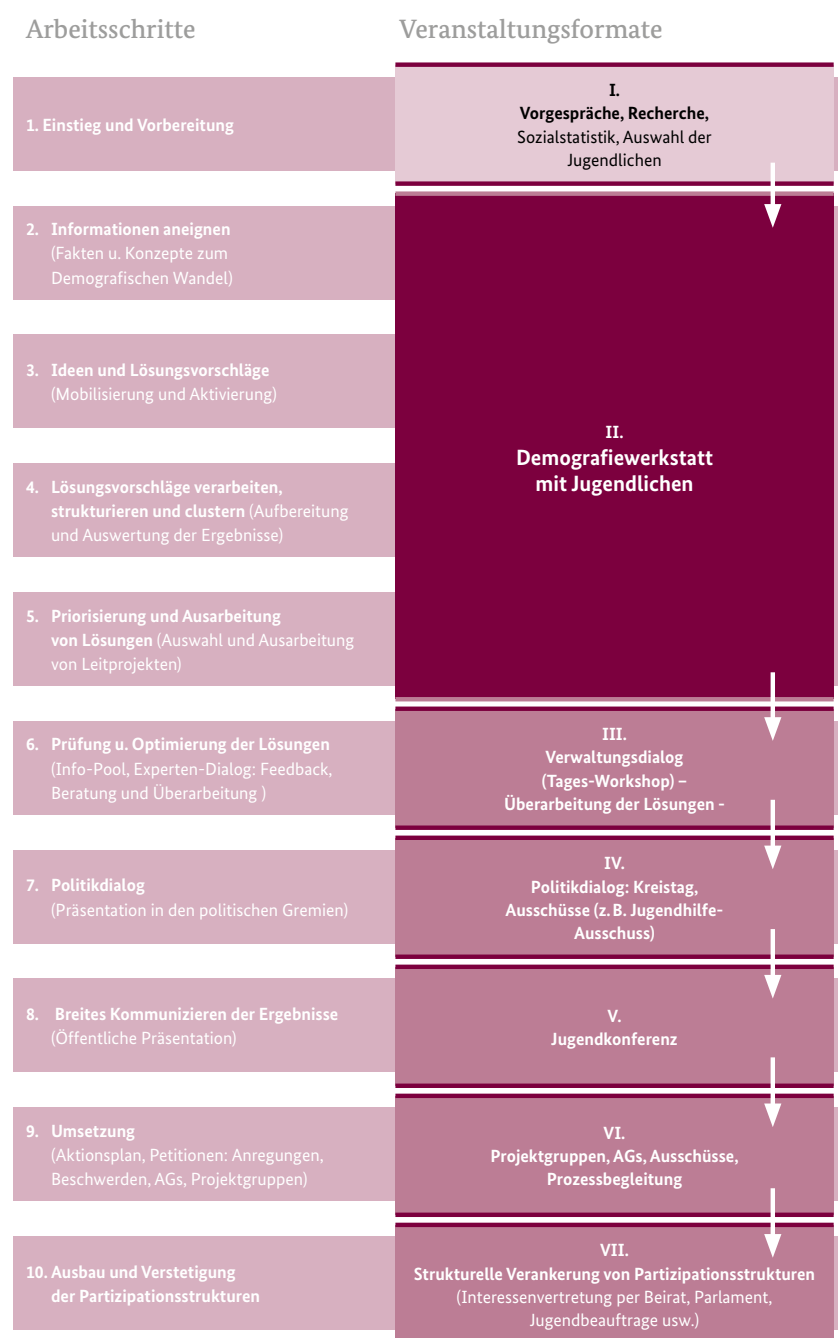
Dipl.-Soz.-Arb./Soz.-Päd. Claudia Brunseman

brunseman@uni.leuphana.de

Dipl.-Ing. Bernward Benedikt Jansen

bjansen@uni.leuphana.de

Abbildung 1: Gesamtverfahren des Jugend-Demografie-Dialoges



Quelle: Jugend-Demografie-Dialog, Leuphana Lüneburg

festzulegen. Es wird eine Vorab-Analyse der Situation vor Ort (Sozialstatistik, Bestand und Bedarf an Maßnahmen und Projekten vor Ort) erstellt. Außerdem werden die teilnehmenden Jugendlichen ausgewählt: Entweder nehmen alle Schüler*innen einer Jahrgangsstufe aller allgemeinbildenden Schulen in kompletten Klassen-

verbänden teil oder aber es werden Jugendliche aus den Schulen delegiert.

Der Ansatz über die Schulen bietet erhebliche organisatorische Vorteile und vor allem die Chance, wirklich alle Jugendlichen in der Breite des Landkreises zu erreichen. Da der Landkreis häufig

Träger aller Sekundarschulen ist und der Landrat bzw. die Landrätin sowie der Kreistag dem Projekt ein starkes politisches Mandat erteilen, entsteht hier meistens eine gute „Eintrittskarte“ in das Schulsystem.

2. Zukunftswerkstätten: Ideen, Vorschläge und Lösungen für die Regionalentwicklung produzieren

A. Zukunftswerkstätten I: Informationen aneignen

In eintägigen – manchmal auch mehrtägigen – Zukunftswerkstätten (im Jugend-Demografie-Dialog „Demografiewerkstätten“ genannt) werden die jungen Menschen jugendgerecht an das entsprechende Thema (z. B. Demografischer Wandel, Kreis- und Regionalentwicklung) herangeführt und entwickeln eigene Ideen und Lösungsvorschläge. Die Veranstaltungen werden durch ausgebildete Prozessmoderatorinnen und -moderatoren für Jugendbeteiligung durchgeführt.

Nach einer Einstiegsphase erhalten die Jugendlichen per Präsentation komprimierte Informationen zu den Schwerpunkten des zu bearbeitenden Themenbereichs (in den Demografiewerkstätten z. B. Wirtschaft/Arbeit/Ausbildung; Mobilität; Familie; Bildung; Gesundheit; Alter; Zivilgesellschaft/Ehrenamt; Infrastruktur; Wohnen; Zuwanderung/Migration; Demokratie/Partizipation; Öffentliche Verwaltung/Bürgerservice; Kultur/Freizeit). Dieser methodische Ansatz weicht hier von der klassischen Zukunftswerkstatt ab, in der in der „Kritikphase“ mit einem ganz offenen Ansatz Stichworte gesammelt werden und in der Regel geschlossenen Sachinformationsanteile nicht enthalten sind. Wir bezeichnen unser Vorgehen deshalb auch als „Qualifizierte Beteiligung“ bzw. „Informierte Beteiligung“. Dieses Profil ver-

stärken wir in der Variante „Planungszelle“ nochmals (s. u.).

B. Zukunftswerkstätten II: Ideen und Lösungsvorschläge erarbeiten

Bei längeren Zukunftswerkstätten wird hier als Einstieg in die Lösungsphase ein zusätzlicher Arbeitsschritt (Vertiefungsschleife) eingebaut:

- Sammlung von Zielen für den Landkreis, die Region oder die Gemeinde
- Erstellung eines Stärken-Schwächen-Profiles des Landkreises, der Region oder der Gemeinde

Für die Entwicklung von Ideen und Lösungsvorschlägen durch die jungen Menschen sind folgende Verfahren möglich:

- Offene Ideensammlung von Lösungsvorschlägen (Brainstorming) mit Karten an Moderationstafeln
- Diskutieren und Bewerten von fertigen „Lösungsbausteinen“, in denen auf Karteikarten stark komprimierte innovative Ansätze aus Gutachten, Literatur und Praxis skizziert sind (Prüfsiegel-Verfahren). Diese Lösungsbausteine können bei Bedarf für die eigene Region direkt übernommen oder abgewandelt werden.
- Zur Vertiefung: Nutzung ergänzender Kreativtechniken (Attribut Listing, Analogietechnik, Crazy Idea usw.)

3. Lösungsvorschläge verarbeiten, strukturieren und clustern – Dokumentation, Auswertung, Aufbereitung

Die Ergebnisse der Zukunftswerkstätten werden fotografisch von der Prozessbegleitung (den Moderator*innen) dokumentiert und zwischen den Veranstaltungen wortwörtlich verschriftlicht,

inhaltlich strukturiert und geordnet und in thematischen Gruppen mit Oberbegriffen gebündelt.

4. Priorisierung und Ausarbeitung von Lösungen – Auswahl und Ausarbeitung von wenigen Leitprojekten

Die Teilnehmenden – je nach anfänglicher Gruppengröße in der Regel nur eine Auswahlgruppe – eignen sich während eines Ausarbeitungsworkshops (z. B. Klausurwochenende) das Gesamtergebnis aller Werkstätten an. Sie priorisieren die Ergebnisse, arbeiten die Vorschläge konkreter aus und präzisieren sie. So entstehen Leitprojekte und konkrete Umsetzungsmaßnahmen.

5. Prüfung und Optimierung der Lösungen im Verwaltungsdialo – Feedback und Überarbeitung

Das Workshop-Format „Verwaltungsdialo“ dient dem Austausch der Jugendlichen mit den einzelnen Fachdezernaten/Fachbereichen des Landkreises. Die Jugendlichen treten als JunEx-Berater*innen (Junge Expert*innen) auf und diskutieren ihre Ergebnisse mit Vertreter*innen aus der Verwaltung. Deren Feedback fließt in die weitere Bearbeitung und Umsetzung der Lösungsvorschläge ein.

6. Politikdialo: Präsentation der Lösungsvorschläge vor Vertreter*innen der Politik

Hier sind verschiedene Formen denkbar: Ergebnispräsentationen vor dem Kreistag, in der Gemeindevertretung, vor dem Jugendhilfeausschuss usw.

7. Kommunikation der Ergebnisse – öffentliche Präsentation auf der Jugendkonferenz

Die öffentliche Jugendkonferenz (ggf. als Jugendforum) ist eine öffentliche Veranstaltung. Sie ist ein Höhepunkt des Jugendbeteiligungsprozesses. Es geht darum, die Jugendlichen zu würdigen

und Unterstützung zu gewinnen. Bis hierher ist Folgendes passiert: Zu Beginn ist man mit den Demografiewerkstätten bewusst in die Breite gegangen, um möglichst viele Jugendliche zu mobilisieren und zu aktivieren. Dann folgten Phasen, in denen der Prozess sich verengte und auf die Weiterarbeit mit Delegierten konzentrierte, was ihn effektiver machte. Nun erfolgt wieder eine Öffnung in die Breite: Die Delegierten präsentieren die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses auf der Jugendkonferenz einer nun größeren Öffentlichkeit und den Medien. Hinzu kommen Pressekonferenzen, Veröffentlichungen in den sozialen Medien (Facebook, Portal/Homepage) usw.

Die Veranstaltungsformate zu den Schritten 6. und 7. können auch zu einer Einheit zusammengefasst werden.

8. Umsetzung: Ergebnisse verbindlich in die politischen Prozesse auf Kreisebene übernehmen

Die Umsetzung der Ergebnisse erfolgt über die Arbeit in Projektgruppen, Arbeitsgruppen, Ausschüssen usw. unter Fortführung der bisherigen Prozessbegleitung. Die Ergebnisse der Beratungen und Erörterungen mit der Verwaltung werden dabei in die politischen Prozesse und Gremien auf Kreisebene überführt, idealerweise als verbindliche Beschlusslage (z. B. als Teil der Regionalplanung, der Jugendhilfeplanung, der Verkehrsplanung usw.). Für die einzelnen Projekte werden dann anschließend Aktions- und Handlungspläne entwickelt.

9. Ausbau und Verstetigung der Partizipationsstrukturen: Strukturelle Verankerung der entstandenen Partizipationsstrukturen

Die bis zu diesem Stadium des Prozesses entwickelten Partizipa-

tionsstrukturen sollten unbedingt verstetigt und ausgebaut werden. Das erfolgte z. B. über Ansätze der Personalentwicklung wie im Kyffhäuserkreis durch die Ausbildung von Landkreismitarbeiter*innen zu Prozessmoderator*innen für Jugendbeteiligung oder eine Jugendqualifizierung. Eine andere Möglichkeit ist der Aufbau von Kreis-Jugend-Parlamenten und der entsprechenden Unterstützungsstruktur.

Varianten:

1. Statt eines Klausurwochenendes mit einem Ausarbeitungsworkshop (Arbeitsschritt 4) erarbeiten virtuelle Arbeitsgruppen Lösungen online, was bei großen Flächenlandkreisen von großem Vorteil sein kann, weil damit Entfernungs- und Mobilitätsprobleme überbrückt werden.
2. Statt der Zukunftswerkstätten kann eine einzelne „Planungszelle“ („Citizens Jury“) durchgeführt werden. Dafür werden ca. 25 Jugendliche und junge Erwachsene als Delegierte ausgesucht: entweder nach einem Schlüssel (Schularten, Altersgruppen, Geschlechter, Orte) oder nach dem Zufallsprinzip, z. B. per Los. Eine Planungs-zelle findet – im Unterschied zum Standardverfahren des „Jugend-Dialoges“ – nicht zum ganzen Spektrum aller Themen des regionalen oder gemeindlichen Wandels statt, sondern jeweils nur zu einem einzelnen, klar eingegrenzten Thema wie Mobilität, Jugendarbeit, Verkehr oder Zusammenlegung von Schulen usw.

Jugend-Dialoge auch auf der Gemeindeebene im ländlichen Raum: Das angepasste Verfahren für eine einzelne Gemeinde

Bei Übertragung des Standard-Phasenschemas aus dem Jugend-Demografie-Dialog von der Kreis-

Abbildung 2: Exemplarische Lösungsvorschläge von Jugendlichen

Mehr Mobilitätsangebote: Sichere Mitfahrgelegenheiten

„Staatlich geprüfte Mitnehmer“ – alle Beteiligten werden geprüft – App für Organisation und Bewertung – Autos gut sichtbar kennzeichnen (z. B. Sticker an die Scheibe)

Jugendräte in Kommunen und im Landtag

Analog zu Senioren(bei-)räten sollen gewählte Jugendräte die Politik beraten

Katastrophenschutz im ländlichen Raum sicherstellen

Fehlenden Nachwuchs gewinnen für Feuerwehr, DRK, THW, DLRG usw.: Werbekampagnen für Engagement – Kooperationen mit Schulen

Einkaufsmöglichkeiten vor Ort: Multifunktionale Dorfläden

Eröffnung von Geschäften mit vielfältigen Dienstleistungen: Lebensmittelverkauf, Post, Bank usw. – wichtiger sozialer Treffpunkt

Digitale Behördenzugänge für ländliche Räume

Leistungen über das Internet oder Apps anbieten – Verwaltungsterminals direkt in den Dörfern für Menschen ohne solche Endgeräte (Smartphone, PC)

Ländliche Regionen werben gezielt um Zuwanderer

Gegen Einwohnerschwind und Fachkräftemangel – Voraussetzung: Zuwanderung aus Nicht-EU-Ländern wird erleichtert

Quelle: Jugend-Demografie-Dialog, Leuphana Lüneburg

ebene auf eine einzelne Gemeinde ergeben sich eine Reihe von Vereinfachungen und Verkürzungsmöglichkeiten:

Man kann sich, statt mehrere Zukunftswerkstätten durchzuführen, nur auf eine einzige konzentrieren.

In der Einstiegsphase der Zukunftswerkstatt könnte man ggf. auf die aufwändigen Informationseinheiten verzichten und – wie in der Standard-Zukunftswerkstatt – in einer ersten Kritikphase einfach nur Stichworte sammeln: Was läuft nicht gut? Was haben wir zu kritisieren?

Statt einer Zukunftswerkstatt zur Gesamtpalette aller Themen der Regionalentwicklung könnte man

auch eine Planungs-zelle mit Jugendlichen durchführen, die nur zu einem einzelnen Thema arbeitet. Dabei wird zusätzlich der Verwaltungsdialog (bzw. der Arbeitsschritt 5 „Prüfung und Optimierung von Lösungen“) vereinfacht und integriert.

Die Arbeitsschritte 6 und 7 (Veranstaltungsformate „Politikdialog“ und „Jugendkonferenz“) werden zusammengefasst.

Auf Gemeindeebene bestehen auch sehr gute Möglichkeiten der Kinderbeteiligung, die die Autor*innen im Rahmen des Bundes-Modellprojektes „Dorf für Kinder – Dorf für alle“ sehr erfolgreich realisiert haben (Hinweise dazu in der Literaturliste).

Hier bieten sich kurze Trainings für Verwaltungen und Ausschussmitglieder an. Auch die mittlerweile in vielen Bundesländern angebotene Prozessmoderator*innen-Ausbildung kann ein Beitrag zur weiteren Personalentwicklung sein, ebenso ein reines Jugendtraining, das nach allen Erfahrungen zuverlässig und auf Dauer engagierte, kompetente Jugendliche für die Gemeinde produziert. Letztere stellen eine wertvolle Ressource für die örtlichen Vereine und Einrichtungen dar und erzeugen auch Nachwuchs für die politischen Gremien.

Gelingensfaktoren, Handlungsprinzipien und Voraussetzungen für Jugend-Dialoge

1. Starkes politisches Mandat für das Projekt (Begegnung auf Augenhöhe, Ernsthaftigkeit)
2. Offenheit des Prozesses – keine Instrumentalisierung (Jugendbeteiligung nicht auf Verzweckung und Instrumentalisierung reduzieren)
3. Wertschätzende Kommunikation auf Augenhöhe
4. Vertrauen und Risikobereitschaft (Bereitschaft, Jugendlichen Gestaltungsspielräume zu eröffnen und Entscheidungsbefugnisse zu übertragen, also „Macht abzugeben“)
5. Feste Ansprechpersonen – kontinuierliche Betreuung – ausreichendes Zeitbudget
6. Anpassung und Ressourcenorientierung (Anpassung des Dialogprozesses an die Gegebenheiten und Ressourcen vor Ort, maßgeschneiderte Konzepte, Nutzung vorhandenen Personals – z. B. der Jugendpflege)
7. Information, Qualifikation, Kompetenzaufbau in den Fokus stellen (bei aller Offenheit auch breites Wissen über die eigene Gemeinde und die Region und

den kommenden Wandel erwerben, um qualifizierte und informierte Entscheidungen zu ermöglichen): Prinzip der qualifizierten und informierten Beteiligung!

Aus diesem Grunde: Fortbildung auf allen Ebenen (Prozessmoderator*innen-Trainings für Kinder- und Jugendbeteiligung, Kurzschulungen für Politik und Verwaltung, Jugend-Moderator*innen-Trainings)

8. Strukturelle Verankerung und Nachhaltigkeit (verbindliche Übernahme der Ergebnisse in die politischen Entscheidungsstrukturen, Gremienbeschlüsse – bis hin zur Aufnahme von Jugendvorschlägen in die regionale Raumplanung)

Wirkungen

Ein gut gemachter und ernst gemeinter Jugend-Dialog hat vielfältige Wirkungen:

- Die Jugendlichen generieren qualitativ hochwertige Ideen und Lösungsvorschläge für die Gestaltung der Zukunft und den Wandel in ländlichen Regionen (s. Abb. 2)
- Sie machen die Erfahrung, dass sie den großen gesellschaftlichen Entwicklungen wie dem demografischen Wandel nicht hilflos ausgeliefert sind, dass sie aktiv eingreifen und gestalten können



- Jugendliche erfahren Selbstwirksamkeit. Sie entdecken, dass sie kompetente Vorschläge machen können und dass diese ernst genommen werden.
- Jugendbeteiligung ist zuvörderst Demokratieförderung (Stärkung der Demokratie).
- Die Jugendlichen entwickeln innerhalb eines wirksamen Beteiligungsprozesses ein neues positives Bild von Politik und Verwaltung. Das alles erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass sich diese Jugendlichen auch in Zukunft stärker politisch engagieren werden. Gleichzeitig wird das zivilgesellschaftliche Engagement gefördert.

Fazit

**Jugendbeteiligung ist machbar, sinnvoll und macht Spaß!
Jugendbeteiligung ist nicht alles, aber ohne Jugendbeteiligung ist alles nichts! ■**

Ausführliche Informationen in der folgenden Broschüre:

Stange, Waldemar; Schrön, Anja und Bleckwedel, Timo: Jugend-Demografie-Dialog. Jugendbeteiligung als Zukunftsstrategie zur Gestaltung des demografischen Wandels in ländlichen Regionen. Berlin 2018

Download unter: www.demografie-portal.de/SharedDocs/Handeln/DE/Handlungshilfen/BMFSFJ-Jugend-Demografie-Dialog.html

(Dort finden sich auch die Literaturangaben)



Ländliche Regionen als attraktive Lebensräume für Kinder und Jugendliche?

Sonja Döring, Dr. Oliver Klein, Prof. Dr. Karl Martin Born

Die gegenwärtige Diskussion über die Entwicklung ländlicher Räume in Deutschland wird vielfach vom demografischen Wandel und der damit verbundenen Abwanderung junger Bevölkerungsgruppen geprägt. Vor diesem Hintergrund stellen wir eine empirische Untersuchung vor, in der Kinder und Jugendliche in der Gemeinde Grasberg bei Bremen befragt wurden.

Gerade die junge Generation nimmt einen erheblichen Einfluss auf die ländliche Entwicklung, indem sie durch ihre Vitalität das dörfliche Leben prägt und wichtige Impulse liefert, um die ländlichen Räume für nachfolgende Generationen attraktiv zu gestalten (Beierle et al. 2016). Daher steigt der Handlungsdruck für ländliche Kommunen zur Schaffung attraktiver Angebote, die insbesondere Kinder und Jugendliche ansprechen. Auf diese Weise kann die Lebensqualität erhöht und die Identifikation mit dem Heimatort bereits frühzeitig gefördert werden, um dem demografischen Wandel perspektivisch entgegenzuwirken (Faulde 2008).

Folgende Leitfragen stehen im Mittelpunkt des vorliegenden Beitrags: Welche Angebote müssen ländliche Räume für Kinder und Jugendliche bereithalten, um (weiterhin) ein attraktives Lebensumfeld zu bieten? Welche Rolle spielen Kinder und Jugendliche bei der Konzipierung der entsprechenden Angebote? Die Analyse dieser Fragestellungen erfolgt fallstudienbasiert am Beispiel der niedersächsischen Gemeinde Grasberg (Landkreis Osterholz), die unmittelbar östlich an die Hansestadt Bremen grenzt. In methodischer Hinsicht basiert die Studie auf einer standardisierten Befragung von insgesamt 63 Kindern und Jugendlichen (Alter: 12 bis 17 Jahre), die im Gemeindegebiet wohnhaft sind.¹ Ergänzend dazu wurden qualitative Interviews mit zwei Vertreter*innen der Gemeinde Grasberg sowie mit drei

Mitgliedern des Grasberger Jugendparlaments (JuPa) geführt, um die Erkenntnisse aus der quantitativen Befragung zu vertiefen und dadurch eine breitere Basis für die Entwicklung von Handlungsempfehlungen zu erhalten.

Die Gemeinde Grasberg – Lage und demografische Entwicklung

Zahlreiche Studien beschäftigen sich vor allem mit den Problemlagen ländlicher Regionen, die sich durch eine periphere Lage auszeichnen (z. B. ARL 2008; Dünkler et al. 2014; Mose und Nischwitz 2009). Im Gegensatz dazu stehen ländliche Räume im „Speckgürtel“ einer Großstadt weitaus weniger im Fokus, obwohl auch diese Regionen mit ähnlichen Herausforderungen – Schrumpfung, Überalterung, Abwanderung junger Bevölkerungsgruppen – zu kämpfen haben. Aufgrund der „Sogwirkung“ der benachbarten Großstadt können sich die demografischen Probleme vor Ort sogar noch verschärfen.

Aufgrund ihrer unmittelbaren Nähe zur Hansestadt Bremen ist die Gemeinde Grasberg ein treffendes Beispiel für eine solche Kommune mit ländlicher Prägung im großstädtischen Einflussbereich (vgl. Abb.). Die Gemeinde liegt im Südosten des Landkreises Osterholz in Niedersachsen und erstreckt sich über ein Gebiet von 56 km². In der Gemeinde leben insgesamt 7 742 Menschen (Stand: 2016), was einer Bevölkerungsdichte von 143 Einwohnern pro km² entspricht (Landkreis Osterholz 2016). Mit einem Altersdurchschnitt von 44,4 Jahren ist Grasberg derzeit zwar die jüngste Gemeinde im Landkreis Osterholz. Allerdings deuten Bevölkerungsprognosen darauf hin, dass Grasberg bis zum Jahr 2030 durchschnittlich um 5,6 Jahre altern wird (Bezugsjahr 2013). Nach Einschätzung der Bertelsmann Stiftung wird sich insbesondere die Altersgruppe der unter 18-Jährigen deutlich verringern. Während die Zahl der 6- bis 9-Jährigen bis 2030 um 19 % abnehmen wird, fallen die Prognosen für die

Sonja Döring M.A., Projektbetreuerin, instara – Institut für Stadt- und Raumplanung GmbH, Bremen, info@instara.de

Dr. Oliver Klein, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Universität Greifswald, Institut für Geographie und Geologie, oliver.klein@uni-greifswald.de, www.geo.uni-greifswald.de

apl. Prof. Dr. Karl Martin Born, Lehrkraft für besondere Aufgaben, Universität Vechta, Institut für Strukturforchung und Planung in agrarischen Intensivgebieten (ISPA), karl-martin.born@uni-vechta.de, www.ispa.uni-vechta.de

¹ Insgesamt haben 103 Kinder und Jugendliche an der Befragung teilgenommen, von denen 41 aus den umliegenden Gemeinden stammen (v. a. aus Worpsswede und Lilienthal). Für die Ergebnisse dieses Beitrags sind jedoch nur die Einschätzungen der 63 Befragten aus der Gemeinde Grasberg relevant.

10- bis 15-Jährigen (-32 %) und 16- bis 18-Jährigen (-30 %) sehr viel dramatischer aus. Hingegen wird die Zahl der über 65-Jährigen im gleichen Zeitraum um fast 50 % ansteigen (Bertelsmann Stiftung 2016).

Es wird also deutlich, dass die Gemeinde Grasberg trotz ihrer vermeintlichen Gunstlage vom demografischen Wandel betroffen ist bzw. sein wird. Andererseits werden im Jahr 2030 voraussichtlich immer noch rund 1 200 Kinder und Jugendliche in Grasberg leben. Insofern bietet diese Altersgruppe weiterhin ein wichtiges Potenzial für die Gemeinde, welches durch die Bereitstellung attraktiver Angebote und Strukturen langfristig gesichert werden kann. Daher ist es sinnvoll, sich im Kontext dieses Fallbeispiels näher mit den Wünschen und Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen hinsichtlich eines attraktiven Lebensraums auseinanderzusetzen.

Angebote und Strukturen für Kinder und Jugendliche in der Gemeinde Grasberg – zwischen Wunsch und Wirklichkeit!?

Die Attraktivität ländlicher Räume für junge Generationen ist insbesondere vom Vorhandensein einer altersgerechten Infrastruktur abhängig. Die Gemeinde Grasberg hat diesbezüglich verschiedene Angebote und Strukturen aufgebaut, die im Folgenden kurz beschrieben werden.

Mobilität

In Grasberg verkehren insgesamt vier Buslinien. Während die Linie 632 die südlich von Grasberg gelegenen Gemeinden anfährt, bietet die Linie 630 eine Direktverbindung nach Bremen (Dauer: ca. 45 Minuten). Beide Linien werden durch die Eisenbahn- und Verkehrsbetriebe GmbH (EVB) getragen. Dieses ÖPNV-Angebot wird durch den ehrenamtlich organisierten Bürgerbus Grasberg/Worpswede ergänzt. Der Bürgerbus fährt zu einem Ziele innerhalb der Gemeinde Grasberg an (Linie 616), zum anderen wird die nördlich an Grasberg angrenzende Gemeinde Worpswede erschlossen (Linie 612). Während die Busse nach Bremen auch am Wochenende fahren, verkehren der Bürgerbus und die Linie 632 nur an Werktagen.

Freizeitangebote

Die Gemeinde Grasberg verfügt über verschiedene Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche, wobei insbesondere das Jugendzentrum Neo Tokio hervorzuheben ist. Hierbei handelt es sich um eine kommunale Einrichtung, deren Gründung im Jahr 1996 von der Schülerversammlung der ehemaligen Findorff-

Abbildung: Lage der Gemeinde Grasberg



Schule, heute IGS Lilienthal, angeregt wurde. Im Neo Tokio können unterschiedliche Angebote zur Freizeitgestaltung, wie z. B. Tischtennis, Billard, Basketball oder Playstation, wahrgenommen werden. In den Sommerferien stellen die sog. Ferienspaßaktion – ein von Eltern und örtlichen Vereinen getragenes Angebot an Freizeitaktivitäten für Kinder zwischen 3 und 14 Jahren – sowie die Kinder- und Jugendfreizeit der evangelischen Kirchengemeinde wichtige Initiativen dar, die größtenteils auf ehrenamtlicher Basis durchgeführt werden. Daneben bieten die örtlichen Vereine eine Vielzahl an Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Dazu zählen die Sport- und Schützenvereine, die Freiwillige Feuerwehr, die Landjugend-Gruppe Grasberg e.V. sowie die Dorfjugend in den Ortschaften Schmalenbeck und Rautendorf. Hingegen mangelt es in Grasberg tendenziell an privatwirtschaftlichen Angeboten, wie z. B. Einkaufsmöglichkeiten, Cafés oder einem Kino. Allerdings veranstaltet die Gemeinde an jedem ersten Mittwoch im Monat einen Kinoabend im Rathaus, der speziell auch junge Menschen ansprechen soll.

Partizipationsmöglichkeiten

Um Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich aktiv an der Gestaltung ihrer Kommune zu beteiligen, hat die Gemeinde Grasberg im Jahr 2007 das Jugendparlament (JuPa) ins Leben gerufen, welches zugleich die Interessen junger Menschen auf Gemeindeebene vertritt. Entsprechend darf als

JuPa-Mitglied nur kandidieren, wer zwischen 12 und 18 Jahren alt ist und in der Gemeinde Grasberg wohnt. Die gleiche Altersgruppe ist auch wahlberechtigt. In den vergangenen Jahren hat das JuPa zahlreiche Projekte realisiert, wie z. B. das Jugend-Freizeit-Ticket², die Initiierung von Tanzkursen oder die Neugestaltung des Bolzplatzes im Ortsteil Wörpedorf. Zudem hat das JuPa ein Anhörungsrecht im Gemeinderat und kann dementsprechend Anträge an diesen richten.

Ausgehend von diesen Angeboten und Strukturen wurden im Zuge der standardisierten Befragung schließlich die Erwartungen der Grasberger Jugend an ein attraktives Lebensumfeld analysiert. Dabei hat sich gezeigt, dass die 63 befragten Kinder und Jugendlichen vor allem die Standortqualitäten ihrer Heimatgemeinde schätzen. In diesem Zusammenhang wurden die „ruhige Umgebung“ sowie die „Nähe zur Natur“ besonders positiv bewertet. Ebenso scheint die Qualität des Wohnortes eng mit den sozialen Strukturen verbunden zu sein, da die „Nähe zur Familie“, die „Nähe zu Freunden“, die „Nähe zur Verwandtschaft“ und das „gesellschaftliche Miteinander“ entsprechend häufig genannt wurden (s. Tab. 1). Auf der anderen Seite hat die

Befragung offenbart, dass die Kinder und Jugendlichen sowohl die digitale Infrastruktur als auch die Freizeit- und Mobilitätsangebote innerhalb der Gemeinde Grasberg als ausbaufähig empfinden. So wurden die Antwortkategorien „zu langsames Internet zu Hause“, „zu langsames Internet unterwegs“, „Einkaufsmöglichkeiten“, die „Entfernung zu Bremen“, das „Fahrtenangebot Bus (ÖPNV)“ und das „Fahrtenangebot Bürgerbus“ besonders häufig als „nicht so gut“ empfunden (s. Tab. 2). Besonders alarmierend ist die Tatsache, dass keine*r der Befragten das örtliche Freizeitangebot als „gut“ empfindet, wie aus Tabelle 1 hervorgeht.

Weiterhin wurde im Zuge der Befragung überprüft, inwiefern die Angebote der Gemeinde Grasberg, die speziell Kinder und Jugendliche ansprechen sollen, bei der Zielgruppe bekannt sind. Hier ist deutlich geworden, dass das Kino im Rathaus, die Treffen der Dorfjugend, aber auch das eigens für die junge Bevölkerung Grasbergs geschaffene Jugendparlament (JuPa) noch relativ unbekannt sind. Letzteres ist insofern problematisch, da das JuPa als offizielles

Tabelle 1: Vorzüge der Gemeinde Grasberg aus Sicht von Kindern und Jugendlichen

Was gefällt dir gut an Deinem Wohnort? (bis zu 5 Antworten möglich)	
Antwortmöglichkeiten	Nennungen
Ruhige Umgebung	46
Nähe zur Familie	42
Nähe zu Freunden	36
Nähe zur Natur	31
Nähe zur Verwandtschaft	20
Gesellschaftliches Miteinander	19
Einkaufsmöglichkeiten	12
Fahrtenangebot Bus (ÖPNV)	6
Fahrtenangebot Bürgerbus	5
Nähe zu Bremen	5
Schulangebot	4
Partizipationsmöglichkeiten	2
Freizeitangebot	0
Sonstiges	6
Nichts	2

Quelle: Eigene Erhebung

Tabelle 2: Nachteile der Gemeinde Grasberg aus Sicht von Kindern und Jugendlichen

Was gefällt Dir nicht so gut an Deinem Wohnort? (bis zu 5 Antworten möglich)	
Antwortmöglichkeiten	Nennungen
Zu langsames Internet zu Hause	23
Zu langsames Internet unterwegs	21
Einkaufsmöglichkeiten	19
Entfernung zu Bremen	18
Fahrtenangebot Bus (ÖPNV)	18
Fahrtenangebot Bürgerbus	15
Freizeitangebot	11
Schulangebot	9
Entfernung zu Freunden	7
Ruhige Umgebung	5
Gesellschaftliches Miteinander	5
Nähe zur Familie	3
Partizipationsmöglichkeiten	2
Nähe zur Natur	1
Nähe zur Verwandtschaft	1
Sonstiges	4
„Mir gefällt alles an meinem Wohnort“	14

Quelle: Eigene Erhebung

² Hierbei handelt es sich um ein Ticket für das VBN-Gebiet (Verkehrsbund Bremen Niedersachsen), welches für Personen unter 21 Jahren angeboten wird. Dieses Ticket ist wesentlich günstiger als der Normaltarif.

Organ der Mitwirkung und Interessenvertretung für junge Menschen fungiert und somit Einfluss auf wichtige Entwicklungsprozesse innerhalb der Gemeinde nehmen kann. Demgegenüber sind das Jugendzentrum Neo Tokio sowie die evangelische Jugend als mögliche Anlaufpunkte deutlich bekannter. Während die Meinungen zum Neo Tokio sehr unterschiedlich ausfallen, werden die Aktivitäten der evangelischen Jugend recht gut angenommen und/oder aktiv unterstützt. Grundsätzlich ist es erstaunlich, dass nur etwas mehr als die Hälfte der befragten Kinder und Jugendlichen in einem Verein mitwirken, obwohl die Vereinskultur in der Gemeinde Grasberg sehr vielfältig ist und eine wichtige Säule für das gesellschaftliche Zusammenleben darstellt. Als Gründe für die Nichtmitwirkung wurden Zeitmangel sowie ein als unattraktiv empfundenen Vereinsangebot genannt. Die Befragungsergebnisse bekräftigen u. a. den Wunsch nach einem Basketball- oder Tanzverein sowie weiteren modernen Sportarten (z. B. American Football). Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass der größte Handlungsbedarf für die Gemeinde Grasberg in den Bereichen „Freizeit und Sport“, „Digitale Vernetzung“ sowie „Mobilität/ÖPNV“ liegt, um ein attraktiveres Lebensumfeld für Kinder und Jugendliche zu schaffen.

Fazit

Die Bewältigung des demografischen Wandels bedeutet für zahlreiche Kommunen, sich in erster Linie an den Bedürfnissen der älteren Generationen („65+“) auszurichten. Die Belange von Kindern und Jugendlichen stehen oftmals weniger stark im Fokus, obwohl sie „[...] das Fundament der Zukunft ländlicher Regionen [sind]“ (Roggendorf 2006: 47 f.). Mittlerweile entwickelt sich in vielen ländlichen Kommunen jedoch zunehmend ein Bewusstsein für die Zielgruppe der unter 18-Jährigen und deren Ansprüche an ein attraktives Lebensumfeld.

Dies gilt auch für die Gemeinde Grasberg, die in der Vergangenheit zahlreiche Angebote und Strukturen für Kinder und Jugendliche aufgebaut hat. Diese Angebote, die größtenteils von der Kommune getragen oder durch ehrenamtliches Engagement (z. B. Bürgerbus) umgesetzt werden, stoßen bei den jungen Menschen auf unterschiedliche Resonanz. Teilweise sind die Angebote noch recht unbekannt, was entsprechenden Handlungsbedarf hinsichtlich der Vermarktung implizieren würde. Zudem hat die Studie gezeigt, dass die Schaffung eines attraktiven Lebensumfelds für Kinder und Jugendliche offenbar in zunehmendem Maße auf die Zivilgesellschaft übertragen wird. Auch wenn die entsprechenden

Aktivitäten im Sinne eines Bottom-up-Ansatzes zu begrüßen sind, so sollte die Jugend dennoch verstärkt einfordern, dass ihre Bedürfnisse im Zuge der ländlichen Regionalentwicklung (wieder) stärker berücksichtigt werden. Als geeignetes „Sprachrohr“ würde sich das Grasberger Jugendparlament (JuPa) anbieten, wobei ein Interviewpartner anmerkt, dass es „leider oft an der Rückmeldung von Jugendlichen aus der Bevölkerung [mangelt], was die Arbeit des Jugendparlaments erschwert“. Insofern sollten die Kinder und Jugendlichen, aber auch ihre Eltern, verstärkt für die Arbeit des JuPa und dessen Funktion als Interessenvertretung für die Grasberger Jugend sensibilisiert werden. Denn ein attraktives ländliches Lebensumfeld für Kinder und Jugendliche wird sich perspektivisch nur dann entwickeln können, wenn verschiedene Institutionen auf regionaler Ebene – insbesondere die Gemeinde, der Landkreis, die Vereine und die Zivilgesellschaft einschließlich der jungen Bevölkerung – zielführend und ergebnisoffen zusammenarbeiten. ■

Literatur

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg., 2008): *Politik für periphere, ländliche Räume: Für eine eigenständige und selbstverantwortliche Regionalentwicklung. Positionspapier aus der ARL, Nr. 77. Hannover. Online unter: https://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/pospaper_77.pdf [11.01.2018].*

Beierle, S., Tillmann, F. und Reißig, B. (2016): *Abschlussbericht der Studie: Jugend im Blick – Regionale Bewältigung demografischer Entwicklungen. Projektergebnisse und Handlungsempfehlungen, München.*

Bertelsmann Stiftung (2016): *Grasberg: Relative Entwicklung der Altersgruppen. Online unter: <http://www.wegweiser-kommune.de/statistik/grasberg+relative-entwicklung-der-altersgruppen+2012-2030+tabelle> [11.01.2018].*

Dünkel, F., Herbst, M. und Schlegel, T. (Hrsg., 2014): *Think Rural! Dynamiken des Wandels in peripheren ländlichen Räumen und ihre Implikationen für die Daseinsvorsorge. Wiesbaden.*

Faulde, J. (2008): *Aktuelle Entwicklungen in den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen in ländlichen Regionen. In: Deutsche Jugend 56 (9), S. 369-377.*

Landkreis Osterholz (2016): *Der Landkreis im Überblick. Daten und Fakten: Einwohnerzahlen. Online unter: <https://www.landkreis-osterholz.de/portal/seiten/einwohnerzahlen-901000076-21000.html> [11.01.2018].*

Mose, I. und Nischwitz, G. (2009): *Anforderungen an eine regionale Entwicklungspolitik für strukturschwache ländliche Räume. E-Paper der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Nr. 7. Hannover.*

Roggendorf, B. (2006): *Regionalentwicklung als nationale und europäische Aufgabe. In: Faulde, J., Hoyer, B. und Schäfer, E. (Hrsg.): Jugendarbeit in ländlichen Regionen. Entwicklungen, Konzepte und Perspektiven, Weinheim, München. S. 43-51.*

Dorfaktivierung nach dem Saarburger Modell

Gesundheitsförderung und Prävention als Aufgabe der Kommune

Bernd Gard

Das „Saarburger Modell“ ist ein strukturiertes Werkzeug zur Förderung der Selbstorganisation der Bürgerschaft mit dem Ziel, die Kommune sozial, ökologisch und ökonomisch neu auszurichten und eine aktive, sorgende Gemeinschaft zu schaffen, welche die Grundsätze der Gemeinwohlökonomie anstrebt. Auf Grundlage der flexiblen Methodik des Saarburger Modells können sowohl die Ergebnisse des 7. Altenberichts der Bundesregierung als auch die Vorgaben des Präventionsgesetzes beispielhaft umgesetzt werden.

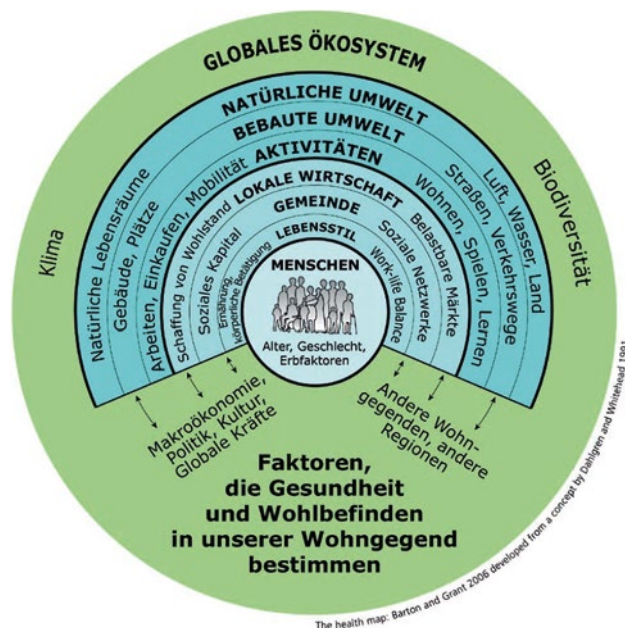
Gesundheitsförderung und Wohlbefinden

Das Saarburger Modell geht von dem Leitbild der ökologischen und psycho-sozialen Gesundheit aus. Grundlage für den Prozessverlauf im Saarburger Modell sind die Salutogenese – die Lehre davon, wie gesunde Lebenskräfte individuell sowie sozial entwickelt werden können – und die Ottawa-Charta der WHO von 1986. Ihr gesundheitspolitisches Leitbild orientiert sich an der Gesundheitsförderung als Prozess, der über gesunde Lebensweisen hinaus auf das Wohlbefinden insgesamt zielt. Neben der Qualität und Zugänglichkeit der sozialen und gesundheitlichen Versorgung, wozu auch Gesundheitsaufklärung und Präventivmedizin zu zählen sind, gehört zur Gesundheitsförderung die politische Gestaltung von gesundheitsrelevanten Faktoren und Umweltbedingungen, wie sie im humanökologischen Modell der Gesundheitsdeterminanten beschrieben werden (s. Abb.).

Von der Beglückung von oben zum begleiteten Prozess

Viele Maßnahmen der Gesundheitsförderung werden bisher von oben an die Zielgruppen herangetragen. Oft fehlt dabei der Bezug zur Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger, weshalb die erforderliche

Abbildung: Humanökologisches Modell der Gesundheitsdeterminanten im Siedlungsraum [Barton & Grant 2006: 252; verändert nach Whitehead & Dahlgren 1991]



Quelle: Leitfaden Gesunde Stadt, Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Bielefeld 2016

Nachhaltigkeit leidet. Vermeiden lässt sich eine solche Situation durch das direkte Einbeziehen der betroffenen Menschen. Sollen Veränderungen im Wohnumfeld initiiert werden, ist eine von der Wissensvermittlung begleitete Bürgerbeteiligung von elementarer Bedeutung. Nur wenn die Situation und die gesellschaftliche Entwicklung in der kommunalen Lebenswelt, z. B. hinsichtlich der demografischen Entwicklung, transparent gemacht werden, können sich Bürgerbewusstsein und Bürgerpotenziale entwickeln.

Bernd Gard

Ortsbürgermeister Mannebach, Dorfentwickler

berndgard@t-online.de

Das Changemanagement nach John Kotter sorgt hierbei für eine klare Strukturierung und die Prozessführung. Zu der im Rahmen der Unternehmensberatung entwickelten Methode gehören die Schaffung eines Bewusstseins für die Dringlichkeit des Wandels, die Identifizierung von besonders relevanten Gruppen/Personen und die Förderung von Vertrauen und Koalitionen der beteiligten Akteure. Der oft vorhandene Widerstand gegen Veränderungen kann hierdurch in positivere Bahnen gelenkt werden.

Das Bewusstsein der Eigenverantwortung für die eigene Lebensqualität in der Gemeinschaft fördert die Motivation zum Selbermachen und Mitmachen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen also überzeugt werden, dass es in ihrer Hand liegt, ihre jetzige und zukünftige Lebenssituation zu verbessern.

Sozialraumanalyse und sozialklimatische Gespräche

Die Sozialraumanalyse und die sozialklimatischen Gespräche des Dorfentwicklers bilden die Grundlage für eine erfolgreiche Startphase. Diese Analyse erfasst alle Faktoren, die die Lebenswelt der Menschen positiv und negativ beeinflussen.

Öffentlichkeitsarbeit und Marketingstrategie

Nachhaltige Gesundheitsförderung und Prävention in einer Gemeinde kann nur erreicht werden, wenn eine breite Öffentlichkeit eingebunden wird, es muss also eine Marketingstrategie entwickelt werden. Medien und Internet tragen zu einer sinnvollen und schnellen Verbreitung der bestehenden und der geplanten Aktivitäten bei, der Prozessverlauf und die Notwendigkeiten des Handelns der Projektgruppen werden so den Menschen nähergebracht. Ist dies erfolgreich, gewinnt der Prozess Dynamik und die Projektgruppen werden durch die erhöhte Aufmerksamkeit gestärkt. Diese Strategie führt zu vertikalen und horizontalen Vernetzungen.

Zukunftswerkstätten und Arbeitsgruppen

In den Zukunftswerkstätten werden in der Regel die Bereiche Kommunikation, Nachbarschaft, Seniorenaktivierung, Bewegung, Ernährung, regionale Mobilität, Digitalisierung und der Ausbau der touristischen Infrastruktur thematisiert. In den entstehenden Arbeitsgruppen werden dann in eigener Verantwortung individuelle Lösungen für die eigene Kommune entwickelt.

Praxiserprobte Bausteine aus dem Pilotprojekt „Mannebacher Mobilitätsmodell“ können dabei als

Wegweiser dienen. Für den Erhalt und die Verbesserung der individuellen Lebensqualität sowie zur Stärkung der dörflichen Gemeinschaft sind hier folgende Projekte umgesetzt worden:

- eine Lern- und Erlebnisfläche für Kinder – im Einklang mit der Natur,
- die Seniorenbegleitung – gegen die Einsamkeit,
- das Dorfmobil zur Förderung der regionalen Mobilität,
- eine organisierte Nachbarschaftshilfe zur Pflege des Miteinanders,
- das Projekt „Langes Leben im Dorf – barrierefreies Wohnen“ und der Aufbau einer nutzerorientierten Versorgungsstruktur,
- das Projekt „Vision-Inklusion durch technigestützte Kommunikation“ mit neuen Wegen aus der Einsamkeit und zur Telemedizin,
- die Dorfgesundheitshütte – ein Kommunikations- und Bewegungsraum der Zukunft.

Aufbau professioneller Strukturen und Vernetzung

Die vorhandenen Strukturen im Sozialraum wie Vereine und andere Initiativen sind einzubeziehen und deren Strukturen und Programme zu nutzen. Dies betrifft die vertikale und horizontale Ebene. Dabei ist Ehrenamtlichkeit ein wichtiger Faktor in der Entwicklung nachhaltiger Prozesse in der Kommune, sie ist aber nicht ausreichend, um Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Die Schaffung einer professionellen Struktur, z. B. einer Abteilung für Gesundheitsförderung und Demografie bei den Verwaltungen der regionalen Ebene, stabilisiert den Prozess und sorgt für einen dauerhaften Bestand. Dadurch wird die Nachhaltigkeit gesichert.

In der Verbandsgemeinde Saarburg wurde mit dem dort angesiedelten Dorfberater für Gesundheit und Demografie eine solche professionelle Stelle geschaffen; er begleitet und unterstützt den kommunalen Entwicklungsprozess seit 2016. Die neue Aufgabe der kommunalen Gesundheitsförderung stärkt das Selbstbewusstsein der Einzelnen und führt auch zu einer Aufwertung der Funktion der (gewählten) kommunalen Vertreter*innen und Gremien.

Prozessverlauf

Im Prozessverlauf sind Offenheit und Transparenz wichtig. Der Schwerpunkt besteht in der Vermittlung von Wissen und der Anleitung zur Verbesserung und Professionalisierung der vorhandenen kommu-

Die Gesundheitshütte in Mannebach

Nachdem sich in einer Befragung ca. 100 Dorfbewohner*innen an einem Ort für Bewegung und Kommunikation interessiert gezeigt hatten, wurde das Projekt in Angriff genommen. 2014 nahm die Mannebacher Dorfgesundheitshütte den Betrieb auf. Nach einer vierwöchigen Schnupperphase unter professioneller Anleitung trainieren Jung und Alt an verschiedenen Trainingsgeräten. Der moderne, mit Smart-Card zu steuernde Gerätepark wird von den Dorfbewohner*innen mit Begeisterung aufgenommen. Mehr als neunzig Dorfbewohner*innen nahmen das Schnuppertraining wahr. Ein Cardio-Fahrrad und ein Laufband sowie eine Gleichgewichtstrainingsscheibe ergänzen das Angebot.

Die Gesundheitshütte wird von 200 Bürgerinnen und Bürgern, darunter auch Personen über achtzig Jahre alt, genutzt. Die Qualität wird durch eine fachkompetente Anleitung gewährleistet.

Die Dorfgesundheitshütte ist zeitlich flexibel nutzbar und von 6.00 Uhr bis 22.00 Uhr geöffnet.

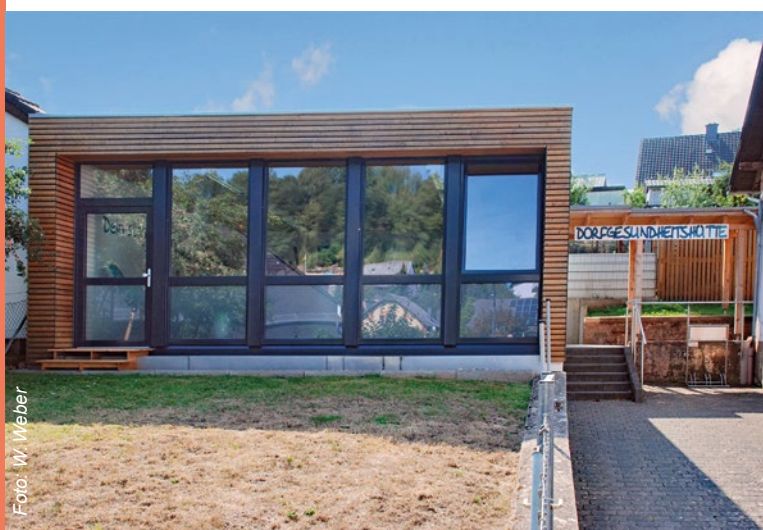


Foto: W. Weber



Foto: W. Weber

Dorfgesundheitshütte in Mannebach, Lkr. Trier-Saarburg

nalen Strukturen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass ein Prozess dann besser gelingt, wenn er von begeisterungsfähigen Bürgerinnen und Bürgern, die wissen, warum sie handeln, gestaltet wird. Das spricht für das Entstehen von Fördervereinen oder Gesundheitsgenossenschaften. Diese entwickeln sich zum Motor der Gesundheitsförderung und Prävention und helfen entscheidend mit, eine gute Zukunft zu gestalten. Zur Sicherung der Nachhaltigkeit und Verstetigung sollten die dadurch entstehenden Strukturen professionell gefestigt werden. Auch Top-down-Programme können auf diese Weise erfolgreich an der Basis umgesetzt werden.

Das Erfolgsmodell weitertragen

Die Dorfaktivierung nach dem Saarburger Modell erfasst die soziale, ökologische und ökonomische Neuausrichtung der Kommunen und ist nach fachlicher und sozial- wie gesundheitspolitischer Einschätzung des Berufsverbandes der Präventologen e.V. ein herausragendes und einzigartiges Erfolgsmodell für Kommunen, die sich zukunftsfähig aufstellen wollen. Der Verband kooperiert daher mit der Kommunal-Akademie Rheinland-Pfalz e.V. und der IKK Südwest bei der Gestaltung der Ausbildung zum/zur „Dorfentwickler*in für kommunale Gesundheit und Demografie“. Erstmals wurde 2017 ein solcher Lehrgang angeboten. Zur Verbreitung des Konzepts werden in Rheinland-Pfalz außerdem Informationsveranstaltungen für Kommunalpolitiker*innen, Mitarbeiter*innen von Verwaltungen und Kommunen sowie Bürger*innen angeboten.

Die bisher durchgeführten und laufenden Entwicklungsprozesse wurden durch die IKK Südwest, den Naturpark Saar-Hunsrück, die Stiftung des Landkreises und demnächst von der BEK und AOK gefördert. Die Landeszentrale für Gesundheit in Rheinland-Pfalz wirkt unterstützend und koordinierend mit.

Dorfaktivierung in Wiltingen

Im Weindorf Wiltingen wurde 2017 mit der Dorfaktivierung gemäß dem Saarburger Modell begonnen. Der Prozess dauerte mit Vorgesprächen über zehn Monate und wurde im Auftrag der IKK Südwest evaluiert und der Sachstand sowie die diesbezüglichen Zukunftserwartungen ermittelt. Die Auswertung der Befragung von Wiltinger Bürgerinnen und Bürger ergab erstens, dass diese mehrheitlich sportlich oder sonst körperlich aktiv und – durch alle Altersgruppen hindurch – viele gesundheits- und ernährungsbewusst sind, und zweitens, dass diejenigen, die die Dorfaktivierung vorantreiben wollen, im besonderen Maße



auf den weiblichen Bevölkerungsteil in Wiltingen setzen sollten. Positiv wird erwähnt, dass die Mehrheit der Bürger*innen sich zutraut, gemeinsam mit einem „Dorfmoderator“ zukünftige Dorfaktivitäten zu planen und umzusetzen. Die Beharrungskräfte dürften jedoch nicht unterschätzt werden, im Gemeinderat und den dörflichen Institutionen hätten sich Strukturen verfestigt, die nur durch ein Bürgerengagement aufgebrochen werden könnten. Hier sei es wichtig, nicht nur den Ortsbürgermeister sowie den Gemeinderat in das bürgerschaftliche Engagement einzubeziehen, sondern die Ortsgruppen auch aktiv, z. B. mit eigenen Ideen und Vorstellungen, an diesem Prozess zu beteiligen. Wenn die „Bewegung“ ins Dorf solle, dann müsse sich die Gemeinde (hier insbesondere der Ortsbürgermeister und der Gemeinderat, weniger der Dorfmoderator) für eine „Dorfgesundheitshütte“ einsetzen. In Wiltingen würde eine solche Einrichtung gerne angenommen werden.

Sie sollte zentral angesiedelt werden und nicht nur Geräte vorhalten, sondern auch einen „Kommunikationsbereich“, am liebsten in Form eines Cafés.

Die Forderung nach Mobilität, nicht nur für ältere Bürger*innen, erfordere ein Mobilitätskonzept, dass nicht allein einer ehrenamtlich organisierten „AG Mobilität“ überlassen werden könne, sondern professionelle Begleitung erfordere, wenn es nachhaltig erfolgreich sein solle. Aus diesem Grund sei ein „Dorfbegleiter“ (im Fragebogen Dorfmoderator genannt) als professionelle Instanz von erheblicher Bedeutung. Zwar seien die bisherigen Erfolge der AGs aus eigenem Antrieb entstanden – z. T. spontan – aber für weitere Aktivitäten, die das Dorfleben zukünftig prägen sollen, werde eine professionelle Instanz erforderlich sein. „Eine Dorfentwicklung gibt es nicht zum Nulltarif – weder ideell noch monetär.“ ■



Gesunde Dörfer

Karin Inama

„Gesundheit wird von Menschen in ihrer alltäglichen Umwelt geschaffen und gelebt: dort, wo sie spielen, lernen, arbeiten und lieben. Gesundheit entsteht dadurch, dass man sich um sich selbst und für andere sorgt, dass man in die Lage versetzt ist, selber Entscheidungen zu fällen und eine Kontrolle über die eigenen Lebensumstände auszuüben [...] füreinander Sorge zu tragen, Ganzheitlichkeit und ökologisches Denken sind Kernelemente bei der Entwicklung von Strategien zur Gesundheitsförderung.“¹

Im Juni 2003 lud der Flecken Ottersberg im Landkreis Verden, Niedersachsen, erstmalig im Rahmen eines Dorferneuerungsprozesses alle ortsansässigen Anbieter aus dem Gesundheitswesen in das Rathaus ein. Hintergrund bildete eine Stärken-Schwächen-Analyse, die für den Ort eine ungewöhnlich hohe Dichte an therapeutischen Angeboten, nicht nur im schulmedizinischen, sondern auch im komplementärmedizinischen Bereich, ergeben hatte. U. a. ist in Ottersberg die Hochschule für Kunst im Sozialen (HKS), heute die größte Hochschule für Kunsttherapie in Europa, angesiedelt.

Ich selber arbeitete seit Januar 2000 in einer Praxisgemeinschaft von Heilpraktikerinnen für Psychotherapie mit dem Schwerpunkt Systemische Familientherapie in Ottersberg. Im Rahmen meines Arbeitswissenschaftsstudiums an der Uni Hannover besuchte ich im April 2003 ein Seminar zum Thema „Gesunde Unternehmen – eine Appreciative Inquiry-Großgruppenkonferenz“. Ich verließ das Seminar mit dem Entschluss, mein Unternehmen so in die Um-

gebung zu öffnen, dass ein gemeinsamer kreativer Nutzen entstehen würde. Die Einladung des Fleckens Ottersberg fiel damit auf einen fruchtbaren Boden. Ohne diese Bereitschaft zur Öffnung wäre ich ihr wohl nicht nachgekommen.

Die Geburtsstunde des Gesundheitszentrums Ottersberg

Im Rathaus wurde den Mediziner*innen und Therapeut*innen erläutert, dass der Flecken Ottersberg Tourismusentwicklung betreiben wolle und die Gemeinde für uns Werbung auf Tourismusmessen und über eine Internetplattform betreiben könne. Auf die Frage, ob das auf unser Interesse stoße, wurde einhellig entgegnet, dass für die Ausweitung der Angebote eines jeden Anbieters in Ottersberg ein ganz anderes Problem bestehe: das Fehlen adäquater Arbeitsräume. Bevor die Raumfrage nicht geklärt sei, erschien allen Anwesenden eine Ausweitung von Werbung nicht sinnvoll.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion entstand die Idee, dass sich in Ottersberg ein Gesundheitszentrum entwickeln könnte und sollte, in dem sowohl schulmedizinische als auch alternativmedizinische Praxen, Gesundheitsberatung und Gesundheitsbildung untergebracht sein sollten. Auch die Architektur des Gebäudes sollte und müsste

dem Thema „Gesundheit“ Rechnung tragen. 2004 verabschiedete der Gemeinderat des Fleckens die Entwicklung eines Tourismuskonzeptes unter der Dachmarke „Kunst und Therapie“ für den Kernort Ottersberg.

Um weiterhin in einer strukturierten Form an der Zukunftsentwicklung des Ortes mitarbeiten zu können, entschloss sich ein kleiner Kreis aus sieben Personen 2005 zur Gründung des Vereins zur Förderung von Kunst, Therapie und Beratung im Flecken Ottersberg e.V. 2007 zählte der Verein bereits 49 Mitglieder und verfügte damit über ein vielfältiges Methodenrepertoire.

Als Projektträger des Gesundheitszentrums Ottersberg wurde 2012 eine Eigentümergemeinschaft gegründet, bestehend aus vier Ärztinnen und Ärzten, einer Physiotherapeutin und fünf Heilpraktiker*innen, die dort ihre Praxen eingerichtet haben. Ein Bewegungsstudio, Rehasportgruppen und eine Praxis für medizinische Fußpflege entstanden in einem zweiten Bauabschnitt.

Für den Neubau wurden ausschließlich wohngesunde Baustoffe und eine energieeffiziente Bauweise ausgewählt. Die Architekten sind auf nachhaltiges Bauen spezialisiert. Das Außengelände um das Gesundheitszentrum wurde vom NABU im Rahmen eines Projektes „Wege zur Artenvielfalt“



Karin Inama

Bildung | Beratung | Therapie,
Ottersberg

office@karin-inama.de
www.karin-inama.de

¹ Auszug aus der Ottawa-Charta der Weltgesundheitsorganisation (WHO), 1986
www.euro.who.int/de/publications/policy-documents/ottawa-charter-for-health-promotion,-1986

gestaltet: Ein großer Kräutergarten, ein Insektenhotel, Blühwiesen und Staudenbeete locken Insekten und Schmetterlinge jedweder Art an und bieten ihnen durch das Jahr hindurch ein reichhaltiges Nahrungsangebot. Eine Bank im Kräutergarten lädt Menschen ein, sich dort niederzulassen und den Pflanzen und Insekten zuzuschauen.

Von der Dorferneuerung zur Regionalentwicklung

Der ehemalige Regierungsbezirk Lüneburg war in der Zeit von 2007 – 2013 Ziel-1-Fördergebiet der EU². Um einen Entwicklungsprozess in dieser Region zu initiieren, wurden in diesem Gebiet regionale Entwicklungskonzepte erstellt. Der Flecken Ottersberg beteiligt sich am Integrierten Entwicklungskonzept der Wümme-Wieste-Region (ILEK Wümme-Wieste), einem Zusammenschluss von sechs Gemeinden aus zwei Landkreisen.

Beginn des Regionalentwicklungsprozesses war Ende 2005. Unser Verein beteiligt sich seit Mai 2006 in der AG Kultur und Soziales mit dem Projekt Gesundheitszentrum Ottersberg.

Durch den Blick über den Teller- rand des Ortes und die Auseinandersetzung mit den Förderrichtlinien der EU befördert erarbeitete der Verein ein Konzept zur Entwicklung einer nachhaltigen Gesundheitsregion mit den Bausteinen Gesundheitszentrum Ottersberg, Beitritt der Region zum Gesunde Städte-Netzwerk der Weltgesundheitsorganisation und der Entwicklung von Gesundheitstourismus.

Entwicklung und Zukunftstrends des Themenfeldes Gesundheit

- 1986 wird auf der ersten internationalen Konferenz zur Gesundheitsförderung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Ottawa-Charta zur Schaffung gesundheitsförderlicher Lebenswelten verabschiedet.
- Zur Förderung und Entwicklung neuer Modelle für eine gesundheitsfördernde kommunale Gemeindepolitik und zur Verbreitung dieser Modelle wird 1989 in der BRD das Gesunde Städte-Netzwerk gegründet. Alle Kommunen, die in das Netzwerk aufgenommen werden wollen, verpflichten sich per Ratsbeschluss zu einem 9-Punkte-Programm, in dem das Einverständnis mit den Zielen und Inhalten der Ottawa-Charta erklärt wird.
- Neben der rein auf die Heilung von Krankheiten ausgerichteten Medizin entsteht der neue Studiengang der Gesundheitswissenschaften mit der Fragestellung „Wie lässt sich Gesundheit erhalten?“
- 1999 veröffentlicht Leo A. Nefiodow sein Werk „Der sechste Kondratieff. Wege zur Produktivität und Vollbeschäftigung im Zeitalter der Information“. Aus seiner Sicht führt der Weg zur Vollbeschäftigung im 21. Jahrhundert über einen neu aufkommenden Gesundheitssektor. Er prognostiziert ab dem Jahr 2000 – 2005 einen neuen langen Wirtschaftszyklus über 60 Jahre zum Thema „psychosoziale Gesundheit“ als Basisinnovation.
- Der demografische Wandel stellt die Sozialversicherungssysteme in den Industrienationen vor neue Herausforderungen. Mit zunehmendem Alter entsteht eine Werteververschiebung vom reinen Konsumverhalten hin zu Investitionen für ein gesünderes, längeres und qualitativ besseres Leben.
- Die Nachfrage nach Gesundheitstourismus als Reiseform, bei der ein wesentlicher Teil der Reise damit verbracht wird, Körper, Seele und Geist zu pflegen, wächst.
- Gesundheit und nachhaltige Entwicklung: „Gute Gesundheit ist eine wesentliche Voraussetzung für nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Intersektorale Investitionen in Gesundheit erschließen nicht nur neue Ressourcen für die Gesundheit, sondern bringen auch größeren Nutzen, indem sie langfristig zur wirtschaftlichen und sozialen Gesamtentwicklung beitragen.“³ „Die Gesundheit der Menschen ist grundlegend mit der gesamten Umwelt verbunden. Unser ganzes Wissen deutet darauf hin, dass es nicht möglich sein wird, die Lebensqualität für Menschen und alles Leben zu erhalten, wenn nicht auf allen Ebenen drastische Änderungen in Einstellung und Verhalten erfolgen, was den Umgang mit der Umwelt und ihrer Erhaltung angeht.“⁴

GesundRegion Wümme-Wieste-Niederung 2007–2013

Im November 2007 erfolgte die Anerkennung als LEADER-Region durch das niedersächsische Landwirtschaftsministerium mit einem regionalen Budget von 2 Mio. €.

Die Region setzt den Fokus ihrer zukünftigen Entwicklung auf den Aspekt Gesundheit und sieht Potenziale und Chancen sowohl im engeren Gesundheitsbereich als auch in den vielen Verknüpfungsmöglichkeiten mit anderen Handlungsfeldern. Gesundheit wird hierbei nicht als die Abwesenheit von Krankheit definiert,

² Ziel-1-Gebiete sind Regionen mit Entwicklungsrückstand, deren Bruttoinlandsprodukt pro Kopf weniger als 75 % des EU-Durchschnitts ausmacht. www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-europalexikon/177373/ziel-1-2-3-gebiete

³ Gesundheit21: Eine Einführung zum Rahmenkonzept „Gesundheit für alle“ für die Europäische Region der WHO. Regionale Veröffentlichungen der WHO, Europäische Schriftenreihe, Nr. 5, 1998, www.euro.who.int/de/publications/policy-documents/health21-health-for-all-in-the-21st-century

⁴ Sundsvall-Stellungnahme. Stellungnahme der 3. Internationalen Konferenz für gesundheitsförderliche Lebenswelten, Sundsvall, 1991, www.gesunde-kommune.de/index.php/literaturglossar/82-unterseiten/92-sundsvall; englischer Originaltext: www.who.int/healthpromotion/conferences/previous/sundsvall/en/index4.html



sondern als ein Zustand des körperlichen, psychischen und sozialen Wohlbefindens. Der Begriff „Wohlbefinden“ umfasst dabei verschiedenste Aspekte: Arbeitsbedingungen und Einkommen, Wohnverhältnisse, Ernährung, das Verhältnis der Geschlechter, die Rolle von Kindern, Gewalt, die soziale Stellung, Bildungschancen etc. Mit der Entwicklungsstrategie „GesundRegion Wümme-Wieste-Niederung“ wird entsprechend der Lissabon-Strategie (Innovation als Grundlage für die Schaffung von Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen) und der Göteborg-Strategie (Nachhaltige

Entwicklung der EU) das Ziel verfolgt, neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu schaffen, bestehende zu sichern und zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen.⁵

2011 trat die Region dem Gesunde Städte-Netzwerk bei, ein Meilenstein, der bereits im Regionalen Entwicklungskonzept als Ziel formuliert war. Im Bereich „Gesundheitstourismus“ entwickelt und realisiert der Touristikverband Landkreis Rotenburg (Wümme) die NORDPFADE als zertifizierte Flachland-Wanderwege in und über die GesundRegion hinaus.

Ausblick

Auch in der neuen Förderperiode seit 2015 ist die GesundRegion Wümme-Wieste-Niederung wieder unter ihrem Motto aktiv. Bedingt durch das Präventionsgesetz, das 2016 auf Bundesebene verabschiedet wurde, und die Mitgliedschaft im Gesunde Städte-Netzwerk steht die GesundRegion in Verhandlungen mit einem Sozialversicherungsträger über die Förderung eines innovativen kommunalen Gesundheitsförderungsansatzes unter dem Titel „Gesunde Dörfer“. Die Region plant die Schulung von ehrenamtlich tätigen Gesundheitslotsen für jedes Dorf, um niedrigschwellige Informations- und Beratungsangebote vor Ort anbieten zu können.

Gerade der ländliche Raum mit den Prozessen der Dorf- und Regionalentwicklung und den breit gefächerten Handlungsfeldern bietet aus meiner Sicht einen geeigneten Rahmen, um Gesundheitsförderung und damit die Erhaltung und Förderung gesunder Lebenswelten, jeweils passend auf die Bedürfnisse und die Beteiligung der Bevölkerung zugeschnitten, zu gestalten. ■



⁵ Vgl. Regionales Entwicklungskonzept GesundRegion Wümme-Wieste-Niederung, S. 38f.

Weitere Informationen zu geförderten Projekten und dem Entwicklungsprozess finden Sie unter www.gesundregion.de

Förderprogramm für „Soziale Innovationen“

Die Niedersächsische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, Birgit Honé, über ein Förderprogramm der Niedersächsischen Landesentwicklung, mit dem individuelle Lösungen für die Bedürfnisse der Menschen in den Regionen und Projekte mit innovativen Ideen zur Verbesserung der Lebenssituation gefördert werden

Als bislang einziges Bundesland hat das Land Niedersachsen 2016 ein Förderprogramm für „Soziale Innovationen“ eingeführt. Welche Überlegungen spielten dabei eine Rolle und was verstehen Sie im Rahmen dieser Förderrichtlinie unter sozialen Innovationen?

Honé: Die Entwicklung und Einführung des Programms „Soziale Innovationen“ war damals ein wichtiger Baustein zur gezielten Umsetzung einer auf die Bedürfnisse der Regionen ausgerichteten Landesentwicklung. Wir wollen den Regionen die Möglichkeit geben, selbst Lösungen für ihre Herausforderungen durch den demografischen und gesellschaftlichen Wandel zu entwickeln.

Wir wissen alle, dass die Herausforderungen, die dieser Wandel mit sich bringt, in den jeweiligen Landesteilen unterschiedlich sind. Standardlösungen bringen uns hier also nicht weiter. Vielmehr sind wir überzeugt, dass wir für die Lösung der sozialen Herausforderungen und zur Deckung lokaler und regionaler Bedarfe neue, innovative und übertragbare Ansätze entwickeln und erproben müssen. Und genau das verstehen wir unter sozialen Innovationen.

Welchen Beitrag können soziale Innovationen für die regionale und lokale Entwicklung leisten?

Honé: Mit dem Förderprogramm haben wir ein Experimentierfeld geschaffen, auf dem unterschiedlichste Akteurinnen und Akteure ihre Ideen und neuen Ansätze zur Lösung einer bestehenden gesellschaftlichen Herausforderung einbringen können und die Möglichkeit erhalten, diese zu erproben. Das ist in dieser Form neu. Der Mehrwert für die regionale Entwicklung besteht darin, dass wir kreative Potenziale erschlossen haben, die vorher brach lagen.

Weshalb haben Sie sich speziell für die Förderschwerpunkte Arbeitswelt im Wandel und Daseinsvorsorge entschieden? Was wären im Kontext dieser beiden Förderschwerpunkte Beispiele für soziale Innovationen?

Honé: Das Förderprogramm wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert. Hinsichtlich der Verwendung der Mittel für bestimmte Themenfelder gibt es seitens der EU Rahmenvorgaben, die zwischen der EU und Niedersachsen abgestimmt werden. Die Förderschwerpunkte des Programms bilden diese Verabredungen ab. Für das Programm haben wir bewusst eine große thematische Breite gewählt. Damit wollen wir in erster Linie viele gute neue Ideen fördern und dies nicht durch eine Einengung des Fördergegenstandes behindern. Im Vordergrund stehen innovative Projekte zur Anpassung



Foto: O. Spata

Die Juristin Birgit Honé war von 2002 bis 2003 Regierungspräsidentin in Lüneburg. Von 2004 an arbeitete sie als Senatsmitglied beim Niedersächsischen Landesrechnungshof, bis sie 2013 vom Niedersächsischen Ministerpräsidenten zur Staatssekretärin für „Europa und Regionale Entwicklung“ ernannt wurde. Seit 2017 ist Birgit Honé Niedersächsische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung sowie Bevollmächtigte des Landes Niedersachsen beim Bund. Des Weiteren ist sie Mitglied der Europaministerkonferenz (EMK) der Länder und Mitglied im Ausschuss der Regionen (AdR).

von Unternehmen und Arbeitskräften an die gesellschaftlichen Veränderungen. Hinzu kommen innovative Vorhaben, um den Zugang zu Gesundheits- und Sozialdienstleistungen zu verbessern und zu sichern. Um die Initiierung, Erprobung und Umsetzung innovativer Projektansätze zu beschleunigen, werden zudem landesweit drei Stellen für Soziale Innovation bezuschusst.

Aus dem Programm sind viele spannende, aber auch unterschiedliche Vorhaben erwachsen. So fördern wir im Bereich Daseinsvorsorge beispielsweise einen sozialen Bürgermarkt oder Ansätze zur Telepflege und im Bereich Arbeitswelt den Betrieb eines Social Innovation Center oder ein Digital Leadership Lab. Das Social Innovation Center unterstützt Menschen, die sozialunternehmerisch tätig werden wollen, in der Gründungsphase. Beim Digital Leadership Lab geht es darum, Führungskräfte gezielt auf die Anforderungen einer digitalisierten Arbeitswelt vorzubereiten.

Warum werden die eingereichten Projektideen auch von den Ämtern für regionale Landesentwicklung geprüft?

Honé: Da wir mit dem Programm „Soziale Innovation“ ja gezielt Antworten auf die konkreten Herausforderungen vor Ort in den Regionen suchen, sind die Ämter für regionale Landesentwicklung natürlich bei der Entwicklung sowie bei der Bewertung und der Auswahl der Vorhaben intensiv beteiligt. Sie kennen die Region und die Bedarfe vor Ort und sie wissen am besten, ob und wie bestimmte Projektideen in die regionalen Handlungsstrategien passen. Insofern sind die Vorhaben der sozialen Innovation wichtige Bausteine zur Umsetzung der regionalen Handlungsstrategien. Die regionalen Handlungsstrategien sind die Grundlage für die Arbeit unserer vier Landesämter: In Zusammenarbeit mit den Akteurinnen und Akteuren vor Ort haben sie in einem ersten Schritt die Regionen analysiert, Stärken und Schwächen identifiziert und dann festgelegt, welche Anforderungen besonders vordringlich gelöst werden müssen und welche langfristigen Perspektiven sich bieten.

Wie beurteilen Sie den bisherigen Erfolg des Programms?

Honé: Für eine fundierte Antwort ist es angesichts der bisher kurzen Laufzeit noch zu früh. Wenn man

aber berücksichtigt, dass wir hier ein völlig neues Terrain betreten haben und es sich ja selbst um ein innovatives Programm handelt, wurden unsere Erwartungen schon jetzt übertroffen. Nach anfänglicher Skepsis gegenüber dem Programm verzeichnen wir inzwischen ein großes Interesse und eine hohe Nachfrage. In vier Runden sind bisher 90 Interessensbekundungen eingegangen, aus denen wir bisher knapp 30 Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von rund 8 Mio. € bewilligt haben. Ich denke, dass sich das sehen lassen kann.

Auch das Interesse an dem Programm aus Brüssel sowie aus anderen Bundesländern zeigt mir, dass wir hier etwas Tolles auf den Weg gebracht haben und den Menschen in Niedersachsen ganz direkt den Mehrwert der Europäischen Union nahebringen können.

Sie haben es bereits gesagt: Die Finanzmittel für das Förderprogramm stammen aus dem ESF. Werden soziale Innovationen auch in der kommenden Förderperiode ein Bestandteil der EU-Förderung in Niedersachsen bleiben, auch wenn möglicherweise weniger Gelder aus dem ESF zur Verfügung stehen werden?

Honé: Tatsächlich müssen wir für die EU-Förderperiode von 2020 bis 2027 davon ausgehen, dass durch den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union sowie durch erhöhte Anforderungen an den EU-Haushalt vor allem in den Bereichen Integration und Sicherheit weniger Mittel für die Strukturfonds und damit auch für den ESF zur Verfügung stehen werden. Umso mehr werden wir für Niedersachsen an einer Förderstrategie arbeiten, die an den Bedarfen der Akteurinnen und Akteure in den niedersächsischen Regionen ansetzt und fachübergreifend wichtige Zukunftsthemen angeht. Soziale Innovationen zielen auf die Entwicklung, Erprobung und Umsetzung neuer Lösungen für Zukunftsfragen in partizipativen Prozessen. Die EU-Kommission setzt in ihren Verordnungsentwürfen für die nächste Förderperiode erneut Anreize für solche Innovationen, weil im gemeinsamen Wirken von Behörden, Privatsektor und Zivilgesellschaft neues Handlungspotenzial gesehen wird. Damit haben wir in Niedersachsen erste positive Erfahrungen gemacht. Wie wir diese zukünftig konkret weiter entwickeln wollen, werden wir im Rahmen des Strategieprozesses unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure erarbeiten. ■ Karin Zander

Welche Auswirkungen haben Initiator*innen von Innovationsprozessen auf die Regionalentwicklung peripherer ländlicher Räume?

Das Beispiel Mecklenburgische Seenplatte

Sophia Müller und Prof. Dr. Marius Mayer

Viele ländliche Räume Ostdeutschlands befinden sich seit 1990 in einer Abwärtsspirale. Vor allem periphere ländliche Räume entleeren sich, aufgrund von Arbeits- und Perspektivlosigkeit wandert hauptsächlich die junge Bevölkerung ab. Eine Region mit einem besonders negativen Entwicklungspfad ist die Mecklenburgische Seenplatte. Zwischen 1990 und 2015 verzeichnete sie einen Bevölkerungsrückgang um 17,7 % – von 319 000 auf 262 511 Einwohner*innen (StatA MV 2014). Zudem ist sie von Überalterung und Infrastrukturrückbau betroffen. Entgegen diesem Trend ziehen aber Menschen bewusst in die Mecklenburgische Seenplatte und setzen (innovative) Projekte um, auch Einheimische werden aktiv. Diese häufig als „Raumpioniere“ (Matthiesen 2004) bezeichneten Akteure gelten oft als Chancen für die Regionalentwicklung solcher Periphereräume (Dehne 2013), ohne dass jedoch tiefergehende Analysen des von den Akteuren ausgehenden regionalen Innovationspotenzials existieren.

Dieser Beitrag zeigt auf, welche Innovationsprozesse in der Regionalentwicklung der MSE durch innovative Akteure angestoßen werden. Er analysiert die Hintergründe und Motivationen der häufig in die Region migrierten Innovator*innen, versucht eine Wirkungsanalyse der umgesetzten Projekte, beleuchtet aber auch Hindernisse für solche Entwicklungsprozesse.

Endogene Potenziale durch zugewanderte Innovator*innen

Es gibt bereits wissenschaftliche Arbeiten zum Phänomen der Migrationsbewegung in periphere ländliche Gebiete wie Exurbia (Taylor 2009), Amenity Migration (Abrams und Gosnell 2011) oder Raumpioniere, die Matthiesen (2011) in Ostdeutschland seit den 1990er Jahren beobachtet. „Bei Raumpionieren handelt es sich [...] um kleine Netze von Akteuren, die neuartige Nutzungen, Institutionen und Organisationen für Räume erproben, die aus der ursprünglichen Funktion gefallen oder deren ursprüngliche Verwendungsformen

ausgedünnt bzw. verloren gegangen sind.“ (Matthiesen 2011: 60).

Das Phänomen der Raumpioniere ist von Bedeutung für die Forschung über Initiator*innen von Innovationen im ruralen Kontext, da diese „die Qualitäten des ländlichen Raums auch für die gesellschaftliche Entwicklung sichtbar [machen] und zeigen, dass wir diese Räume für Innovationen und alternative Lebensmodelle brauchen“ (Dehne 2013: 180). Auch die Amenity Migrant*innen¹ sind in ihrem neuen Lebensumfeld innovativ tätig, indem sie sich sozial, zivilgesellschaftlich oder politisch engagieren und lokale Investitionen tätigen (Abrams und Gosnell 2011). Somit kann festgestellt werden, dass sowohl von Menschen, die dem Phänomen der Raumpioniere als auch dem der Amenity Migration zugeordnet werden können, in ihrem neuen, ländlichen Umfeld Innovationen ausgehen können und sie somit Einfluss auf die Entwicklung ihrer neuen Umgebung nehmen. Für Mecklenburg-Vorpommern fehlen allerdings Studien zu den Auswirkungen solcher Innovationsinitiator*innen noch fast vollständig.



Sophia Müller, MSc

Radwegemanagerin, Regionalmarketing
Günzburg GbR, Referentin in der politischen
Bildung

sophia.mueller@posteo.de

Prof. Dr. Marius Mayer

Juniorprofessor für Wirtschaftsgeographie
und Tourismus, Institut für Geographie und
Geologie, Universität Greifswald

marius.mayer@uni-greifswald.de



¹ Amenity Migration (etwas missverständlich ins Deutsche übersetzt als „Wohlmigrationsmigration“) meint die Wahl des Wohnortes gemäß bestimmter lokaler „Annehmlichkeiten“ (= amenity) wie z. B. naturräumliche Attraktivität, höhere Lebensqualität, bestimmte Freizeitangebote, günstiger Wohnungsmarkt etc.

Innovationen sind nach den meisten Definitionen vornehmlich in Agglomerationsräumen lokalisierbar (Fraunhofer ISI et al. 2000; Meier 2008), da dort eine hohe Dichte an Unternehmen und Forschungseinrichtungen zu finden ist. Außerdem sind Agglomerationsvorteile vorhanden (Bathelt und Glückler 2012). Die meisten Innovationen werden dem technischen Bereich zugeordnet (Rogers 1983; Koschatzky 2002; Meng 2012), da hier Neuerungen auch für die Endnutzer*innen meist deutlich erkennbar sind.

Ländliche Räume, vor allem in Ostdeutschland, fallen bezüglich der Innovationsdichte im Vergleich zu Agglomerationsräumen zurück (Barlösius et al. 2008). Es wäre jedoch unzulässig zu folgern, dass in diesen Räumen keinerlei Innovationen entstünden. Die Innovationsdefinition muss für ländliche Räume allerdings weiter gefasst werden, da ausschließlich technische Innovationen in ländlichen Räumen kaum zu finden sind, dafür aber Innovationen aus anderen Bereichen, wie z. B. auf soziokulturelle Phänomene bezogene Innovationen (Koschatzky 2002). Im Rahmen dieses Beitrags werden daher die folgenden vier Bereiche unter-

sucht: Kultur, Tourismus, Soziales und Bildung. Dafür ist die Auseinandersetzung mit dem Begriff der „sozialen Innovation“ notwendig. Charakteristisch dafür ist im Gegensatz zu technischen Innovationen die immaterielle, intangible Struktur (Howaldt und Schwarz 2010).

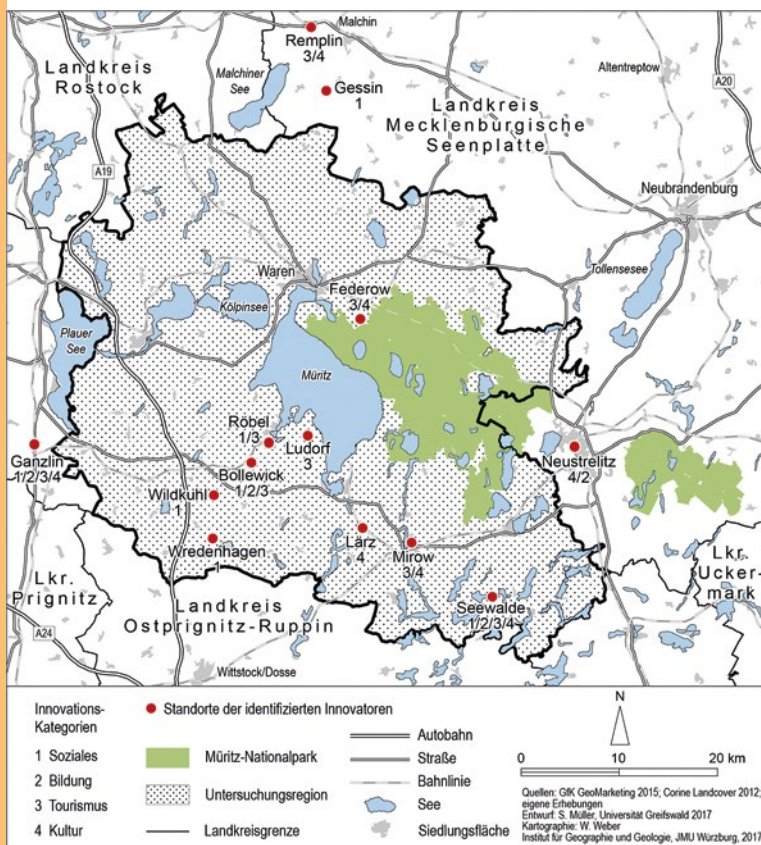
LEADER-Region Mecklenburgische Seenplatte-Müritz

Das Untersuchungsgebiet liegt im Südwesten des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte (MSE) und umfasst die LEADER-Region Mecklenburgische Seenplatte-Müritz (MSEM) (s. Abb. 1). Da die Lokale Aktionsgruppe (LAG) der MSEM teilweise von lokalen Akteuren besetzt ist, ist die Arbeit einer LAG eine Maßnahme der endogenen Regionalentwicklung und die Auswahl einer dergestalt abgegrenzten Region als Untersuchungsgebiet sinnvoll, da angenommen werden kann, dass einige Innovator*innen Mitglied der LAG und somit bereits direkt in der Regionalentwicklung tätig sind. Die LEADER-Region wurde darüber hinaus als Untersuchungsgebiet ausgewählt, weil sie bereits endogen von den Akteuren konstituiert wurde und somit davon ausgegangen werden kann, dass bereits Netzwerkstrukturen und ein gemeinsames Verständnis von „Region“ im Sinne einer Wahrnehmungsregion vorhanden sind. Zudem handelt es sich um eine durchgehend ländliche Region. Mit 33,5 Einwohner*innen/km² ist die ausgewählte Region eine der am dünnsten besiedelten Regionen in Deutschland (LAG 2015).

Nach der Wiedervereinigung 1990 hatte die MSE einen starken Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen. Seit 2012 klingt die Schrumpfung in den ländlichen Gemeinden ab. In den Städten Röbel/Müritz und Waren (Müritz) ist sogar von 2013 auf 2014 erstmalig wieder ein Zuwachs zu verzeichnen, der auf der die Sterberate übersteigenden Zuwanderung basiert (Müller und Mayer 2018).

Seit der Wende hat sich auch die Alterszusammensetzung der Bevölkerung stark in Richtung Überalterung verändert, womit ein deutlicher Rückgang der zu beschulenden Kinder und Jugendlichen einherging; allein zwischen 1990 und 2010 ging diese Altersgruppe um 60 % zurück. Als Folge dessen kam und kommt es zur Schließung und Zusammenlegung von Schulen. Zwischen 2000 und 2010 sank die Zahl der allgemeinbildenden Schulen in der Region von 151 auf 107. Besonders hart sind die ländlichen Gemeinden von den Schulschließungen betroffen, da sie dadurch im Wettbewerb um Einwohner*innen an Attraktivität verlieren und ein weiterer Bevölkerungsverlust droht.

Abbildung 1: Untersuchungsgebiet LEADER-Region Mecklenburgische Seenplatte-Müritz und identifizierte Innovator*innen



Quelle: Müller und Mayer 2018, S. 249.

Die Arbeitslosenquote in der MSE lag 2015 bei 13,2 % und ist damit sowohl im landes- als auch bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich hoch. Auch der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung liegt mit nur 35 % deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (54,2 %). Gründe für diesen niedrigen Anteil sind bei dem hohen Durchschnittsalter der Bevölkerung und der Saisonalität des bedeutendsten Wirtschaftsfaktors der Region, des Tourismus, zu suchen (Müller und Mayer 2018).

Methodisches Vorgehen

Um Innovationen in der MSEM zu identifizieren, wurden folgende Auswahlkriterien erstellt:

- Verortung der Initiator*innen in der LEADER-Region MSEM oder in der unmittelbaren Umgebung, da ihr Wirken auf diese Region untersucht werden soll.
- Innovation betrifft die Region MSEM bzw. die unmittelbare Umgebung, da die Auswirkungen auf diese Region erforscht werden sollen.
- Innovationen sind entweder a) vollkommen neue Ideen (objektives Innovationsverständnis) oder b) erstmalige Anwendung/Umsetzung einer bereits an anderen Standorten bekannten Idee in der Region (subjektives Innovationsverständnis).

Die Suche nach Innovator*innen in der MSEM beruhte auf einer umfangreichen Internetrecherche kombiniert mit einem Schneeballsystem, bei dem durch bereits identifizierte und kontaktierte Innovator*innen oder andere Personen (bspw. aus der Landkreisverwaltung oder aus der Regionalentwicklung) Kontakte vermittelt wurden.

Die eigene Empirie beruht auf zwei Formen qualitativer Forschung:

1. Gruppendiskussion in einer Fokusgruppe aus lokalen Innovator*innen und Lokalpolitiker*innen im Februar 2016
2. Problemzentrierte Leitfadeninterviews mit lokalen Innovator*innen, Lokalpolitiker*innen und Verwaltungsmitarbeiter*innen im Februar und März 2016

Für die Wirkungsanalyse der identifizierten Innovator*innen in der MSEM müssen adäquate Indikatoren für ländliche Regionalentwicklung in peripheren Regionen verwendet werden. Dabei wird nicht zwischen beabsichtigter und unbeabsichtigter Wirkung unterschieden, da nicht die alleinige Wirkung der einzelnen Innovator*innen für die eigene Einrichtung untersucht wurde, sondern deren Effekte für die endogene Regionalentwicklung. Viele der befragten Innovator*innen gaben an, einige unbeabsichtigte

Erfolge verzeichnen zu können. Außerdem wurde nicht der monetäre Erfolg der Innovationen bewertet, weshalb folgende Indikatoren der Bewertung des Erfolgs der Innovationen zugrunde gelegt wurden:

- Zuzug in die Gemeinde
- Geschaffene Arbeitsplätze
- Reichweite und Breite des Engagements

Innovationen und deren Auswirkungen auf die Region

Die 13 in der MSEM identifizierten Innovationen gehören zu etwa einem Drittel der Kultur- und Kreativwirtschaft im engeren Sinne an; die Mehrheit sind eher soziale Innovationen, deren Initiator*innen Gesundheitsfürsorge oder Bildungsprojekte etc. anschieben.

Anhand der oben dargelegten Indikatoren kann man zwei verschiedene Muster aufdecken, nach denen sich die untersuchten Innovator*innen etablieren:

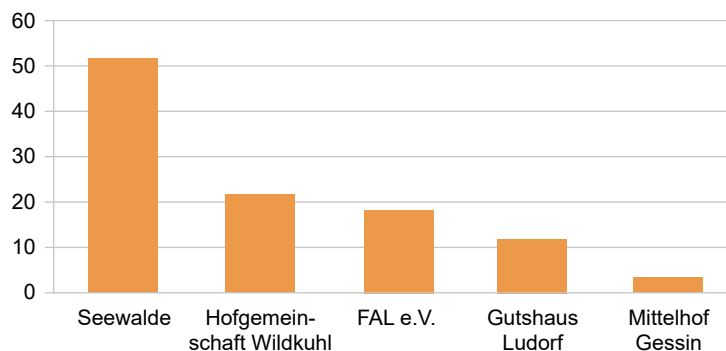
1. Die einzelnen Innovator*innen siedeln sich in der Region an, schließen sich verschiedenen Netzwerken an, bleiben aber in ihrer täglichen Arbeit Einzelkämpfer*innen.
2. Die Mitglieder einer innovativen Einrichtung entwickeln Ideen für weitere Innovationen und setzen diese auch um. So bündeln sich mehrere Innovationen an einem Ort zu einem innovativen Zentrum, das Strahlkraft besitzt und weitere Innovator*innen anzieht.

Die Innovationen gehen meist von Zugezogenen aus, in der Regel Einzelpersonen oder kleinen Gruppen, die aber schnell vor Ort Mitstreiter*innen und Unterstützer*innen finden.

Die meisten befragten Innovator*innen sind mit dem Vorhandenen unzufrieden und wollen es verbessern bzw. Neues schaffen. Dabei steht die idealistische Motivation im Vordergrund, der monetäre Erfolg ist nachrangig. So begab sich bspw. ein Dorf auf Arztsuche, um die Lebensqualität im Dorf zu steigern und die älteren Bewohner*innen im Dorf halten zu können. An anderer Stelle wurde im Angesicht von drohender Arbeitslosigkeit und des Verfalls von alter Bausubstanz nach der Wende ein Weg gesucht, diese negative Entwicklung durch eine neue Nutzung der alten Gebäude aufzufangen.

„Solche Ideen entstehen aus der Not heraus – man hat da so ein Ding im Dorf stehen und es ist ein Schandfleck und man muss was damit machen [...] Ich hatte eine Vision, ich wollte die Scheune wieder aufbauen.“ (ehrenamtlicher Bürgermeister)

Abbildung 2: Durch Innovator*innen in der LEADER-Region Mecklenburgische Seenplatte-Müritz geschaffene Arbeitsplätze



Quelle: Müller und Mayer 2018, S. 259

„Die ganze Landwirtschaft brach zusammen und es gab dann hier 50, 60, 70 Prozent Arbeitslose.“

(Geschäftsführer eines in der Bildungsarbeit aktiven Vereins)

Andere Innovator*innen sind Zugezogene, die eine neue, sinnstiftende Aufgabe für den Ruhestand suchten.

„[Ich wollte mich etwas widmen,] was touristisch und historisch interessant ist und was so eine Eigenständigkeit, auch so eine Erlebbarkeit, auch so eine Freude des Daseins einfach trägt. ... Und da dachte ich mir, ich versuche es mal mit Kunst.“

(mittelständischer Unternehmer und Kurator)

Insgesamt sind positive Auswirkungen der Innovator*innen auf die Region zu beobachten. Sie sorgen für neue infrastrukturelle Einrichtungen, sind am Wiederaufbau historischer Gebäude beteiligt und beleben den ländlichen Raum, indem sie Arbeitsplätze schaffen: *„Und dann macht es ja Spaß, wenn so ein Dorf kein Schnarchdorf ist, wenn noch gearbeitet wird.“* (Dorfladenbetreiber)

Besonders die innovativen Zentren in Seewalde, Bollewick, Wangelin, Ludorf und Gessin schaffen Arbeitsplätze (s. Abb. 2).

Die Innovator*innen organisieren kulturelle Veranstaltungen und machen den ländlichen Raum wieder lebenswerter: *„Kultur ist ja nicht mehr nur ein weicher Standortfaktor, sondern teilweise schon ein harter Standortfaktor, weil die gebildeten Leute wollen auch Kultur haben und wollen nicht jedes mal 300 Kilometer fahren, um Kultur genießen zu können.“* (Mitarbeiterin des Landratsamtes Mecklenburgische Seenplatte)

Zudem üben Innovator*innen in der MSEM ehrenamtliches (politisches) Engagement aus. Es sollen Orte geschaffen werden, *„wo es Spaß macht zu sein“*. (mittelständischer Unternehmer und Kurator)

Hindernisse für Innovator*innen

In den Gesprächen mit den Innovator*innen in der Untersuchungsregion wurden einige Hindernisse deutlich. So werden die Kreisgebietsreform 2011 und die Gemeindefusionen als negativ für die Handlungsfähigkeit der administrativen Einheiten angesehen.

Die Vergabe von Fördermitteln ist nach Aussage der Innovator*innen zu kompliziert und langwierig. Dies trifft auch auf das LEADER-Programm zu. Die vorhandenen Förderrichtlinien seien veraltet und würden dem Großteil der innovativen Projekte nicht gerecht.

In den Gemeinden gehen des Weiteren in der Regel die Einwohnerzahlen zurück, dementsprechend erhalten sie weniger finanzielle Mittel. Trotzdem haben sie gleichbleibend hohe Ausgaben für Abwasserentsorgung, Instandhaltung der Straßen, Straßenbeleuchtung etc. Es werden also individuelle Lösungen benötigt, die als neue Basis für Förderrichtlinien dienen könnten. Standards wie Mindestschülerzahlen für Schulen/Klassen, Straßenbreite, Stromversorgung und ÖPNV sind weitere Themen, die nach den herkömmlichen Bestimmungen nicht mehr für die Bevölkerung befriedigend geregelt werden können und somit einer neuen Regelung bedürfen. Dafür ist inzwischen eine Kooperation zwischen der Akademie für nachhaltige Entwicklung (ANE) und einem lokalen Bürgermeister entstanden, mit dem Ziel, praxisorientierte Lösungen für die genannten Probleme zu finden und diese dann eventuell in Zusammenarbeit mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern bzw. dem Landkreis MSE umsetzen zu können.

Die Entwicklung der MSEM ist außerdem durch die politisch rechte Ausrichtung vieler Einwohner*innen gefährdet. Da Zuzügler*innen genau recherchieren, welchen politischen Hintergrund die zukünftige Heimatregion hat, könnte ein hoher Prozentsatz an rechten Wähler*innen ein Faktor sein, der Zuzug in die betreffenden Regionen behindert.

Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen

Dörfer mit einer aktiven und vernetzten Bürgerschaft, in denen sich ein innovatives Zentrum gebildet hat, können stabile Einwohnerzahlen aufweisen. Wohnungsleerstand und aussterbende Dörfer gibt es in diesen untersuchten Gemeinden durch die Ansiedlung der Innovator*innen derzeit nicht. Innovative Zentren sind wichtige Arbeitgeber in der Region.

Die Arbeitsplätze bieten einerseits Einheimischen eine Perspektive für ihr Leben im ländlichen Raum, andererseits ziehen sie auch weitere Menschen an und geben ihnen die Möglichkeit, in die MSE zu ziehen und dort ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Zudem ist die Schaffung von Arbeitsplätzen im dörflichen Umfeld eine geeignete Strategie gegen das Aussterben des sozialen Lebens in den Dörfern. Die Dörfer erhalten wieder einen Sinn, nicht alle Bewohner*innen müssen zur Arbeit auspendeln und es entstehen mehr und mehr selbst organisierte infrastrukturelle Einrichtungen in den Dörfern.

Innovationen aus soziokulturellen Bereichen tragen zur endogenen Regionalentwicklung bei, da sie einen Beitrag zur kulturellen Vielfalt in der Region leisten und Aufgaben der Daseinsvorsorge übernehmen. Es wird eine Entwicklung der Region von innen heraus nach den jeweiligen Bedürfnissen geschaffen.

Durch ihre zumeist soziokulturelle Ausrichtung eröffnen sie wieder Möglichkeiten für das an vielen Orten verlorengegangene, niedrigschwellige Sozialleben im Rahmen von zufälligen Treffen, beispielsweise im Dorfladen oder bei kulturellen Veranstaltungen. Zudem ziehen die innovativen Zentren weitere Innovator*innen an.

Die tragenden Akteure der innovativen Zentren erkennen selbst regionale Notwendigkeiten und reagieren darauf mit den entsprechenden individuellen, bedarfsgerechten Lösungen. Mit einer Individualisierung von Standards könnten auf die jeweilige Situation angepasste Lösungen gefunden werden, beispielsweise im ÖPNV, bei der Altenpflege oder der Schülerzahl in Schulen.

Allerdings werden die innovativen Zentren von den Innovator*innen selbst als Leuchtturmprojekte angesehen. Die Hoffnung, die breite Bevölkerung würde nach deren Vorbild eigene innovative Projekte ins Leben rufen und so ihr Umfeld lebenswerter gestalten, sei illusorisch. Ob es mit Hilfe der innovativen Zentren gelingen wird, den allgemeinen Trend der Entleerung der MSE aufhalten zu können, ist daher mehr als fraglich. Allerdings stellen sie zumindest ein bedeutendes Gegengewicht zu diesem Trend dar, indem sich zwar einige Dörfer entleeren, sich im Umfeld der innovativen Zentren aber wieder mehr Menschen ansiedeln.

Folgende konkrete Handlungsempfehlungen lassen sich aus den Ergebnissen der Studie ableiten:

- Den Innovator*innen in der MSEM ist eine weitere Vernetzung anzuraten, um Synergiepotenziale besser nutzen zu können und Erfahrungsaustausch sowie gegenseitiges Lernen zu verbessern. Auch für die von der ANE angestrebte Individualisierung von Standards in ländlichen Räumen ist eine Vernetzung sinnvoll, um mit einer gemeinsamen Stimme zu sprechen.
- Die Vergabemodalitäten von Fördermitteln sollten weniger komplex, transparenter und schneller ablaufen. Dies gilt auch für das LEADER-Programm.
- Die Förderung sollte besser an die tatsächlichen Notwendigkeiten angepasst werden, da oft einige Bestimmungen von den untersuchten Akteuren nicht erfüllt werden können und sie somit aus den Förderrichtlinien fallen (z. B. Eigenanteil-Regelungen). Ein erster Schritt zur Flexibilisierung wäre auch hier eine Individualisierung der Standards.
- Da die Innovator*innen offen für eine Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen sind, sollte dies in Zukunft verstärkt forciert und in langfristigen Partnerschaften betrieben werden. Dadurch wächst auch der regionale Austausch zwischen den Innovator*innen, der für eine Vernetzung und gemeinsame Projekte notwendig ist.

Die Landesregierung sollte mehr Hilfestellungen und Anreize für innovative, nicht primär gewinnorientierte Projekte bieten, die soziale Infrastruktur, kulturelles Angebot und allgemein die Lebensqualität in peripheren, ländlichen Räumen verbessern können (z. B. private Bürgerbusse, Zwergschulen oder Einrichtungen für die Freizeitgestaltung).

Abschließend lässt sich festhalten, dass jede einzelne Einrichtung für sich bereits zukunftsweisende Ideen vorweisen kann. Die konsequentere Kommunikation dieser Ideen in die Region ist zukünftig wünschenswert, damit mehr Akteure von den gemachten Erfahrungen profitieren können. Die Nachhaltigkeitsziele der Innovator*innen können durch den Austausch von Ideen, Konzepten und Erfahrungen sowie durch gemeinsame Projekte effizienter, kostengünstiger und langfristiger wirkend realisiert werden und somit zu einer endogenen Regionalentwicklung beitragen. ■

Die Kunst Neuland zu gewinnen

Siri Frech, Babette Scurrall, Andreas Willisch

Ostdeutschland verändert sich noch immer in einem rasanten Tempo. Gerade das Land und kleine Städte sind zum Sinnbild steckengebliebener Entwicklungshoffnungen geworden. Seit 2012 unterstützt die Robert Bosch Stiftung mit dem Programm „Neulandgewinner. Zukunft erfinden vor Ort“ engagierte Menschen und Initiativen, die Chancen auf Veränderung sehen.

Das Land kommt wieder ins Gerede. Zwischen der Welt der „Landlust“ und der Welt der Wutbürger*innen scheint es auf den ersten Blick keine Verwandtschaft zu geben: Auf der einen Seite finden wir die Ästhetik von Wärme und Ausgeglichenheit, auf der anderen Seite schneidend kalten Protest gegen jegliche Veränderung; auf der einen Seite die Anrufung des Heimatlichen und auf der anderen Seite die Klage über gesellschaftliche Obdachlosigkeit. Schaut man genauer hin, erkennt man die Wucht der Veränderungen. Zwischen den Welten von „Landlust“ und Wutbürger*innen liegt das Land der Neulandgewinner*innen. Meist kommt es weniger laut und spektakulär rüber, wenn man sich kurz vor der Rente noch einmal aufmacht, mit Landfrauen Marmelade aus Wildfrüchten zu kochen oder ein Tausch- und Schenkhaus einzurichten. Vor den öffentlichen Klagen zur Misere des Bildungssystems erscheinen ein Kurs in Heim(at)arbeit oder tobende Kinder auf Strohhallen klein. Ein Dorfladen, der sich gegen die Discounter stellt, wirkt wie ein verzweifelter David, der

gegen die Goliaths keine Chance hat. Eine urbane Farm, die zwischen den leeren Neubaublocks Ziegen hält und blaue Kartoffeln kultiviert, wird zunächst von den Anwohner*innen beargwöhnt, und die jungen Leute, die den Verkehr auf Usedom auf Strom aus erneuerbaren Energien umstellen wollen, verzweifeln schon an der Skepsis ihrer Familien. Hat Neulandgewinnen eine Chance, erst recht auf dem Land, in der Provinz fernab der hippen Metropolen?

Die Frage stellt sich nicht oder wenn, dann umgekehrt: Das Land hat eine Chance auf Zukunft, wenn es den Wert dieser meist stillen und unermüdlichen Transformationsagent*innen¹ erkennt. Die Zukunft unserer Gesellschaft kann nicht in Konzern- oder Parteizentralen, in teuren Planungsstäben, Think Tanks oder Creative Cities erdacht und gemacht werden. Es reicht auch nicht aus, dass die Umbrüche in den großen Städten vollzogen werden, während das Land irgendwie alimentiert wird. Das Land sucht nach seiner eigenen Rolle in den

Veränderungsprozessen unserer Zeit. Das Programm „Neulandgewinner. Zukunft erfinden vor Ort“ unterstützt Menschen, die sich auf die Suche nach der Zukunft des Landes begeben haben.

Wirkungswelten

Ihre Neulandgewinner-Projekte schaffen in dreifacher Weise Veränderungen. Zunächst einmal leistet die Umsetzung ihres konkreten Projektes einen, wenn auch manchmal nur kleinen Beitrag zur Verbesserung der Situation vor Ort. So entstehen konkrete Angebote für die ländliche Gesellschaft: ein Tauschhaus wie in Wangelin, ein Blasorchester mit einem breiten musikalischen Unterrichtsangebot in Witzin, ein aufregender Lernort wie die Essbare Schule in Rheinsberg oder ein selbstorganisiertes Kulturhaus wie das Kühlhaus in Görlitz.

Das Engagement für Veränderung und die Suche nach Möglichkeiten für Gemeinschaft bringt neben der Verbesserung der Lebensqualität vor allem auch eine Festigung des sozialen Miteinanders. Diese Veränderungen sind viel weniger gegenständlich als die sichtbaren Veränderungen der Neulandgewinner-Projekte wie z. B. ein Kultur-Café, eine gerettete Kindergartenküche, die nun auch die Senior*innen im Dorf versorgt, eine nach dem Open-Source-Prinzip arbeitende offene Werkstatt oder eine Schüler-

Siri Frech, Babette Scurrall und Andreas Willisch

(Thünen-Institut für Regionalentwicklung eG) sind Herausgeber*innen des Buches „Neuland gewinnen – Zukunft in Ostdeutschland gestalten und Mentor*innen im Programm „Neuland gewinnen“.



¹ Vgl. Manfred Hettling: Bürgerlichkeit als kulturelles System, in: Foljanty-Jost, G., Hettling, M. und Sprotte, M. H. (Hrsg.): Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Internat. Graduiertenkolleg: „Formenwandel der Bürgergesellschaft – Japan und Deutschland im Vergleich“ Nr. 9, Halle 2010, <http://wcms.itz.uni-halle.de/download.php?down=16990&elem=2373556> (letzter Zugriff 28.11.2016).

firma, die ihr eigenes Geld produziert. Doch sie haben das Potenzial, die Bürger*innen in die Lage zu versetzen, auch nach Projektende Entwicklungsfragen zivilgesellschaftlich lösen zu können. Da ist zum einen die Wiederbelebung der Gemeindeöffentlichkeit zu nennen. Eine wichtige Leistung der Neulandgewinner*innen ist es, die Aufmerksamkeit für dieses kooperative Handeln in ihren Gemeinden zu steigern. Dadurch wird sichtbar, dass Zivilgesellschaft funktionieren kann, dass es Mit-Bürger*innen gibt, die ähnliche Interessen haben und denen man sich anschließen kann. Und mehr noch: Wenn kooperatives Handeln finanziell mit einer schwarzen Null abschließt, also ein Gewinn an Lebensqualität mit einem vertretbaren Ressourceneinsatz möglich wird, dann gibt es auch die Möglichkeit, gemeinsam zu „wirtschaften“ und eine neue Form der Allmende zu finden. Dabei ist es für die Neulandgewinner*innen klar, dass sich Wirtschaftlichkeit und Gemeinnützigkeit gegenseitig nicht ausschließen. Im Gegenteil, könnte beides besser miteinander verbunden werden, würde noch mehr Engagement für eine funktionierende Dorfgemeinschaft entstehen.

Und es gibt einen dritten Beitrag, den Neulandgewinner*innen für das Entstehen neuer zivilgesellschaftlicher Strukturen erbringen. Sie gewinnen in den meisten Fällen neue Mitstreiter*innen. Das heißt, durch ihr Engagement entsteht neues Engagement. Anne-Kathrin Muschke vom Kita-Förderverein in Kossebau erklärt es so: „Wenn sich jemand bereit erklärt, die Verantwortung zu übernehmen, Vereinsvorsitzende zu werden oder die schwierige Verwaltung des Geldes zu übernehmen, dann kommen auch viele und machen mit.“ Der Gärtnertreff der urbanen Farm in Dessau hat seine Mitstreiter*innen durch den



Foto: J. Gläser

Das Kloster von Zeitz war lange kein lebendiger Ort. Doch Ende 2013 unterschrieben 13 Erwachsene einen Pachtvertrag und zogen 2014 mit Kind und Kegel ein. Ihre Vision ist eine überregionale Kultur- und Bildungsstätte. Veranstaltungen finden aber schon seit 2014 statt: Kaffeetrinken, Musikfeste, Kultursommer, Kräuterwanderungen für Kinder und Imkerworkshops für Erwachsene. „Dabei ist uns wichtig, eng mit der Stadt, den Nachbarn und anderen Akteuren in der Region zusammenzuarbeiten“, sagt Neulandgewinner Thomas Haberkorn.

einladenden Gestus und die regelmäßige, verlässliche Anwesenheit mittwochs um 14 Uhr gewonnen und die Lehre aus Quetzdölsdorf lautet: „Wir müssen die Menschen durch die Wertschätzung ihres Tuns stärken – auch wenn es im Moment noch so geringfügig erscheint. Dank, Lob und Wertschätzung führen zu neuem Mittun und verstärkter Aktivität.“

Deutlich wird, dass die Zivilgesellschaft insgesamt durch die Neulandgewinner*innen,

ihre Teams und ihre Projekte eine Stärkung erfährt. Das Team aus Zeitz möchte nun parallel zur kulturellen Belebung des Klosters Posa direkt in der Stadt zwischen den Bürger*innen wirken und eröffnet in der alten Bibliothek einen Visionsraum, der lokale Akteure aus Stadt und Region zusammenbringen möchte. Der Generationenbahnhof in Erlau hat pünktlich nach der Förderung seine Türen geöffnet und ist zum neuen Mittel-



Foto: M. Kesberger

Das Tauschhaus in Wangelin ist eines von vielen Projekten, die das Leben im Dorf immer reicher werden lassen. Der Wangeliner Garten ist mittlerweile überregional bekannt und zieht Touristen in das kleine Nest. Die Lehmhausakademie genießt sogar internationales Ansehen. Als nächstes möchte Neulandgewinner Klaus Hirrich gemeinsam mit Flüchtlingen Lehmhäuser für integriertes Wohnen bauen.



Foto: J. Glascher

Hans Hüller, Bürgermeister von Witzin, hatte den Traum von einem offenen Orchester, das jedem Musikfan in der Region ermöglicht zu üben und mit anderen zu spielen – auch denen, die kein Geld haben, um sich selbst eine teure Trompete oder Noten zu kaufen. Der Weg war klar: Instrumente und Noten anschaffen, Räume suchen, Freiwillige gewinnen. Mittlerweile spielen über 50 Kinder ein neues Instrument.

punkt geworden, um den herum sich ganz neue Unterstützungsstrukturen eröffnen. Mit dem Motto „Vorsicht Lösungen“ ist die Werkstatt für lebenslanges Lernen in Qualitz mittlerweile zu einem überregionalen Vernetzungsort für Akteure geworden, die Neuland gewinnen wollen.

Aus dem Tun der Neulandgewinner*innen entstehen öffentliche Diskurse und thematische Netzwerke, die weit über Projektzeiträume hinaus wirksam sind

und weit mehr Menschen hohe Lebensqualität bieten als nur dem Team oder den Vereinsmitgliedern. Insgesamt wird die Aufmerksamkeit für Zivilgesellschaft und damit das notwendige Engagement für kooperative Aktivitäten erhöht, es werden neue Aktive hinzugewonnen und die schon Engagierten engagieren sich mehr.

Die Zukunft auf dem Land

Die Beobachtung, dass es häufig von engagierten Menschen abhängt, ob eine Gemeinde

lebenswert bleibt und Entwicklungschancen hat, sollte zu vielfältigen Formen der Unterstützung für diese Bürger*innen führen. Sie in den Kommunen zu finden, sie durch Wertschätzung, Aufbau von Beziehungen zu anderen Engagierten, zu Verwaltungen, Unternehmen und Zugriff auf Lernmöglichkeiten und Expert*innenwissen ebenso zu unterstützen wie durch Ressourcen und Geld, ist nach unseren Erfahrungen eine gute „Investition“ in die Zukunft. Wo dies geschieht, werden Gemeinwesen lebendiger, gibt es neue Ideen für das gute Leben vor Ort und Nachahmer*innen. Besondere Aufmerksamkeit verdienen in dem Zusammenhang Menschen, die noch keine „Profis des Ehrenamtes“ sind, die vielleicht noch lernen müssen, wie man Prozesse organisiert, wie man die eigenen Absichten öffentlich kommuniziert, damit sie Unterstützung finden können oder auch, wie man das Engagement in den eigenen Lebensalltag integriert.

Da das Themenfeld „unternehmerische Zivilgesellschaft“ sich als ein zentrales herauskristallisiert hat, wäre es wichtig, zu überlegen, inwieweit neuartige Beteiligungsformen für gemeinschaftliche Unternehmungen ausprobiert werden können. Es wäre beispielsweise einen Versuch wert, die erprobte Zusammenarbeit von Bürgerschaft, Verwaltung und Wirtschaft in einer wirtschaftsrechtlichen Form zu festigen und zu verstetigen. In welcher Form können die Bürger*innen Aufgaben der Daseinsvorsorge übernehmen, ohne mit dem Sozialsystem, dem Steuerrecht oder dem freien Handel in Konflikt zu kommen und doch mit dieser Arbeit ihre Existenz zu sichern?

Wenn einerseits über Möglichkeiten der Förderung einzelner engagierter Menschen nachge-

Neulandgewinner – ein Förderprogramm der Robert Bosch Stiftung

Seit 2012 unterstützt die Robert Bosch Stiftung kreative Pioniere in ihrem gesellschaftlichen Engagement. Alle zwei Jahre wählt eine Jury bis zu zwanzig dieser engagierten Menschen und ihre Projekte aus. Zur Umsetzung ihrer Neulandgewinner-Ideen bekommen sie zwei Jahre lang jeweils bis zu 50 000 €. Mentor*innen begleiten sie während des gesamten Förderzeitraums und sorgen in Workshops dafür, dass sie sich gegenseitig stützen und befruchten – und Zugang bekommen zu Entscheider*innen und Expert*innen über die Grenzen des Programms hinaus. Durchgeführt wird das Programm vom Thünen-Institut für Regionalentwicklung. Seit 2016 werden in Kooperation mit Länderministerien „Neulandgewinner der Länder“ aus Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt über das Programm gefördert.

Weitere Informationen zum Programm: www.neulandgewinner.de

Ansprechpartner: Andreas Willisch, Ines Hagenloch info@neulandgewinner.de

dacht wird, dann sollte im Gegenzug auch die Stabilisierung zivilgesellschaftlicher Infrastrukturen in den Fokus genommen werden. Im Raum steht dabei das Modell der freiwilligen Feuerwehren², wo Bürger*innen sich beinahe komplett ehrenamtlich für den Katastrophenschutz engagieren, während andererseits die erforderliche Infrastruktur (vom Feuerwehrhaus bis zur Qualifizierung) von der Gesellschaft getragen wird. Das könnte für die Zivilgesellschaft bedeuten, dass da, wo Engagement geleistet wird, die Gesellschaft die dafür notwendige bzw. explizit entworfene Infrastruktur vorhält. Worin dann konkret die gesellschaftlichen Leistungen für zivilgesellschaftliche Infrastruktur bestehen, sollte unmittelbar vor Ort ausgehandelt werden. Diese „staatliche Garantie“ für die Hardware der Zivilgesellschaft würde ihre Stärkung bewirken, und zwar sowohl über die direkte „Strukturförderung“ als auch durch die Integrationswirkungen von Aushandlungsprozessen.

Wenn eine Gesellschaft sich selbst neu erfinden will, gehört dazu auch, den Austausch zwischen den Neulandgewinner*innen im ländlichen Raum mit vergleichbaren Szenen und kreativen Milieus der Metropolen zu organisieren. Transformationsakteure verschiedener räumlicher Ebenen und thematischer Bereiche zusammenzubringen, ihnen den



„Wir wollen einen Raum bieten für Reparieren und Bauen, für Kooperieren und Tauschen – natürlich Ressourcen schonend und sozial verträglich“, so das Ziel von Neulandgewinnerin Wibke Seifarth. Dazu wurde die Idee der Offenen Werkstätten auf den ländlichen Raum übertragen, wo in einer Holz- und einer Metallwerkstatt Bauanleitungen im Open-Source-Prinzip für nützliche Geräte auf dem Land entstehen.

Erfahrungsaustausch zu ermöglichen und die Zukunftsgestaltung gemeinsam oder ergänzend zu reflektieren und wissenschaftlich zu begleiten, erfüllt die Forderungen des WBGU nach einem „gestaltenden Staat, der dem Transformationsprozess (zu einer nachhaltigen Gesellschaft) durch entsprechende Rahmensetzung Entfaltungsmöglichkeiten [...] eröffnet [...] Der gestaltende Staat schafft den Pionieren des Wandels Freiräume und fördert sie aktiv“³. Die Frage, die dahintersteht, lautet: Was wird gebraucht, damit aus individuellen Neulandgewinner*innen eine zivilgesellschaftliche Bewegung für selbstgestal-

tete Veränderung werden kann? Die Antwort lautet in etwa: Ohne den politischen Willen und die staatlichen Kompetenzen zur Schaffung allgemeingültiger Strukturen, Organisationsformen und Institutionen für eine zivilgesellschaftliche Transformation wird es nicht gelingen, die Anstrengungen der Neulandgewinner*innen zu verstetigen, zu verbreiten und letztlich aus den verschiedenen Experimenten eine neue, zukunftsfähige Form der Vergesellschaftung zu entwickeln. Die Neulandgewinner*innen der Länder sind ein spannender Schritt in diese Richtung, wo noch vieles möglich ist. ■

Einladung zur Konferenz der Akteure am 29.11.2018: DAS LAND LEBT DOCH!

Die Aktiven im ländlichen Raum und ihre Projekte sind nicht immer leicht zu entdecken. Viele wissen nicht voneinander. Dies möchte die Konferenz der Akteure ändern und zu einer zentralen Vernetzungs- und Diskussionsplattform werden, die zeigt: Das Land lebt doch! Ihre Mitwirkung ist dabei wichtig. Aufgerufen zur Teilnahme und Mitgestaltung der Konferenz sind Aktive, die auf dem Land wirken oder sich für den ländlichen Raum einsetzen.

Anmeldung und Mitwirkung unter www.konferenz.neulandgewinner.de

² Vgl. Faber, K. und Oswalt, P. (Hrsg.): Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Wege der Daseinsvorsorge, Leipzig 2013, S. 11.

³ Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Zusammenfassung für Entscheidungsträger, hg. v. Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), Berlin 2011, S. 6.

Coworking im ländlichen Raum:

Moderne Arbeitsorte nicht nur für Kreative

Prof. Dr. Martin Engstler

Coworking ist ein modernes Arbeitskonzept, das insbesondere Kreativschaffende vor dem Hintergrund ihrer spezifischen Arbeitssituation begeistert. Aber auch von Arbeitswissenschaftler*innen wird dieser Ansatz als richtungsweisend für die Arbeit der Zukunft bewertet. Die Bedeutung dieser neuen Arbeitsform zeigt sich aktuell in der rapide zunehmenden Verbreitung von Coworking Spaces in Metropolregionen und bereits auch in ländlichen Räumen. Der Ansatz verbindet dabei mehrere Ebenen: die Arbeitssituation der Kreativschaffenden (d. h. meist sehr kleine Unternehmensgrößen, projektbezogenes Arbeiten), die attraktive Infrastruktur für flexible und kooperative Arbeitsformen und letztendlich auch das Branding als Ort der Kreativität, das zur Standortattraktivität von Wirtschaftsregionen beiträgt.

Coworking – ein modernes Arbeitskonzept

Coworking ist eine verhältnismäßig neue Arbeitsform, die verschiedene Arbeitssituationen und ein flexibles Zusammenarbeiten ermöglicht. Ein Coworking Space umschreibt eine gemeinsam genutzte Arbeitsstätte mit ergänzenden Infrastrukturen. Personen aus verschiedenen Unternehmen und Branchen teilen sich hierbei einen zeitlich flexiblen Arbeitsplatz mit professioneller Infrastruktur. Sie mieten sich in offen gestalteten Büros oder Werkstätten ein und nutzen die wirtschaftlichen und auch sozialen Vorteile des Zusammenarbeitens („Working alone, together“, Spinuzzi). Diese moderne Arbeitsform wird insbesondere von Freiberufler*innen, Kreativen, Start-ups sowie digitalen Nomad*innen geschätzt. Dieses besondere Arbeitskonzept fördert auch die Bildung von Netzwerken und damit die Möglichkeiten für den Wissenserwerb und -austausch sowie die Kooperation und den Austausch mit weiteren Nutzer*innen und Besucher*innen bei geplanten oder Spontankontakten.

Angebotskonzepte und Nutzungsvarianten für Coworking Spaces

Coworking Spaces unterscheiden sich in der Breite und spezifischen Ausprägung ihrer Leistungsangebote und bieten ihren Nutzern unterschiedliche individuelle Arbeitssituationen sowie Gemeinschafts- und Eventflächen. Die Nutzer können darin ihr persönliches

Arbeitsmodell umsetzen, abhängig vom eigenen Arbeitsstil und dem Kooperationsverhalten. Die Inanspruchnahme der Services im Coworking Space obliegt der Entscheidung der Nutzer*innen und kann in verschiedenen Paketen gebucht werden. So können einerseits z. B. Arbeitssituationen durch zeitweises Anmieten von Büroarbeitsplätzen (Shared Desk) oder Arbeitssituationen kombiniert mit Werkstätten zur praktischen Umsetzung von Konzepten (Maker Space) genutzt werden. Andererseits können gemeinschaftliche Arbeitssituationen mit Kommunikationsinfrastrukturen genutzt werden, die teambezogen abgegrenzt (Project Office) oder in einem räumlich und kommunikativ geöffneten Setting (Creative Space) nutzbar sind (s. Abb. 1).

Coworking Spaces verbinden individuelle Nutzungssituationen als Teil eines modernen Arbeitsmodells, das nicht nur für die Kreativbranchen von zunehmender Relevanz ist:

- Arbeitsinfrastrukturen für Kreativschaffende und digitale Nomad*innen (Coworker),
- Lernorte für neue Arbeits- und Lebensmodelle (Work-Life-Blending),
- lebendige Kooperations- und Inspirationsorte für Innovation (Open/Cross-Innovation),
- Ankerpunkte für Kreativschaffende in urbanen und ländlichen Räumen (Creative Spots),
- Verbindungen öffentlicher und privater Räume, die zur Aufwertung von Flächen und Orten sowie zur Regionalentwicklung beitragen (Standortattraktivität),

Ein Coworking Space wird zudem zu einem Ankerpunkt der Kreativität und Innovation, der über die Kreativbranchen hinaus zur Stärkung regionaler Wirtschaftskraft beiträgt. Auf individueller Ebene kann das moderne Arbeitskonzept eines Coworking



Prof. Dr. Martin Engstler

Hochschule der Medien Stuttgart

engstler@hdm-stuttgart.de

www.wi.hdm-stuttgart.de

www.wim.hdm-stuttgart.de

Space auch die Standortwahl von jungen Talenten positiv beeinflussen. So verspricht man sich von der Förderung solcher Arbeitsmodelle auch, gut ausgebildete Kreativschaffende sowie Gründer*innen in die Regionen (zurück) zu holen, z. B. Studien-Rückkehrer*innen, Kreativschaffende in neuen Lebensphasen.

Studie zu Coworking in ländlichen Regionen

Ein Ausgangspunkt für die Initiierung bzw. den Aufbau eines Coworking Spaces können regionalpolitische Überlegungen zur Revitalisierung von Flächen oder Überlegungen zur Förderung von Klein- bzw. Kleinstunternehmen in den Regionen bilden. Aus der Erfahrung, dass Coworking Spaces meist aus einem Bottom-up-Prozess heraus entstehen, also aus einem bereits bestehenden Netzwerk oder einer Initiative von Kreativen, kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich ein nur formal eingerichteter Coworking Space automatisch füllt und sich die oben beschriebenen Effekte einstellen. Es ist daher zu fragen, welche besonderen Rahmenbedingungen für den Aufbau von Coworking Spaces im ländlichen Raum zu beachten sind und welchen Beitrag eine Kommune leisten kann bzw. soll, um die Potenziale von Coworking Spaces regional nachhaltig zu erschließen.

Vor diesem Hintergrund wurde an der Hochschule der Medien im Auftrag des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg eine Studie durchgeführt, in der die Rahmenbedingungen und die Potenziale von Coworking-Ansätzen zur Förderung der regionalen Kreativwirtschaft aus der Perspektive der Kreativschaffenden und aus Sicht kommunaler Vertreter*innen untersucht wurden.

Abbildung 1: Mögliche Nutzungssituationen beim Coworking

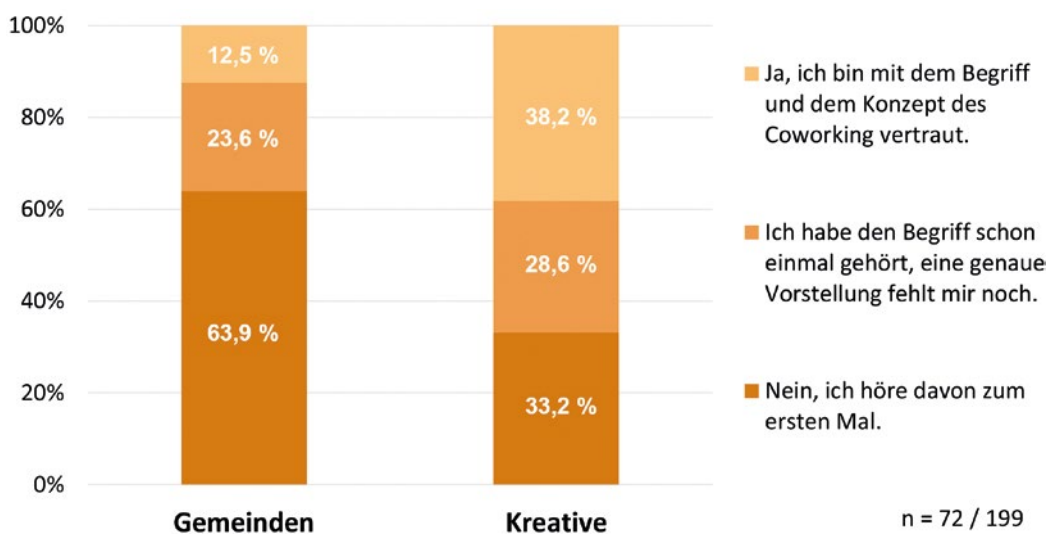
Kooperationsverhalten	Hoch	Project Office (zeitweises Anmieten von Räumen für kooperative Arbeit)	Creative Space (Arbeits-, Lebens- & Erlebnisort für Innovation & Vermarktung)
	Gering	Shared Desk (zeitweises Anmieten von Büroarbeitsplätzen)	Maker Space (Nutzung spezifischer Service-Angebote bzw. Infrastrukturen)
		Gering	Hoch
		Nutzung spezifischer Services	

Quelle: Engstler, M. und Mörgenthaler, L. (2018a)

Im Mittelpunkt der Studie steht eine Befragung, die bei Kreativschaffenden und Gemeindevertreter*innen im ländlichen Raum in Baden-Württemberg im Herbst 2017 durchgeführt wurde.

Die Befragung zeigte, dass die Studienteilnehmer*innen mit dem Begriff Coworking und dem damit verbundenen Arbeitsmodell erst z. T. vertraut sind. In der Gruppe der Kreativschaffenden ist der Begriff Coworking bereits rund zwei Drittel bekannt, bereits 38 % haben eine klare Vorstellung von Coworking als Arbeitskonzept, 29 % hatten den Begriff zumindest schon einmal gehört. Anders das Ergebnis in der Teilnehmergruppe der Gemeindevertreter*innen. Hier gaben rund zwei Drittel an, erstmals im Rahmen der Befragung vom Begriff Coworking gehört zu haben, lediglich jede*r achte Gemeindevertreter*in war mit dem Ansatz bereits vertraut (s. Abb. 2).

Abbildung 2: Bekanntheit des Coworking im ländlichen Raum (Studienergebnis)

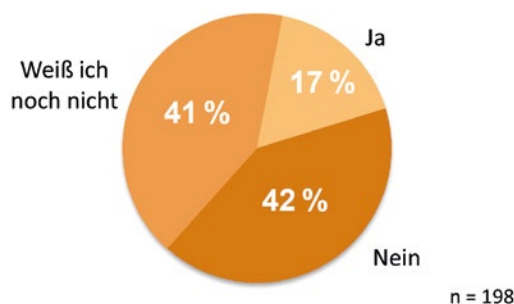


Quelle: Engstler, M. und Mörgenthaler, L. (2018a)

Erwartungen der Kreativen an einen Coworking Space

In der Studie wurde das Interesse an einer Nutzung von Coworking-Angeboten erhoben. Hierbei nannten rund 17 % der Kreativschaffenden im ländlichen Raum ein deutliches Interesse an Coworking, rund 41 % konnten dies für sich noch nicht abschließend bewerten, 42 % zeigten zum Erhebungszeitpunkt noch kein konkretes Interesse (s. Abb. 3), was auch in Verbindung mit der teilweise noch fehlenden Erfahrung bzw. Vorstellung zu diesem Arbeitskonzept erklärbar ist.

Abbildung 3: Interesse an der Nutzung von Coworking Angeboten (Studienergebnis)



Quelle: Engstler, M. und Mörgenthaler, L. (2018a)

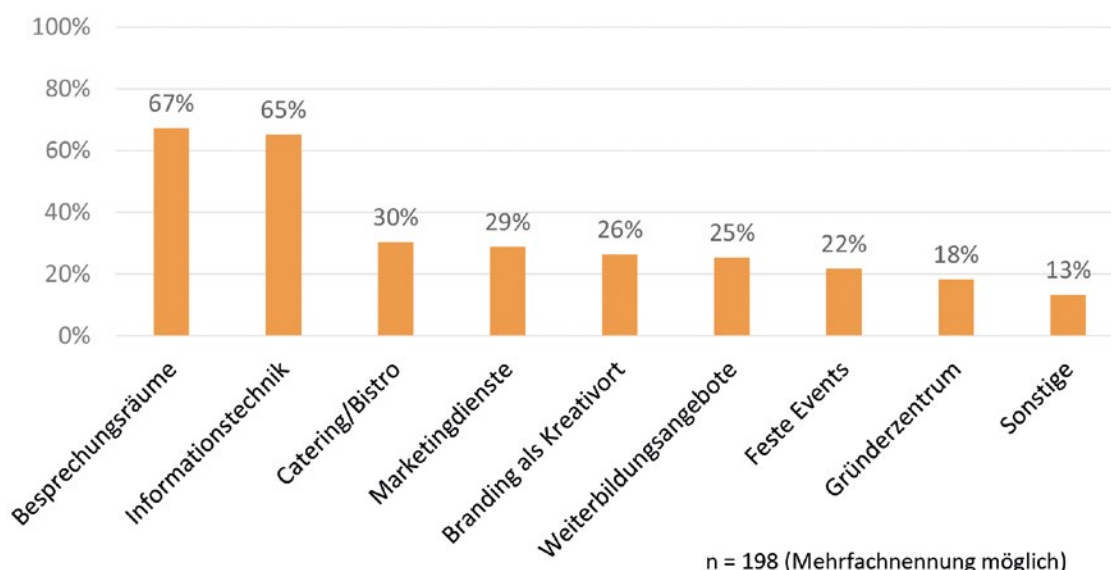
Die Erwartungen der Kreativschaffenden an die Leistungsangebote eines Coworking Space zeigen ein vielfältiges Bild mit klaren Schwerpunkten (s. Abb. 4). An erster Stelle steht mit rund zwei Drittel der Nennungen jeweils die Möglichkeit zur Nutzung von Besprechungsräumen und die Bereitstellung einer modernen IT-Infrastruktur. Knapp ein Drittel wünscht sich zudem Catering-Angebote bzw. ein angegliedertes Café, das sowohl als Kommunikationsort als auch als

Infrastrukturservice (z. B. eigene Mittagspause und Gästerversorgung) dienen soll. Rund jede*r Vierte wünscht sich Unterstützung in der externen Kommunikation. Erwartet wird hier ein attraktives Branding des Coworking Space als Ort der Kreativität, das auf die Nutzer*innen übertragen wird. In ähnlichem Umfang wird die individuelle Unterstützung bei Marketingmaßnahmen durch entsprechende Dienstleistungsangebote gewünscht. Insgesamt soll ein Coworking Space die Begegnung und die Vernetzung in unterschiedlichen Situationen fördern. Hierzu zählen auch Events mit Außenwirkung oder die Durchführung von Weiterbildungen. Damit wird der Coworking Space zum attraktiven Arbeits- und offenen Lernort.

Ansatz zur Förderung der Kreativwirtschaft im ländlichen Raum

Die Branchen der Kreativwirtschaft sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum und tragen zur Attraktivität eines Wirtschaftsstandorts bei. Den überwiegend als Klein- bzw. Kleinstunternehmen betriebenen Kreativunternehmen mangelt es oft an der notwendigen Sichtbarkeit im Markt, sowohl bezüglich potenzieller Kunden, als auch für andere Kreativunternehmen als mögliche Partner bei kooperativ durchgeführten Aufträgen – eine Herausforderung, die auch für die regionale Wirtschaftsförderung Relevanz hat. Vor diesem Hintergrund wurden die Gemeindevertreter*innen in der Studie gezielt nach der Wahrnehmung der in ihren Regionen tätigen Kreativunternehmen gefragt. Hier zeigte sich, dass erst 27 % der Befragten mit dem Begriff der Kreativwirtschaft vertraut sind. Die hierunter gefassten Teilbranchen hingegen sind eher geläufig, so konnten 55 % konkrete Unternehmen der Teilbran-

Abbildung 4: Erwartete Leistungsangebote im Coworking Space (Studienergebnis)

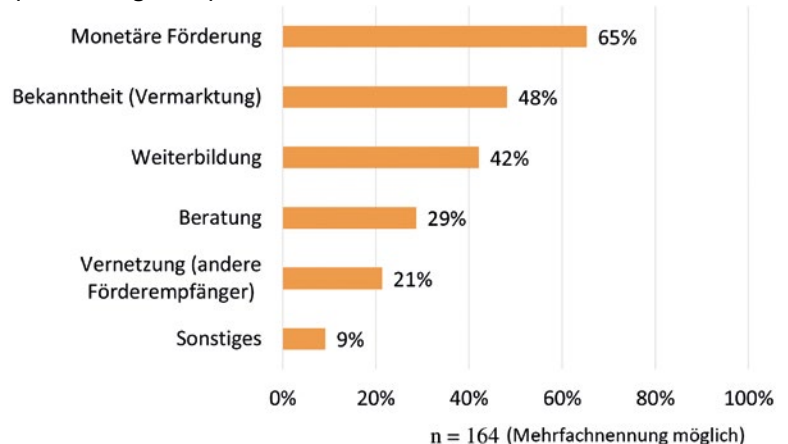


Quelle: Engstler, M. und Mörgenthaler, L. (2018a)

chen der Kreativwirtschaft in ihren Gemeinden benennen. Die Sichtbarkeit der Kreativunternehmen bzw. ihre Wahrnehmung als Wirtschaftsfaktor insgesamt stellt weiterhin ein Handlungsfeld dar. Auch die Kreativschaffenden selbst beklagen die zu geringe Sichtbarkeit ihrer Unternehmen in den Regionen. Sie wünschen sich daher neben Programmen mit monetärer Förderung auch spezifische Förderansätzen zur Steigerung der Bekanntheit bzw. besseren Sichtbarkeit der Kreativunternehmen im Markt sowie die Unterstützung bei der Vernetzung (s. Abb. 5).

Die von den Kreativen gewünschten Förderprogramme sollen sich demnach nicht allein auf individuelle Förderung von Geschäftsideen und innovativen Projekten fokussieren. Die Kreativunternehmen wünschen sich übergreifende Förderansätze, die zur Professionalisierung von Kreativarbeit und den Kreativunternehmen insgesamt beitragen. Coworking Spaces können als inspirierendes Arbeitsumfeld, als Serviceort für Kreativunternehmen und als sichtbarer Ankerpunkt der Kreativarbeit im ländlichen Raum zur Stärkung der Kreativbranchen im ländlichen Raum beitragen. Durch die Vernetzung und Streuwirkungen auf andere Wirtschaftsbranchen profitieren die Wirtschaftsunternehmen und die kulturelle bzw. kreative Vielfalt in den Regionen. Die Förderung der Verbreitung und Etablierung von Coworking Spaces könnte somit die Erfüllung verschiedener Erwartungen sowie Nutzenaspekte für Kreativschaffende verbinden.

Abbildung 5: Erwartete Förderangebote für Kreativschaffende (Studienergebnis)



Quelle: Engstler, M. und Mörgenthaler, L. (2018a)

Steigerung der Standortattraktivität durch Coworking Spaces

Die Förderung von Coworking im ländlichen Raum bietet Chancen für die Stärkung der regionalen Wirtschaftsräume und verbindet dies zugleich mit einem innovativen Arbeitsmodell, das die Standortattraktivität für Fachkräfte und Spezialisten steigert. Die Attraktivität ländlicher Räume als Lebensraum kann mit Werten moderner Arbeitskonzepte kombiniert werden. Hierdurch lassen sich, so die Hoffnung, junge Talente in die ländlichen Regionen locken und die Regionen damit mit Kreativzellen stärken. Ein Modell, von dem die Kreativschaffenden und die Wirtschaftsregionen gemeinsam profitieren können und damit die Standortattraktivität des ländlichen Raums insgesamt stärken. ■

Literatur zum Thema finden Sie unter: www.asg-goe.de/LR0318-Literatur-Engstler.pdf

Kreative Pioniere in ländlichen Räumen

Innovation & Transformation zwischen Stadt & Land

Katja Wolter, Daniel Schiller, Corinna Hesse (Hrsg.). Steinbeis-Edition, Stuttgart 2018, 553 S. ISBN 978-3-95663-167-2.

Der Sammelband fasst den aktuellen Stand von Wissenschaft und angewandter Regionalentwicklung zusammen und bringt so Theorie und Praxis in den Dialog. Er enthält im ersten Teil die quantitative Beschreibung und Analyse der Verteilung, des regionalen Wachstums und der Migrationsmuster der „kreativen Klasse“ in Deutschland sowie der Abschätzung der wirtschaftlichen Effekte der Kultur- und Kreativwirtschaft. Im zweiten Teil

werden Entwicklungspotenziale und Standortfaktoren analysiert, während im dritten Teil das Wirken von Künstler*innen und Kulturschaffenden in konkreten Regionen in den Blick genommen wird. Die Effekte, die bestehende Kreativitäts-Initiativen haben können, z. B. als Resilienz-faktor im ländlichen Raum, werden im abschließenden Teil des Buches beschrieben.

Die einzelnen Kapitel des Buches sind als pdf unter www.steinbeis-inre.de/publikationen-kreative-pioniere kostenlos herunterzuladen.

■ ba

LESETIPP!



„Schaltzentrale“ belebt den ländlichen Raum:

Erstes Coworking-Projekt im Fichtelgebirge

Theo Abenstein

Ein Instrumentarium, das zukunftsfähig die Lebens- und Arbeitswelt in ländlichen Räumen mitgestalten soll, sind Coworking Spaces. Man kennt diese Orte mit neuen Arbeitsformen der Zusammenarbeit und gemeinsamer Nutzung von Räumen und Infrastrukturen hauptsächlich aus größeren Städten. Doch wie Untersuchungen inzwischen zeigen, können auch ländliche Regionen von solchen Projekten profitieren.

Im oberfränkischen Fichtelgebirge sorgt die „Schaltzentrale“ in Bad Berneck für die Möglichkeit, in einem Coworking Space zu arbeiten. Hierbei handelt es sich um ein wiederbelebtes Bürogebäude, in dem Unternehmen, Selbständigen und Freiberufler*innen oder Start-ups Raumangebote und technische Ausstattungen für ihr kreatives Schaffen und gemeinsame Projekte zur langfristigen oder vorübergehenden Nutzung angeboten werden.

Entstehungsgeschichte

Die KÜKO, die Künstlerkolonie Fichtelgebirge e.V., eine Netzwerkinitiative und Plattform für Kultur- und Kreativschaffende aus der Region, erhielt zusammen mit der Impulsstrategin Sabine Gollner von der Kreativagentur „It's About Time“ durch das Amt für Ländliche Entwicklung Oberfranken (ALE) den Auftrag, einen „Coworking Space“ als Modellprojekt im ländlichen Raum zu recherchieren und zu initiieren. Grundlage für diesen Auftrag war das ILE-Projekt „Gesundes Fichtelgebirge“, in dem landkreisübergreifend die vier Kommunen Bad Alexandersbad,

Weißensadt, Bad Berneck und Bischofsgrün mit beratender und finanzieller Unterstützung des ALE Oberfranken zusammenarbeiten.

Mit pressewirksamen Aktionen startete das Modellprojekt im November 2016, um den noch weitgehend unbekannten Begriff „Coworking“ in der Region bekanntzumachen und um die Bevölkerung für eine Teilnahme am Projekt zu aktivieren. Bereits bei der ersten Besichtigung eines urbanen Coworking Spaces wurde deutlich, dass das Konzept und Geschäftsmodell nicht eins zu eins auf den ländlichen Raum übertragbar sein würde. Die Fülle von potenziellen Nutzern, wie man sie in den Ballungszentren findet, ist im Fichtelgebirge nicht gegeben. Die Distanzen zwischen den Akteuren sind größer, verstärkt durch oft ungenügenden öffentlichen Nahverkehr. Menschen auf dem Land haben im Allgemeinen mehr Platz zur Verfügung – es herrscht nicht die Raumnot wie in den großen Städten, im Gegenteil: viele haben zusätzlichen Raum zur Verfügung.

Es müssen somit andere Argumente greifen, die im ländlichen Raum zur Nutzung eines Coworking Spaces führen, so die Überlegungen von Sabine Gollner, die für die Konzepterstellung verantwortlich zeichnet. So fehlt es Selbständigen im ländlichen Raum oftmals an repräsentativen Räumlichkeiten für Kundenge-

sprache und Präsentationen. Ein Vorteil des Coworking Spaces kann deshalb das Angebot kleiner und großer, flexibler und ansprechend gestalteter Räume sein. Wichtig ist, dass ein gemeinschaftlich genutztes Büro die internen Informationen und den Austausch von Dienstleistungen der Akteure untereinander ermöglicht. Darüber hinaus muss auch die temporäre Nutzung der Büroinfrastruktur nur für einen bestimmten Zeitraum gegeben sein. Durch eine bessere Vernetzung in flexiblen, repräsentativen Räumlichkeiten mit guter Infrastruktur und gemeinschaftlichen Ressourcen sollen sich die Akteure vor Ort kennenlernen und Kontakte vertiefen können. Neue (Geschäfts-) Ideen sollen durch diese Zusammenarbeit angeregt werden.

Realisierung

Nach einer kurzen aber intensiven PR- und Werbekampagne unter Einbeziehung der Bürgerschaft durch Bildung von Arbeitskreisen begann die Suche nach einem geeigneten Objekt und einer Betreibergruppe für die Realisierung des Modellprojekts. Ein leerstehendes Bürogebäude und das finanzielle Engagement von Christian Wedlich, einem vom schlüssigen Konzept überzeugten Unternehmer aus Bayreuth, der bereits im Gewerbepark von Bad Berneck Lagerflächen angemietet hat, gaben schließlich den Ausschlag, den Coworking Space in Bad Berneck einzurichten.



Theo Abenstein

tpap-medianservice,
Pfaffenhofen

Theobald.Abenstein@
t-online.de

Binnen kürzester Zeit konnte dieses Gemeinschaftsprojekt mit Hilfe weiterer kommunaler und gewerblicher Protagonisten umgesetzt werden. Zu nennen sind u. a. das Leerstandsmanagement der Gemeinde sowie die Beratung und Förderung durch den Regionalmanager und 2. Bürgermeister von Bad Berneck des Landkreises Bayreuth, Alexander Popp.

Im August 2017 war es dann soweit, die „Schaltzentrale“ nahm ihre Arbeit auf. Sie ist nun der neue Treffpunkt für die Kreativwirtschaft im Fichtelgebirge. Unter dem Motto „Schalten und Walten, wie Du es willst!“ ist das neue Bürokonzept mit seinen flexiblen Mietzeiten sowie die gemeinsame Nutzung von Seminar-, Meeting- und Konferenzräumen ideale Anlaufstelle für Unternehmer*innen aus der Region und ihre Geschäftsideen. Das Angebot richtet sich aber auch an Einheimische und Touristen, die spontan auf der Suche nach einem Homeoffice auf Zeit sind.

Noch ist das Projekt „Schaltzentrale“ nicht abgeschlossen. Die Räumlichkeiten füllen sich nach und nach – von insgesamt 4 500 m² Fläche sind inzwischen etwas über die Hälfte vergeben.

Bemerkenswert ist hierbei der Mix aus privatwirtschaftlichen Firmen, kreativen Kleinunternehmer*innen und sozialen Einrichtungen. Ein Unternehmen für Altenpflege hat hier ebenso ein Zuhause gefunden wie Fotograf*innen, Mediendesigner*innen und eine Firma für digitale Beschilderungen. Seminarräume werden gebucht für Schulungen, Vorträge, Klausuren und sogar Entspannungswshops. Coworking findet bisher zu festgelegten Terminen auf einer Fläche von rund 100 m² in der Kreativ-Etage statt.



Foto: Lena Wenz

Statt Leerstand attraktive Schaltzentrale ...

„Wir in Bad Berneck erhoffen uns mit dem einmaligen Coworking-Projekt „Schaltzentrale“ eine nachhaltige Belegung des Gebäudes und der Stadt, neue kreative Unternehmen und Unternehmer*innen sowie innovative Impulse für die gesamte Stadtentwicklung“, betont Regionalmanager Popp. „Digital- und Kreativwirtschaft auch im ländlichen Raum – warum soll das nicht funktionieren?! Die passenden Rahmenbedingungen und der absolute Wille dazu müssen vorhanden sein. Wir bieten das!“

Die „Schaltzentrale“ verbindet die Themen neue Arbeitsformen und Innenentwicklung, in diesem Fall die Revitalisierung leerstehender Gebäude. Durch die gezielte Unterstützung soll ein Beitrag zur Entwicklung der Region mit modernen „Arbeits- und Vernetzungsräumen“ geleistet und Innenentwicklung in Kombination mit innovativer Baukultur gefördert werden. Bad Berneck kann so zum Pilotprojekt für andere Coworking-Vorhaben in den ländlichen Regionen Bayerns werden. ■



Foto: Lena Wenz

... modern und repräsentativ, die Empfangshalle

Die ASG gratuliert ...

... MinDir. a. D. Prof. Dr. Hermann Schlagheck zum 75. Geburtstag

Als Abteilungsleiter im Bundeslandwirtschaftsministerium langjährig für den ländlichen Raum zuständig, hat er die Arbeit der ASG lange fachlich begleitet und von 2003 bis 2017 im ASG-Kuratorium aktiv mitgewirkt. Am 14. Juli feierte er seinen Geburtstag.

... MinDirig. Joachim Hauck zum 65. Geburtstag

Der Leiter der Abteilung Landwirtschaft im Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg war von 2001 bis 2013 engagiertes Mitglied des ASG-Kuratoriums und zehn Jahre im Beirat der Tassilo Tröscher-Stiftung. Er beging am 19. September seinen Geburtstag.

... Prof. Dr. Gerhard Henkel zum 75. Geburtstag

Der Humangeograph, der sich mit Themen der historischen und aktuellen Entwicklung des ländlichen Raumes und der Dörfer befasst, hat sich zwischen 2013 und 2016 im Vorstand der ASG engagiert. Am 28. September beging er seinen Geburtstag.

Die ASG gratuliert den Jubilaren herzlich und wünscht ihnen alles Gute, besonders weiterhin eine gute Gesundheit.

Termin

DAS LAND LEBT DOCH!

Konferenz der Akteure – VI. Forum Neulandgewinner

am 29. November 2018 in Berlin

Die Kooperationsveranstaltung von Robert Bosch Stiftung, DVS und Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement möchte in Berlin Initiativen, Projekte und Akteure vorstellen, die Neues vor Ort schaffen und gemeinwohlorientiert sind. Die Anmeldung kann über die Website erfolgen.

Zum Programm und zur Anmeldung: <https://konferenz.neulandgewinner.de>

Lesetipp

Regionale Resilienz

Zukunftsfähigen Wohlstand schaffen

Dirk Raith, Daniel Deimling, Bernhard Ungericht, Eleonora Wenzel. Metropolis, Marburg 2017, 181 S., ISBN 978-3-7316-1277-3, 22,80 €, auch als eBook für 18,70 €.

Resilienz scheint Nachhaltigkeit als beliebtes – und manchmal auch beliebiges – Schlagwort abgelöst zu haben. In dem vorliegenden Buch schauen die Autor*innen genau hin, was sich hinter dem Begriff verbirgt und untersuchen, welchen „Mehrwert“ er für die Entwicklung alter-

nativer Entwicklungspfade bieten kann. Ausgehend von der Kritik moderner Entwicklungen, die globale Probleme wie den Klimawandel verschärfen und Regionen immer verletzlicher machen, wird eine normative Vision regionaler Resilienz entwickelt, die eine Re-Regionalisierung der Wirtschaft und die Entwicklung und Anwendung sozialer Innovationen vorsieht. An zehn Fallbeispielen – von Cittaslow bis Regionalwert AG – werden Beispiele regionaler Resilienz vorgestellt, die keine „große Transformation“ voraussetzen. ■ ba



Grenzüberschreitende Raumentwicklung Bayerns: Dynamik in der Kooperation – Potenziale der Verflechtung

Tobias Chilla und Franziska Sielker (Hrsg.), Arbeitsbericht der ARL 23, Hannover 2018

Mit dem Start der makroregionalen EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP) und der auf europäischer Ebene zu beobachtenden Dynamik in der grenzüberschreitenden Kooperation entwickelte sich in Bayern eine verstärkte Diskussion um die Instrumente der Raumentwicklung. Die 2015 gegründete Arbeitsgruppe legt im 23. Arbeitsbericht der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) ihre Ergebnisse vor:

Grenzüberschreitende Regionalentwicklung an der bayerisch-tschechischen Grenze – die Suche nach den „richtigen“ Kooperationsformen

Tobias Chilla, Luděk Fráně, Franziska Sielker und Jürgen Weber

Die Autor*innen beschreiben das politische Agieren im bayerisch-tschechischen Grenzraum als vom vormals „Eisernen Vorhang“ geprägt, was zu einem einzigartigen Gefüge an Kooperationsbeziehungen geführt habe. Die mittlere Ebene der Kooperation – also zwischen den nationalstaatlichen und kommunalen Kooperationen – sei erst vergleichsweise spät aktiviert worden. Schon im innerstaatlichen Bereich sei der Prozess der Zuweisung von Ressourcen und Mandaten zu bestimmten Ebenen (Gemeinde, Bezirk etc.) ein – nicht selten konflikthafter – Aushandlungsprozess. In Grenzregionen komme erschwerend hinzu, dass keine wirkliche Parallelität in der Ebenenorganisation bestehe. Aus ihren Erfahrungen in verschiedenen Kooperationsformaten wie der Europaregion Donau-Moldau und der Europäischen Metropolregion entwickeln die Autor*innen Vorschläge, wie die auf Projektbasis bereits erfolgreiche Zusammenarbeit weiterentwickelt werden sollte.

Grenzräume in Ostbayern – einmal strukturschwach, immer strukturschwach?

Reinhold Koch

Reinhold Koch untersucht auf Basis einer detaillierten Darstellung einzelner Indikatoren wie Haushaltseinkommen, Bevölkerungsentwicklung oder Beschäftigung, ob sich die Koinzidenz von Strukturschwäche und Grenzlage in den Kreisregionen an der Grenze zur Tschechischen Republik heute nicht mehr oder wenigstens abgeschwächt zeigt. Er konstatiert, dass sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen in diesen Grenzräumen deutlich verbessert hätten, dies jedoch nicht für alle gleichermaßen gelte. Koch stellt fest, dass sich erstens weder die These, Grenzräume seien per se und auf alle Zeiten strukturschwach und damit als Fördergebiete gesetzt, belegen lasse, noch – zweitens – die Annahme, dass alle Grenzräume durch Förderung an den Landesdurchschnitt herangebracht werden könnten. Bei ersterer These handele es sich um Behauptungen lokaler Grenzlandpolitiker, die trotz infrastruktureller und wirtschaftlicher Fortschritte den Zugriff auf die verschiedensten Fördertöpfe behalten wollten.

Alle Beiträge der Arbeitsberichte der ARL sind herunterzuladen unter <https://shop.arl-net.de>

Innovation – Raum – Governance Kriterien zur Bestimmung erfolgreicher agglomerationsferner Regionen

Philip Boos, René John und Theresa Martens. In: Beiträge zur Sozialinnovation Nr. 20, Institut für Sozialinnovation e.V., Berlin 2018

In ihrer Studie treten die Autor*innen der Unterstellung entgegen, Transformationsprozesse seien ein ausschließlich (groß-)städtisches Phänomen und ländliche Räume wegen ihrer geringen Dichte dem anhaltenden Wandel der Gesellschaft lediglich ausgeliefert. Das Working Paper entstand im Forschungsverbund „Horizonte Erweitern – Entwicklung von Strategien zur Förderung des Transfers wissenschaftlicher Forschungsergebnisse in agglomerationsferne Räume“, gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) von 2017 bis 2019.

Kostenlos herunterzuladen unter www.isinova.org/images/BzS20.pdf

■ ba



Tassilo Tröscher-Stiftung
Für die Menschen im ländlichen Raum

ASG | Agrarsoziale
Gesellschaft e.V.

Aufruf zum Wettbewerb 2019

Was wird ausgezeichnet ?

Aus den Erträgen der Stiftung werden in zweijährigem Turnus Preise für innovative Ideen und Projekte für den ländlichen Raum in den folgenden Bereichen verliehen:

- Leben im ländlichen Raum
- Dorfentwicklung
- Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zu den Bereichen ländlicher Raum und Landwirtschaft
- Gestaltung landwirtschaftlicher Betriebsmodelle
- Einkommensoptimierung sowie Erwerbs- und Einkommenskombinationen in Landwirtschaft und ländlichen Räumen
- Verbesserung der umweltverträglichen Landbewirtschaftung und artgerechten Tierhaltung
- Agrarsoziale Sicherung

Wettbewerbsbeiträge können beispielsweise sein:

- ein innovatives praktisches Beispiel
- eine bemerkenswerte wissenschaftliche Arbeit
- eine publizistisch hervorragende Darstellung
- eine administrativ außergewöhnliche Entscheidung oder Maßnahme

Gesucht werden Initiativen, die bereits umgesetzt wurden oder sich in der Umsetzung befinden.

Teilnahme

Die Bewerbungsunterlagen können unter www.asg-goe.de heruntergeladen werden.



Der **Stiftungspreis** in Höhe von **6 000 €**
kann auf mehrere Projekte verteilt werden. Über die Preisvergabe entscheidet eine unabhängige Jury.

Bewerbungsschluss 31. März 2019

Die Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (ASG) ist ein gemeinnütziger Verein, der sich für die Verbesserung der Lebensverhältnisse in der Landwirtschaft und in den ländlichen Räumen einsetzt.

In ihrer Arbeit verknüpft die ASG wissenschaftliche Forschung, Gutachtertätigkeit, Bildung, Politik und Öffentlichkeitsarbeit.

Zu den bearbeiteten Themenfeldern gehören Agrar-, Sozial- und Umweltpolitik, Dorf- und Regionalentwicklung, Nachhaltigkeit und Ökologie, Strukturwandel in Landwirtschaft und ländlichen Räumen sowie Mensch, Gesellschaft und Umwelt.

IMPRESSUM

ISSN 0179-7603

Herausgeber

Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (ASG)
Postfach 1144
37001 Göttingen
Tel. (0551) 4 97 09-0
Fax (0551) 4 97 09-16
info@asg-goe.de
www.asg-goe.de

Geschäftsführung

Dipl.-Ing. agr. Michael Busch
Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning

Redaktion

Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning
Karin Zander M.A.
Dagmar Babel M. Sc.

Namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autor*innen wieder. Sie ist nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung des Herausgebers oder der Redaktion.

Layout

Mirko Wende, www.mirkomedia.de

Druck

MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern/Westfalen

Nachdruck und sonstige Verbreitung

(auch auszugsweise) nur mit Genehmigung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

Ländlicher Raum

erscheint viermal im Jahr (jeweils zum Ende eines Quartals).
Bei der dritten Ausgabe handelt es sich um ein themenorientiertes
Schwerpunktheft mit doppeltem Umfang.

Die Zeitschrift ist auch online auf der ASG-Website als pdf verfügbar.
Abonent*innen können zusätzlich oder alternativ zur Print-Ausgabe
auch die Online-Ausgabe per E-Mail erhalten.

Preise

Der Preis für ein Jahresabonnement „Ländlicher Raum“ beträgt 36,- €
plus Porto. Für Mitglieder der ASG ist das Abonnement im Mitgliedsbeitrag
(90,- €, Studierende 36,- €) enthalten.

Konto

Für Spenden und sonstige Förderbeiträge an die ASG:
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE 57 2605 0001 0001 087 006
BIC: NOLADE21GOE

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Recyclingpapier.

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Ernährung
und Landwirtschaft

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Termine vormerken:

- **14. und 15. November 2018**

Herbsttagung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. in Göttingen
Die GAP nach 2020 – weiter so oder echter Neuanfang?

- **23. und 24. Januar 2019**

Zukunftsforum Ländliche Entwicklung des BMEL zum Thema
Ländliche Entwicklung – gemeinsame Aufgabe für Staat und Gesellschaft
im Rahmen der Internationalen Grünen Woche

Begleitveranstaltungen mit ASG-Beteiligung:

- **Neuer ELER – Fortschritt für die ländlichen Räume?**

Veranstalter: Agrarsoziale Gesellschaft e.V., AHA dialog ländliche Räume, Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG), Deutscher Bauernverband (DBV), Deutscher Landkreistag (DLT), Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB), Landwirtschaftliche Rentenbank, Verband der Landwirtschaftskammern e.V. (VLK), Thünen-Institut (TI), Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)

- **Demokratie anders denken – neue Formen der Mitsprache in ländlichen Kommunen**

Veranstalter: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (ASG), Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen (BAG LAG), Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS), Thünen-Institut für Regionalentwicklung e.V.

- **Digitalisierung: Erwerbs- und Bleibeperspektiven für Frauen in ländlichen Räumen?**

Veranstalter: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (ASG), Hochschule Neubrandenburg (HSNB), SÖSTRA Sozialökonomische Strukturanalysen GmbH

- **28. und 29. Mai 2019**

Frühjahrstagung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.
in Bad Waldsee, Baden-Württemberg